

Universitätsbibliothek Wuppertal

Reden im Plenum des Nordrhein-Westfälischen Landtags

Ministerpräsident 1995-1998, Mitglied des Bundesrates 1970-1998;
Anhang: Reden im Deutschen Bundestag, Reden im Deutschen Bundesrat

Rau, Johannes

Düsseldorf, Mai 1998

12. Wahlperiode: 1995 - 1998

Nutzungsrichtlinien Das dem PDF-Dokument zugrunde liegende Digitalisat kann unter Beachtung des Lizenz-/Rechtehinweises genutzt werden. Informationen zum Lizenz-/Rechtehinweis finden Sie in der Titelaufnahme unter dem untenstehenden URN.

Bei Nutzung des Digitalisats bitten wir um eine vollständige Quellenangabe, inklusive Nennung der Universitätsbibliothek Wuppertal als Quelle sowie einer Angabe des URN.

[urn:nbn:de:hbz:468-1-41](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:468-1-41)

Beginn: 10.03 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle zu unserer heutigen 5. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode und heiße Sie recht herzlich willkommen.

Ich hoffe, Sie haben sich in Ihrem Urlaub gut erholt, so daß wir alle gemeinsam mit neuem Schwung die vor uns liegenden parlamentarischen Aufgaben wahrnehmen können.

Ich begrüße ganz besonders unsere Zuhörerinnen und Zuhörer, Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nun in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt

1 Vorstellung und Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung

auf. Der Herr Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, daß er heute sein Kabinett vorstellen möchte. Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort. Bitte schön.

Dr. h. c. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe am 17. Juli folgende Mitglieder der Landesregierung ernannt:

zum Finanzminister
Herrn Heinz Schleußer,

zum Innenminister
Herrn Franz-Josef Kniola,

zum Justizminister
Herrn Dr. Fritz Behrens,

zum Minister für Wirtschaft und Mittelstand,
Technologie und Verkehr
Herrn Wolfgang Clement,

zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Herrn Franz Müntefering,

zur Ministerin für Schule und Weiterbildung
Frau Gabriele Behler,

zur Ministerin für Wissenschaft und Forschung
Frau Anke Brunn,

zum Minister für Bauen und Wohnen
Herrn Dr. Michael Vesper,

zur Ministerin für Umwelt, Raumordnung und
Landwirtschaft
Frau Bärbel Höhn,

zur Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und
Sport
Frau Ilse Brusic,

zur Ministerin für die Gleichstellung von Frau und
Mann
Frau Ilse Ridder-Melchers,

zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
Herrn Prof. Dr. Manfred Dammeyer.

Zu meinem Stellvertreter habe ich Herrn Minister
Dr. Michael Vesper bestellt.

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. - Nach Artikel 53 der Landesverfassung leisten die Mitglieder der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt vor dem Landtag einen Amtseid. Ich bitte daher die Damen und Herren Minister, zu mir zu kommen, damit sie den Eid vor dem Landtag ablegen können.

(Die Mitglieder der Landesregierung begeben sich zum Platz des Präsidenten. Die Abgeordneten erheben sich.)

Meine Damen und Herren Minister, ich bitte Sie, die Schwurhand zu heben und mir nachzusprechen:

Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach besten Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Meine Damen und Herren Minister, ich darf Ihnen recht herzlich gratulieren und wünsche Ihnen im Namen des Hohen Hauses eine glückliche Hand bei der vor Ihnen liegenden verantwortungsvollen Aufgabe zum Wohle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Nordrhein-Westfalen. Glück auf!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

(C)

(D)

(Präsident Schmidt)

- (A) Meine Damen und Herren! Ich rufe auf: ...
- 2 Regierungserklärung
zur 12. Wahlperiode des Landtags
Nordrhein-Westfalen
- Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Rau.
- Dr. h. c. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche, weltweit in Europa und im vereinten Deutschland. Wir spüren die Wirkungen und die Einflüsse auch in unserem Land. Manche Einflüsse wollen wir gerne verstärken und andere zurückdrängen. Dafür arbeiten wir. Aber wir wissen, daß die Möglichkeiten eines Landes begrenzt sind, wirksam Einfluß auszuüben.
- Um so wichtiger ist es, daß wir uns mit allen unseren Möglichkeiten und aller Kraft den außergewöhnlich wichtigen und schwierigen Aufgaben stellen, die wir in den kommenden Jahren vor uns haben.
- Trotz günstiger konjunktureller Daten ist der Abbau von Arbeitsplätzen, vor allem im industriellen Bereich, nicht gestoppt, und die Arbeitslosigkeit verfestigt sich. Die Konkurrenz um die Neuansiedlung oder Erweiterung von Betrieben ist schärfer denn je. Reformländer des ehemaligen Ostblocks bieten Investoren Förderkonditionen, mit denen kein westliches Land konkurrieren kann.
- Auch wenn wir die Umweltbelastungen in manchen Bereichen enorm haben verringern können, ist die ökologische Wende noch nicht erreicht. Ozonloch und Treibhauseffekt sind Beispiele für die globale Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
- Wachsende Armut in einer der reichsten Gesellschaften der Welt, Wohnungsprobleme und sozialer Abstieg als Folge von Arbeitslosigkeit gefährden die soziale Stabilität.
- Auch die Formen des Zusammenlebens verändern sich. Dazu tragen veränderte Wertdarstellungen und die demographische Entwicklung genauso bei wie die stark gewachsene Mobilität und die revolutionär veränderten Informations- und Kommunikationsbedingungen der modernen Mediengesellschaft.
- Die Belastung der Normalverdienenden mit Steuern und Abgaben ist so hoch wie noch nie. Sie steht
- im Gegensatz zu ihrer Leistungsfähigkeit und widerspricht unserem Gerechtigkeitsinn. (C)
- Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen drastisch ein.
- Die Koalition ist entschlossen, die Probleme anzupacken und alles zu tun, was ein Land tun kann. Die beiden Parteien, die diese Landesregierung tragen, haben sich in der Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, was sie in den kommenden fünf Jahren verwirklichen und was sie auf den Weg Arbeit für ein wirtschaftlich starkes, ein ökologisch bewußtes und ein sozial gerechtes Nordrhein-Westfalen.
- Wir haben Grund zur Zuversicht, weil wir in Nordrhein-Westfalen günstige Voraussetzungen haben. Unsere zentrale Lage im zusammenwachsenden Europa, eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur, hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein vielfältiges kulturelles Angebot und die dichteste Hochschul- und Forschungslandschaft Europas - das sind Vorteile, die wir nutzen werden.
- Wir werden die wirtschaftliche Kraft unseres Landes stärken und so dazu beitragen, daß neue Arbeit entstehen kann und daß bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. (D)
- Wir wollen nachhaltiges Wirtschaften fördern, ein qualitatives Wachstum, das ökologische Belastungen von vornherein vermeidet.
- Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken durch eine Politik, die auf solidarisches Miteinander setzt und die den Sozialstaatsauftrag unseres Grundgesetzes mit Leben erfüllt.
- Wir werden die Neuverschuldung zur Finanzierung des Landeshaushalts drastisch abbauen, und das wird nicht ohne tiefe Einschnitte gehen.
- Meine Damen und Herren! In Zeiten des Umbruchs haben Patentrezepte und Schwarz-Weiß-Denken Konjunktur. Dem will die Landesregierung entgegenwirken. Wir kommen nur dann zu vernünftigen Lösungen, wenn wir falsche Gegensätze überwinden:
- Arbeit und Umwelt gehören zusammen, wenn wir unsere Verantwortung für kommende Generationen ernst nehmen.
- Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gehören zusammen, wenn wir Wohlstand für alle und soziale Stabilität wollen.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(A) Die Sicherheit aller und die persönliche Freiheit des einzelnen gehören zusammen, wenn Liberalität und Toleranz unser Zusammenleben bestimmen sollen.

Die Wahrnehmung der Interessen unseres Landes und internationale Solidarität gehören zusammen, wenn wir das friedliche und gedeihliche Zusammenleben in der "einen Welt" wollen.

Die Landesregierung will mit kluger Politik dazu beitragen, das zusammenzuführen, was zusammengehört. Die Erfahrung zeigt, daß sich vermeintlich unvereinbare Positionen oft so überbrücken lassen, daß beide Seiten vorankommen. Das gilt für flexiblere Arbeitszeiten, die die Wünsche der Beschäftigten besser als bisher erfüllen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen stärken. Das gilt für den Einsatz modernster Technik, die die Produktivität von Rohstoffen und Energie erhöht, die Ressourcen schont, aber auch die Produktionskosten senkt und dafür sorgt, daß die umweltverträglich hergestellten Produkte so auch besonders wettbewerbsfähig sind.

Wir brauchen solche intelligenten Lösungen, wenn wir Nordrhein-Westfalen als lebendige Heimat und als Wirtschaftsstandort sichern und ausbauen wollen.

(B) Walter Riester, der zweite Vorsitzende der IG Metall, ist vor kurzem nach den großen Herausforderungen der Politik für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre gefragt worden. Seine Antwort ist:

"Mein Ratschlag an diejenigen, die sich der Politik, also der Kunst des Möglichen, verschrieben haben: Hört endlich auf, vermeintliche Sicherheiten vorzutäuschen; stellt euch den drängenden Fragen ohne ideologische Scheuklappen; organisiert eine Diskussion quer durch unsere Gesellschaft und mit den verschiedenen Gruppen. Ohne Gerechtigkeit gegenüber Mensch und Natur wird nichts Gutes gelingen."

Lassen Sie uns gemeinsam in diesem Geiste nach Antworten auf die großen Zukunftsfragen suchen und die Chancen unseres Landes mehren.

Die Landesregierung sieht in der engen Verknüpfung von Arbeit und Umwelt eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß in unserem Land neue Arbeitsplätze entstehen, die wettbewerbsfähig und damit sicher sind.

Nordrhein-Westfalen ist das industrielle Herz der Bundesrepublik Deutschland. Der scharfe internationale Wettbewerb und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zwingen uns, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft in unserem Land entschlossen zu fördern, damit die

Unternehmen noch stärker auf Wertschöpfung, auf modernste Technologie und auf Spitzenproduktivität setzen.

Es bleibt die wichtigste Aufgabe der Bundespolitik und der Landespolitik, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, vor allem Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Die Landespolitik kann nicht ausgleichen, was der Bund versäumt, aber wir werden unseren Beitrag leisten.

Wir setzen auf arbeitsorientiertes, umweltverträgliches Wirtschaften, das Rücksicht auf die Endlichkeit der natürlichen Rohstoffe nimmt und das die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Kreisläufe nicht überfordert.

Seit dem Bericht der Brundtland-Kommission hat sich für das, was wir wollen, der Begriff "nachhaltiges Wirtschaften" eingebürgert. Der Begriff formuliert die Erkenntnis, daß auf die Dauer ökonomisch nicht erfolgreich sein kann, was ökologisch nicht verantwortbar ist.

Dieser Grundsatz der Nachhaltigkeit ist keine Erfindung dieser Tage. Er stammt aus der Forstwirtschaft und besagt dort, daß nicht mehr Holz genutzt werden darf, als mit Sicherheit nachwächst. So findet es sich im Badischen Forstgesetz von 1833, das den Schwarzwald vor dem Kahlschlag bewahrt hat. Übertragen auf unsere moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft bedeutet der Grundsatz der Nachhaltigkeit, daß wir Produktionsverfahren und Technologien benötigen, die möglichst wenig Rohstoffe, möglichst wenig Energie und Wasser verbrauchen, möglichst wenig Fläche beanspruchen, möglichst keinen Abfall entstehen lassen und keine zusätzliche, umweltbelastende Mobilität erzeugen.

Darum sind gerade in Nordrhein-Westfalen, im industriellen Kernland der Bundesrepublik Deutschland, technische Innovationen, Technologietransfer und die Anwendung neuer Technologien von herausragender Bedeutung.

Die Europäische Kommission hat im vergangenen Jahr festgestellt, daß die Region an Rhein und Ruhr zu den zehn wichtigsten Regionen wissenschaftlicher Innovation in Europa gehört. Das ist ein Beleg für den Strukturwandel in unserem Land, und das ist zugleich die Voraussetzung für weiteren Strukturwandel.

Unsere regionalisierte Strukturpolitik der vergangenen Jahre hat über die Bundesrepublik Deutschland hinaus Anerkennung gefunden. Wir setzen auch in Zukunft auf die regionalen Kräfte. Deshalb werden wir die Regionen dabei unterstützen, ein eigenes,

(C)

(A) unverwechselbares Profil zu entwickeln: als Zentrum der Medienwirtschaft, als Logistik- oder als Gesundheitsregion - um einige Beispiele zu nennen.

Kleine und mittlere Unternehmen sind das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes. Sie bringen den Strukturwandel voran. Sie schaffen die neuen Arbeitsplätze, die wir so dringend brauchen, und dafür verdienen sie Anerkennung. Ich wünsche mir noch mehr Unternehmer und Unternehmerinnen in unserem Land mit neuen Ideen, mit Eigeninitiative und persönlichem Engagement. Sie bekommen in Nordrhein-Westfalen Rückenwind.

Die Landesregierung wird mit einer Gründungs-offensive den Weg in die Selbständigkeit gezielt unterstützen. Wir wollen Gründungshemmnisse abbauen, den Zugang zu Risikokapital erleichtern und wirksam dabei helfen, Unternehmensneugründungen zu stabilisieren. Frauen, die sich selbständig machen, wollen wir besonders fördern.

Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Standort der Medien- und Kommunikationswirtschaft in Deutschland. Diesen Vorteil wollen wir ausbauen.

Ich habe die Zuständigkeiten für Medien- und Kommunikationswirtschaft in einem Ministerium zusammengeführt. Ich halte sie für einen der wichtigsten Wachstumsbereiche, den wir für unser Land noch stärker nutzen wollen. Mit der Landesinitiative "Media NRW" werden wir uns um die heute noch kaum überschaubaren Möglichkeiten der Multimedia-Technik kümmern.

Nordrhein-Westfalen soll die europäische Modellregion für die Nutzung integrierter Informations- und Kommunikationstechnik werden.

Weil es beim Einsatz neuer Technologien nicht nur um technische Fragen geht, sondern auch um Wertvorstellungen und um politische Gestaltungsaufgaben, gehört zu den Aufgaben der Landesinitiative auch der Dialog über die gesellschaftlichen Folgen dieser technischen Revolution.

Wir werden darauf achten, daß gesetzliche Regelungen den veränderten Bedingungen entsprechen. Das gilt für so unterschiedliche Bereiche wie den Datenschutz, den Jugendschutz oder das Urheberrecht.

In unseren Schulen sollen die jungen Menschen lernen, kompetent und verantwortungsbewußt mit den Möglichkeiten der neuen Medientechniken umzugehen.

Chancen für unser Land bieten aber nicht nur ganz neue technische Entwicklungen und die Branchen, die darauf aufbauen. Klassische Branchen wie die

(D)

(B)

chemische Industrie und die Automobilindustrie haben auch im internationalen Wettbewerb große Zukunftschancen, wenn sie sich rechtzeitig den ökologischen Herausforderungen stellen.

Nordrhein-Westfalen ist der bedeutendste Chemiestandort in der Bundesrepublik Deutschland, und das soll so bleiben. Wir unterstützen die unterschiedlichen Ansätze in Unternehmen der chemischen Industrie, Produkte und Produktionsverfahren weiterzuentwickeln - hin auf Kreislauforientierung und Nachhaltigkeit.

Die Landesregierung wird diese Entwicklung mit Blick auf die Unternehmen der pharmazeutischen und der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen weiter fördern. Der Nutzen der Biotechnologie wird allgemein anerkannt. Die Gentechnologie soll nach Auffassung der Landesregierung mit sorgfältiger Abwägung der Chancen und Risiken verantwortungsvoll genutzt werden.

Von der Landesinitiative Bio- und Gentechnologie wünsche ich mir auch wichtige Impulse dafür, die notwendige kritische Diskussion sachlich zu führen.

Wir wollen, daß die Autos der Zukunft aus Nordrhein-Westfalen kommen. Das werden andere Autos sein: sicherere, wesentlich sparsamere, und schon bei der Herstellung muß daran gedacht werden, daß soviel wie möglich wiederverwertet oder wiederverwendet werden kann. Das Auto der Zukunft muß bei Lärm- und Abgaswerten und bei der Fahrzeugsicherheit den bestmöglichen Stand der Technik bieten. Die Politik muß dafür sorgen, daß technische Innovation wirklich stattfindet und nicht in den Schranken oder Computern von Forschungsabteilungen brachliegt.

Ich begrüße den Wettbewerb um das Drei-Liter-Auto. Es wäre noch besser, wenn man solche Autos schon heute kaufen könnte. Darüber darf aber nicht in Vergessenheit geraten, daß die Automobilhersteller ihre Selbstverpflichtung erfüllen, den durchschnittlichen Verbrauch ihres gesamten Angebots an Personenwagen - ihrer ganzen Flotte - bis zum Jahr 2005 um mindestens ein Viertel zu verringern.

Im internationalen Vergleich hat Nordrhein-Westfalen - wie die Bundesrepublik Deutschland insgesamt - erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten und Arbeitsplatzreserven bei den Dienstleistungen. Deshalb wird die Landesregierung unter Einbeziehung aller Betroffenen und der interessierten Öffentlichkeit prüfen, wo bestehende rechtliche Regelungen, Beschränkungen oder Verbote nicht

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

A) mehr den gewandelten Einstellungen entsprechen und wo sie neue Arbeitsplätze verhindern.

Die Zukunft der Jugend hängt entscheidend von ihren beruflichen Perspektiven ab. Diese wiederum setzen eine qualifizierte grundlegende Ausbildung voraus. Wer keine Ausbildung hat, hat beruflich deutlich geringere Chancen.

Die meisten Jugendlichen finden über duale und außerbetriebliche Ausbildung, über Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten zu einem Beruf. Seit einigen Jahren aber wächst die Zahl derer, die nach der Schulzeit keine weiterführende Ausbildung finden. Das kommt daher, daß sich zu viele Betriebe allenfalls an ihrem unmittelbaren Nachwuchsbedarf orientieren. Das ist kurzfristig und gesellschaftlich nicht zu verantworten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Landesregierung findet sich mit dieser Entwicklung nicht ab. Wir fordern alle Beteiligten auf, sich an einem Aktionsprogramm "Jugend - Beruf - Zukunft" zu beteiligen.

Die hervorragende Ausbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist einer der wichtigsten Wettbewerbsvorteile deutscher und nordrhein-westfälischer Unternehmen. Darum ist es ein Gebot ökonomischer Vernunft, daß jede junge Frau und jeder junge Mann in Nordrhein-Westfalen einen qualifizierten Ausbildungsplatz bekommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gibt auch gute Zeichen: Viele kleine und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe, aber auch einige große Unternehmen unseres Landes werden ihrer Ausbildungsverantwortung gerecht. Sie haben sogar neue, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Ihnen möchte ich heute herzlich danken.

(Beifall bei der SPD)

Die Wirtschaft insgesamt hat ihr dem Bundeskanzler gegebenes Wort, die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich zu erhöhen, bis heute noch nicht eingelöst.

Die Landesregierung erhöht ihr Ausbildungsplatzangebot im dualen System für das Ausbildungsjahr 1995/96 um 10 %, vor allem in Berufen, die auch außerhalb des öffentlichen Dienstes gebraucht werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften in aufstrebenden Wirtschaftsbranchen darauf drängen, neue Berufsbilder und Ausbil-

dungsverordnungen wesentlich schneller als bisher, möglichst innerhalb von zwei Jahren, zu schaffen. Ich denke an die in Nordrhein-Westfalen so starke Kulturwirtschaft, an den weiten Bereich der neuen Medien, an viele Aufgaben im Umweltschutz, an Tourismus und Freizeitwirtschaft und an das Gesundheitswesen.

Im Rahmen der Jugendberufshilfe fördert das Land vor allem junge Menschen, die es besonders schwer haben, den Anforderungen einer qualifizierten Ausbildung zu genügen. Das gilt für Lernschwache, aber auch für fremdsprachige Jugendliche.

Entscheidend für die Lösung des Ausbildungsproblems bleibt aber, daß schnell mehr qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Ich stelle deshalb hier noch einmal - wie ich hoffe, unmißverständlich - fest: Die Landesregierung wird es nicht hinnehmen, daß der Einstieg in das Berufsleben für viele Jugendliche mit der deprimierenden Erfahrung von Arbeitslosigkeit beginnt.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn die Wirtschaft nicht von sich aus in der Lage sein sollte, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, dann wird die Landesregierung auf Bundesebene gesetzgeberisch initiativ werden. Wir werden dann dafür eintreten, daß zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen und bestehende gesichert werden, daß es zu einer solidarischen Ausbildungsplatzfinanzierung kommt und daß das duale System qualitativ weiterentwickelt wird.

Meine Damen und Herren, zur Wirklichkeit der Ausbildungsplatzsituation gehört auch, daß im vergangenen Jahr 10 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten. Ich bitte deshalb alle jungen Menschen, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, auch solche Angebote anzunehmen, die nicht oder nicht ganz ihren ursprünglichen Wünschen entsprechen.

Kristallisationskern aller Ansätze zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung in dieser Legislaturperiode ist das Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt", mit dem wir bestehende Förderprogramme bündeln und damit den neuen Schwerpunkt der Landespolitik im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens setzen. Die Bündelung führt zu einem Programm mit über 13 Milliarden DM und ist damit auch ein finanzpolitischer Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode. Zusammen mit privaten Folgeinvestitionen schaffen wir so Arbeitsplätze und verringern die Umweltbelastung.

(C)

A) Wichtigste Aufgabe der Umweltpolitik des Landes wird es in den kommenden Jahren sein, der Umweltvorsorge entschieden mehr Gewicht zu geben als der nach wie vor notwendigen Umweltreparatur. Darum wird die Landesregierung eine Initiative "Produktionsintegrierter Umweltschutz" auf den Weg bringen, die den Sachverstand und den Einfallreichtum all jener in Nordrhein-Westfalen zusammenführt, die in unterschiedlichen Zusammenhängen an dieser Aufgabe arbeiten.

Wir wollen, wie das alle Parteien in ihren programmatischen Papieren fordern, das Ordnungsrecht im Umweltschutz durch ökonomische Instrumente ergänzen und teilweise ersetzen, wenn das zu den gleichen oder besseren Ergebnissen führt. Deshalb brauchen wir auch eine offene Diskussion über ökologisch orientierte Abgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung wird zwei renommierte wissenschaftliche Institute beauftragen, in Gutachten darzustellen, welche Auswirkungen die Einführung unterschiedlicher ökologisch orientierter Abgaben in Nordrhein-Westfalen hätte und unter welchen Bedingungen sie verfassungsrechtlich zulässig, wirkungsvoll und zielgenau wären.

Die Landesregierung wird auf der Grundlage der beiden Gutachten entscheiden. Ich rate uns allen dazu, daß wir diese Diskussion unvoreingenommen und sachlich führen, zumal es in anderen Ländern solche Abgaben gibt. Ich nehme die kritischen Stimmen ernst. Auch in diesem Bereich dürfen wir aber nicht nur die Risiken sehen, sondern wir müssen auch die Chancen erkennen. Die Erfahrung lehrt, daß ökologisch orientierte Abgaben und Preise in den Unternehmen auch als Innovationsmotor wirken können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die Chancen für neue sichere Arbeitsplätze hängen maßgeblich davon ab, daß wir die Energieversorgung, die Verkehrsinfrastruktur und die Abfallwirtschaft so umgestalten, daß wir die natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen sichern.

In der Energiepolitik geht es darum, daß wir über die Parteigrenzen hinweg wenigstens da gemeinsam handeln, wo es keine Meinungsunterschiede gibt. Die unterschiedliche Bewertung der Kernenergie darf nicht länger als Vorwand für Stillstand und Nichtstun mißbraucht werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(C) Die Investitionsblockade gegenüber moderner Technik für die produktive Nutzung der Energie und für erneuerbare Energien muß endlich weggeräumt werden. Es darf nicht sein, daß wir heute versäumen, die energiepolitischen Weichen in Richtung Solarwirtschaft neu zu stellen, und uns morgen darüber beklagen, daß uns Japan schon wieder in einem Hightech-Bereich den Rang abgelaufen hat, nämlich bei der Solartechnologie.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Energiewirtschaft braucht verlässliche und mittelfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen, die den Klimaschutz durch Einsatz moderner Energietechnik zu einem verbindlichen Ziel machen.

Nordrhein-Westfalen soll auch in Zukunft das Energieland der Bundesrepublik bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden mit einem Bündel von Maßnahmen dafür sorgen, daß Nordrhein-Westfalen zur Nummer 1 in der Energieproduktivität, bei der Energieerzeugung und beim Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energieträger Sonne, Wind und Wasser wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Die Landesregierung wird eine Landesinitiative "Zukunftsenergien" gründen. Dieses Angebot richtet sich an große und kleine Unternehmen, an das Handwerk und an das Baugewerbe, an Energieerzeuger und Anlagenbauer, an Beratungsunternehmen und an Ingenieurbüros.

Solange und soweit unser Land auf fossile Energieträger angewiesen ist, haben für die Landesregierung heimische Steinkohle und Braunkohle Vorrang.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesplanungsbehörde hat am 31. März 1995 den Braunkohlenplan Garzweiler II genehmigt. Diese Genehmigung ist rechtsgültig.

(Beifall bei der SPD)

Zu ihr gehört, daß das Abbauvorhaben geändert werden kann und geändert werden muß, wenn schwere ökologische Schäden drohen und wenn sich der energiewirtschaftliche Bedarf gravierend ändern sollte. Auf diese Überprüfung des Vorhabens hatten ausdrücklich auch die damalige CDU-Fraktion in ihrem Antrag und ebenfalls ihr Vorsitzender Herr Dr. Linssen von dieser Stelle aus besonderen Wert gelegt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

A) Es ist bekannt, daß die Koalitionsparteien das Tagebauprojekt unterschiedlich beurteilen.

(Zuruf von der CDU: Ach nee!)

Das ist so wie beim Lauschangriff in Bonn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die SPD hält das ökologische Risiko nach allen vorliegenden Untersuchungen für beherrschbar und ist der Auffassung, daß Garzweiler II aus energiepolitischen Gründen notwendig ist und sozial bewältigt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Garzweiler II ab, weil sie den Tagebau für ökologisch und sozial nicht vertretbar halten und der Auffassung sind, daß er zur Deckung des künftigen Strombedarfs auch nicht nötig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beide Parteien haben in der Vereinbarung über die Zusammenarbeit in dieser Legislaturperiode festgestellt, daß das beschriebene Verfahren nach Recht und Gesetz stattfindet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

B) Zur aktuellen Diskussion über die Finanzierung der Steinkohle möchte ich nur eine Bemerkung machen - und wer Ohren hat zu hören, der höre -: Ich erwarte, daß der Bundeskanzler, der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister zu ihrem Wort stehen und die im Artikelgesetz für die Jahre 1999 und 2000 festgelegten Beträge von jeweils 7 Milliarden DM nicht einseitig zur Disposition stellen oder unter Sparzwänge setzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir brauchen einen Pakt der Vernunft zwischen Verkehrsteilnehmern, Verkehrswirtschaft und Politik, um Verkehr zu vermeiden, wo er vermeidbar ist, und um die nötige Mobilität umweltverträglich zu sichern. Die Politik der Landesregierung orientiert sich an dem Ziel, die Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft unseres Landes umweltverträglich und sozialverträglich zu sichern.

Wir setzen nicht auf isolierte Lösungen. Wir setzen auf ein integriertes Konzept, das Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger und die bessere Nutzung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur miteinander verbindet.

Nordrhein-Westfalen hat eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, die optimiert werden muß. Im Straßenbau gilt für uns der Grundsatz: Ausbau vor Neubau. Die Schieneninfrastruktur wollen wir stärken. Nordrhein-Westfalen soll Bahnland Nr. 1 bleiben.

Eine hervorragende Ausgangsposition, den Verkehr sicherer, effizienter und weniger umweltbelastend zu gestalten, bietet die starke Präsenz innovativer Technologieunternehmen in Nordrhein-Westfalen, die in den Bereichen der Rad-Schiene-Technik, der Telematik und der Logistik arbeiten.

Auch in der Luftverkehrspolitik müssen wir zwischen unterschiedlichen Interessen abwägen: der nötigen Mobilität, den Umweltbelangen und der Lärmbelastung von Anwohnern der Flughäfen. Deshalb wird es im Luftverkehr in den kommenden Jahren in bestimmten Bereichen Verringerungen geben, aber in anderen Bereichen auch die Entwicklungsmöglichkeiten, die wir brauchen, damit unsere internationalen Flughäfen auch in Zukunft leistungsfähig sind.

(Beifall bei der SPD)

Die internationale Anbindung Nordrhein-Westfalens wollen wir erhalten und verbessern,

(Beifall von Klaus Matthiesen [SPD] und Birgit Fischer [SPD])

Kurzstreckenflüge müssen durch ein attraktives Bahnangebot überflüssig gemacht werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Stellung Nordrhein-Westfalens als Außenwirtschaftszentrum der Bundesrepublik Deutschland werden wir stärken und Unternehmen vor allem auf den strategisch wichtigen Märkten gezielt unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Abfälle aus industrieller Produktion und aus den privaten Haushalten sind in den vergangenen Jahren in einem Maße zurückgegangen, wie das viele nicht für möglich gehalten hätten. Die Landesregierung dringt darauf, daß durch entsprechende Regelungen des Bundes und der Europäischen Union neben der Verantwortung des Produzenten für die bei der Produktion anfallenden Abfälle und Reststoffe auch die Produktverantwortung der Hersteller gestärkt wird.

Die Bezirksregierungen überarbeiten aufgrund aktueller Daten und Erkenntnisse ihre Abfallentsorgungspläne. Wir wollen die Müllvermeidungskonzepte fortentwickeln. Nach restriktiver Bedarfsprüfung durch die Bezirksregierungen tritt die Landesregierung dann dafür ein, daß keine neuen

(C)

(A) Müllverbrennungsanlagen geplant oder errichtet werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit weniger Abfälle verbrannt werden müssen, wird die Landesregierung innovative Abfallverwertungs- und Abfallbehandlungsverfahren fördern. Sobald Erkenntnisse über alternative Verfahren im großtechnischen Maßstab vorliegen und ausgewertet sind, wird die Landesregierung eine entsprechende Änderung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall anstreben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen verlangt von uns weitere Anstrengungen, die Belastung der Luft, von Flüssen, Bächen und Seen zu verringern und dafür zu sorgen, daß die Belastung unserer Böden heute nicht zu den Altlasten von morgen wird. Deshalb werden wir aktiv an dem seit langem überfälligen bundesweiten Bodenschutzgesetz mitwirken und die Sanierung von Altlasten fortsetzen.

Wasser ist ein Lebensmittel, mit dem wir sorgfältig umgehen und das wir mit allen unseren Möglichkeiten schützen müssen. Voraussetzung für den Schutz und für die Sanierung oberirdischer Gewässer ist die hochwertige Abwasserreinigung. Wir wollen alle technischen und rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Kosten für die Abwasserbeseitigung zu begrenzen, ohne den Gewässerschutz zu vernachlässigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verbesserung der ökologischen Verhältnisse und die Renaturierung von Flüssen und Bächen in unserem Land erhalten und schaffen den Tieren und den Pflanzen wichtige Lebensräume. Die Wiederherstellung von Auenlandschaften und von angemessenen Überflutungsflächen ist zugleich ein Beitrag zu einem vorbeugenden, ökologisch orientierten Hochwasserschutz, der Risiken mindert und Schäden begrenzt. Hier wird deutlich, wie eng die Verbindung zwischen Naturschutz und unmittelbaren materiellen Interessen von Bürgerinnen und Bürgern sein kann.

Die Belastung der Luft mit Schadstoffen ist in den letzten Jahren durch verschiedene Emissionsminderungsprogramme für einzelne Stoffe deutlich zurückgegangen. Nun kommt es darauf an, die Emission der Stoffe zu begrenzen, die zur Entstehung von Ozon führen.

(D)

(B) Wasser ist ein Lebensmittel, mit dem wir sorgfältig umgehen und das wir mit allen unseren Möglichkeiten schützen müssen. Voraussetzung für den Schutz und für die Sanierung oberirdischer Gewässer ist die hochwertige Abwasserreinigung. Wir wollen alle technischen und rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Kosten für die Abwasserbeseitigung zu begrenzen, ohne den Gewässerschutz zu vernachlässigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verbesserung der ökologischen Verhältnisse und die Renaturierung von Flüssen und Bächen in unserem Land erhalten und schaffen den Tieren und den Pflanzen wichtige Lebensräume. Die Wiederherstellung von Auenlandschaften und von angemessenen Überflutungsflächen ist zugleich ein Beitrag zu einem vorbeugenden, ökologisch orientierten Hochwasserschutz, der Risiken mindert und Schäden begrenzt. Hier wird deutlich, wie eng die Verbindung zwischen Naturschutz und unmittelbaren materiellen Interessen von Bürgerinnen und Bürgern sein kann.

Die Belastung der Luft mit Schadstoffen ist in den letzten Jahren durch verschiedene Emissionsminderungsprogramme für einzelne Stoffe deutlich zurückgegangen. Nun kommt es darauf an, die Emission der Stoffe zu begrenzen, die zur Entstehung von Ozon führen.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

Die Reduzierung der Dioxinmissionen aus Produktionsanlagen, die für einige Teile unseres Landes besondere Bedeutung hat, werden wir fortsetzen. Die Verringerung der Kohlendioxidmissionen hat globale Bedeutung. Wir wollen sie durch zukunftsweisende Weichenstellungen in der Energiepolitik und in der Verkehrspolitik erreichen.

Meine Damen und Herren! Zu wenigen ist bewußt, daß Nordrhein-Westfalen auch ein bedeutendes Agrarland ist, in dem das Ernährungsgewerbe eine wichtige Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD)

Ein Land hat in der Landwirtschaftspolitik nur wenige Möglichkeiten, eigene Vorstellungen zu verwirklichen. Die Landesregierung wird sich aber gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik einsetzen.

Wir wollen, daß die bäuerliche Landwirtschaft und der Gartenbau in Nordrhein-Westfalen Zukunft haben. Unser Land braucht Bäuerinnen und Bauern, die gesunde Nahrungsmittel herstellen und die Kulturlandschaften pflegen, die den ländlichen Raum prägen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Als Beitrag dazu wollen wir den ökologischen Landbau stärken, damit die wachsende Nachfrage nach ökologischen Produkten stärker als bisher aus heimischer Erzeugung bedient werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Die Zeit ist reif für neue Reformanstrengungen in der Bildungspolitik. Weit über Nordrhein-Westfalen hinaus brauchen wir eine neue Phase der Bildungsreform, die in den Schulen beginnen muß und deren Ziel ein Zuwachs an Leistungsfähigkeit und ein Gewinn an pädagogischer Vielfalt sein soll.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie muß geprägt sein von Offenheit, von der Fähigkeit zuzuhören und von der Bereitschaft, unterschiedliche Erfahrungen anzuerkennen, zu bewerten, alte Antworten zu überprüfen und neue Antworten auf neue Fragen zu finden. Das braucht Zeit.

(Heiterkeit bei der CDU)

In wenigen Wochen wird die Kommission "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft", die ich im Sommer 1992 berufen habe, ihre Empfehlungen vorlegen. Ich bin sicher, daß damit eine Diskussion in

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

a) Gang kommt, mit der Bildungsfragen endlich wieder den Rang bekommen, an dem alle interessiert sein müßten.

Wir wissen, daß Schulreformen nicht von oben verordnet werden können, wenn sie erfolgreich sein sollen. Sie müssen mitgestaltet und mitgetragen werden von den Menschen, die es im Alltag angeht.

(Heinz Paus [CDU]: Das ist ja neu!)

Mit Blick auf diese Diskussion hat die Landesregierung sich dafür entschieden, einige klare Eckpunkte zu setzen.

Die einfache Gleichung, daß steigende Schülerzahlen zu entsprechend mehr Lehrerstellen führen, ist nicht zu bezahlen. Darüber gibt es keinen Streit unter allen, die die finanzielle Lage der Länderhaushalte kennen.

Wir wollen neue Lösungen gemeinsam mit allen am Schulleben Beteiligten suchen. Die Schulen brauchen sichere Rahmenbedingungen. Darum ist es unser Ziel, im kommenden Jahr ein gemeinsam erarbeitetes Konzept vorzulegen, wie der Unterricht unter veränderten Bedingungen gesichert und finanziert werden kann. Es ist ein Gebot der Wahrheithaftigkeit, wenn ich schon heute sage: Es kann keine Bestandsgarantie für alle derzeit geltenden Rahmenbedingungen an unseren Schulen geben. Ich sage aber auch: Nordrhein-Westfalen wird im Gegensatz zu anderen Ländern auch in den kommenden Jahren alle freiwerdenden Lehrerstellen wieder besetzen.

Wir haben zusätzlich Mittel für das Programm "Geld statt Stellen" zur Verfügung gestellt. Wir wollen das Programm in Zukunft noch flexibler handhaben und darauf achten, daß diese ergänzenden Beschäftigungsverhältnisse sozialverträglich gestaltet werden.

Im Entwurf eines Nachtragshaushaltes 1995 haben wir beschlossen, für das Schuljahr 1995/96 440 Lehrerinnen und Lehrer befristet als Angestellte einzustellen. Im folgenden Schuljahr sollen noch einmal 500 Stellen dazukommen.

Wir brauchen mehr Verantwortung und mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die einzelne Schule, ohne daß der Staat seine Verantwortung vernachlässigt. Die Schulaufsicht soll sich wandeln. Sie soll Schulen ermutigen, Freiräume zu nutzen, sie soll sie beraten bei dem schwierigen Prozeß, eingefahrene Wege zu verlassen und etablierte Strukturen zu verändern.

Die Qualität der Arbeit in unseren Schulen hängt in erster Linie von den Lehrerinnen und Lehrern ab. Ich kenne ihre schwierige Arbeit, und ich weiß, daß viele von ihnen weit mehr tun als das, was man zu Recht von ihnen erwarten kann. Dafür danke ich ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei allen notwendigen Veränderungen wird es dabei bleiben, daß der Elternwille über das Angebot an weiterführenden Schulen entscheidet. Weil das so ist, wollen wir das Grundschulgutachten durch eine eingehende Beratung der Eltern ersetzen. Auf dieser Grundlage sollen die Eltern dann über den weiteren schulischen Weg ihrer Kinder entscheiden.

Als Beitrag des Landes zu einer qualifizierten Ausbildung aller Jugendlichen wollen wir die Kollegschulen und die anderen Schulen des beruflichen Schulwesens zusammenführen. Wir wollen das duale System noch attraktiver machen, die berufliche Qualifizierung verbessern und berufliche Bildungsangebote transparenter gestalten. Sozial Benachteiligte und Behinderte wollen wir gezielt fördern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit der Neubildung der Landesregierung gehört die Landeszentrale für politische Bildung zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung. Damit unterstreicht die Landesregierung die Weiterbildung als gleichberechtigte vierte Säule des Bildungswesens.

Die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen unseres Landes helfen entscheidend bei seiner ökonomischen und ökologischen Erneuerung und tragen zu seiner kulturellen Entwicklung bei.

Investitionen in Bildung und Wissenschaft bringen mittelfristig dauerhaften und hohen Ertrag. Darum haben Wissenschaft und Forschung Priorität für unser Land.

Alle lernwilligen jungen Menschen sollen die gleiche Chance zum Studium haben. Darum wollen wir die Maßnahmen und Sonderprogramme, mit denen wir die fachliche Erneuerung in unseren Hochschulen vorangebracht haben, auch in Zukunft fortsetzen. Die Landesregierung erwartet, daß der Bund auch in Zukunft das Hochschulsonderprogramm I mitfinanziert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn das nicht geschähe, wäre das ein weiterer Grund, die bisher von Bund und Ländern gemein-

(C)

(A) sam finanzierten Aufgaben nicht nur im Hochschul- und Forschungsbereich wieder ausschließlich den Ländern zu übertragen - mitsamt der Mittel, die dafür gegenwärtig im Bundeshaushalt bereitstehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden die Fachhochschulen kontinuierlich ausbauen und dafür auch zusätzliche Stellen einrichten, die allerdings zuvor an anderer Stelle im Personalhaushalt des Landes erwirtschaftet werden müssen.

(Minister Heinz Schleußer: Aber vorher!)

Die Hochschulen sollen sich der Gesellschaft weiter öffnen. Sie brauchen eine starke und demokratische Selbstverwaltung und weniger staatliche Vorgaben und Vorschriften. Mehr Eigenverantwortung und mehr Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit sollen für die Hochschulen zwei Seiten einer Medaille werden.

Die Landesregierung wird weitere Studiengänge inhaltlich reformieren und neu gestalten und eine Lehr- und Lernkultur fördern, die ganzheitliches Denken, Verantwortungsbewußtsein des einzelnen und die Eigenständigkeit der Studierenden unterstützt.

In einem schlanken Hochschulgesetz, das alle bisherigen Gesetze zusammenfaßt, wollen wir nach intensiver Diskussion mit den Betroffenen und allen Interessierten eine vernünftige Linie festlegen, die eine verbesserte demokratische Teilhabe aller Hochschulmitglieder und größere Funktionalität miteinander verbindet.

Mit einem Innovationsprogramm Forschung werden wir die wissenschaftliche Arbeit und die technologische Entwicklung in Schlüsselbereichen besonders fördern: Umwelt und Verkehr, Energie und Kreislaufwirtschaft, neue Medien und in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Das schnelle Umsetzen von Forschungsergebnissen wird immer mehr zum Motor wirtschaftlicher Entwicklungen in allen modernen Gesellschaften. Wir müssen wissenschaftliche Erkenntnisse schneller und effektiver für praktisches Handeln nutzen, damit nicht bloß die wissenschaftliche Leistung, sondern auch die Arbeitsplätze bei uns entstehen. Die Landesregierung will deshalb Patentanmeldungen fördern, bei der Gründung von Verwertungsgesellschaften an Hochschulen helfen und das Bereitstellen von Risikokapital voranbringen.

Die Landesregierung setzt sich auch in Zukunft dafür ein, daß weder der Geldbeutel noch der Paß

(D)

(B)

der Eltern über die Bildungschancen von Kindern entscheiden darf.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir lehnen die Einführung von Studiengebühren genauso ab wie die von der Bundesregierung geforderte Verzinsung des Darlehensanteils beim BAföG.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der soziale Rechtsstaat ist ein fortdauernder Auftrag unseres Grundgesetzes. Sozialstaat und solidarische Gesellschaft sind die beiden Seiten einer Medaille. Der Sozialstaat gewinnt Menschlichkeit durch Solidarität in der Gesellschaft. Die solidarische Gesellschaft gewinnt Sicherheit durch den Sozialstaat.

Aber auch die Modernisierung unserer Wirtschaft, die konsequente Verknüpfung von Arbeit und Umwelt kann auf Dauer nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Nordrhein-Westfalen wird das "soziale Gewissen" der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Beifall bei der SPD)

Darum werden wir in allen wichtigen Feldern Vorschläge für den solidarischen Umbau des Sozialstaats machen. Wir wenden uns gegen alle Versuche, den Sozialstaat zu demontieren und die Gesellschaft zu entsolidarisieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der wichtigste Beitrag zur Senkung der Sozialausgaben und der Sozialabgaben liegt im entschlossenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und in der umfassenden Verbesserung des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz.

(Beifall bei der SPD)

Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, die Arbeitslosigkeit und krankmachende Arbeitsbedingungen, die sind zu teuer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Jeder neu geschaffene Arbeitsplatz dämmt auch das Armutsrisiko ein und wirkt den Belastungen der sozialen Sicherungssysteme entgegen, die aus der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur herrühren.

Die Landesregierung setzt sich für grundlegende Veränderungen im Arbeitsförderungsgesetz ein,

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

- A) damit nicht länger Arbeitslosigkeit, sondern endlich Arbeit finanziert werden kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf Landesebene werden wir die aktive Arbeitsmarktpolitik mit Hilfe europäischer Programme fortsetzen. Mit der Gründung der START-Zeitarbeit GmbH haben wir Anfang des Jahres ein neues Instrument geschaffen, das gerade Schwermittelbaren neue Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen soll. Mit der Förderung "sozialer Betriebe" - sie sollen besonders Langzeitarbeitslose wieder integrieren - werden wir in den kommenden Jahren ein weiteres neues Instrument erproben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Illegale Beschäftigung, Lohn- und Sozialdumping und Scheinselbständigkeit müssen wir miteinander hart bekämpfen. Sie ruinieren seriöse Betriebe, sie unterlaufen die Solidarversicherungssysteme, und sie machen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitslos, die dauerhaft in Nordrhein-Westfalen leben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Bundesregierung läßt das alles weitgehend geschehen. Nordrhein-Westfalen wird deshalb mit anderen Ländern ein wirkungsvolles nationales Entsendungsgesetz in den Bundesrat einbringen. Gemeinsam mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften wollen wir energisch gegen illegale Beschäftigung und Scheinselbständigkeit vorgehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden unsere Politik für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft im Land fortsetzen und auch den Bund in die Pflicht nehmen.

Wir wollen das Beratungswesen - als Lebens-, Sozial- und Verbraucherberatung - in Nordrhein-Westfalen modernisieren und effizienter gestalten. Dabei sind wir auf die Mitwirkung der freien und der kommunalen Träger angewiesen.

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird 1996 in einigen Städten und bis 1998 überall im Land verwirklicht. Das Ausbauprogramm hat in der vergangenen Legislaturperiode mit über 125 000 zusätzlichen Plätzen eine gute Basis dafür geschaffen. Das Land fördert alle Maßnahmen weiter, die bis 1998 zur Verwirklichung des Rechtsanspruchs nötig sind.

Die Bundesregierung täte gut daran, sich mit öffentlicher Kritik an den Kommunen zurückzuhalten,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

oder - das wäre noch besser - sie sollte sich finanziell am Bau und am Betrieb von Kindergärten oder Kindertagesstättenplätzen beteiligen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In der Übergangsphase bis 1998 wird das Land Kommunen dabei unterstützen, durch überbrückende Maßnahmen - auch bei freien Trägern und Elterninitiativen - ausreichende Betreuungsangebote zu machen.

Mit dem neuen Jugendförderungsgesetz werden wir die Grundlagen für die künftigen Angebote der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit schaffen.

Meine Damen und Herren, wir wollen, daß die ältere Generation mitten im Leben steht, daß sie mitreden und mitentscheiden kann. Sie tut das auch immer mehr. In vielen Selbsthilfegruppen und Ehrenämtern sind Männer und noch mehr Frauen aktiv, die nicht mehr berufstätig sind. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unser Zusammenleben. Sie tun das aus freien Stücken bis ins hohe Alter und bleiben so ganz selbstverständlich ins gesellschaftliche Leben integriert.

Bis Ende kommenden Jahres werden wir ein "Aktionsprogramm zur sozialen Integration Behinderter" vorlegen. Wir lassen uns dabei von dem Grundsatz leiten, daß behinderte Menschen ihr Leben soweit wie möglich selber bestimmen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gesundheit hat für die Bürgerinnen und Bürger einen besonderen Stellenwert. Darum werden wir unser leistungsfähiges und differenziertes Gesundheitssystem weiter modernisieren und an veränderte Bedingungen anpassen. Wir wollen die Angebote der gesundheitlichen und sozialen Versorgung vor Ort noch besser aufeinander abstimmen und den Patienten- und Verbraucherschutz weiterentwickeln.

Mit einem Landessuchtprogramm wollen wir dazu beitragen, durch Aufklärung alle Formen der Sucht in unserer Gesellschaft zurückzudrängen.

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen leben heute fast 18 Millionen Menschen. Seit 1989 sind mehr als 400 000 deutschstämmige Aussiedler aus der früheren Sowjetunion und aus Osteuropa zu uns gekommen. Zwei Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben den Paß eines anderen Staates.

Nordrhein-Westfalen wird zusätzliche Anstrengungen unternehmen, damit Menschen, die dauerhaft hier leben, arbeiten und wohnen, sich in unserem

(C)

(A) Land auch wirklich heimisch fühlen können, unabhängig davon, woher sie oder ihre Eltern stammen. Wir werden das friedliche Zusammenleben fördern und allen Formen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung entschieden entgegenzutreten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Junge Menschen, deren Eltern oder Großeltern vor vielen Jahren nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, gelten weiter als Ausländer, obwohl sie in Köln oder Dortmund, in Wesel oder Bielefeld geboren und dort genauso zu Hause sind wie Gleichaltrige, deren Eltern einen deutschen Paß haben. Deshalb wird sich die Landesregierung weiter dafür einsetzen, die Einbürgerung zu erleichtern und dabei auch Mehrstaatigkeit zu akzeptieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gilt in besonderer Weise für diejenigen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die schon in zweiter oder dritter Generation bei uns leben.

Das völkisch geprägte deutsche Staatsangehörigkeitsrecht muß dringend geändert werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen wird dazu im Bundesrat initiativ werden, wenn die Bundesregierung nicht in Kürze einen zeitgemäßen Gesetzentwurf vorlegen sollte.

(D)

(B)

Die ausländischen Bürgerinnen und Bürger haben als Steuer- und Abgabenzahler die gleichen Pflichten wie ihre deutschen Nachbarn. Dem sollten auch mehr Rechte gegenüberstehen. Deshalb hält es die Landesregierung für notwendig, daß nicht nur Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, sondern alle, die seit längerem in Nordrhein-Westfalen leben, das kommunale Wahlrecht bekommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Flucht und Vertreibung - das lernen wir jeden Tag - bedrohen Menschen existentiell. Ihre Ursachen zu beseitigen, wollen wir als Land auch in Zukunft beitragen.

Nicht alle Menschen, die aus verständlichen Gründen nach Nordrhein-Westfalen kommen, können ein Bleiberecht beanspruchen. Aber wer darauf angewiesen ist, erhält ein Bleiberecht. Die Landesregierung tritt dafür ein, daß Entscheidungen über Asyl- und Bleiberecht zügig getroffen werden und daß Menschen nicht länger in Länder abgeschoben

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

werden, in denen Leib und Leben durch Folter und Krieg in Gefahr sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Landesregierung unterstützt die laufende Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz und Hessen, durch die eine Härtefallregelung für sogenannte Altfälle erreicht werden soll.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Liberalität und Toleranz, die Förderung der bürgerschaftlichen Eigeninitiative und der örtlichen Selbstverwaltung, die Achtung und der Schutz von Minderheiten und die Stärkung ihrer Rechte sind Leitziele unserer Innen- und Rechtspolitik.

Wir wollen die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger sichern, wir wollen das friedliche Zusammenleben fördern und alle Menschen nach Kräften vor Gewalt schützen.

Das friedliche Zusammenleben hängt in erster Linie von der Bereitschaft jedes einzelnen ab, sich zu vertragen. Nichts kann demokratisches Engagement, gute Nachbarschaft und solidarisches Einstehen für den anderen ersetzen.

Der demokratische Rechtsstaat muß die Bürgerinnen und Bürger schützen. Deshalb setzen wir auf eine leistungsfähige, qualifizierte Polizei, auf ihre Anwesenheit und ihre Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit.

Um Straftaten vorzubeugen und um zur besseren Aufklärung beizutragen, werden wir den Aufbau des Netzes von kriminalpräventiven Räten weiter fördern.

Die Landesregierung tritt dafür ein, daß die Bekämpfung organisierter Kriminalität und der Geldwäsche intensiviert und die richterliche Kontrolle bei Abhörmaßnahmen verbessert werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine besonders wichtige Aufgabe sieht die Landesregierung in der Bekämpfung der Drogenkriminalität. Die Strafverfolgungsbehörden werden sich noch stärker auf die Nutznießer und Hintermänner von Handel, Schmuggel und Produktion illegaler Drogen konzentrieren müssen. Wir wollen die staatlichen Sanktionsmittel gegenüber suchtkranken Menschen überprüfen und das betäubungsmittelrechtliche Opportunitätsprinzip ausweiten.

Gustav Heinemann hat einmal gesagt: "Das Recht ist die Waffe des Schwachen". Damit alle Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert zu

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

A) ihrem Recht kommen, wird die Landesregierung auch neue Wege gehen. Wir wollen zum einen die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Justizbehörden verbessern und zum anderen die rechtlichen Rahmenbedingungen den neuen Herausforderungen anpassen.

Die Länder sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, bei Bagatellstreitigkeiten dem Zivilprozeß ein obligatorisches Schlichtungsverfahren vorzuschalten. Auch deshalb werden wir eine Initiative für ein zweites Rechtspflegeentlastungsgesetz ergreifen.

In der gesamten Justiz werden wir die informationstechnische Unterstützung weiter verbessern und neue Formen der Arbeitsorganisation erproben. Mit Vorrang wollen wir das Grundbuch und das Handelsregister modernisieren. Das entlastet die Justiz und kommt der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugute.

Wo das rechtlich und moralisch vertretbar ist, wollen wir Haftstrafen vermeiden. An ihre Stelle sollen mehr als bisher der Täter-Opfer-Ausgleich, die Wiedergutmachung von Schäden und gemeinnützige Leistungen treten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3) Wo das Strafrecht in seiner ganzen Härte angewendet werden muß, hängt seine Wirkung davon ab, daß besonders sozialschädliche Straftaten schneller und konsequenter verfolgt werden. Deshalb wollen wir die Dauer von Strafverfahren begrenzen, ohne die Rechte der Beteiligten zu verletzen.

Meine Damen und Herren, mit der Regierungsneubildung habe ich die Querschnittsaufgaben Stadtentwicklung, Kultur und Sport in einem neuen Ministerium zusammengeführt. Nordrhein-Westfalen geht damit bundesweit einen neuen Weg, von dem ich mir wichtige Impulse für die Zukunft unserer Städte und Regionen, für Kultur und Sport, für die Lebensqualität in unserem Land erwarte.

Stadtentwicklung, Kultur und Sport, das sind Aufgaben, die die Menschen in unserem Land ganz unmittelbar berühren: in ihrem Stadtteil, in der Nachbarschaft, in den Vereinen, bei ihren kulturellen und sportlichen Interessen und in ihrem sozialen Engagement.

Politik kann hier manches erreichen, aber bei weitem nicht genug. Deswegen brauchen wir neue Formen, wie wir Politik betreiben, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht an ihrem Lebensgefühl vorbei.

Wir müssen und wollen genauer zuhören, was die Menschen in ihrem Alltag bewegt. Wir möchten möglichst viele Menschen zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Lebenswelt ermuntern. Dazu brauchen wir eine neue Kultur des Gesprächs über Generationsschranken, über kulturelle Grenzen, über soziale Milieus hinweg.

Wir wollen einen Modernisierungsschub in der Fähigkeit von Land, Städten und Regionen, bei begrenzten öffentlichen Mitteln die Lebenswelt der Menschen so bürgernah wie möglich zu gestalten.

Wir wollen für die Zukunftsentwicklung ehrenamtliches Engagement sichern und weiter ausbauen. Wir setzen auf die Vitalität der Vereine; den Aufbau von "Stadtforen für den Sport" werden wir unterstützen.

Die Landesregierung wird eine Initiative "Wie wollen wir leben?" starten, die Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gibt, auf ganz unterschiedliche Weise darzustellen, wie sie sich die Zukunft von Familie und Ausbildung, von Arbeit und Freizeit vorstellen.

Kultur und Sport sind aber nicht nur wichtige Lebensbereiche, sie sind auch Wirtschaftsbereiche mit hohen Zuwachsraten. Zusammen mit den Investitionen in die Stadtentwicklung helfen sie mit, die Wirtschaftskraft unseres Landes zu sichern und seine Zukunftsfähigkeit zu stärken.

Die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalen sucht in ihrer Vielfalt und ihrer Farbigkeit, in ihrer Bodenständigkeit und ihrer Weltoffenheit ihresgleichen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ermuntert alle Städte und Gemeinden, sich noch stärker als bisher um regionale Kooperation zu bemühen. Diese Anstrengungen werden dann besonders erfolgreich sein, wenn die Gestaltung des kulturellen Angebots im Zusammenhang gesehen wird mit Fragen der Stadtentwicklung, der Flächenpolitik und des Tourismus, von Bildungs-, Freizeit- und Sportpolitik bis hin zum wirtschaftlichen Strukturwandel.

Das Land bietet den Regionen an, dafür gemeinsam die Grundlagen zu schaffen, und es wird durch seine eigenen Einrichtungen und Fördermaßnahmen neue Akzente setzen und dafür auch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Unser Ziel ist es, daß am Ende solcher Prozesse regionale Kulturentwicklungskonzepte stehen, die spezifische regionale Profile herausarbeiten, Förderungsschwerpunkte definieren und die regionalen Kräfte und Fähigkeiten bündeln.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(A) Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park zeigt, was möglich ist, wenn eine Region sich ernsthaft bemüht, weg von isolierten Einzelvorschlägen hin zu einem Gesamtkonzept zu kommen.

In der Kulturwirtschaft und in einem Tourismus, der auf einer lebendigen Kunstszene und auf einem attraktiven kulturellen Angebot aufbaut, sehe ich auch eine neue wichtige Aufgabe für die Internationale Bauausstellung und ganz erhebliche Chancen für das gesamte Ruhrgebiet. Der Erfolg der Zwischenpräsentation in der Region, in der Fachwelt und in der internationalen Öffentlichkeit hat bewiesen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden die Erfahrungen für andere Regionen unseres Landes nutzen.

Wir wollen die Internationale Bauausstellung Emscher-Park fortsetzen. Die Schlußpräsentation soll 1999 stattfinden.

Die Stadtentwicklungspolitik und die Wohnungspolitik der vergangenen Jahre haben wesentlich dabei mitgeholfen, daß krisenhafte Entwicklungen, wie sie in anderen Regionen Europas zu beobachten sind, vermieden werden konnten. Wir werden auch in Zukunft ressortübergreifend mit einem integrierten Handlungskonzept zur Stabilisierung gefährdeter Stadtteile beitragen. Dabei wollen wir Infrastrukturinvestitionen noch stärker kombiniert mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen fördern.

Die Landesregierung bietet den Unternehmen in Handel und Handwerk, in Gewerbe und Dienstleistungen eine Gemeinschaftsinitiative "Vitale Stadt" an. Unser Ziel ist es auch, mit Hilfe neuer Technologien dafür zu sorgen, daß die Städte für den Wirtschaftsverkehr problemlos erreichbar bleiben, und sie gleichzeitig davor zu bewahren, im individuellen Autoverkehr zu ersticken.

Wir wollen - wo immer es geht - eine Stadt der kurzen Wege. In vielen Städten und Gemeinden unseres Landes gibt es Überlegungen und Planungen für Siedlungen ohne Autoverkehr. Die Landesregierung will die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und entsprechende Projekte fördern. Sofern es rechtliche Hindernisse gibt, werden wir sie beseitigen. Unser Ziel sind viele wohnungsnaher Möglichkeiten für Bewegung, Spiel und Sport.

Die Landesregierung wird die Städte und Gemeinden dabei unterstützen, militärische und industrielle Altanlagen und Brachflächen neu zu nutzen: für neue Arbeitsplätze, für Wohnungen, als Räume für Begegnung und Kultur oder für Zwecke des Sports.

In den zurückliegenden fünf Jahren sind in Nordrhein-Westfalen so viele Wohnungen gebaut worden wie schon lange nicht mehr. Dazu haben auch die außerordentlichen Anstrengungen des Landes beigetragen. Es gibt aber nach wie vor erheblichen Bedarf an bezahlbaren Wohnungen für Familien und für Alleinstehende mit unteren und mittleren Einkommen. Ihnen fühlen wir uns besonders verpflichtet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum wird die Landesregierung auch in den kommenden fünf Jahren das Wohnungsbauprogramm auf hohem Niveau fortsetzen. Wir wollen mindestens 27 000 Wohnungen jährlich fördern, und wir wollen das Landeswohnungsbaupotenzial im jetzigen Umfang langfristig als revolving Fonds erhalten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die bestehenden Förderinstrumente müssen weiterentwickelt werden. Der Wohnungsbau kann und muß billiger werden. Darum werden wir für die Neubauförderung eine verbindliche Kostenobergrenze festlegen. Wir wollen, daß Frauen stärker als bisher an der Planung und dem Bau von Wohnungen und Siedlungen beteiligt sind.

Wir werden die bisherigen Förderprogramme durch ein sozial ausgewogenes nordrhein-westfälisches Modell einer einkommensabhängigen Förderung ergänzen. So können die Sozialmieten flexibel an die Entwicklung der Einkommen der Mieterinnen und Mieter angepaßt werden.

Damit Familien und einzelne auch bei geringem Einkommen die Chance haben, in eigenen vier Wänden zu wohnen, wird die Landesregierung Initiativen noch stärker unterstützen, die sich am Grundsatz "einfach und selber bauen" orientieren.

Neubau allein reicht aber nicht aus, um vielen Menschen zu einer Wohnung zu verhelfen. Darum ist es so wichtig, preiswerten Wohnraum zu erhalten. Die Landesregierung wird die bestehenden Förderprogramme zum Erwerb von Mietpreis- und Belegungsbindungen ausweiten und weiterentwickeln. Wir wollen durch Modernisierung, durch die Förderung von Umbau und Ausbau neuer Wohnraum gewinnen und neues Leben in alte Gebäude bringen.

Ökologische Aspekte werden bei der Förderung des Wohnungsbaus in den kommenden Jahren wachsende Bedeutung bekommen. Wo und wie wir neue Wohnungen bauen, das entscheidet auf lange Zeit

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

1) über Flächen- und Energieverbrauch, über Belastungen des Naturhaushaltes, und das bestimmt über neue Verkehrsströme.

Wir werden das Programm "Zukunftsweisende Bauvorhaben" ausweiten und die Erfahrungen stärker für die allgemeinen Förderprogramme nutzen. Mit einem Programm zur energetischen Nachrüstung von 100 000 Altbauwohnungen schaffen wir zusätzliche Anreize für das Energiesparen.

Die Neubauförderung im sozialen Wohnungsbau wollen wir bis 1998 auf den erfolgreich erprobten Niedrigenergiehausstandard umstellen. Flächenschonende Erschließung und flächensparende Bauweise müssen zur Regel werden.

Neue Siedlungen sollten mit dem öffentlichen Personennahverkehr gut erreichbar sein. Darauf werden wir bei der Vergabe von Fördermitteln achten.

Der öffentlich geförderte Wohnungsbau und der Staatshochbau sollen auch in anderer Hinsicht Beispiel geben. Ich denke an umweltverträgliche Baustoffe.

Wohnungsbauförderung und staatliches Bauen haben nicht nur große soziale und ökologische Bedeutung. Sie sind auch ein wichtiges Investitionsprogramm. Mit Bauinvestitionen von knapp vier Milliarden DM sichert das Land die Beschäftigung von 100 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Bauen ist ein Markt mit Zukunft. Er bietet große Chancen, energie- und kostensparende Produkte zu entwickeln und damit auch neue Absatzchancen für nordrhein-westfälische Unternehmen zu erschließen.

Die Landesregierung will diesen Prozeß mit einer "Zukunftsinitiative Bau" gemeinsam mit den in der Bauwirtschaft tätigen Unternehmen unseres Landes fördern und beschleunigen. Das wichtigste Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten und zu stärken.

Meine Damen und Herren! Gleiche Chancen für Frauen und Männer waren und sind für uns Leitbild in allen Politikbereichen. Deshalb werden wir die aktive Frauenförderpolitik des Landes konsequent fortsetzen und weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Den Weg zu einer gleichberechtigten, partnerschaftlichen Gesellschaft können wir nur gemeinsam gehen. Frauen und Männer müssen dafür gleichermaßen Verantwortung übernehmen.

Das Land wird als Arbeitgeber auch in Zukunft seiner Verantwortung für eine aktive Frauenförderung und für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht werden.

Nordrhein-Westfalen hat schon 1989 für die öffentliche Verwaltung ein Frauenförderungsgesetz mit einer verbindlichen leistungsbezogenen Zielquote von 50 % beschlossen. Für den Landesdienst gibt es darüber hinaus ein Frauenförderkonzept, das weitreichende Regelungen zu Teilzeit, Beurlaubung und Fortbildung enthält.

Wir wollen in einem Landesgleichstellungsgesetz die bestehenden Richtlinien zusammenfassen und weiterentwickeln und sie für Land und Kommunen gleichermaßen verbindlich machen.

Die Chancen von Frauen in der Privatwirtschaft zu verbessern, ist in erster Linie Sache der Unternehmen, und immer mehr Unternehmen erkennen, daß sie ohne qualifizierte Frauen weniger leistungsfähig sind. Aber auch die Landesregierung wird ihre Möglichkeiten zur Frauenförderung in den Unternehmen nutzen.

Mit dem Aktionsprogramm "Frau und Beruf" hat Nordrhein-Westfalen als erstes Land verbindliche Regelungen zur gezielten Förderung von Frauen in allen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturprogrammen des Landes verankert. Wir wollen das Aktionsprogramm fortschreiben und weiterentwickeln, damit Frauen an den beschäftigungspolitischen Wirkungen aller Programme tatsächlich gleichberechtigt teilhaben können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Einrichtung der Regionalstellen "Frau und Beruf" war ein wichtiger Schritt zur Verknüpfung von Wirtschafts-, Struktur- und Gleichstellungspolitik. Wir wollen sie in dieser Funktion sichern und stärken.

Zusammen mit den Spitzenorganisationen der Wirtschaft und den Gewerkschaften hat die Landesregierung die Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" begonnen. Die Umsetzung der Empfehlungen für eine frauenfördernde Personalpolitik vor Ort wollen wir gemeinsam durch Information, durch konkrete Hilfen und Beratung unterstützen. Sollte die Landesinitiative bis zum Ende des Jahres 1997 nicht den Erfolg haben, den wir ihr wünschen, wird die Landesregierung im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten verbindliche Maßnahmen festlegen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(A)

Die Landesregierung wird keine Aufträge an Unternehmen vergeben, die Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer ungeschützt beschäftigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit Dienstleistungspools wollen wir modellhaft erproben, ob und wie sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten geschaffen werden können.

Entscheidend für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist, daß Beruf und Familie miteinander vereinbar sind. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern.

Vorrang im schulischen Bereich hat für uns die Grundschule mit verlässlichen Anfangs- und Schlusszeiten. Dafür wird das Land den Gemeinden Zuschüsse für zusätzliche Betreuungsangebote anbieten.

Durch Abstimmung und Vernetzung der vorhandenen Angebote öffentlicher und freier Träger der Jugendpflege, des Sports und der Kultur wollen wir mehr Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen.

Auch die Arbeitszeiten müssen familienfreundlicher gestaltet werden. Wir wollen Klein- und Mittelbetrieben bei der Entwicklung solcher Modelle helfen. Wir wollen, daß Eltern mit kleinen Kindern einen Rechtsanspruch auf Teilzeit haben und der Erziehungsurlaub flexibler in Anspruch genommen werden kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In Schule und Erziehung wird häufig unbewußt noch ein einseitiges Rollenverhalten von Jungen und Mädchen verstärkt. Darum wollen wir die Koedukation inhaltlich weiterentwickeln und Konzepte und Instrumente der Mädchenförderung zum integrativen Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern machen.

Gewalt an Frauen und Kindern in unserer Gesellschaft ist schreckliche Realität. Wir wollen der Gewalt Einhalt gebieten, den Opfern Schutz und Hilfe geben und die Täter konsequent bestrafen. Darum haben wir ein flächendeckendes Netz an Frauenhäusern aufgebaut, und darum fördern wir Mädchenhäuser und Frauenberatungsstellen. Wir werden das Netz an Frauenhäusern vervollständigen und ihre Personalausstattung verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Anforderungen an staatliches Handeln werden in Zukunft nicht abnehmen, sondern wachsen. Die neuen Heraus-

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

forderungen können nicht nach alten Mustern gelöst werden.

Der Staat muß seiner Verantwortung für soziale Sicherheit und ökologische Zukunftsvorsorge gerecht werden, ohne immer neue Behörden und ohne ein immer engeres Regelungsnetz zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Darum werden wir mehr Verantwortung auf die unteren Ebenen verlagern und die Aufgaben- und Finanzverantwortung besser zusammenbringen. Dezentralisierung darf aber nicht dazu führen, daß die landespolitische Verantwortung vernachlässigt wird.

Der Erfolg aller notwendigen Veränderungen hängt auch davon ab, daß die Beschäftigten frühzeitig in die Überlegungen einbezogen werden. Ohne ihre Ideen, ihr Engagement und ihre Bereitschaft, umzudenken und neu zu handeln, werden neue Organisationsformen und wird ein moderneres Personalmanagement nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird deshalb mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Rahmenvereinbarung über die Ziele der Verwaltungsreform abschließen.

Bis zum Ende dieser Legislaturperiode werden alle Bereiche der Landesverwaltung aufgabenkritisch überprüft, und in vielen Bereichen wird die Umstellung auf neue Arbeitsformen schon abgeschlossen sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen mit den Kommunen darüber reden, welche weiteren Aufgaben sie mit den entsprechenden finanziellen Mitteln übernehmen können, und auch darüber, wie die Zukunft der höheren Kommunalverbände aussieht. Wir wollen das Verhältnis der staatlichen und der kommunalen Aufgaben und die Aufgabenverteilung auf die verschiedenen Ebenen prüfen und sie - wo das nötig ist - neu bestimmen.

Der Verwaltungsaufbau in Nordrhein-Westfalen soll auch in Zukunft dreistufig sein, weil das angesichts der Größe unseres Landes nötig ist. Wir brauchen eine staatliche Mittelinstanz als Bündelungsbehörde. Neue Sonderbehörden wird die Landesregierung nicht errichten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung hängt entscheidend von der Motivation und der Lei-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(A) stungsbereitschaft der Beschäftigten ab. Wir wollen ihnen neue Angebote machen.

Was in privaten Unternehmen mit viel Erfolg praktiziert wird, muß auch in der öffentlichen Verwaltung möglich sein: Wir werden die Fortbildung, auch für Führungskräfte, verstärken. Neue, flexiblere Arbeitszeitmodelle liegen im Interesse der Beschäftigten und können oft die Leistungsfähigkeit und das Dienstleistungsangebot des öffentlichen Dienstes verbessern.

Beamte wollen wir nur noch für einen engeren hoheitlichen Bereich einstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Möglichkeit schaffen, Führungspositionen auf Zeit und auch als Teilzeitbeschäftigung zu vergeben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Bezahlung von Beamten und Angestellten soll sich stärker als bisher an der tatsächlichen Leistung orientieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sehe in einer grundlegenden Reform der öffentlichen Verwaltung, wie sie gegenwärtig überall diskutiert wird, einen ganz wichtigen Beitrag zur Modernisierung unseres Landes. Die Lebensqualität vieler Menschen hängt davon ebenso ab wie die Leistungsfähigkeit vieler Unternehmen.

B)

Meine Damen und Herren! Finanzpolitische Solidität wird eines der Markenzeichen dieser Koalition sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Auweia!)

Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß unser Land heute und in Zukunft handlungsfähig bleibt.

Die Ausgaben sollen in den kommenden fünf Jahren jeweils geringer wachsen als die Einnahmen. Wir werden die Personalausgaben auf durchschnittlich 40 % der Ausgaben des Landes und 50 % der Steuereinnahmen begrenzen. Die Landesregierung wird per Saldo keine Gesetze oder Verordnungen beschließen, die Städte und Gemeinden oder das Land zusätzlich belasten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wollen die Nettokreditaufnahme von sechseinhalb Milliarden DM im Jahr 1995 auf eine Milliarde DM im Jahr 2000 verringern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Anteil der Zinsausgaben im Landeshaushalt muß zurückgehen, damit wir finanzpolitische Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewinnen und so zusätzliche Mittel für Zukunftsinvestitionen bekommen. Dieses ehrgeizige Ziel können wir nur erreichen, wenn wir zu einschneidenden Maßnahmen bereit sind:

- Die Landesregierung wird alle Förderprogramme und sonstigen Zuwendungen des Landes erneut darauf überprüfen, ob sie noch notwendig sind und ob sie nicht effektiver eingesetzt werden können. Neue Förderprogramme sind nur in dem vorgegebenen finanzpolitischen Rahmen möglich und sollen von vornherein zeitlich befristet sein.

- Wir müssen den beschlossenen Abbau von 12 000 Stellen so schnell wie möglich verwirklichen. Die Landesregierung geht davon aus, daß sie in dieser Legislaturperiode den Abbau von weiteren 10 000 Stellen beschließen wird.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

- Wir werden den Verkauf aller Landesbeteiligungen fortsetzen, auf die wir nicht aus strukturellen Gründen angewiesen sind.

- Wir haben die Verwaltung des Liegenschaftsvermögens des Landes beim Finanzministeriums zusammengeführt. Wir werden sie modernisieren und diese Werte zielgerichtet einsetzen.

- In gleicher Weise werden wir auch das Forderungsvermögen des Landes einsetzen.

In der Steuerpolitik bleibt Nordrhein-Westfalen Anwalt der Normalverdiener und der unteren Einkommensgruppen.

(Beifall bei der SPD)

Das Jahressteuergesetz sähe für Normalverdiener und für Familien deutlich schlechter aus, wenn Nordrhein-Westfalen nicht gemeinsam mit anderen Ländern erhebliche Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen der Bundesregierung erreicht hätte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben das getan, meine Damen und Herren, obwohl es die Finanzen von Land und Gemeinden weiter belastet.

Die Modernisierung der Landesverwaltung und die Finanzpolitik berühren in besonderer Weise das Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Mit der neuen Gemeindeordnung haben wir auf viele Vorgaben des Landes verzichtet. Wir stellen den

(C)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(A) Kommunen die Mittel für wichtige Aufgaben ohne komplizierte Anträge und Nachweise zur Verfügung. Wir wollen diesen Weg weitergehen und die Kommunen vor allem dabei unterstützen, ihre Haushaltsprobleme zu lösen. Die Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz sollen sich in den kommenden Jahren wie die Ausgaben des Landeshaushalts insgesamt entwickeln.

Auf der Grundlage eines Gutachtens im Auftrag des Innenministeriums, das der Innenminister in der vergangenen Woche allen Fraktionen, den kommunalen Spitzenverbänden und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt hat, wollen wir prüfen, in welchen Punkten und in welchen Schritten der kommunale Finanzausgleich verändert werden sollte.

Das Gutachten und seine Empfehlungen sollten intensiv und unter allen Gesichtspunkten diskutiert werden. Die Landesregierung wird auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Diskussion dem Landtag Vorschläge für eine verändertes Gemeindefinanzierungsgesetz machen.

Die neue Gemeindeordnung hat die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger erweitert und ihnen mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid die Möglichkeit gegeben, wichtige Sachfragen selber zu entscheiden.

(D)

(B) Sobald wir ausreichende Erfahrungen mit der neuen Gemeindeordnung haben, werden wir prüfen, ob die bürgerschaftliche Mitwirkung noch weiter verbessert werden kann. Dazu gehören auch Vorschläge, das Wahlrecht zu den Kreistagen, den Stadträten und den Gemeinderäten zu verändern.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen ein starkes Nordrhein-Westfalen - stark im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger. Darum werden wir unsere Interessen gegenüber dem Bund und in der Europäischen Union weiter klar und unmißverständlich vertreten.

Nur wenn wir stark sind, können wir anderen helfen, daß sie eigene Stärken entwickeln und ausbauen können. Das ist auch in unserem Interesse. Das trägt bei zum Zusammenwachsen im vereinten Deutschland. Und das kann Hoffnung stiften für ein friedlicheres Zusammenleben in Europa.

Im kommenden Jahr soll eine europäische Regierungskonferenz den Vertrag von Maastricht weiterentwickeln und so wichtige Weichen für den künftigen europäischen Einigungsprozeß stellen.

Gemeinsam mit anderen Ländern und mit unseren Partnerregionen in Europa werden wir unsere

Vorstellungen dazu einbringen. Wir wollen erreichen, daß die Europäische Union demokratischer, bürgernäher und transparenter wird. Die Rolle der Regionen - bei uns sind das die Länder - muß gestärkt werden. Das gilt im Verhältnis zur Europäischen Union, aber auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb werden wir noch enger mit unseren europäischen Nachbarregionen zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wegen der wachsenden Bedeutung von Entscheidungen auf europäischer Ebene, gerade für Nordrhein-Westfalen, habe ich im Zuge der Regierungsneubildung das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten eingerichtet, das ich zu einem Teil bisher selber verwaltet hatte.

Wir werden uns noch intensiver darum kümmern, daß die Erfahrungen und die Interessen unseres Landes und der Länder insgesamt auf europäischer Ebene energisch vertreten werden. Das tun wir am besten selber, so sehr wir auch in Zukunft um gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bemüht sein werden.

Ich wiederhole unsere Einladung an den Ausschuß der Regionen, seinen Sitz in Zukunft in Bonn zu nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bonn steht wie keine andere Stadt für viele Jahrzehnte erfolgreicher föderaler Praxis. Die Bundesregierung und unsere Partner in der Europäischen Union könnten mit dieser Entscheidung ein wichtiges Signal setzen.

Die Landesregierung wird Bonn auch in den kommenden Jahren besonders dabei unterstützen, ein neues Profil und neue Attraktivität für die Zeit zu gewinnen, wenn Bundestag und Teile der Bundesregierung nach Berlin gegangen sind.

Wir werden auch in den kommenden Jahren die Reformstaaten im ehemaligen Ostblock bei der Stabilisierung demokratischer Verhältnisse und beim Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Gebot der Humanität und liegt längerfristig zugleich im Interesse vieler Unternehmen und Arbeitsplätze.

Wir wollen auch in Zukunft beispielhaft zeigen, daß es möglich ist, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen und dann auf neue Probleme stoßen.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

- (A) Wichtigste Aufgabe der Entwicklungspolitik des Landes ist es, das Bewußtsein für die globalen Probleme unserer "einen Welt" wachzuhalten und im Kleinen wie im Großen die Verantwortung wahrzunehmen, die ein modernes Industrieland wie Nordrhein-Westfalen für eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung trägt.

Meine Damen und Herren! Vor uns liegen schwierige Jahre: Die Landesregierung wird sich ihrer Verantwortung stellen. Wir können in vielem an das anknüpfen, was in den vergangenen Jahren verwirklicht und auf den Weg gebracht worden ist. Aber genauso geben wir neue Impulse. Die Landesregierung setzt auf Erfahrung auf Erneuerung, damit unser starkes Nordrhein-Westfalen in fünf Jahren noch ein Stück besser dasteht als heute.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Kontinuität und Erneuerung, nüchterner Realitäts-sinn und der wache Blick über den Tag hinaus werden die Arbeit der Landesregierung prägen.

Wir vertrauen auf die Kraft unseres Landes. Wir vertrauen auf die Menschen in Nordrhein-Westfalen, auf ihre beruflichen Qualitäten, auf ihre Qualifikation und auf ihr Engagement, auf ihre Erfahrung im Umgang mit schwierigen Situationen und auf ihre Bereitschaft, Solidarität zu üben.

- B) Im kommenden Jahr wird Nordrhein-Westfalen 50 Jahre alt. Wir wollen dieses Landesjubiläum hier in Düsseldorf mit einem großen Fest feiern, bei dem das vielfältige bürgerschaftliche Engagement aus allen Teilen unseres Landes deutlich werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird alles tun, was Politik tun kann, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die hier in Nordrhein-Westfalen zu Hause sind. Das kann und das wird aber nur gelingen, wenn möglichst viele dabei helfen - in den Gewerkschaften, in Wohlfahrtsverbänden und in den Kirchen, in Naturschutzverbänden und Selbsthilfegruppen, in den Sportvereinen und in vielen anderen Gruppen und Verbänden.

Ohne das Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern wäre Nordrhein-Westfalen nicht die liebens- und lebenswerte Heimat von fast 18 Millionen Menschen geworden - von Menschen mit ganz unterschiedlicher Herkunft und Tradition, aber mit gemeinsamer Zukunft.

Gemeinsam mit ihnen wollen wir dafür arbeiten, daß unser Land sozial und liberal bleibt, tolerant

und weltoffen, klar und unmißverständlich in der Ächtung von Gewalt, beständig und deshalb fähig zur stetigen Erneuerung, ohne die nichts Gutes gelingt. Glück auf! - Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren! Wir haben die Regierungserklärung entgegengenommen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir haben sie hingenommen!)

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung.

Die Aussprache über die Regierungserklärung ist für Mittwoch nächster Woche, den 20. September 1995, vorgesehen. - Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung für heute erledigt.

Ich rufe auf:

3 Aktuelle Stunde

Thema: Braunkohlenplan Garzweiler II: Gilt die am 01.04.1995 im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichte Regierungsentscheidung?

Antrag
der Fraktion der CDU
gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung hat die Notwendigkeit dieser Aktuellen Stunde eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind versunken in einem Wattenmeer schöner Worte und Allgemeinplätze. Ich freue mich, daß die Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN mit dem Schlußapplaus aus ihrem Nickerchen emporgetaucht sind.

(Oh-Rufe bei SPD und GRÜNEN)

(Minister Clement)

- (A) im heutigen System selbst erbracht wird, ist besser als eine gesetzgeberische Lösung, von der ich mir keine unmittelbare Heilung der Probleme des Ausbildungsmarktes verspreche. Sie landen sonst unweigerlich in einem öffentlichen Berufsausbildungssystem, und das wäre meines Erachtens nicht im Interesse der Unternehmen und übrigens auch nicht im Interesse des Staates. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Minister Clement. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/125 ab. Hier hat die CDU-Fraktion direkte Abstimmung beantragt. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Antragstellerin. Wer ist dagegen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 12/125 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

- (B) Wir stimmen dann über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab; das ist die Drucksache 12/168. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Antragsteller angenommen.

Ich rufe auf:

- 6 Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrags (Zweiter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/58 (Neudruck)

erste Lesung

Der Gesetzentwurf wird eingebracht durch die Landesregierung. Ich erteile Herrn Ministerpräsident Dr. Rau das Wort.

Dr. h. c. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein Gesetzentwurf mit einer langen Überschrift; er kommt gewaltig daher. Er trifft aber nur eine begrenzte, allerdings durchaus wichtige Regelung.

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 22. Juni in Berlin haben die Regierungschefs einen Zweiten Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterzeichnet. Er enthält in der Hauptsache eine Verlängerung der Möglichkeit, technische Infrastruktur zur terrestrischen Versorgung des gesamten Landes über den 31. Dezember 1995 hinaus bis zum Ablauf des Jahres 2000 aus Mitteln des Zwei-Prozent-Anteils an der Rundfunkgebühr zu fördern.

Diese Verlängerung kam vor allem dem Wunsch der neuen Länder entgegen, deren technische Infrastruktur noch nicht zufriedenstellend entwickelt ist.

Ferner wird der Landesgesetzgeber ermächtigt, die Förderung von Projekten für neuartige Rundfunkübertragungstechniken ebenfalls bis Ende Dezember 2000 als besondere, aus dem Zwei-Prozent-Anteil zu finanzierende Aufgabe zuzulassen.

Die Landesregierung hat die Form des Artikelgesetzes gewählt, um nicht nur die Zustimmung zum Staatsvertrag nach Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung herbeizuführen, sondern gleichzeitig auch die neuen Fördermöglichkeiten in unserem Land vom 1. Januar 1996 an zu eröffnen.

Damit ist gewährleistet, daß die Landesanstalt für Rundfunk zum einen über den 31. Dezember 1995 hinaus technische Infrastruktur in topographisch besonders benachteiligten Verbreitungsgebieten des lokalen Rundfunks fördern kann. Zum anderen kann sie sich von diesem Zeitpunkt an auch finanziell an Projekten für neue Rundfunkübertragungstechniken beteiligen.

Ich hoffe, daß dieser Gesetzentwurf der Landesregierung in den Beratungen fraktionsübergreifend Zustimmung findet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Einbringung des Gesetzentwurfs und darf als ersten Redner dem Kollegen Büssow - so steht es hier - das Wort erteilen.

(Nacken [GRÜNE])

- (A) rason preisen. Aber wir werden sie Ihnen immer wieder vorzuhalten wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Klaus Matthiesen [SPD])

Eines unserer Probleme in Nordrhein-Westfalen ist ja, daß wir aus Bonn für eine ökologische und soziale Wende keinen Rückenwind bekommen. Im Gegenteil bläst uns der Wind von dort nur ins Gesicht. Wo bleibt die ökologische Steuerreform? Wo die finanzielle Entlastung der Kommunen? Statt Forschung und Wissenschaft zielstrebig zu fördern, werden von der Bundesregierung die Mittel gekürzt. Wo und wie sie in Bonn nur kann, profiliert sich die CDU mit einer inhumanen und illiberalen Innen- und Asylrechtspolitik. Das aktuellste Beispiel dafür ist die Zwangsausweisung der Flüchtlinge aus dem Sudan.

(Pfui! und Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kanther hat sie in Kenntnis der dortigen Situation mit allen Gefahren für ihr Leben zurückgeschickt. Und Sozialpolitik gibt es von der Bundesregierung nur als Konterreform, als Abbau von Leistungen für die wirklich Bedürftigen. Das zeigen die Vorhaben zur Kürzung der Sozialleistungen.

- (B) Wir wollen dieser Politik von Nordrhein-Westfalen aus entgegentreten. Wir wollen, wie wir im Koalitionsvertrag beschrieben haben, - ich zitiere -

"ein Gegengewicht zur Bonner Koalition bilden, deren Politik den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährdet und zu sozialer Ausgrenzung führt, die keine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik betreibt und deren Umwelt- und Energiepolitik zu Lasten kommender Generationen geht."

Messen Sie uns in den nächsten Jahren an dieser selbst gestellten Anforderung. Unsere Wähler und Wählerinnen werden das jedenfalls tun. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Rau.

Dr. h. c. Johannes Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach fast drei Stunden Diskussion der Regierungserklärung von der vergangenen Woche möchte ich einige

Bemerkungen machen, wobei ich um Verständnis bitte, wenn ich das nicht in der Vollständigkeit der Themen tun kann, die ich in der vergangenen Woche vorgetragen habe und die die drei Redner heute vormittag aufgenommen haben. Zum Teil waren ja auch neue Gedanken und Gesichtspunkte in den Beiträgen, für die ich mich herzlich bedanke.

Ich will jetzt nicht zu einer langen Rede ansetzen. Ich glaube auch, Herr Kollege Linssen, daß Sie eine Regierungserklärung falsch bewerten oder daß Sie sie mit falschen Erwartungen befrachten,

(Manfred Bruckschen [SPD]: Wie immer!)

wenn Sie glauben, ich würde nun nach der Sommerpause in eine Einzelministerbewertung gehen und zu den einzelnen Punkten dessen, was Kabinettkollegen in den Sommermonaten gesagt, vorgeschlagen und ins Gespräch gebracht haben, wertende Urteile abgeben.

Wo Sie aber solche wertenden Urteile erwarten und erbitten, können Sie sie gerne bekommen. Dann würden Sie zum Beispiel hören, daß ich die Idee eines selbstfinanzierten Sabbatjahres für Lehrer, wie es das in einigen Bereichen schon gibt - im Hochschulbereich; auch in einigen anderen Ländern - sehr gut finde. Auch wenn mich der Begriff "Sabbatjahr" noch nicht überzeugt, finde ich den Gedanken, den Frau Kollegin Behler ins Gespräch gebracht hat, außerordentlich gut, und ich hoffe, daß wir uns mit ihm beschäftigen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Antonius Rösenberg [CDU]: Gilt das auch für andere Berufe?)

- Das gilt, wo es vergleichbar ist und wo es verglichen werden kann, auch für andere Gruppen des öffentlichen Dienstes. Ich wies schon darauf hin: An einigen Stellen gibt es das auch.

Sie haben das Kruzifix-Urteil angesprochen. Ich fand, Sie haben das sehr knapp und sehr verkürzt getan.

(Zustimmung bei der SPD)

Es wäre gut gewesen, wenn Sie nicht nur eine Formulierung aus der Kleinen Anfrage zitiert, sondern wenn Sie einmal gesagt hätten, wie Sie in den letzten Monaten den Umgang führender Politiker mit dem höchsten deutschen Gericht empfunden haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

Ich gestehe, daß ich zu denen gehöre, die große Sorge haben, daß wir unserem Staatsgefüge Schaden zufügen, wenn wir so über das Bundesverfassungsgericht reden, wie es da geschehen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bestreite nicht, daß die nachträgliche Erläuterung des Vorsitzenden des 2. Senats, Herrn Vizepräsident Henschel, hilfreich war und daß es besser gewesen wäre, wenn diese nachträgliche Erläuterung schon in der Urteilsbegründung gestanden hätte. Was es in diesem Zusammenhang aber an populistischen Aufputschungen gegeben hat, habe ich sehr beklagt. Ich habe mich dazu während der Ferien sowohl im Deutschlandfunk als auch im Westdeutschen Rundfunk deutlich geäußert. Ich bin damit manchem Mißverständnis nicht entgangen und habe auch entsprechende Briefe bekommen, als nähme ich Abschied von der christlichen Tradition des Abendlands und als hätte für mich das Kreuz nicht eine außerordentliche, über den individuellen Bereich hinausgehende Bedeutung.

In Nordrhein-Westfalen geht es aber weder um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch um eine Veränderung der bisherigen Praxis. Dies deshalb, weil es bei uns keine bayerische Grundschulordnung gibt, die aufzuheben wäre.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe mich in dieser Frage immer in der Tradition aller demokratischen Parteien in unserem Lande gefühlt, auch wenn ich weiß, daß es ebenfalls bei uns etwa während der Regierung von Heinz Kühn Diskussionen darüber gegeben hat. Diese Diskussionen sind von Aktiven und Bewußten vor allem im Justizbereich in Gang gebracht worden. Ich würde darüber zum Beispiel gerne einmal mit Herrn Dr. Klose ein Gespräch führen. Nur, billige Polemik hilft hier aber keiner Seite.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich wünschte mir, die Diskussion würde auf einem Niveau geführt, wie es im Augenblick in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zwischen Eberhard Jüngel, der darüber auch vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion vorgetragen hat, und dem früheren bayerischen Kultusminister Hans Maier in der heutigen Ausgabe der Fall ist. Das ist eine Diskussion, von der ich glaube, daß sie unverzichtbar und nötig ist. Diese Diskussion muß sensibel geführt werden.

Ich will zu einem zweiten Punkt kommen: Herr Kollege Linssen, Sie haben reklamiert, daß ich nichts zum Zustandekommen dieser Koalition gesagt hätte. Ich gestehe, daß ich erwogen habe, etwas darüber zu sagen, weshalb diese Koalition zustande gekommen ist und weshalb ich sie führe.

Ich hatte in den Wochen der Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung viel Gelegenheit, dazu etwas zu sagen. Ich habe öffentlich auch nicht verborgen, daß es für mich eines langen Entscheidungsprozesses bedurfte, bis ich gesagt habe: Ja, ich tue das. Das war keine Taktik. Das hängt auch mit meinem persönlichen Leben zusammen.

Ich war 12 Jahre - nein, 13 Jahre - in einer Koalitionsregierung, davon 10 Jahre im Regierungsamt. Das war von 1970 bis 1980. Ich habe dann 15 Jahre lang eine absolute Mehrheit in diesem Land führen können und führen dürfen. Zum Glück haben viele Menschen verstanden, daß dann eine Koalition mit einem Partner, weil man selbst nicht mehr die Mehrheit hat, ganz besonders schwer ist - auch für einen persönlich - und daß man sich das lange überlegt. Ich bin froh darüber, daß die Mehrheit dieser Menschen nach allem, was ich weiß, meine Entscheidung billigt und versteht. Von vielen wird diese Entscheidung sogar begrüßt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Frau Kollegin Nacken und Herr Kollege Matthiesen haben meiner Meinung nach recht, denn es galt, dem Wählerwillen zu folgen. Der Blick auf den Wählerwillen ist für Sie und für mich, Herr Kollege Linssen, nicht so fröhlich und tröstlich wie für unsere Partner vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die SPD hat 4 % verloren. Das ist ein Ergebnis, mit dem ich überhaupt nicht gerechnet hatte. Jetzt spüren wir den Gründen dafür nach und reden und schreiben darüber und diskutieren das. Dabei kann es auch passieren, daß einzelne Argumente aus diesen Überlegungen in den Zettelkasten des Oppositionsführers geraten. Dann wird daraus gleich - - -

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Umgekehrt auch!)

- Das machen wir alle ein bißchen gleich.

4 % von 50 % zu verlieren ist bitter, aber von 36,7 % auf 37,7 % ist auch nicht fröhlich und schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(A) Es geht aufwärts, Herr Kollege Hardt. Das heißt aber auf Deutsch, wenn dieser Trend anhält und wir verlieren immer 4 % und Sie gewinnen immer 1 %, sind Sie im Jahre 2022 im Amt.

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich gebe zu, ich habe die Zahl 2022 gesagt, weil sie so schön ist. Das wäre doch früh genug.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es muß uns aber alle beschäftigen, wie es kommt, daß die CDU stagniert ---

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir liegen jetzt über Ihnen!)

- Wir reden jetzt vom 14. Mai. Herr Linssen, ich komme gleich noch auf die ganzen Sachen zu sprechen. Das lasse ich alles nicht weg.

(Heinz Hardt [CDU]: Denken Sie an Ihre letzte Pressekonferenz in Bonn!)

- Das war nicht meine letzte Pressekonferenz; ich mache noch mehrere.

Die CDU stagniert und hat sich an die 3 vorne gewöhnt, und für uns ist die 4 vorne bitter.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir liegen schon bei 42 %!)

(B)

- Wissen Sie, ich kenne viele, die in Meinungsumfragen gewinnen und bei Wahlen verlieren.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben hier im Jahre 2000 die nächste Entscheidung.

(Zuruf von der CDU: Eher!)

- May be, may be.

Die GRÜNEN haben sich verdoppelt, und zwar von 5 auf 10 %.

(Zuruf von der CDU)

- Das ist doch auch etwas wert. - Daß sich die GRÜNEN verdoppelt haben, und das trotz eines von mir jedenfalls kaum wahrgenommenen Wahlkampfes

(Ministerin Bärbel Höhn: Oh!)

- wir haben ja einmal darüber gesprochen, Frau Kollegin Höhn -, das hat auch etwas damit zu tun, daß wir - jedenfalls wir Sozialdemokraten - uns offenbar sehr gut überlegen müssen, ob es nicht Gruppen, Schichten, auch Altersgruppen gibt, auf die wir zuwenig gehört haben. Das will ich gerne

(C) gelernt haben. Ich will ja aus diesem Wahlergebnis lernen.

Aber dieses Wahlergebnis, Herr Kollege Linssen, gab keine Alternative her für eine Regierungsbildung. Und wenn jemand geglaubt haben sollte - manche haben es geglaubt und geschrieben -, eine große Koalition wäre sinnvoller gewesen, dann wird denjenigen auch Ihre heutige Rede überzeugt haben, daß er falsch lag.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Denn es gibt zu viele Dinge, bei denen wir sehr, sehr unterschiedliche Sichtweisen haben - sehr, sehr viele Dinge -, bei denen Sie nach meiner Überzeugung die sozialdemokratischen Ansätze und die sozialdemokratische Politik in den letzten Jahren - damit meine ich die letzten 15 - nicht verstanden, nicht aufgenommen haben und bei denen Sie ein Zerrbild von dem darstellen, was nordrhein-westfälische Landespolitik in den letzten Jahren gewesen ist.

Da Sie heute morgen mit Zitaten reichlich umgegangen sind - Zöpel, Farthmann, Jens; Sie haben Karsten Voigt nicht erwähnt -, mache ich das gut und zitiere Helmut Linssen. Er hat mir am 28. April dieses Jahres geschrieben, so könnte niemand, "der das landespolitische Geschehen, insbesondere das Geschehen im Landtag, aufmerksam beobachtet, auf die abwegige Idee verfallen, die CDU strebe eine Koalition mit der SPD unter Ihrer Führung an." - Das haben Sie mir geschrieben; daran habe ich mich gehalten. Und das werfen Sie mir jetzt vor.

(Beifall bei der SPD)

Statt dessen machen Sie ein Gemisch. Und Ihre Rede vermittelt den Eindruck, als ob Sie in die Koalitionsvereinbarungen mehr hinein- als herauslesen. Das geht ein bißchen nach dem Motto: Ich lasse mir meine Vorurteile auch nicht durch Originaldokumente kaputtmachen.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn man dann einen Zuruf macht, weichen Sie ein Stück zurück. Wenn Sie etwa sagen "generelle Freigabe der Drogen" und man dann ruft: "Nein!", dann sagen Sie: "So kann man das aber verstehen!" - Sie müßten sich einmal mit Drogenpolitik befassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie müßten einmal wie ich in der vergangenen Woche bei "25 Jahre Hammer Modell" dabei sein,

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

.) wo ein bundesweit vorbildliches Drogenkrankenprogramm entwickelt und durchgeführt wird, und das auf eine Weise, die mir außerordentlichen Respekt abfordert.

Sie haben gesagt: "keine Totalopposition". Aber in allen wichtigen Fragen lehnen Sie die Politik der Landesregierung ab - oder zumindest das, was Sie dafür halten. Einer Ihrer Mitstreiter hat, wie ich gelesen habe, gesagt, es werde nicht mehr die Holzhammermethode, sondern die Nadelstiche geben. - Mein Eindruck war: Das war weder Holzhammer noch Nadelstiche, das waren Sticheleien, die wir heute gehört haben; das ist etwas anderes.

(Heinz Paus [CDU]: Ein schönes Wortspiel!)

- Danke für das Kompliment, Herr Paus. In solchen Dingen möchte ich mich nie von Ihnen über treffen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie nur einmal, Herr Linssen, was Sie zur Umwelt- und zur Verkehrspolitik gesagt haben! Vielleicht darf ich auch darauf mit einem Zitat antworten:

"Aber es ist im Bewußtsein der Bevölkerung noch nicht verankert, daß die CDU auch die Partei der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ist. Das hat nicht nur etwas mit unserer mangelnden Fähigkeit zu tun, unsere Vorstellungen in der Öffentlichkeit wirksam rüberzubringen. Der große, umfassende und in sich stimmige programmatische Entwurf zur Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie bzw. zur marktwirtschaftlichen Lösung der ökologischen Probleme ist bisher noch nicht gelungen."

Das hat der Kollege Heinz-Helmich van Schewick in einer Wahlanalyse zum Bonner Kommunalwahlergebnis gesagt. Und er fährt fort:

"Daß uns dies auch hier in Bonn bezüglich der Verkehrssituation nicht gelungen ist, war eine Hauptursache für den Wahleinbruch 1989 und den Machtverlust im vergangenen Oktober."

"Wehe dem", so Herr van Schewick, "der meint, dieses Defizit nur durch kurzatmigen Beschuß der rot-grünen Verkehrspolitik beheben zu können." - Ich schreibe Ihnen das ins Stammbuch, denn da hat Herr van Schewick recht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie beklagen die Verschuldung des Landes, und Sie bezweifeln, daß wir den Konsolidierungskurs in den nächsten fünf Jahren so fortsetzen werden, wie wir es beschlossen haben. - Ich habe allerdings klare Aussagen darüber vermisst, wie Sie sich die Finanzpolitik in den kommenden Jahren vorstellen. Und ich nehme an, Sie haben das aus gutem Grund vermieden. Wir werden nämlich schon bei den Haushaltsverhandlungen 1996 wieder feststellen, daß das Motto gilt: Sparen im allgemeinen und Mehrforderungen im besonderen. Wenn wir alle Mehrforderungen der Opposition aufgenommen hätten, wäre die Verschuldung nicht 120 Milliarden, sondern 160 Milliarden DM.

Ich will Ihnen mitteilen, wie wir in den letzten fünf Jahren gehandelt haben.

Wir lagen bei der Verschuldung je Einwohner 1988 auf Platz 6 der Länder; 1994 lagen wir auf Platz 4. Von 1981 bis 1994 hat Nordrhein-Westfalen sparsamer als alle anderen Flächenländer gewirtschaftet. Die durchschnittliche Steigerung der Ausgaben bei uns beträgt 3,1 %; sie beträgt in Bayern 4 %, in Baden-Württemberg 4,2 %, in Hessen 4,6 %.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben die hohe Steuer- und Abgabenbelastung beklagt; aber Sie haben nicht gesagt, wer für sie verantwortlich ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Bundesregierung belastet vor allem die Normalverdiener und die Bezieher kleiner Einkommen.

Das Institut Finanzen und Steuern steht nun wirklich der Wirtschaft nahe. Es hat im vergangenen Herbst das Ergebnis einer Untersuchung veröffentlicht, das zeigt, wie stark die soziale Schlagseite der Steuerpolitik der Bundesregierung ist. Die Steuereinnahmen des Gesamtstaates, meine Damen und Herren, sind von 1983 bis 1993 um 88,9 % gestiegen. Die Lohnsteuer ist um 100,1 %, die Umsatzsteuer um 104,2 % und die Mineralölsteuer um 140,6 % gestiegen. Bei den unternehmensnahen Steuern, Herr Kollege Linssen, hat die Vermögensteuer nur um 36 %, die Gewerbesteuer um 60,7 % zugenommen; den geringsten Zuwachs hatte die Körperschaftsteuer mit 17,3 %.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: In welchem Zeitraum?)

(C)

(A) - 1983 bis 1993, also ab Helmut Kohl aufwärts!

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Ich finde, daß, wenn es um Steuersenkungen geht, zuerst und vor allen anderen die Normalverdiener an der Reihe sind; sie haben jetzt einen Anspruch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sodann werben Sie hier auf eine, wie ich zugebe, besonders lockere Weise heute dafür, als erstes die Gewerbesteuer abzuschaffen. Da werfen Sie uns vor, daß wir das nicht einsähen oder daß wir das jetzt noch nicht wollten. Auch dazu will ich ihnen gerne ein Zitat sagen: 90 % der Unternehmen haben weniger als 20 Beschäftigte; denen hilft die Senkung der Gewerbesteuer gar nicht. Das entlastet nur die Großen wie Daimler, Siemens oder RWE. Hilfe braucht aber der Mittelstand; denn der schafft die Arbeitsplätze.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist nicht vom AfA-Bundesvorsitzenden Rudolf Dreßler; es ist von Klaus Bregger, dem Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung und Mitglied Ihrer Fraktion des Bundestags.

(B)

(Lachen bei der SPD - Widerspruch des Heinz Hardt [CDU])

- Ist nicht im Bundestag? Aber nach dieser Rede hat er eine Chance auf den nächsten Platz in der Reserveliste; das nehme ich doch an.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Linssen, Sie sprechen von Mittelsstandsförderung und tun so, als hätten wir die neu entdeckt.

(Klaus Malthiesen [SPD]: Genau wie der Reul. Lassen Sie das doch sein!)

Herr Kollege Linssen, sind Sie nie dabeigewesen, wenn ich mit Handwerk und Mittelstand zusammen war und wenn diese die Politik der Landesregierung anerkannt und gelobt haben? Waren Sie nie dabei, wenn deutlich geworden ist: Die Mittelsstandsförderung können Sie unter anderem daran erkennen, daß wir die gesamte Wirtschaftsförderung seit einigen Jahren umgestellt haben und daß inzwischen 85 % aller Fördermittel an die mittelständische Industrie gehen? Ich habe es hier schon vorgetragen; Sie müßten, Sie könnten es wissen.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

Nordrhein-Westfalen mit 530 000 Unternehmen ist froh darüber, daß von den 100 umsatzstärksten und größten 47 ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben. Aber sowohl bei den Ausbildungsplätzen wie auch bei den Patenten liegt der Mittelstand vor der Großindustrie. Das habe ich seit Jahren gesagt; das zeigt auch unsere Wirtschaftspolitik.

Daß ein Land, das von seiner ganzen Tradition her so sehr Land der Großindustrie gewesen ist, auch wegen der Bindung von Unternehmen bei Kohle, Stahl und Erzen an Lagerstätten, ist doch völlig selbstverständlich. Die wollen wir auch nicht zurücksetzen.

(Zurufe von der CDU)

Aber auf Mittelstandspolitik brauchen wir nicht mehr angesprochen zu werden; da haben wir keinen Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprachen auch die Modernisierung der Landesverwaltung an. Das ist in der Tat wichtig. Da liegt Nordrhein-Westfalen ganz vorn, und wir wollen weiter zulegen. Ich bin gespannt, wie die Opposition sich dann verhält, wenn es nicht um Absichtserklärungen, sondern um konkrete Schritte geht.

(C)

(D)

Wie Sie Wirklichkeit ausblenden, können Sie auch hieran erkennen, Herr Kollege Linssen - ich habe jetzt hier die Statistik über die Zahlungen der alten Länder für die finanzschwachen Länder -: Im Länderfinanzausgleich im ersten Halbjahr dieses Jahres zahlt Nordrhein-Westfalen fast 1,9 Milliarden DM - es liegt auf Platz 1 -, in den Fonds Deutsche Einheit fast 1,1 Milliarden DM; wir sind auf Platz 1. Es folgen beim Länderfinanzausgleich Baden-Württemberg und Bayern, dann Hessen, Hamburg, Schleswig-Holstein. Beim Fonds Deutsche Einheit liegt Bayern vor Baden-Württemberg. In beiden Positionen sind wir das entscheidende Geberland.

Sie müssen auch von diesem Land reden, Herr Kollege Linssen. Wenn Sie sagen, in Bayern gäbe es sechs gentechnologische Betriebe, und dann Japan und die Vereinigten Staaten dagegenstellen:

Sehen Sie sich doch einmal unser Land an. 123 produzierende Unternehmen im Bereich Bio- und Gentechnik, 109 davon in der Biotechnik und 14 in der Gentechnik. Hinzu kommen 79 Forschungseinrichtungen. Wissen Sie das alles nicht? - Sie müßten es und könnten es wissen.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Rau)

(Beifall bei der SPD)

Die Wirklichkeit darf man also nicht durch Vorurteile ersetzen, auch dann nicht, wenn es sich rhetorisch gut macht.

Lassen Sie mich zum Schluß noch folgendes sagen: Ich habe dafür zu danken, daß Sie für meine terminlichen Probleme Verständnis haben und ich nicht den ganzen Tag heute hier sein kann. Ich möchte aber noch einmal an den Anfang zurückkommen: Es war ein schwieriger Neuanfang nach dem 14. Mai. Und ich gestehe, daß ich manchmal denke, man bräuchte für die dazu geforderte Arbeitsleistung mehr Zeit.

Ich wünsche mir in der Tat - da bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung -, daß die SPD wieder in eine Situation kommt - auch und gerade auf der Bundesebene -, in der sie nicht mit sich selber beschäftigt ist, sondern in der sie ihre Entwürfe für die Zukunft gegen die der Bundesregierung stellen kann. Daß es da manche hämische Freude gegeben hat, kann ich menschlich nachvollziehen. Nur hat es auch Situationen gegeben, in denen die Union in einer Situation war, in der die Gegner gesagt hätten, die kämen da nie mehr heraus. Und? - Heute ist Kreuth wieder ein Tagungsort.

(Heinz Hardt [CDU]: War immer einer!)

- Aber heute ist es nur ein Tagungsort - ein wichtiger, ein schöner. Herr Hardt, wir wissen doch, wo das liegt.

Aber glauben Sie nicht, daß eine andere Partei Vorteile daraus zieht, wenn sie Formschwächen, Krisen, Tiefs oder auch persönliche Zerwürfnisse in einer anderen Partei zum Gegenstand der öffentlichen Erörterung macht. Ich will jedenfalls dafür sorgen, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen bleibt, was sie ist: eine Volkspartei, die die Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt und die weit über die Arbeitnehmerinteressen hinaus Menschen aus freien Berufen, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmensleitungen gewinnt, Menschen von Schulen und Hochschulen. Das ist mein Part. Da bin ich in Konkurrenz mit der Union, aber auch mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bin froh darüber, daß wir uns in den Koalitionsvereinbarungen klar darüber waren: Wir schreiben kein Parteiprogramm, sondern eine Koalitionsvereinbarung. Wir bleiben sehr unterschiedliche politische Kräfte.

Ich habe bei diesen Koalitionsvereinbarungen zwei persönliche Erfahrungen gemacht, die ich Ihnen gern vermitteln möchte: Ich habe einmal die Er-

fahrung gemacht - und ich habe das auch ausgesprochen -, daß ich in manchen Bereichen ganz weit weg bin vom Denken meiner Gesprächspartner. Ich habe mich oft gefragt, ob das am Geburtsjahr oder am Milieu oder woran sonst das liegt. Das hat mich manchmal in tiefes Nachdenken gebracht. Das habe ich auch immer öffentlich gesagt.

Ich habe aber auf der anderen Seite Männer und Frauen kennengelernt, die ich zum Teil vom Gesicht her oder vom lockeren Gespräch her kannte, aber nicht aus intensiver Zusammenarbeit, bei denen ich keinen Zweifel daran habe, daß sie mit-helfen wollen, daß das Land Nordrhein-Westfalen nach vorn kommt, bei denen ich keinen Zweifel daran habe, daß es lohnt, ihnen zuzuhören und zu prüfen nach dem alten Paulus-Wort: "Prüfet alles, das Beste behaltet".

(Oliver Wittke [CDU]: Dann hätten Sie doch mit uns eine Koalition gemacht! - Heiterkeit)

- Ich muß jetzt sagen: Eins zu null für Sie. Nur, wir sind uns damals nicht begegnet. Ich traf Herrn Reul.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Und diese Erfahrung von langen Stunden und Nächten hat mir Mut gemacht, nicht einen Feldversuch zu machen, nicht etwas für Bonn auszu-probieren, auch nicht eine Notgemeinschaft zu bilden, sondern die nach meiner Meinung richtige und beste und zukunftsorientierte Regierung für unser schönes Land Nordrhein-Westfalen, dem wir alle verpflichtet sind. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident! - Sie haben angesprochen - ich darf das noch eben sagen -, 1978 zum ersten Mal Regierungschef geworden zu sein. Ich war damals schon dabei. Ich habe einmal nachgeblättert und festgestellt, daß dies am 20. September gewesen ist, Herr Ministerpräsident, also heute vor 17 Jahren. Deswegen wollte ich das nur einmal konkretisieren. Über die Parteigrenzen hinweg wünschen wir Ihnen, bevor Herr Linssen das Wort nimmt, Gesundheit und Kraft auch für die Zukunft.

(Beifall)

Kollege Linssen, bitte schön.

(C)

(Appel [GRÜNE])

gramme in die Kabel auf konventionellem Wege eingespeist und empfangen werden können.

(Jürgen Büssow [SPD]: zwei Milliarden Mark!)

Es wurde darüber hin- und hergeredet. Ich finde diese Diskussion interessant auch vor dem Hintergrund der Medienkonzerne. Ich nenne Herrn Kirch in München und anderswo, dem ja eher Ihre Partei in den letzten Jahren die Steilvorlagen verpaßt hat.

(Zurufe des Lothar Hegemann [CDU] und der Ruth Hieronymi [CDU])

Im übrigen hätten wir - Herr Hegemann, das muß man auch einmal sagen - dieses Problem nicht in dieser Weise auf dem Tisch, wenn ihr Bundesminister Schwarz-Schilling nicht Anfang der 80er Jahre dafür zuständig gewesen wäre. Herr Schwarz-Schilling war Miteigentümer der Firma Sonnenschein. Warum sage ich das? Die Firma Sonnenschein hat unter anderem neben Batterien jede Menge Kupferkabel hergestellt. Wir standen Anfang der 80er Jahre vor der Frage, ob in der Bundesrepublik Deutschland, wenn die Straßen schon einmal aufgerissen werden, gleich Kupferkabel verlegt werden sollten oder zwei Jahre gewartet und dann Glasfaserkabel verlegt werden sollten, die eine wesentlich höhere Übertragungskapazität haben. Damals hat sich die Bundesregierung für Kupferkabel entschieden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Was richtig war!)

- Ich stelle nur einmal so die Frage: Der Postminister, der dafür verantwortlich war, war Miteigentümer der Firma Sonnenschein, und er hat diese Frage entscheidend mitbewegt. Ich gebe Ihnen das einfach mit auf den Weg; darüber sollten Sie vielleicht in Ihrer Partei noch einmal nachdenken, wenn es um Interessen geht. Und wenn es um die Frage geht, warum wir heute nur mit 31 Kanälen am Kabel sind, dann sollten Sie darüber in Ihrer Fraktion ein bißchen nachdenken. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Jürgen Büssow [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben es mit einem Engpaß in den Kabelanlagen zu tun. Das ist kein hausgemachtes Problem. Soeben ist schon darauf hingewiesen worden: Es ist auch dadurch hervorgerufen, daß die Telekom trotz der nachdrücklichen Bemühungen aller Länder und der Landesmedienanstalten nicht mehr Platz in den Kabelnetzen schafft.

Wir müssen uns dessenungeachtet dem Problem der Kabelbelegung stellen. Aufgrund der tatsächlichen Umstände sollten wir uns aber klar darüber sein: Es gibt keine rechtliche Regelung, die den Mangel beseitigen kann. Das rechtliche Instrumentarium, selbst wenn wir es verändern, kann nur Regeln aufstellen, die für die Verwaltung eines Mangels zu beachten sind.

Der Antrag der CDU-Fraktion berücksichtigt aus der Sicht der Landesregierung nicht alles, was in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muß.

Der Antrag befaßt sich ja mit zwei Dingen: zum einen mit den näheren Bedingungen, unter denen Veranstalter in Nordrhein-Westfalen eine Lizenz bekommen können, wenn ihre Programme nur über Satellit ausgestrahlt werden, zum anderen mit den Regelungen über die Rangfolge bei der Einspeisung in Kabelanlagen, die nach Auffassung der CDU für die derzeitigen Schwierigkeiten verantwortlich sind.

Nun hat im Hauptausschuß über beides eine intensive Diskussion stattgefunden. Dort ist Übereinstimmung erzielt worden, daß eine Neuregelung der Kabelbelegung wohl unumgänglich ist.

(Ruth Hieronymi [CDU]: Na also!)

Trotz der gebotenen Eile sollten wir uns allerdings ausreichend Zeit zur Prüfung lassen.

Ich sehe für die Novellierung folgende Eckpunkte:

Erstens. Die EU-Kommission hat, wie wir alle wissen, Bedenken gegen die derzeit geltenden Kabelbelegungsvorschriften erhoben. Wir sollten diesen Bedenken Rechnung tragen.

Zweitens. Die Neuregelung sollte kein bloßes Reparaturgesetz sein. Sie soll auch für die Zukunft eine tragfähige medienrechtliche Grundlage bieten.

Der Gesetzentwurf soll demgemäß nicht nur europarechtlich unbedenklich sein. Er muß darüber

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) hinaus auch den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechen. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Gewährleistung der Meinungsvielfalt zu richten sein.

Wir sollten uns andererseits hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Wir sind ja, Herr Kollege Hegemann, nicht das einzige Land, das eine Vorrangregelung hat, die "Landeskinder" begünstigt.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das habe ich nie gesagt!)

Standortpolitische Vorteile sollen deshalb im Rahmen des rechtlich Möglichen erhalten bleiben. Die Förderung des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen braucht nicht notwendigerweise im Widerspruch zu den rechtlichen Vorgaben zu stehen. Wir versuchen gegenwärtig in der Staatskanzlei, einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten, der die bislang ungelösten Probleme der Einspeisung dritter Programme zumindest entschärft. Mir hat in der Sache natürlich auch Herr Kollege Stoiber geschrieben, und ich habe Verständnis für seinen Wunsch, daß auch Bayern 3 hier empfangen werden kann. Ähnliches gilt für die Programme aus dem Norden.

(B) Allerdings müssen wir dabei auch darüber reden: Selbst wenn wir rechtliche Änderungen vornehmen, handelt es sich doch immer um Mangelverwaltung. Es wird sich keine Lösung finden lassen, die allseits Zufriedenheit herstellt. Das dürfen wir bei den Beratungen nicht vergessen.

Wir werden auch über den Vorschlag der CDU diskutieren müssen, den Einspeisungsvorrang für hier zugelassene Satellitenveranstalter abzuschaffen. Sie haben das ja sehr bildhaft geschildert.

Ich halte diesen Vorschlag freilich für sehr schlicht und deshalb auch für problematisch. Ich will nur darauf verweisen, daß geklärt werden muß, ob und welche Übergangsfristen denn Satellitenveranstalter haben, die aufgrund der Vorrangregelung schon im Kabel sind. Das ist nur eine der Fragen. Aber damit wird es nicht getan sein. Wenn man den Vorrang für Satellitenzulassungen beseitigt, so wird man symmetrisch dazu auch den Vorrang für reine Kabelzulassungen beseitigen müssen. Wir haben es also mit einer Vielfalt von Problemen zu tun, die vor uns liegen.

Ich möchte nur noch eines erwähnen. Ich meine, Veranstalter, die aufgrund ihrer Präsenz vor Ort mit unserem Land verbunden sind und ihm in ihren Programmen auch ihre Aufmerksamkeit widmen, sollte unser besonderes Augenmerk gelten. Deshalb müßten wir gemeinsam einen Weg suchen, der es ihnen möglich macht, weiterhin in den Kabelanlagen unseres Landes vertreten zu sein.

Ich bitte Sie für die künftigen Beratungen um Ihre Mithilfe, damit wir zügig zu einem überzeugenden Ergebnis kommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Hauptausschuß empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 12/312, den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 12/227 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? -

(Zurufe von der CDU: Die Mehrheit!)

Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sind die Mehrheiten klar? - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Haben Sie gezählt?)

- Wir sind uns im Präsidium einig, daß die Mehrheiten so, wie ich es gerade vorgetragen habe, waren. Es ist ja recht übersichtlich. Zählen Sie noch einmal nach. Von der CDU-Fraktion sind rund 20, von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ca. 30 Abgeordnete anwesend. Es ist von Herrn Lieven noch einmal gezählt worden.

Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen und der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6. Wir kommen zu:

(Vizepräsidentin Dr. Grüber)

(C) 7 Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages (Zweiter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/58 (Neudruck)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 12/293

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Herrn Ministerpräsidenten Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Hauptausschuß hat in der Schlußabstimmung bei seiner Sitzung am 6. Oktober einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen. Aufgrund dieses Einvernehmens der Fraktionen will ich die Redezeit, die verabredet war, nicht voll ausschöpfen. Der Regelungsgehalt des Ihnen zur Beschlußfassung vorliegenden Gesetzentwurfes ist klar.

Die Landesanstalt für Rundfunk soll zum einen auch weiterhin von der Möglichkeit Gebrauch machen können, technische Infrastruktur zur terrestrischen Versorgung des gesamten Landes über den 31. Dezember 1995 hinaus bis zum Ablauf des Jahres 2000 aus Mitteln des 2-%-Anteils an der Rundfunkgebühr zu fördern.

Im Hauptausschuß ist die Sorge geäußert worden, mit dieser Infrastrukturförderung könne auch eine indirekte Förderung des privaten Rundfunks verknüpft sein.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die Landesanstalt für Rundfunk technische Infrastruktur fördern kann. Die staatsvertragliche Regelung schreibt also nur eine Option fort. Mir wäre es lieber, wenn diese Option nicht in Anspruch genommen zu werden brauchte.

Allerdings muß das Problem gelöst werden, wie die gravierende kostenmäßige Ungleichbehandlung der lokalen Rundfunkveranstalter bei der Inanspruchnahme von Sendernetzinfrastruktur beseitigt werden kann. Die Ursache für die unter-

(C) schiedlichen finanziellen Belastungen der einzelnen lokalen Rundfunkveranstalter ist meiner Ansicht nach in der Gebührenpolitik der Telekom im Bereich der Sendernetz- und Leitungskosten zu suchen. Allerdings scheinen mir die Möglichkeiten fast ausgeschöpft, in Verhandlungen mit der Telekom zu Kostensenkungen und Rabatten zu kommen.

Wenn es also auf der Angebotsseite keinen Spielraum mehr gibt, müssen wir überlegen, wie wir die Chancen für gleiche Wettbewerbsbedingungen auf der Nachfrageseite herstellen können.

Deshalb unterstütze ich nachdrücklich die Forderung, daß es sehr bald zu einer freiwilligen Vereinbarung zwischen allen am Lokalfunk Beteiligten über eine gleichmäßige Lastenverteilung in allen Verbreitungsgebieten kommen muß. Dabei setze ich ausdrücklich auf die Einsichtsfähigkeit der Beteiligten, die gesetzgeberische Regelungen entbehrlich machen würde.

Wenn es aber keine freiwilligen Regelungen gibt, dann muß der Gesetzgeber wohl einschreiten, damit der Erfolg des flächendeckenden lokalen Rundfunks in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig nicht gefährdet ist.

Welcher gesetzgeberische Weg dann zu beschreiten sein dürfte, das haben die Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung ausdrücklich geregelt. Sendernetz- und Leitungskosten sollen mit einem Durchschnittswert bemessen und gleichmäßig auf alle Lokalfunkveranstalter umgelegt werden.

Die andere, im Gesetzentwurf enthaltene Möglichkeit, aus Mitteln des 2-%-Anteils auch Projekte für neuartige Rundfunkübertragungstechniken zu fördern, halte ich für ein ganz wichtiges Instrument, um die in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebrachten Projekte nachhaltig zu unterstützen. Sie kommen auch nicht, wie manchmal gemutmaßt wird, nur einseitig den privaten Rundfunkveranstaltern zugute. Das DAB-Projekt ist ein klassisches Beispiel dafür, daß nordrhein-westfälische Ressourcen insgesamt, vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk über die privaten Rundfunkveranstalter und die LfR bis hin zur Industrie, gebündelt eingesetzt werden sollen.

Ich bitte Sie daher, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

(D)

(C)

(D)

(Koczy [GRÜNE])

- A) Engagement und Bewußtsein in diesem Bereich. Es ist auch kein Wunder, warum in meinem Büro viele Protestschreiben eintrafen, als von den Kürzungen die Rede war.

Für Maßnahmen für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern konnten 1,1 Millionen DM an Kürzungen zurückgenommen und für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit und für Projekte im Ausland eingesetzt werden. Damit werden Projekte der Nicht-Regierungsorganisationen weiter unterstützt und zum Beispiel auch in der Region Kurdistan/Nordirak fortgeführt. Auch hier wird die Verantwortung Nordrhein-Westfalens in den Ländern des Südens und Osteuropas deutlich.

Bei diesem Haushaltsentwurf ist etwas gelungen, was auf Bundesebene einmalig ist - daran könnte sich der Bund meiner Meinung nach ein Beispiel nehmen -, nämlich die feste Verankerung von lokalen Strukturen, die sich letztendlich einfügen lassen in eine Konzeption auf regionaler und internationaler Ebene. Ich denke, dies ist ein Grund, stolz zu sein auf das, was das Land hier leistet. Ich freue mich auf die weitere Arbeit in diesem Bereich. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

E)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz kurze Bemerkungen machen und mich herzlich bedanken für die kritische Begleitung des Einzelplans O2, für den ich besondere Verantwortung trage.

Ich habe mit der Berufung eines Nord-Süd-Beauftragten und mit der Regierungserklärung 1990, in der ich die Entwicklungshilfe an den Anfang gestellt habe, eine Linie einzuschlagen versucht, von der ich glaube, daß sie jetzt eine noch breitere Basis findet. Und ich bin dankbar für das, was zu diesem Feld hier soeben gesagt worden ist.

Ich will gern nach einiger Zeit über die Arbeit der Institute, die jetzt der Staatskanzlei zugeordnet sind, eine Diskussion beginnen. Die ursprüngliche Konzeption des Wissenschaftszentrums war schon so, daß die Ressortierung in einem Hause sinnvoll gewesen wäre. Wir haben das in der ersten Phase nicht geschafft.

Mir liegt daran, daß diese Institute Ergänzungen dessen bieten, was die wissenschaftlichen Hochschulen an Angeboten haben, daß sie aber mit gleicher Freiheit forschen und publizieren können wie unsere wissenschaftlichen Hochschulen. Es wird keinen Versuch der Zensur geben gegenüber dem, was in den Instituten erarbeitet wird.

Ich danke Herrn Kollegen Grätz für das, was er zum Rundfunkstaatsvertrag gesagt hat. Ich hoffe, daß die Einigung von Berlin uns ein Stück weiterbringt und daß wir bald unter allen Ländern auch die noch streitigen Fragen ausgeräumt und positiv entschieden haben. Ich glaube nämlich, daß gerade in der Medienpolitik ein Feld für kooperativen Föderalismus besteht, auf dem wir uns bewähren müssen. Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte mit dem Nebeneinander, manchmal Gegeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk und Fernsehen führt uns in ganz neue Fragestellungen, übrigens auch in Fragestellungen, die die Befürworter eines solchen dualen Systems vor zehn Jahren noch nicht vor Augen hatten. Deshalb glaube ich, daß es sich lohnt, über diese Fragen weiter nachzudenken.

Meine Damen und Herren, der Herr Landtagspräsident hat soeben den Bürgermeister von Bethlehem begrüßt, meinen alten Freund Freij, der gestern in Köln eine Partnerschaft mit der größten Stadt Nordrhein-Westfalens geschlossen hat. Ich habe ein bißchen auf glühenden Kohlen gesessen. Ich bin Ihnen, meine Damen und Herren von allen Fraktionen, dankbar, daß Sie der Umstellung der Tagesordnung zugestimmt haben; denn um 18 Uhr soll in Düsseldorf die einzige jüdische Grundschule, die es in Nordrhein-Westfalen gibt, nach Yitzhak Rabin benannt werden. Ich bin gebeten worden, dort hinzukommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich denke, meine Damen und Herren, daß nichts stärker als der Besuch des Bürgermeisters von Bethlehem und am gleichen Tag die Benennung einer jüdischen Schule nach Yitzhak Rabin deutlich macht, wo die eigentlichen Fragestellungen unserer Zeit liegen und wo wir eigentlich zu Antworten herausgefordert sind. - Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Deshalb schließe ich die Beratung.

(C)

(Appel [GRÜNE])

-) Bremen erlebt die größte Werftenkrise seit seinem Bestehen. Platz 1 der Arbeitslosenquote im Westen; - große Koalition!

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

Sehen Sie, Herr Linssen, das zeigt, daß das, was Sie hier möchten, für dieses Land gar nicht funktionieren kann. Sie mit Ihrer Taktik, sich der SPD anzudienen, würden dieses Land in ein großes Unglück stürzen, und davor stehen zum Glück BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Sozialdemokratische Partei gemeinsam.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen belegt Hessen Platz 1 bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, Platz 1 beim Einzahlen in Bund-Länder-Finanzausgleich.

Dieser Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen ist der Beweis dafür, daß auch wir in diesem Lande von Rot-Grün profitieren. Wir werden mit dieser Landesregierung das Land nach vorn bringen, und dazu gibt es keine Alternative.

Am 14. Mai 1995 haben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen entschieden, daß sie Rot-Grün wollen. Das war kein Betriebsunfall, sondern war die Konsequenz daraus, daß immer mehr Menschen erkennen, daß Umweltzerstörung und Ressourcenverschwendung, daß Umverteilung von unten nach oben und ein immer stärker werdender Abbau von Bürgerrechten der falsche Kurs für dieses Land sind.

Auch wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen gerade nicht - da bin ich mir ja mit Matthiesen einig, Herr Linssen - das große Wort vom Bündnis oder von historischer Zusammenarbeit gebrauchen ---

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr gut! Bescheidenheit ist eine Sache!)

Wir werden zusammenzählen, und am Ende werden wir es unter Beweis stellen: Es gibt eine Alternative zur Ellenbogengesellschaft von Helmut Kohl, und dies zählt auch über die Grenzen dieses Bundeslandes hinaus.

Viele Menschen in diesem Land, auch viele Sozialdemokraten, haben nach dem 14. Mai 1995 Hoffnung geschöpft. Wir wollen diese Hoffnung nicht enttäuschen. Wir werden an der Reformperspektive für Nordrhein-Westfalen festhalten, und

wir werden alle Kraft daransetzen, sie zu verwirklichen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Landesregierung Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der erste Haushalt, der von einer Landesregierung vorgelegt wird, die aus Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besteht - das ist eine wichtige Stunde im Lande, das ist eine wichtige Stunde für diesen Landtag.

Ich glaube, wir legen einen guten Haushalt vor, der unser Land nach vorn bringt, der die Akzente richtig setzt.

(Zuruf von der CDU: Die Frage ist, wo vorn ist! - Heiterkeit - Zurufe von der SPD)

- Egal, wo vorn ist. Ich komme gleich noch darauf.

(Heinz Hardt [CDU]: Hinten kann auch vorn sein.)

- Ich komme noch darauf.

Er bringt das Land nach vorn, und er macht den Gleichklang deutlich, den wir brauchen: Wir brauchen ökonomische Erneuerung, wir brauchen ökologische Erneuerung, und wir brauchen soziale Kompetenz. Diese drei Dinge gehören zusammen. Sie müssen zusammenbleiben.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe die Reden mit großem Interesse gehört. Ich kann gut nachvollziehen, Herr Dr. Linssen, daß Sie in den letzten Wochen voll beschäftigt waren mit dem Sammeln von Zitaten.

(Heiterkeit)

Und ich gebe zu: Wir haben Ihnen Gelegenheit zu Überstunden gegeben.

Nicht alle Zitate, die Sie gebracht haben, gehörten in den Zusammenhang, in dem sie standen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was? - Heinz Hardt [CDU]: Aber alle zusammen!)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Aber unabhängig davon dürfen wir uns ja auch mit Ihren Zitaten ein wenig beschäftigen.

Da meine ich schon, es wäre gut gewesen, wenn dies die Stunde der sachlichen Argumente gewesen wäre

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Richtig!)

und nicht der Polemik.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: War sie auch!)

- Da habe ich zuwenig gehört. Aber ich gebe Ihnen zu, meine Damen und Herren - dafür gibt es noch andere Zeugen -: Es ist leichter, eine Regierung zu führen, die auf einer Mehrheit beruht, als eine Koalitionsregierung.

(Heinz Hardt [CDU]: Das können Sie wohl jetzt sagen! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben Sie jetzt leidvoll erfahren!)

- Das habe ich immer so gesagt.

(Zurufe von der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Das weiß der Kohl aber auch!)

Denn das Problem einer Koalitionsregierung, gleichgültig, wie sie zusammengesetzt ist, besteht darin, daß sich Menschen zu fairer Partnerschaft verabreden, diese faire Partnerschaft täglich beweisen müssen und dennoch Konkurrenten bleiben. Das ist das Problem.

(Heinz Hardt [CDU]: Das ist überall so!)

Aber das ist das Problem in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in anderen Ländern.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aber da hört man nicht so ein Theater! - Heinz Hardt [CDU]: Das ist nicht so menschenverachtend! - Gegenrufe von der SPD)

- Herr Kollege Linssen, bis wir das Maß an Streit in der Koalition geschafft haben, das Kohl und Kinkel uns in den letzten Jahren vorgeführt haben, haben wir aber noch allerhand zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch von der CDU)

Sie haben sich für eine Mischung aus schwerem Geschütz und unüberhörbarem Werben gegenüber den Sozialdemokraten entschieden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was?)

Ich räume ein: Wir hätten in den vergangenen Wochen mehr öffentliche Aufmerksamkeit mit unserer sachlichen Arbeit finden können und finden müssen. Deshalb halte ich es für ein positives Signal, daß sich am Wochenende der Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klar und deutlich für die Koalition und dafür entschieden hat, die Politik dieser Landesregierung auch in Zukunft zu unterstützen.

Jede politische Partei muß sich zwischen verschiedenen Möglichkeiten und Optionen entscheiden. Ich sage - und Sie wissen von der gewissenhaften Prüfung, die ich da vorgenommen habe, auch bevor ich das Amt übernahm -: Ich will den Erfolg dieser Koalition, weil ich im Interesse des Landes keine bessere Alternative erkennen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Streit gehört zur Politik - Streit um die besseren Konzepte, Streit um die besseren Zukunftsentwürfe. Was ich nicht will, was unser Land nicht brauchen kann, ist Streit um des Streites willen.

Zu den interessanten Erfahrungen der letzten Wochen gehört für mich, daß sich die Opposition nicht entscheiden kann. Ich habe einen vielstimmigen Chor gehört: lockende Sirenentöne gegenüber der SPD mit dem Hinweis, man könne sich auf den meisten politischen Feldern ganz schnell einigen; heute die harsche Ablehnung des Landeshaushalts. Dem kleinen Koalitionspartner hat die CDU zuerst vorgeworfen, er liege in der Sache falsch und sei nicht regierungsfähig, dann hieß es, er sei umgefallen. Was von beidem ist denn nun ernst gemeint?

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Da werden die unterschiedlichsten Positionen beschrieben. Wir haben es eben beim Flughafen Köln/Bonn noch einmal dargestellt bekommen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bei Dortmund! Die anderen Positionen sind doch!)

- Ich denke nicht nur an Dortmund. Herr Dr. Linssen, ich denke auch an Essen/Mülheim, an den Flughafen dort, an die Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt Mülheim und an das, was in Mülheim und in Essen viele getan haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Ruth Hieronymi [CDU]: Und mit denen stellen Sie sich jetzt auf eine Stufe! - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(C)

1) Mir ist wichtig, daß wir uns weder in der Koalition noch hier im Parlament mit uns selbst beschäftigen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das habt ihr jetzt acht Monate getan!)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen müssen spüren, daß wir uns um das kümmern, was sie bewegt, und das ist in den beiden Reden, die wir soeben gehört haben, deutlich geworden - mit durchaus unterschiedlichen Akzenten. Das ist auch richtig so.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Das gehört nämlich zum Wesen einer Koalition. Wenn wir austauschbar und auswechselbar wären und alle die gleichen Akzente setzten, wäre das keine Koalition. Es ist eine Koalition, und ich sage ja zu unterschiedlichen Akzenten und dazu, daß wir immer wieder den Konsens miteinander suchen müssen. Ich füge hinzu, Herr Dr. Linssen - nachdem Sie mir aus einer etwas älteren Ausgabe des "Express" vorgelesen haben, ich solle endlich auf den Tisch hauen -:

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Eine ganz junge Ausgabe!)

Ich werde nie auf den Tisch hauen, aber immer an den Tisch bitten, damit miteinander geredet wird und damit aus dem Konflikt Konsens entsteht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Und das Theater der letzten acht Monate kommt dabei heraus!)

Diesen Arbeitsstil halte ich seit vielen, vielen Jahren durch.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Alleine ging das, aber nicht so!)

- Herr Kollege Linssen, bei Ihnen fällt mir immer Schiller ein: "Fest gemauert in der Erden" - bei 37 %! Das bleibt so. Das bleibt so!

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Schiller hat diese Zahl nicht genannt, muß ich hinzufügen.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Der Entwurf der Landesregierung zeigt: Die Koalition ist handlungsfähig und kompromißfähig.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Heinz Hardt [CDU]: Handlungsfähig? Deshalb ist der Clement erst gar nicht gekommen!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(C) Der Haushaltsentwurf macht deutlich: Wir halten Wort. Wir stehen zu dem, was im vergangenen Sommer vereinbart worden ist, und zu dem, was ich in der Regierungserklärung im September gesagt habe. Das kann jeder prüfen.

Entschuldigung, ich muß eben zwischendurch etwas sagen. - Herr Kollege Clement vertritt mich bei Terminen, weil ich bei der dritten Lesung hier sein muß. Ich sehe überhaupt keinen Anlaß, darüber Bemerkungen zu machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gibt Veranstaltungen, bei denen die Landesregierung vertreten sein muß. Da muß sie entscheiden, wer an welcher Stelle die Aufgaben wahrnimmt.

Sie finden im Haushalt die zentralen politischen Ziele der Koalition wieder: Arbeitslosigkeit bekämpfen, Voraussetzungen für neue Arbeit schaffen, ökologische Erneuerung vorantreiben, weil wir nicht länger Raubbau treiben dürfen.

Der Haushaltsentwurf zeigt auch, daß diese Koalition ihre soziale Verantwortung wahrnimmt. Sie weiß, es gibt einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und sozialem Frieden. Es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlichem Erfolg, meine Damen und Herren.

Der Haushaltsentwurf ist unter schwierigen finanziellen Bedingungen entstanden. Wir gehen nicht den Weg in zusätzliche Neuverschuldung und setzen die Politik der strikten Ausgabendisziplin fort. Ich würde Sie gern daran erinnern, meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen hatte von 1981 bis 1995 im Jahresdurchschnitt die geringste Steigerung der Ausgaben aller alten Länder der Bundesrepublik.

Wir wollen die Neuverschuldung verringern und tun das mit minus 300 Millionen DM gegenüber 1995. Wir werden auch in diesem Jahr mehr als jedes andere Land für den Aufbau in den neuen Ländern zahlen, 4,5 Milliarden DM im Länderfinanzausgleich und für den Fonds Deutsche Einheit. Im vergangenen Jahr haben wir sogar 5,5 Milliarden DM aus unseren Kassen für die neuen Länder und für die deutsche Einheit gezahlt.

Da war ich schon erstaunt, als ich von Herrn Kollegen Reul las: In NRW wird immer nur gemekelt und eingefordert, aber kein eigener Beitrag geleistet. - So hat er seine Forderung begründet, Nordrhein-Westfalen solle mit Landesgeld die Sen-

(C)

(D)

(D)

3)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) kung des Solidarzuschlags bezahlen, die der Bund, ohne uns vorher zu fragen und ohne mit uns darüber zu reden, beschlossen hat. Das klingt wie von einem anderen Stern, aber es ist von Herbert Reul.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

5,5 Milliarden DM kein Betrag - darauf muß man erst einmal kommen.

Ich sage: Dieser Landeshaushalt ist ein wichtiger Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen für ein wirkliches Bündnis für Arbeit. Das gilt für das Investitionsprogramm Arbeit und Umwelt, mit dem wir insgesamt über 13 Milliarden DM in dieser Legislaturperiode bündeln. Das gilt für die stärkere Förderung moderner Technik in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr und Energie. Wir fördern Forschung, Entwicklung und Markteinführung moderner Energietechnik in diesem Jahr mit 110 Millionen DM. Das ist mehr als anderthalbmal soviel wie 1995.

Mittelstand und Handwerk sind Motoren qualitativen Wachstums. Sie stellen zwei Drittel der Arbeitsplätze, 80 % der Ausbildungsplätze. Wir haben, historisch bedingt - darauf hat Herr Dr. Linszen vor kurzem hingewiesen -, Nachholbedarf bei den kleinen und mittleren Betrieben und im Handwerk. Deshalb 320 Millionen DM für die Gründung und Festigung junger Unternehmen, 80 Millionen DM mehr als im Vorjahr, und 30 Millionen DM für die schon zitierte Meistergründungsprämie.

Die Förderung des Wohnungsbaus bleibt ein Schwerpunkt; wir stellen Mittel für mindestens 27 000 Wohnungen zur Verfügung.

(Minister Dr. Michael Vesper: 28 000!)

- "Mindestens 27 000" sind auch 28 000.

(Heiterkeit - Minister Dr. Michael Vesper: Ja!)

Wir verstärken schrittweise die ökologischen Anforderungen an den Wohnungsbau. Ab 1998 werden nur noch Wohnungen gefördert, die dem Niedrigenergiehausstandard entsprechen.

Meine Damen und Herren, ich sehe wichtige Akzente im Innovationsprogramm Forschung und darin, daß die Aufgaben der Stadtentwicklung und für die Kulturförderung zusätzlich gefördert werden.

Herr Kollege Appel hat soeben das Thema "Frauen und Beruf" angesprochen. Auch ich bin der

Meinung, daß hier zusätzliche Akzente gesetzt werden müssen, damit Frauen und Männer Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können. Ich will mich nicht mit einer Gesellschaft abfinden, in der sich der Wunsch nach Kindern und der Wunsch, berufstätig zu sein, immer noch ausschließen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist das gute Recht der Opposition, und es ist auch das gute Recht vieler Interessengruppen, den Haushalt zu kritisieren. Ich weiß selber zu gut, und jeder von uns weiß, daß viel Wünschenswertes fehlt und manches Notwendige nicht möglich ist. Aber die Landesregierung zeigt mit diesem Haushalt Gestaltungswillen und Gestaltungskraft.

Wir haben die Schwerpunkte nur setzen können, weil wir kräftig umgeschichtet haben. Darum mußten wir das Bewilligungsvolumen bestehender Programme zunächst um 30 % kürzen. Das haben Sie kritisiert.

(Dr. Helmut Linszen [CDU]: Weil das überwiegend im Sozialbereich stattfindet!)

Aber man macht schon interessante Beobachtungen, vor allen Dingen, wenn man Lokalzeitungen liest. Die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs - darüber werden wir gleich noch sprechen - ist ein Thema, das viele Gemüter bewegt hat. Es ging quer durch die Parteien, jeder hat vor allem an seine Stadt, an seine Gemeinde gedacht. Da lese ich im Lokalteil Leichlingen der "Rheinischen Post" vom 15. Februar, daß Herr Kollege Reul so zitiert wird:

"Wir haben noch keine Linie,

(Zuruf von der SPD: Haben die nie gehabt!)

aber wenn wir nichts Besseres finden, sollten wir lieber beim alten Finanzierungsmodell bleiben."

(Lachen bei der SPD)

Nun wird es viele nicht überraschen, daß Herr Reul etwas beim alten lassen will, weil er keine Linie hat.

(Erneut Lachen bei der SPD)

obwohl er sich in anderem Zusammenhang ja gern als Modernisierer sieht. Aber was mich stutzig macht, ist, daß Herr Reul etwas vorschlägt, was der Landtag selbst dann nicht beschließen könnte, wenn die Mehrheit es für richtig hielte; denn das Verfassungsgericht hat uns aufgegeben.

(C)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

) die bisherigen Verteilungskriterien für die Schlüsselzuweisungen des Landes an die Gemeinden neu zu ordnen.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn wir alles beim alten ließen, wäre das Gemeindefinanzierungsgesetz verfassungswidrig. Das kann niemand wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum sage ich schon jetzt - weil ich am Nachmittag nicht dabei sein kann -: Nach meiner Meinung ist der vorliegende Entwurf ein ausgewogener und fairer Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident, wären Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Leifert zu beantworten?

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ja, sicher.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Kollege Leifert.

Albert Leifert (CDU): Herr Ministerpräsident, können Sie mir bestätigen, daß in dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs, das Sie hier angesprochen haben, also in dem sogenannten Solingen-Urteil, der Urteilstenor wie folgt lautet - ich zitiere ::

"Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet."

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist aber nicht komplett!)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Man darf sich aber nicht nur den Tenor, sondern muß sich den Text des gesamten Urteils ansehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Ruth Hieronymi [CDU]: Machen Sie das immer so?)

Und dann komme ich jedenfalls zu dem Ergebnis, daß uns ein Entwurf vorliegt, der alle Elemente

aufnimmt, die das Ifo-Institut vorgeschlagen hat, und sie so gewichtet, daß ein vernünftiges Ganzes entsteht. (C)

Meine Damen und Herren, ich möchte bei relativ kurzer Redezeit gern noch auf einen Punkt eingehen, nämlich auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahlen, die wir gehört haben, sind bedrückend. Das darf aber nicht zu dem Fehlschluß führen, die großen Anstrengungen, die wir unternommen haben, seien vergeblich gewesen.

Im Gegenteil: Die Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung hat Nordrhein-Westfalen vorangebracht, auch und gerade auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir stehen heute in vielem besser da als vor fünf oder zehn Jahren, auch im Vergleich der Länder. 1995 haben über 63 % aller Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen im Dienstleistungsbereich gearbeitet; 1974 waren es 47 %. Nicht nur prozentual hat die Bedeutung der Dienstleistungen zugenommen. Wir hatten im vergangenen Jahr fast 4,6 Millionen Beschäftigte im Dienstleistungsbereich, mehr als je zuvor.

Nun darf man keinen falschen Gegensatz zwischen Arbeitsplätzen in der Industrie und Arbeitsplätzen bei den Dienstleistungen aufbauen. Wir brauchen beides: eine leistungsfähige industrielle Basis und weiteren Zuwachs bei den Dienstleistungen. (D)

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist schlecht gewesen, aber sie war besser als in fast allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Bei uns sank die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr im Schnitt um 0,7 %; im Durchschnitt der westlichen Länder stieg sie um 0,4 %. Bundesweit ist die Arbeitslosigkeit auch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres fast doppelt so stark gestiegen wie in Nordrhein-Westfalen. Es stimmt: Wir gehen von einem höheren Niveau aus. Aber es stimmt auch - und mir liegt daran, daß das einmal öffentlich bekannt wird -, daß der Abstand zum Durchschnitt der westlichen Länder heute geringer ist als vor einigen Jahren und auch geringer als vor einem Jahr. Ende der 80er Jahre lag der Anteil Nordrhein-Westfalens an der gesamten Arbeitslosigkeit noch bei fast 34 %; jetzt sind es 28,5 %.

(Dr. Helmut Linszen [CDU]: Inzwischen ist doch der Osten hinzugekommen!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Ich halte das für eine Verbesserung, von der wir auch reden müssen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie vergleichen doch Äpfel mit Birnen!)

Die Zahlen zeigen: Nordrhein-Westfalen hat seine Position nicht verschlechtert.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie erwecken aber den Eindruck der Verbesserung!)

- Nein, das habe ich auch nicht gesagt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das Ganze ist doch eine Milchmädchenrechnung!)

- Nein, das ist keine Milchmädchenrechnung, sondern ich nenne die Zahlen, weil es dem Land schadet, wenn unser Land aus Unkenntnis oder aus politischer Absicht heruntergemacht oder schlechtgeredet wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Linssen, wir haben ein positives Klima für Investitionen und für die Gründung neuer Unternehmen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das sieht man jeden Tag!)

(B)

Auch das zeigen die Zahlen des vergangenen Jahres: Im vergangenen Jahr sind in Nordrhein-Westfalen per Saldo rund 10 000 zusätzliche Unternehmen entstanden. Das ist ein Zuwachs von 2,3 % gegenüber dem Vorjahr. Damit liegen wir auf Platz zwei der westlichen Länder; nur Niedersachsen liegt einen Punkt besser. Ich bin froh darüber.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr Wirtschaftsminister beklagt doch jeden Tag den Mangel!)

- Natürlich muß da noch etwas drauf. Aber wenn wir auf Platz zwei der westlichen Länder sind, sind wir schon einmal besser, als wir waren. Darüber freue ich mich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Uns fehlen doch über 20 000 mittelständische Existenzen!)

Sie wissen doch so gut wie ich, Herr Kollege Linssen: Die Möglichkeiten eines Landes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind sehr begrenzt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Andere können es besser!)

Um so bedrückender ist es, daß die Länder in der Bundesregierung keinen handlungsfähigen Partner finden, der die Dinge gemeinsam mit ihnen voranbringt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann verstehen, wenn es vielen schwerfällt, die Auseinandersetzung mit der Bonner Koalition ganz nüchtern mit Zahlen, Daten und Fakten zu führen. Ich hoffe, daß spätestens nach den drei Landtagswahlen am Sonntag die Mischung aus Lähmung und lärmender Geschäftigkeit in Bonn zu Ende ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir müssen wichtige Rahmenbedingungen ändern, wenn wir uns mit der steigenden Arbeitslosigkeit nicht abfinden und wenn wir die politische Stabilität unseres Landes nicht gefährden wollen.

Und wir müssen den Weg in den Lohnsteuerstaat stoppen. Es ist widersinnig und gegen die Erklärungen aller Parteien, wenn ausgerechnet die Früchte der Arbeit steuerlich am stärksten belastet werden. Das verhindert neue Arbeit und ist sozial ungerecht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was macht denn Lafontaine? Der arbeitet doch gegen Steuerentlastungen!)

Genau das aber hat die Bundesregierung geschafft. 1996 liegt die volkswirtschaftliche Steuerquote bei 23 %. Das ist insgesamt der niedrigste Wert seit 1966. Aber die Lohnsteuerzahler tragen einen immer größeren Anteil am gesamten Steueraufkommen. Inzwischen liegt der Lohnsteueranteil bei 34,4 %. Seit 1990 ist die Lohnsteuer um über die Hälfte, um 56 % gestiegen, und die Sozialabgaben haben mit dem 1. Januar dieses Jahres einen historischen Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir haben mehr abhängig Beschäftigte!)

Die Körperschaftsteuer, Herr Kollege Linssen, trägt nur noch mit 2,2 % und die veranlagte Einkommensteuer nur noch mit 1,7 % zu den öffentlichen Finanzen bei.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir haben ja auch zuwenig Selbständige, wie Herr Clement sagt!)

(C)

1) - Ja, richtig, deshalb bin ich auch froh darüber, daß wir da im letzten Jahr eine Steigerung um 2 % haben. Freuen Sie sich doch einmal darüber! Stellen Sie sich einmal vor, bei Ihnen gäbe es alle fünf Jahre eine Steigerung um 2 %!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann wären Sie schon im Jahre 2030 dran!

Alle sind sich einig darin: Die Einkommen aus Arbeit müssen steuerlich entlastet werden. Die Taten sehen anders aus. Die Bundesregierung will die Gewerbesteuer abschaffen und gleichzeitig die Vermögensteuer, die nur den Ländern zugute kommt, ich kann das nicht verstehen, ich will das auch nicht verstehen, sondern ich will das ändern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Man kann in den Programmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lesen, daß Energie heute zu billig ist, daß sie teurer werden muß: zum Schutz der Umwelt, zur Förderung moderner, energiesparender Technologien. Das steht auch in Ihrem Programm. Deshalb schlägt die SPD seit langem vor, die Belastung des Faktors Arbeit mit Abgaben und Steuern zu verringern und im Gegenzug die Energienutzung stärker zu belasten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Schröder und Clement sind doch dagegen!)

Es gibt solche Überlegungen in anderen Parteien auch. Das muß schrittweise geschehen, branchenorientiert, es darf nicht zu bruchartigen Entwicklungen führen. Aber was geschieht tatsächlich? Das genaue Gegenteil!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das Präsidium der SPD weiß selbst nicht, was er will!)

Zu Beginn des Jahres 1996 sind die Beiträge zur Rentenversicherung gestiegen, und der Strompreis ist durch den Wegfall des Kohlepennings gesunken. Das ist widersinnig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Bonner Koalition tut das Gegenteil dessen, was sie nach ihren Programmen selber für notwendig hält.

Auf dem Papier sind sich alle Parteien einig: Die Sozialversicherung muß von versicherungsfremden Leistungen befreit werden, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Also müßte die Bonner Koalition endlich dafür sorgen, daß Aufgaben der Allgemeinheit von allen Steuerzahlern

(Ministerpräsident Dr. Rau)

bezahlt werden und eben nicht nur von den Beitragszahlern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland wichtiger als das ständige Klagen über die Unbezahlbarkeit des Sozialstaates.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Dafür wollen Schröder und Clement die Mehrwertsteuer erhöhen!)

- Nein, da haben Sie Clement wieder nicht genau zugehört. Dem muß man ganz sensibel zuhören.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich habe den entsprechenden Satz nicht nur gehört, sondern auch gelesen. Das war in der Sendung ZAK, die für uns beide abends eigentlich viel zu spät gesendet wird, Herr Linssen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Mit Sensibelchen muß man eben sensibel umgehen!)

- Das kann man wohl sagen. Es gibt auch Menschen, die nach dem Motto leben: Wenn ich schon einsam bin, dann will ich auch allein sein!

(Heiterkeit)

Ich habe vor einigen Tagen im "Handelsblatt" gelesen, eine Beitragssenkung um nur einen Prozentpunkt entspräche ungefähr den gesamten Körperschaftsteuerleistungen der deutschen Kapitalgesellschaften. - Meine Damen und Herren, wir müssen weg von einer Steuer- und Abgabepolitik, die dazu anreizt, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, aber keine Anreize gibt, sparsam mit Energie und Rohstoffen umzugehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir müssen Anreize dafür schaffen, daß Kilowattstunden-, der Benzinverbrauch und Raumheizungsbedarf wegrationalisiert werden. Das sind die Herausforderungen, vor denen wir alle stehen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß wir zu einer Neuordnung in der Förderpolitik auch gegenüber den Ländern und Gemeinden kommen. Es kann auf die Dauer nicht so sein, daß gleiche Sachverhalte je nach Geographie unterschiedlich gewichtet werden. Das sage ich auch in Richtung der Städte des Ruhrgebiets.

Wir sind bereit, auch regional ein Bündnis für Arbeit zu ermöglichen. Dazu haben wir bereits viele Gespräche mit Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden geführt. Das wer-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) den wir auch in Zukunft fortsetzen. In wenigen Wochen werden wir ein Papier zur Lage des Wirtschafts- und Industriestandortes Nordrhein-Westfalen vorlegen, zu dem alle Ressorts Beiträge geliefert haben. Dabei handelt es sich um eine nüchterne und differenzierte Analyse der wirtschaftlichen und der arbeitsmarktpolitischen Situation. Wir werden ein Bündel ganz praktischer, kleinerer und größerer Maßnahmen vorschlagen, die umzusetzen sind.

Und wir werden uns darum bemühen, noch stärker als bisher eine bessere Arbeitsteilung zwischen den Technologiezentren, zwischen Forschung, Technologie und Industrie zustande zu bringen. Wir wollen den Transfer von Forschungseinrichtungen aus den Hochschulen in die Industrie erleichtern.

Wir wollen der Verkehrstechnik noch mehr Chancen als bisher einräumen. Dafür haben wir verschiedene Ansätze in diesem Haushalt. Ich denke, wer sich das Land genau ansieht, der erkennt: Dieses Miteinander von Arbeit und Umwelt kann man täglich sehen, etwa bei der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park. Wir haben viel mehr zu bieten, als den meisten bewußt ist. Wir haben ein Handlungskonzept beschlossen.

(B) Ich bin sehr dankbar dafür, daß die Gewerkschaften drängen. Ich möchte Klaus Zwickel auch einmal öffentlich dafür danken, daß er den Stein ins Wasser geworfen hat, um das Bündnis für Arbeit voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen dieses Bündnis nur nicht zerreden. Die Gefahr, daß wir alle paar Monate zusammenkommen und Kommunikés austauschen, ist immer noch zu groß.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jetzt rettet ja wieder die Osterpause!)

- Die Osterpause rettet nicht. Ich finde es aber schon ganz sinnvoll, den Schlaf-Wach-Rhythmus wieder in Gang zu bringen und ins Gleichgewicht zu kommen. Man muß gelegentlich auch einmal Pause machen, vor allen Dingen, wenn man sich so abrackert, Herr Dr. Linssen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie wir.)

wie Sie das tun, um die CDU auf gleichem Niveau zu halten, und wie wir das tun, um die Koalitionsfraktionen nach vorne zu bringen. So ist das.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Haushalt ist solide. Die Landesregierung ist kompromißfähig und handlungsbereit. Die Koalitionsfraktionen haben es in den letzten Wochen nicht leicht gehabt und es sich nicht leichtgemacht. Manche Gewitter reinigen die Luft, und jetzt haben Sie, Herr Linssen, noch vier Jahre die Chance, Schadenfreude einzuüben. Aber die vier Jahre sollen Sie denn auch haben. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben zunächst über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 abzustimmen, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/852. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt uns, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung anzunehmen. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU verabschiedet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Nur neun GRÜNE!)

Ich rufe dann die Abstimmung unter Nummer 2 auf, nämlich Haushaltsgesetz 1996, und zwar über den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/840 - Einzelplan 04; Stellenplan im Justizvollzugsdienst. Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Heinz Hardt [CDU]: Der Busch verbiegt sich aber! - Dr. Manfred Busch [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU angenommen.

(C)

1) Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen 26. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Meine Damen und Herren, am 11. April ist es am Düsseldorfer Flughafen zu einer schrecklichen Brandkatastrophe gekommen. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben, um der Opfer des Unglücks zu gedenken.

(Die Abgeordneten, die Regierungsmitglieder und die übrigen Anwesenden erheben sich.)

Meine Damen und Herren, sechzehn Menschen haben bei der Katastrophe ihr Leben lassen müssen, über sechzig Menschen wurden darüber hinaus zum Teil schwer verletzt.

Wir haben die Nachrichten darüber mit großem Erschrecken, ja Entsetzen, und mit tiefer Trauer aufgenommen.

Für den Landtag von Nordrhein-Westfalen spreche ich den Angehörigen und Freunden der Opfer unser tiefes Mitgefühl aus. Wir können ihren Schmerz nicht lindern, aber wir nehmen Anteil an ihrer Trauer.

Den Verletzten wünschen wir eine rasche Genesung. Ich verbinde damit die Hoffnung, daß sie die Folgen dieser schrecklichen Katastrophe physisch und psychisch so schnell wie möglich überwinden können. Es versteht sich von selbst, daß wir den betroffenen Familien mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen.

Feuerwehr, Polizei, Hilfsorganisationen und viele weitere Helferinnen und Helfer haben durch ihren selbstlosen Einsatz Menschenleben retten können. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen bedankt sich hierfür bei allen Beteiligten. Ich schließe in diesen Dank auch diejenigen mit ein, die zur Zeit die Flughafeneinrichtungen reinigen und die sich darum bemühen, daß alle Gebäude nach deren Freigabe wieder gefahrlos vom Flughafenpersonal und den Passagieren genutzt werden können.

Meine Damen und Herren, es fällt mir schwer, vom Gedenken an die Opfer wieder zur Tagesordnung übergehen zu müssen. Aber neben der Hilfestellung für die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer ist es nun unsere vordringliche Aufgabe, die

Konsequenzen aus diesem Unglück zu ziehen. Die Ursachen der Düsseldorfer Flughafen-Katastrophe müssen restlos aufgeklärt werden, damit die erforderlichen Schlußfolgerungen nicht nur für Düsseldorf, sondern für alle Flughäfen, für die baulichen Maßnahmen, für den Brandschutz und für die Rettungseinrichtungen gezogen werden können. Die Wiederholung eines solch schrecklichen Geschehens darf es nicht geben. Diesem Anliegen dienen auch die heutige Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und die anschließende Aussprache in unserem Parlament.

Meine Damen und Herren, unser tiefempfundenes, trauerndes Gedenken gilt den Toten. Unsere Gedanken gehen zu den Verletzten. Die Trauerarbeit muß der Landtag, wird der Landtag, werden wir alle fortsetzen müssen.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich im Gedenken an die Toten von Ihren Plätzen erhoben. - Ich danke Ihnen. -

Für die heutige Sitzung haben sich 15 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Wir treten nun in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Regierungserklärung

zum Großbrand auf dem Flughafen Düsseldorf

Zur Regierungserklärung erteile ich dem Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Herr Landtagspräsident, für Ihre Worte des Gedenkens.

Sechzehn Menschen haben vor knapp zwei Wochen bei der schrecklichen Brandkatastrophe auf dem Düsseldorfer Flughafen ihr Leben verloren.

Den Eltern, den Angehörigen, den Geschwistern der Toten, all ihren Verwandten und ihren Freunden ist großes Leid widerfahren. Es fällt schwer, ja es ist unmöglich, in einer Regierungserklärung nüchtern über das Geschehene und die Konsequenzen dazu zu sprechen, wenn uns so viel Schmerz und Trauer noch so nah sind.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Niemand darf heute an dieser Stelle neue Erkenntnisse über Ursachen und Abläufe erwarten. Ich kann auch nicht Ergebnisse der laufenden staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen vorwegnehmen. Das ist nicht Aufgabe der Landesregierung. Ich halte es aber für richtig, daß wir heute im Landtag, der sonst der politischen Auseinandersetzung dient, innehalten und der Opfer gedenken.

Mir liegt auch sehr daran, daß noch einmal ganz unmißverständlich deutlich wird, an welchen Maßstäben die Landesregierung ihr Handeln orientieren wird, wenn es darum geht, die nötigen Konsequenzen aus dieser Katastrophe zu ziehen.

Zuallererst sollten wir aber gemeinsam an die Familien der Opfer denken. Wir trauern mit ihren Angehörigen und Freunden in Frankreich, Italien, England und bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ihnen gehört unser Mitgefühl, auch wenn wir nur ahnen können, was sie empfinden und wie verzweifelt sie sind.

Wir denken an die vielen Verletzten. Einige waren in Lebensgefahr. Wir sind dankbar dafür, daß es fast allen inzwischen besser geht. Sie haben Schreckliches erlebt und werden noch lange unter dem Eindruck dieser Katastrophe stehen. Wir wünschen ihnen, daß sie bald wieder gesund werden - an Leib und Seele.

(B) Wir wünschten uns, wir könnten das Geschehene ungeschehen machen. Doch das können wir nicht.

Das einzige, was wir können, ist, sorgsam und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Ursachen dieser Katastrophe aufzuklären. Das können wir tun, und das müssen wir tun. Das sind wir in ganz besonderer Weise den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Lückenlose Aufklärung wollen und brauchen wir auch, damit alle Konsequenzen gezogen werden können, damit wir lernen, was geschehen muß und geschehen kann, damit sich eine solche Katastrophe nicht wiederholt.

Feuerwehr, Polizei und die Hilfs- und Rettungsdienste haben bis an die Grenzen ihrer Kräfte alles getan, um den Brand zu bekämpfen, Menschenleben zu retten und Hilfe zu leisten. Von den etwa 2 500 Menschen, die zur Brandzeit auf dem Flughafen waren, sind viele aus lebensbedrohender Gefahr geborgen worden. Das war nur möglich, weil viele Helfer Gefahren für das eigene Leben auf sich genommen haben, um das Leben anderer zu retten. Sie haben mehr getan als ihre Pflicht. Sie verdienen unsere Hochachtung und unseren Dank.

Alle, die die schrecklichen Bilder des Brandes gesehen und die Berichterstattung verfolgt haben, fragen: Wie konnte das geschehen? Was ist versäumt worden? Wie konnte das Unglück, wie konnte der Brand zunächst so unbemerkt bleiben und sich dann so unglaublich schnell ausbreiten? Sind alle Sicherheitsbestimmungen korrekt eingehalten worden, oder gab es Mängel? Entsprechen die Brandschutzvorkehrungen am Flughafen den rechtlichen Bestimmungen? Haben private Unternehmen oder öffentliche Institutionen versagt? Gibt es individuelles Versagen? Wer trägt die Verantwortung?

Und wir müssen Fragen stellen, die über den Brand am Düsseldorfer Flughafen hinausgehen: Reichen die geltenden Brandschutzvorschriften und Brandschutzkonzepte für Gebäude aus, in denen sich regelmäßig viele Menschen aufhalten? Müssen und können Kontrollen verbessert werden? Müssen die beim Bau solcher Gebäude verwendeten Materialien wegen ihrer Gefährlichkeit im Falle eines Brandes neu bewertet werden?

Auf all diese Fragen gibt es heute noch keine abschließenden Antworten.

Erste Zwischenergebnisse hat der Innenminister dem Landtag und der Öffentlichkeit in der vergangenen Woche vorgelegt. Ergänzend dazu kann heute gesagt werden: Das Brandschutzkonzept, das den Baugenehmigungen zugrunde lag, ging nach Auskunft der Stadt Düsseldorf davon aus, daß in den Flughafenhallen bei Wänden, Decken, Fußböden, Unterdecken, Trennwänden und Lüftungsleitungen ausschließlich nichtbrennbare Baustoffe verwendet wurden.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand waren zum Zeitpunkt des Brandausbruchs im Zwischendeckenbereich jedoch auch Baustoffe, die nicht dem Brandschutzkonzept entsprachen.

Es ist noch nicht geklärt, bei welcher Gelegenheit und auf wessen Veranlassung diese Baustoffe dort verwendet worden sind. Diese Frage kann eine ganz entscheidende Frage sein, weil nicht auszuschließen ist, daß diese Baustoffe zu der schnellen Brandausbreitung und zu der starken Rauchentwicklung beigetragen haben.

Es darf und es kann keinen Zweifel daran geben, daß allen Hinweisen und Indizien nachgegangen wird, daß nichts verschwiegen und nichts übergangen wird. Alles gehört auf den Tisch.

Darum bin ich auch in diesem Falle gegen vorschnelle Schlußfolgerungen, gegen übereilte Erklär-

(C)

]

rungsversuche und gegen damit begründete Forderungen. Wir liefern sonst Gefahr, uns in falscher Sicherheit zu wiegen. Ich bitte ganz herzlich darum, daß wir alle der Versuchung widerstehen, vorschnell zu urteilen und Schuld zuzuweisen.

Unser Ziel muß es vielmehr sein, auf der Grundlage gesicherter Erkenntnisse all die Konsequenzen zu ziehen, die nach menschlichem Ermessen verhindern helfen, daß solche Ereignisse sich wiederholen. Wer sich schuldig gemacht hat, muß dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Zunächst tun jetzt die ihre Arbeit, die in unserem Rechtsstaat dazu berufen sind: Staatsanwaltschaft und Polizei führen ihre Ermittlungen mit Nachdruck unter allen denkbaren Aspekten ohne Ansehen der Person und selbstverständlich ohne Einflußnahme von außen.

Zwei Staatsanwälte sind sofort für die Ermittlungen von allen anderen Aufgaben freigestellt worden. 40 Polizeibeamte unterstützen diese Arbeit in einer Sonderkommission.

Die Staatsanwaltschaft hat zwei renommierte Brandschutzsachverständige mit der Untersuchung der Vorgänge beauftragt, Herrn Dipl.-Ingenieur Paul Corall aus Meerbusch und Herrn Professor Dietmar Hosser vom Institut für Baustoffkunde, Massivbau und Brandschutz der Technischen Universität Braunschweig.

Die Landesregierung hat sichergestellt, daß alle beteiligten Behörden des Landes jede erdenkliche Unterstützung leisten.

Insgesamt sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Ursachen und der Hergang der Katastrophe rasch und umfassend aufgeklärt werden können und daß klar wird, wer wofür Verantwortung trägt.

Die Landesregierung wird den Landtag kontinuierlich unterrichten.

Meine Damen und Herren! Jeder weiß, daß Flughäfen besondere Risiken bergen. Dabei denken wir zunächst an die hohen Anforderungen, die der Flugbetrieb an Mensch und Technik stellt. Wir mußten in den vergangenen Jahren weltweit die Erfahrung machen, daß Flughäfen und Flugzeuge zu Zielen von terroristischen Anschlägen geworden sind. Jetzt ist uns in Erinnerung gerufen worden, daß es darüber hinaus weitere Risiken und Gefährdungen gibt, die genauso schlimme Folgen haben können.

Der Brand am Flughafen Düsseldorf lehrt uns auch, daß wir keinen Anlaß haben, grundsätzlich auf

Sicherheitsstandards in anderen Teilen der Welt herabzuschauen. (C)

Nach einer Katastrophe wie dieser hört man auch Stimmen, die sagen: "Das zeigt wieder einmal, daß es keine wirkliche Sicherheit gibt, auch nicht in modernen, sicherheitsbewußten Gesellschaften." Mit einer solchen Haltung können wir uns nicht abfinden.

Es stimmt natürlich, daß wir Menschen keine völlige Sicherheit schaffen können. Das darf aber keine Begründung dafür hergeben, das zu unterlassen, was menschenmöglich ist. Wir müssen für die Sicherheit noch mehr tun, Gefahren noch gründlicher analysieren und ihnen systematisch vorbeugen.

Ich kenne und ich verstehe den Impuls, nach einer solchen Katastrophe innehalten zu wollen, in Trauer zu verharren und sich nicht schon wieder um Praktisches und allzu Praktisches, um Alltägliches und allzu Alltägliches kümmern zu müssen. Was bei jedem einzelnen Menschen verständlich ist, können wir uns als Gemeinwesen nicht erlauben.

Jenseits der Ursachenaufklärung und der Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, mußten wir uns schnell mit praktischen Fragen auseinandersetzen, die auch eine Folge der Brandkatastrophe sind. (D)

An erster Stelle ging es darum, den Angehörigen neben einer materiellen Soforthilfe Beistand und jede erdenkliche Hilfe in der Bewältigung ihrer persönlichen Situation anzubieten. Es ist gut, daß der Flughafen Düsseldorf den Angehörigen Ansprechpartner genannt hat, die bereit sind, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ich will mich gerne darum kümmern, wenn einzelne den Eindruck haben, die Angebote würden ihrer persönlichen Situation nicht oder nicht ausreichend gerecht.

Der Flughafen Düsseldorf ist der zweitgrößte Verkehrsflughafen in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat große Bedeutung für unser Land. Wenn ein so wichtiger Teil der Infrastruktur plötzlich ausfällt oder länger ausfällt, dann schafft das große Probleme.

Wir verdanken es schnellem und flexiblem Handeln, daß viele Flugreisende, die sonst den Flughafen Düsseldorf benutzt hätten, auf andere nordrhein-westfälische Flughäfen ausweichen konnten. Der Einsatz der Beschäftigten auf diesen Ausweichflughäfen verdient unsere Anerkennung.

Die schnelle Übernahme von Flügen, vor allem durch den Flughafen Köln/Bonn, hat gezeigt, daß

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) die nordrhein-westfälischen Flughäfen zusammenarbeiten und daß sie auch eine kritische Situation bewältigen können. Die in unserer Luftverkehrskonzeption enthaltene Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Verkehrsflughäfen hat sich damit gerade jetzt ausgezeichnet bewährt.

Auch die Beschäftigten bei den Fluggesellschaften haben einen enormen Einsatz geleistet, um jedenfalls mit den verkehrlichen und den wirtschaftlichen Folgen der Katastrophe fertig zu werden, so gut es möglich war. Die Reisenden hatten und haben viel Geduld und Verständnis für die schwierige Situationen. Auch dafür möchte ich herzlich danken.

Der Brand hat die Flugbetriebsflächen, die Start- und Landebahnen, die Rollwege und Vorfelder in Düsseldorf nicht beeinträchtigt. Die Deutsche Flugsicherung hat inzwischen die An- und Abflugkontrolle wieder aufgenommen. Zerstört oder belastet sind die Abfertigungshallen. Die Flughafen Düsseldorf GmbH hat deshalb in Abstimmung mit den Gesellschaftern - der Stadt Düsseldorf und dem Land Nordrhein-Westfalen - und in enger Zusammenarbeit mit den Fluggesellschaften provisorische Lösungen für den Abfertigungsbereich geschaffen.

(B) Viele Beschäftigte, deren Arbeitsplätze von dem Großbrand betroffen sind, sorgen sich um ihre Zukunft. Die Landesregierung wird für die Sicherung der Arbeitsplätze das ihr Mögliche tun. Wir begrüßen, daß der Flugverkehr inzwischen wieder fast in vollem Umfang aufgenommen werden konnte.

Am Gesundheitsschutz und an der Sicherheit darf und wird es keine Abstriche geben. Die betroffenen Gebäudeteile können nur und erst dann wieder genutzt werden, wenn Gesundheitsgefährdungen nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen werden können. Das erwarten die Beschäftigten und die Kunden des Flughafens zu Recht.

In den vergangenen Wochen sind zwei verschiedene Termine für die Wiederinbetriebnahme des Flugsteigs C genannt worden. Das hat zu Irritationen geführt, die ich bedauere. Darum sage ich heute: Die Reinigungsarbeiten im Flugsteig C sind weitgehend abgeschlossen.

Seit heute morgen beraten die Experten darüber, wie dort die Messungen der Schadstoffbelastungen durchzuführen sind. Der Flugsteig C kann dann wieder genutzt werden, wenn alle Anforderungen an den Gesundheitsschutz, an den Arbeitsschutz und an den Brandschutz zweifelsfrei erfüllt sind.

Bereiche, die nicht freigegeben werden, müssen bis auf weiteres hermetisch von den zugänglichen Flughafenbereichen abgeschottet werden.

Das Gesundheitsamt der Stadt Düsseldorf bietet allen, die sich zur Unglückszeit am Brandort aufgehalten haben, auf ihren Wunsch Beratung und Untersuchungsmöglichkeiten an. Darüber hinaus können Ärztinnen und Ärzte die fachliche Unterstützung der Landesanstalt für Arbeitsschutz in Anspruch nehmen.

Nordrhein-Westfalen braucht Düsseldorf als modernen, leistungsfähigen und sicheren Flughafen. Darum wird das Land alles unterstützen, was so schnell wie möglich die volle Funktionsfähigkeit des Flughafens wiederherstellt. Ob dafür Sanierungsmaßnahmen ausreichen oder Neubauten nötig sind, kann erst auf der Grundlage fundierter Erkenntnisse entschieden werden.

Was in der kurzen Zeit seit dem 11. April geleistet und eingeleitet wurde, um die Folgen der Katastrophe aufzufangen, ist beeindruckend.

Wir brauchen Antworten auf die berechtigten Fragen nach der Sicherheit auf unseren Flughäfen, um das Vertrauen der Menschen in einen sicheren, leistungsfähigen Luftverkehr zu stärken, aber auch Antworten auf Sicherheitsfragen, die über den engeren Bereich eines Flughafens hinausreichen.

Sobald die Brandursachen geklärt sind, wird die Landesregierung konkrete Vorschläge machen. Wir werden die einschlägigen Rechtsvorschriften des Landes und in Abstimmung mit den anderen Ländern auch die länderübergreifenden Richtlinien und technischen Regelwerke überprüfen und, wo das nötig ist, ändern.

Aber erst dann, wenn belastbare Ergebnisse vorliegen, läßt sich zum Beispiel sagen, ob Standards für Bauten und für den Brandschutz verändert werden müssen, ob bestimmte Materialien nicht mehr verwendet werden dürfen und ob weitere Bauten überprüft werden müssen.

Wir werden ferner darauf achten, daß die Bauten des Landes in zukunftsweisender Bauart und mit den dafür geeigneten Baustoffen errichtet werden. Das Ministerium für Bauen und Wohnen überarbeitet zur Zeit den Runderlaß "Berücksichtigung des Umweltschutzes bei der Durchführung von Bauaufgaben des Landes" aus dem Jahre 1988. Dabei setzen wir auf den Dialog mit den Herstellern und Verarbeitern dieser Baustoffe, mit der Bauwirtschaft insgesamt. Auch die Industrie ist aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Herstellung besserer und noch sichererer Baustoffe zu verstärken.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(C) (A) Das Innenministerium des Landes arbeitet seit einiger Zeit an einer Novelle zum Feuerschutzgesetz. Dabei wird geprüft, ob die vorsorglichen Informationspflichten für Betreiber gefährlicher Anlagen gegenüber der Feuerwehr verbessert werden können, auch wenn sie nicht der Störfallverordnung unterliegen. So könnte sich die Feuerwehr noch besser auf einen möglichen Einsatz einstellen.

Die Möglichkeiten zur Verbesserung der Warneinrichtungen und die nötigen Anforderungen an Sicherheitskonzepte werden untersucht. In diese Arbeit werden jetzt auch die Untersuchungsergebnisse über die Ursachen der Brandkatastrophe am Flughafen Düsseldorf Eingang finden.

Jede Katastrophe wirft neue Fragen auf und führt uns möglicherweise zu neuen Erkenntnissen. Darum habe ich schon in der vergangenen Woche angekündigt, daß ich eine unabhängige Sachverständigenkommission berufen würde. Sie soll auf der Grundlage gesicherter Untersuchungsergebnisse prüfen, ob und gegebenenfalls welche Änderungen bauordnungsrechtlicher Vorschriften oder technischer Regelwerke erforderlich sind.

Darüber hinaus soll die Kommission - falls Sicherheitsmängel festgestellt werden - Empfehlungen für die Wiederherstellung des Düsseldorfer Flughafens und eventuell Nachrüstungsansätze für die anderen Verkehrsflughäfen in Nordrhein-Westfalen erarbeiten.

Ich sage aber auch ganz deutlich: Wenn sich schon während der Untersuchungen herausstellen sollte, daß zur Verbesserung des Brandschutzes akuter Handlungsbedarf besteht, werden wir diese Maßnahmen selbstverständlich sofort und vor dem Vorliegen des Abschlußberichtes der Kommission veranlassen. Die Landesregierung wird die Arbeit dieser Kommission durch eine interministerielle Arbeitsgruppe begleiten. Dabei wird es auch um die Frage gehen, ob die vorhandenen Sicherheitskonzepte auf der Grundlage des Feuerschutzgesetzes und der Landesbauordnung geändert oder ergänzt werden müssen.

Ich erwarte, daß uns die Kommission nicht nur Vorschläge zum Brandschutz an Flughäfen unterbreitet, sondern auch Vorschläge für vergleichbare Bauten, in denen sich regelmäßig viele Menschen aufhalten. Die Landesregierung wird auch prüfen, ob für diese Gebäude in bestimmten Zeitabständen aus Gründen der Brandsicherheit Nachforderungen zum baulichen Brandschutz erforderlich sind und ob die dazu vorhandenen Rechtsgrundlagen ausreichen.

(C) Dann ist auch darüber zu entscheiden, ob die Vorschriften zur Verwendung von Baustoffen in Gebäuden für große Menschenansammlungen noch zeitgemäß sind. Wir müssen überlegen, ob eine einmal erteilte Baugenehmigung zum Brandschutz auch dann noch Bestand haben kann, wenn sich die technischen Möglichkeiten in der Zwischenzeit deutlich verbessert haben. Wir werden eine Antwort auf die Frage finden müssen, wie weit dabei die Verpflichtung des Eigentümers solcher Einrichtungen geht.

Brandschutz kostet Geld. In Sicherheit investiertes Geld ist gut investiertes Geld. Wenn die Sachverständigenkommission zu dem Ergebnis kommt, daß der Brandschutz weiter verbessert werden muß, dann müssen wir auch bereit sein, dafür mehr als bisher zu zahlen. Sicherheit muß Vorrang haben: Sicherheit um der Menschen willen und auch, weil wirtschaftlicher Erfolg dauerhaft nur so möglich ist.

Bei dem, was zu tun sein wird, müssen wir uns bewußt sein, daß oft gegenläufige Anforderungen und Erwartungen miteinander in Einklang gebracht werden müssen:

- schnelle und offene Fluchtwege bei Bränden auf der einen Seite und die nötige Abschottung zum Schutz vor anderen Sicherheitsrisiken auf der anderen Seite,
- der Wunsch nach schnellen Genehmigungsverfahren und möglichst wenig Bürokratie und der Ruf - den wir jetzt wieder hören - nach strengen Sicherheitsvorschriften und strikten Kontrollen.

Das ist ein schwieriger Abwägungsprozeß, dem man sich in jedem einzelnen Fall stellen muß und für den es kein fertiges Schema gibt.

Meine Damen und Herren, die Untersuchungen werden sorgfältig und zügig fortgesetzt. Ich hoffe, daß wir schnell Ergebnisse bekommen, damit die Landesregierung unverzüglich die nötigen Konsequenzen ziehen kann.

Hüten müssen wir uns aber vor der Gefahr des Vergessens. Unmittelbar nach einer schrecklichen Katastrophe wird leicht gesagt: "Jetzt muß es anders werden". - Und dann kommt mit der Zeit die Gewöhnung, und anderes drängt sich in den Vordergrund.

Wir aber müssen und werden ganz konsequent beim Thema bleiben, tun, was getan werden muß, auch wenn wieder Neues die Medien beherrscht und wenn neue Schlagzeilen die Aufmerksamkeit der Menschen in Anspruch nehmen. Das sind wir den sechzehn Toten schuldig, deren Angehörigen

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) und den Verletzten. Das liegt aber auch im Interesse der Sicherheit aller, die uns anvertraut sind. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN sowie einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung entgegengenommen. Ich eröffne nunmehr die **Aussprache zur Regierungserklärung** und erteile zunächst dem Abgeordneten Dr. Linssen für die CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Großbrand auf dem Flughafen Düsseldorf am Donnerstag, dem 11. April 1996, kamen sechzehn Menschen ums Leben. Über 60 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer dieser unfaßbaren Brandkatastrophe.

Unfaßbar für uns alle ist, wie schnell der Brand um sich gegriffen hat und wie wenig Chancen die Opfer der Brandkatastrophe hatten, um sich vor der Ausbreitung von Feuer und Rauch zu schützen.

(B) Für die CDU-Landtagsfraktion möchte ich sagen, daß wir die Trauer der Familien, die Trauer der Freunde der Opfer teilen. Wir teilen aber auch den stillen Ingrim und den Zorn, daß so etwas passieren konnte, was eigentlich nicht passieren durfte.

Unser Dank gilt all denjenigen, die mit großem persönlichen Einsatz unter schwierigsten Umständen selbstlos dazu beigetragen haben, daß die Brandkatastrophe nicht noch schlimmere Folgen gehabt hat. Feuerwehr, Polizei und Mitarbeiter des Flughafens sowie viele Personen, die sich zur Zeit des Brandes im Flughafen aufhielten, haben mitgeholfen, daß nicht noch mehr Opfer zu beklagen sind.

Die Gründe für das schnelle Umsichgreifen des Brandes sind bis heute nicht eindeutig geklärt. Um so alarmierender ist, daß in den vergangenen Tagen in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, daß die Ursachen für den Brand und die Verantwortlichkeiten vertuscht werden sollen. So hoffen wir, daß die Ermittlungen der eigens dafür freigestellten Staatsanwaltschaft zügig vorangehen und für eine restlose Aufklärung sorgen.

Die Vorwürfe, die zur mangelnden Brandsicherheit und zur kaum erkennbaren unternehmerischen und politischen Verantwortlichkeit erhoben werden, müssen schnell und rückhaltlos aufgeklärt werden.

(Beifall bei der CDU)

Die täglich neuen Meldungen über angebliche Mängel und Fehler sind sicherlich alarmierend. Sicherlich wäre es auch gut, wenn die Ergebnisse der Dioxin- und weiterer Schadstoffmessungen jetzt unverzüglich veröffentlicht werden; denn nur so kann Vertrauen geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nachvollziehbar ist für mich, daß der zweitgrößte Flughafen Deutschlands unter den Augen der zahlreichen Prüfbehörden einen Brandsicherheitsstandard hat, der über 20 Jahre alt ist. Das Brandschutzkonzept des Flugsteigs A ist augenscheinlich seit Beginn der 70er Jahre nicht mehr den neueren Erfordernissen angepaßt worden. Vielmehr scheint es so zu sein, daß auch die später gebauten Flugsteige B und C nur als Erweiterungsbauten gewertet wurden und das veraltete Brandschutzkonzept von Anfang der 70er Jahre für den gesamten Flughafenterminalbereich übernommen wurde. Dabei wurde der Flugsteig C erst 1982 errichtet.

Auch nicht nachvollziehbar sind für mich Meldungen, wonach 14 Jahre lang, nämlich von 1982 bis 1996, keine große Brandschau am Flughafen Düsseldorf durchgeführt worden sein soll. Wenn dies stimmt, wäre das in der Tat ein ausgemachter Skandal.

Erst 14 Tage vor der Brandkatastrophe fand eine solche sogenannte große Brandschau statt. Die Presseberichte über diese Brandschau durch die zuständige Bauaufsicht sind widersprüchlich. Zum einen wird behauptet, daß erhebliche Mängel festgestellt wurden, zum anderen wird von verantwortlicher Seite darauf hingewiesen, daß keine erheblichen Mängel festgestellt wurden.

Nach dem, was bis jetzt an das Licht der Öffentlichkeit gedrungen ist, können ordnungsgemäße und die Katastrophe verhindernde Brandschauen überhaupt nicht durchgeführt worden sein. Wie sonst ist erklärbar, daß offenbar Styropor - Sie sprachen von Baumaterialien, Herr Ministerpräsident - eingebaut wurde und daß aus einem lokalen Brandherd ein solches Inferno werden konnte?

Diese Frage stellt sich wohl auch Landesbauminister Dr. Vesper; jedoch nur kurz. Dann stand für ihn im Kurzschuß fest, natürlich seien Kabel-

(C)

1) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Ministerpräsident Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben zu der Regierungserklärung, die ich abgegeben habe, die Stellungnahmen der Fraktionen mit unterschiedlichen Akzenten gehört. Ich schlage Ihnen vor, daß wir alles, was gesagt worden ist, in das einbeziehen, was jetzt vor uns liegt, daß wir jedes Argument prüfen und daß wir jeden Gesichtspunkt aufgreifen.

Herr Kollege Linssen, Sie haben gesagt, daß Sie ein Schreiben von Mitarbeitern des Flughafens hätten, in dem bestimmte Beanstandungen stehen. Dieses würde ich gerne in die Prüfung einbeziehen, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie es mir oder den Untersuchenden zur Verfügung stellen könnten, damit nichts ungeprüft bleibt.

Es ist eine Reihe von Punkten angesprochen worden, die wir jetzt nicht kontrovers diskutieren sollten, weil das dem Ereignis, um das es sich handelt, nach meiner Überzeugung nicht gerecht würde. Ich habe versucht, deutlich zu machen, daß wir zuerst das Ergebnis der Untersuchungen über die Ursachen brauchen. Ich füge hinzu, Herr Kollege Linssen, daß völlig richtig ist, was Sie gesagt haben, daß es nämlich nicht reichte, eine Kommission mit diesem Auftrag zu haben, sondern daß es auch andere Aufträge gebe. Diese müssen jedoch nach der Klärung der Ursachen erteilt werden.

Ich habe versucht, einen Schlußpunkt unter die bisherigen unterschiedlichen Meinungen über die Zitate und über alle möglichen Äußerungen zu setzen, und sage: Lassen Sie uns jetzt abwarten, was die Untersuchung ergibt. Abwarten heißt nicht Stillstand. Aus diesem Grunde habe ich, Frau Kollegin Nacken, ganz deutlich gesagt: Wo sich schon vor dem Ergebnis Konsequenzen naheliegender sind, müssen wir sie ziehen.

Meine herzliche Bitte an alle ist, daß wir in dieser Stunde des Nachdenkens bereit sind, eigene Fehler einzugestehen und ohne Ansehen der Personen zu prüfen, nicht aber Vorverurteilungen auszusprechen. Dies darf nicht einmal im Bereich von Zuständigkeiten geschehen. Auch das scheint mir nach all dem, was ich weiß, vorschnell zu sein. Ich werde Ihnen regelmäßig berichten; es wird nichts vertuscht, und es wird nichts verzögert.

Seien Sie sicher: Wir werden uns bemühen, dem gerecht zu werden, was uns am 11. April auf

unsere Schultern gelegt worden ist. Wir sollten miteinander reden und miteinander arbeiten. Dies ist nach meiner Überzeugung kein Thema für parteipolitische Profilierungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerne, Herr Ministerpräsident, sind wir bereit, Ihnen den Bericht, der mir vorliegt, zur Vervollständigung Ihrer Informationen zu übergeben.

Ich möchte nur an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, Frau Nacken, daß Sie selbstverständlich die Äußerungen von Herrn Minister Vesper sowohl am 13. April im Morgenecho, WDR Radio 5, am 16. April im Morgenmagazin auf WDR 2 als auch in Berichten in der TAZ usw. nachlesen können. Selbstverständlich ist das richtig, was ich hier nach sehr gründlicher Recherche vorgetragen habe.

(Beifall bei der CDU)

Ich wäre Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr dankbar, wenn Sie bei den jetzt bevorstehenden Gesprächen und Konsequenzen in beiderlei Hinsicht - so wie Sie das hier vorgestellt haben - die Federführung übernehmen würden, damit eventuelle Dissonanzen auch in der Regierung durch Sie gebündelt und auf eine Spur gebracht werden. Ich glaube, daß das sehr wichtig ist, und wäre dem Justizminister dankbar, wenn er dafür sorgen könnte, daß auch die Staatsanwaltschaft zügig - nach gründlicher Arbeit - ihre Berichte vorlegt, damit wir möglichst in absehbarer Zeit zu den entsprechenden Konsequenzen aus diesem Ereignis kommen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht hat, daß die Fortsetzung und die Erweiterung des Flugbetriebs beim Flughafen Düsseldorf

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- A) halten. Doch diese Landesregierung hat auch eine Umweltministerin, die als Investitions- und Arbeitsplatzschreck durch die Lande geistert.

(Beifall bei der CDU)

Frau Höhn, Sie können nicht vor Ort alle Protestgruppen und -grüppchen zum Widerstand gegen den Rechtsstaat aufrufen und gleichzeitig als Ministerin dem Amtseid gerecht werden,

(Beifall bei der CDU)

nämlich - so heißt es in Ihrem Amtseid - das Ihnen übertragene Amt "nach bestem Wissen und Können unparteiisch zu verwalten" und "Verfassung und Gesetz zu wahren und zu verteidigen."

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Ihr Verhalten, Frau Ministerin Höhn, ist nicht nur gegenüber Ihren Kabinettskollegen illoyal, es ist schlichtweg illegal.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]:
Blödsinn!)

Mit dieser Einschätzung stehe ich nicht allein. Die vom Baustopp als Investor bedrohte Abfallentsorgungs- und -verwertungsgesellschaft Köln belegt in einem Brief an Ministerpräsident Rau detailliert, "daß nach § 21 Verwaltungsverfahrensgesetz Gründe vorliegen, die geeignet sind, Mißtrauen gegen die unparteiische Amtsausübung der Ministerin und ihrer Staatssekretäre zu rechtfertigen." Soweit das Zitat.

- B)

Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht so schwere Geschütze auffahren wie mein Kollege Matthiesen, der erklärt hat, die Versuche des Umweltministeriums, einen Baustopp in Köln herbeizuführen, erfüllten den Tatbestand einer beginnenden Nötigung. So hat er wörtlich gesagt. Und Sie wissen: Nach § 240 des Strafgesetzbuchs stehen auf Nötigung bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe!

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, im Namen der CDU-Landtagsfraktion auf, die Umweltministerin und ihre Staatssekretäre wegen der Besorgnis der Befangenheit aus dem Genehmigungsverfahren zur Restmüllverbrennungsanlage Köln auszuschließen, um jedem Versuch der Beeinflussung vorzubeugen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Linssen. - Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Rau. (C)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte zuerst um Verständnis, wenn ich mich entgegen den sonstigen Übungen bei der Aktuellen Stunde unmittelbar nach der Begründungsrede des Oppositionsführers zu Wort melde. Ich habe das den Vertretern der Fraktionen mitgeteilt. Ich habe im Anschluß einen Termin: das 50 jährige Jubiläum der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland und kann den weiteren Verlauf der Debatte deshalb nicht verfolgen.

Hier ist deutlich geworden, Herr Kollege Linssen: Sie erheben gegen ein Mitglied der Landesregierung den Vorwurf, es desavouiere den Rechtsstaat. Dafür nehmen Sie das Genehmigungsverfahren für die Müllverbrennungsanlage in Köln-Niehl zum Anlaß. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf, zu dessen Begründung Sie sich auf Presseberichte glauben stützen zu können.

Ihr Vorwurf hält einer nüchternen, an den Tatsachen orientierten Prüfung nicht stand. Worum geht es?

Am 24. Juni 1994 hat die Abfallentsorgungs- und -verwertungsgesellschaft Köln mbH im Auftrag der Stadt Köln die Erteilung der Genehmigung für die Müllverbrennungsanlage beantragt. Dieses Genehmigungsverfahren ist mit Bescheid der Bezirksregierung Köln am 29. Januar 1996 abgeschlossen worden. Mit Bescheid vom 26. März 1996 hat die Bezirksregierung Köln nach Ablauf der Widerspruchsfrist die sofortige Vollziehung der Genehmigung angeordnet. (D)

Es handelt sich um eine große Anlage mit einem Investitionsvolumen von 1 Milliarde DM. Rund 5 000 Einwendungen gegen die Anlage waren zu bewerten, übrigens auch aus Kreisen der örtlichen CDU.

Schon im Hinblick darauf stelle ich fest: Die zuständigen Behörden haben schnell und zügig gearbeitet. Ich sage das sowohl für die Bezirksregierung Köln als Genehmigungsbehörde als auch für das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft als zuständige Fachaufsichtsbehörde. Das Verwaltungsverfahren ist jetzt abgeschlossen. Dem Antrag ist in vollem Umfang entsprochen worden.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Wenn ich auf einige öffentlich erhobene Vorwürfe eingehen, dann ist der erste, daß die fachaufsichtliche Prüfung der Genehmigung zu lange gedauert habe. - Der Zeitablauf war folgender: Die Bezirksregierung hatte den Entwurf des Genehmigungserlasses am 18. Dezember 1995 vorgelegt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Darum geht es doch nun gar nicht!)

Das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft hat die Angelegenheit am 24. Januar 1996 an die Bezirksregierung zurückgegeben. Damit war das Ministerium unter Einschluß der Weihnachtsfeiertage exakt fünfzehn Wochen mit der summarischen Prüfung des Genehmigungsbescheides befaßt.

Dieser Zeitraum ist angesichts einer Verfahrensdauer von insgesamt 19 Monaten, eines Umfangs des vorgelegten Genehmigungsentwurfs von mehr als 200 Seiten und einer Investitionssumme von über 1 Milliarde DM aus meiner Sicht nicht zu beanstanden. Ich denke, daß eine sorgfältige fachaufsichtliche Prüfung auch dem berechtigten Interesse des Antragstellers an einer möglichst bestandskräftigen Entscheidung entspricht.

(B) Auch die aus Leverkusen erhobenen Fachaufsichtsbeschwerden und die im Interesse einer Sicherung von Beteiligungsrechten der Betroffenen und der Rechtssicherheit für die Antragstellerin vorgenommene Bewertung haben das Verfahren nicht verzögert.

Es ist weiter kritisiert worden, das Ministerium habe die Bezirksregierung Köln angewiesen, den Genehmigungsbescheid ohne die zunächst beabsichtigte Anordnung der sofortigen Vollziehung zu erlassen. - Auch das hat nicht zu einer Verzögerung des Verfahrens geführt. Vor allem aber steht diese Verwaltungspraxis im Einklang mit den Verwaltungsvorschriften zum Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz aus dem Jahre 1975. Da Ihnen, Herr Kollege Linssen, diese Vorschriften offensichtlich nicht bekannt sind, darf ich zitieren. Unter Nummer 11.1 heißt es wörtlich:

"Die Anordnung der sofortigen Vollziehung kommt in der Regel erst dann in Betracht, wenn Widerspruch oder Klage gegen die Erteilung der Genehmigung erhoben wird, weil sonst kein Anlaß für die Anordnung der sofortigen Vollziehung besteht und eine Abwägung des öffentlichen oder des Interesses eines Beteiligten mit den noch nicht dargelegten Interessen des

(C) Widerspruchsführers oder des Klägers schwer möglich ist."

Mit Erlaß vom 24. Januar dieses Jahres hat das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft der Bezirksregierung Köln mitgeteilt, daß sie die Entscheidung in eigener Verantwortung zu treffen habe. In diesem Schreiben heißt es:

"Die geplante Müllverbrennungsanlage Köln-Niehl findet meine klare politische Ablehnung."

Der nächste Satz lautet genauso unmißverständlich:

"Ich sehe mich an die Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gebunden, die mir insbesondere hinsichtlich der Bedarfsfrage keinen Spielraum lassen."

Damit können Sie Ihre Kritik an Frau Kollegin Höhn nicht begründen. - Weiter heißt es in dem Schreiben:

"Treffen Sie die erforderliche Entscheidung in Ihrer Verantwortung als Genehmigungsbehörde."

Weder vom Inhalt noch vom Verfahren her besteht Anlaß zur Kritik. Im Gegenteil: Das Ministerium hat mit seinem Erlaß verdeutlicht, daß die Entscheidung von der zuständigen Behörde nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu treffen ist.

(D) Ich fasse zusammen: Ein schwieriges, öffentlich kontrovers diskutiertes Genehmigungsverfahren ist einschließlich der notwendigen fachaufsichtlichen Prüfung abgeschlossen worden. Der Vorwurf, die Gesetzanwendung werde politischem Kalkül untergeordnet, ist nicht gerechtfertigt. Jeder Investor in diesem Land kann sich darauf verlassen:

(Lachen bei der CDU - Werner Stump [CDU]: Das tut keiner mehr!)

Planungs- und Genehmigungsverfahren werden im Interesse seiner Planungssicherheit zügig durchgeführt. Jeder Einwander kann sich darauf verlassen,

(Hermann-Josef Arantz [CDU]: Ich lache mich tot!)

daß sein Vorbringen objektiv und unparteiisch von den im Lande Nordrhein-Westfalen zuständigen Behörden geprüft wird.

(Zurufe von der CDU)

Recht und Gesetz gelten uneingeschränkt, und zwar für alle Seiten. Die Landesregierung ist entschlossen, die Verwaltungsverfahren weiter zu

(Ministerpräsident Dr. Rau)

vereinfachen und zu straffen, ohne die Beteiligungsrechte der Bürger anzutasten oder ihren Rechtsschutz zu schmälern.

Weil Sie, Herr Kollege Linssen, Herrn Alfred Neven DuMont zitiert haben, möchte ich Sie darauf hinweisen: Es gibt seit dem 26. Februar dieses Jahres eine Vereinbarung des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft mit der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens. Sie ist öffentlich vorgestellt worden. Sie scheint mir ein gutes Beispiel zu sein: Nordrhein-Westfalen will Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen mit dem Einsatz von Sachverständigen in den Betrieben beschleunigen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Eine ganz spezielle Vereinbarung!)

Das wird vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen.

(Anhaltend Zurufe von der CDU)

Die Industrie- und Handelskammern werden für die Ausbildung der benötigten Sachverständigen Sorge tragen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Am Thema vorbei!)

(D) Sie hätten die von mir genannten Fakten kennen müssen, als Sie Ihren Vorwurf in die Welt gesetzt haben, der Rechtsstaat werde desavouiert.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Es geht in dieser schwierigen Phase um die künftige Gestaltung unserer Abfallpolitik.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weiße Salbe!)

Dabei ist die Beachtung von Recht und Gesetz selbstverständlich.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Auf dieser Grundlage muß die Auseinandersetzung stattfinden, und zwar da, wo sie hingehört: auf der politischen Ebene im Interesse des Umweltschutzes und der Bürgerinnen und Bürger. Der Fall Köln-Niehl ist abgeschlossen. Es gibt keinen zusätzlichen Diskussionsbedarf.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lautes Lachen bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Dr. Kasperek; er spricht für die SPD-Fraktion.

(C) Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen! Im Mittelpunkt der heutigen Debatte steht die Frage nach der Verlässlichkeit staatlichen Handelns. Für die klare Darstellung des Herrn Ministerpräsidenten bin ich ausgesprochen dankbar.

Der zweite Teil der Fragestellung ist die Sachdebatte über den Bedarf von Müllverbrennungsanlagen und über die Art und Weise der Abfallbeseitigung.

Beide Fragen sind voneinander zu trennen. Gleichwohl müssen wir die Sachdebatte führen. Das tun wir, das tun wir hier im Landtag, in den Ausschüssen, in anderen Gremien. Aber ich sage ganz klar: Im rechtsstaatlichen Verfahren hat diese Sachdebatte nichts zu suchen.

Fakt für Nordrhein-Westfalen ist, daß die erfolgreiche Politik der Landesregierung dafür gesorgt hat, daß nur noch ein Drittel des Abfalls, der bei uns anfällt, auf Deponien abgelagert werden muß. Auch der Kölner Müll gehört dazu. Die Scheinüberkapazitäten, von denen bei Müllverbrennungsanlagen andauernd die Rede ist, beruhen nur auf einer zeitweise möglichen massiven Deponierung unbehandeltem Abfalls. Das wollen wir alle gemeinsam nicht. Das wollen wir alle so schnell wie möglich beenden.

(D) Deswegen brauchen wir Abfallbeseitigungsanlagen. Auch nach der Abfallprognose für Köln ist sogar mit der neuen Anlage, wenn sie denn gebaut ist, ein Fehlbedarf zu erwarten, so daß dann weitere Behandlungsanlagen und Methoden erforderlich sind.

Was in Köln mit dieser Anlage geschieht, was an anderen Standorten in Nordrhein-Westfalen geschah, nämlich der Bau von Abfallbeseitigungsanlagen, das ist Vorsorge und das ist verantwortungsbewußtes Handeln. Denn die notwendigen Anlagen brauchen wir, sie müssen realisiert werden, aber auch nicht mehr. In dem Sinne befindet sich der Bau dieser Anlage in absoluter Übereinstimmung mit der Koalitionsvereinbarung, die eine restriktive Überprüfung des Bedarfes vorsieht.

Herr Linssen hat vom fehlenden Mengengerüst in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Alle wissen, daß wir einen Mengenüberblick haben, daß wir genau feststellen können, daß wir ungefähr ein Drittel des Abfalls, den wir in Nordrhein-Westfalen gemeinsam produzieren, noch nicht in Abfallbeseitigungsanlagen behandeln lassen können. Deswegen ist dieser Vorwurf völlig falsch.

Aber auch der Ruf nach einer landeseinheitlichen Lösung geht völlig am Thema vorbei. Die Regie-

(Appel [GRÜNE])

- (A) heute diese Werbeeinnahmen haben, aber jetzt interessiert uns das nicht mehr, und wir privatisieren eben dieses öffentliche Gut Information über Fußballveranstaltungen und verkaufen es zum Beispiel Herrn Kirch, der dann sieht, was er dadurch für einen Zugewinn hat. Diese Vorgänge wird man in Zukunft unter öffentlich-rechtlichen, unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten näher zu prüfen haben. Denn wir leben in einer Gesellschaft, in der Information einen immer höheren Stellenwert bekommt und in der sich die Frage stellt, inwieweit und welche Information überhaupt privatisiert werden kann.

Wenn Sie sich zum Beispiel die amerikanische Gesellschaft ansehen, zeigen sich durchaus entsprechende Auswirkungen auf die Öffentlichkeit, das Denken und Handeln der Individuen und auch der gesellschaftlichen Gruppen. Da gibt es das amerikanische Beispiel, da gibt es andere Beispiele. Es kann uns auch als politisch Handelnde, als Parlament nicht gleichgültig sein, in welche Richtung diese Entwicklung in den nächsten Jahren geht.

- (B) Ich freue mich, und das möchte ich ausdrücklich betonen, daß wir es mit diesem Antrag geschafft haben, daß auch die CDU davon ausgeht - das lese ich jedenfalls im zweiten Abschnitt unseres gemeinsamen Antrags -, daß im Jahre 2006 nicht nur der private, sondern auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Lage sein wird, solche Veranstaltungen zu übertragen. Darauf werden wir Sie langfristig festlegen. Das ist mir auch sehr wichtig. Das sage ich Ihnen ganz offen.

Ich weiß nicht, ob es bei der nordrhein-westfälischen CDU so ist - da gehen die Uhren manchmal doch ein bißchen vernünftiger -, aber bei dem, was man aus Bayern und woanders hört, konnte man nämlich schon öfter den Eindruck gewinnen, als ob es denen zumindest in der Vergangenheit doch um die Zerschlagung der ARD und die Zerstörung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegangen ist.

Wenn wir Sie mit diesem Antrag als Bündnispartner gewonnen und uns darauf verständigt hätten, wäre es meines Erachtens sehr lohnend gewesen, diesen gemeinsamen Antrag heute zu verabschieden. Es ist ein wichtiges Zeichen und wird in Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, daß der von mir anfangs angesprochene Teil unserer Kultur gesichert, vertieft und weiterhin unter die Leute gebracht wird. Außerdem wird es dafür sorgen, daß Bayern und Nordrhein-Westfälinger nicht nur

miteinander konkurrieren, sondern sich untereinander besser verstehen und miteinander auskommen. - In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz wenige Bemerkungen machen, weil ich mich darüber freue, daß der Landtag bei einem wichtigen Thema einig ist, auch wenn die Begründungen sehr unterschiedlich sind.

Frau Kollegin Hieronymi, Sie haben an die früheren medienpolitischen Debatten erinnert. Ich will Ihnen nur für meine Person sagen: Ich schäme mich dieser Debatten nicht, auch dessen nicht, was ich da gesagt habe. Ich habe so lange wie möglich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gestritten, und ich streite jetzt dafür, daß das duale System dual bleibt und nicht in einer Weise einlastig wird, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Luft verliert. Daß wir damals gezögert haben, kann ich heute nicht als Schuld empfinden. Ich kenne viele, die das duale System damals gefordert haben, die gedrängt haben und die heute sagen: Wir haben nicht alles gewußt, was da kam.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten das auch in einer offenen Diskussion sagen. Dabei müssen Sie, was Ihre Argumentation angeht, bedenken, daß zum Beispiel Fußballspiele auf beiden öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern ohne Zusatzkosten erreichbar sind. Das hat bei den Öffentlich-Rechtlichen Einfluß auf die Gebühren. Was wir da in den letzten Jahren erlebt haben, hat den beiden öffentlich-rechtlichen Systemen das Leben sehr schwer gemacht. Auch der Anteil der Erhöhungen im Gebührenstaatsvertrag wäre nicht so, wie er ist, wenn es nicht hier eine Konkurrenzsituation gäbe, die es den Öffentlich-Rechtlichen schwer macht. Das war die erste Bemerkung.

Die zweite Bemerkung: Ich bin fest davon überzeugt, daß man nicht einerseits von der Vervielfältigung technischer Möglichkeiten in den Medien reden und damit andererseits ein exklusives Recht für Besserverdienende, bestimmte Sendungen zu

(Ministerpräsident Dr. Rau)

sehen, verbinden kann. Das läßt sich nicht miteinander vereinbaren. Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, daß Sportveranstaltungen und Großveranstaltungen aller Art für jeden zugänglich sind und nicht auf Pay-TV begrenzt sein dürfen. Es gibt für Pay-TV immer noch genug Möglichkeiten, für spezielle Interessenten Programme anzubieten, von denen ich glaube, daß sie sich rechnen werden.

Das Dritte ist eine Erinnerung an den ersten Punkt, den ich angesprochen habe. Nachdem es das duale System gibt, bin ich allerdings der Meinung, daß Nordrhein-Westfalen eine Medienpolitik betreiben muß, die soviel wie möglich an Wertschöpfung, an Arbeitsplätzen auch innerhalb des dualen Systems in Nordrhein-Westfalen bindet und nach Nordrhein-Westfalen holt. Ich bin froh darüber, daß wir inzwischen auch durch die Leistung des Wirtschaftsministers das Medienland Nummer 1 in Deutschland sind. Darauf bin ich sehr stolz, und darüber freue ich mich sehr. Das soll auch so bleiben. Das wollen wir weiter ausbauen.

(Beifall des Roland Appel [GRÜNE])

Ich möchte, daß alle Fernsehzuschauer und Radiohörer vollen Zugang zu den Informationen haben. Zu den Informationen gehört in einem Land wie Nordrhein-Westfalen der Sport in einem Maße wie in kaum einem anderen Bundesland.

Ich wage ja nicht, den Versuch zu machen, den von Herrn Kollegen Eumann und von Herrn Kollegen Appel genannten Bundesligavereinen die anderen hinzuzufügen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das wird zu lang!)

Aber ich möchte natürlich, daß Arminia Bielefeld, der VfL Bochum und auch die anderen erwähnt werden, wenn wir hier im Landtag schon über Bundesliga und über Sport reden.

(Allgemeiner Beifall - Minister Wolfgang Clement: Wuppertal auch!)

- Nein, die sind ja nicht mehr in der Bundesliga.

(Zuruf des Ministers Wolfgang Clement)

Als ich in den Landtag kam, sind sie da ausgeschieden. Das war vor 38 Jahren.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber, mal sehen!

(Heinz Hardt [CDU]: Da hieß das noch "Oberliga"!)

- Ja, das ist der dritte Orden. Der WSV ist im Augenblick im dritten Orden.

(Roland Appel [GRÜNE]: "Regionalliga West" war das!)

Ich möchte darauf hinweisen: Es gäbe diesen Spitzensport nicht, wenn es den Breitensport nicht gäbe. Wir werden davon sicher noch hören. Ich wünsche mir, daß alle unsere Rundfunksender den Breitensport und den Amateursport ernst nehmen und sich nicht auf die Sportarten wie Fußball und Tennis, die eine stark merkantile Seite haben, konzentrieren.

(Beifall bei der SPD)

Letzte Bemerkung! Frau Kollegin Hieronymi, ich will hier keine Rechnungen aufmachen, die ich sonst noch mit Ihnen zu erledigen hätte. Aber ich würde Ihnen doch gern sagen: Ich habe im Juni dieses Jahres, vor der Ministerpräsidentenkonferenz am 5. Juli und vor Ihrem Interview in der Zeitschrift der IG Medien, diese Forderung nach freiem Zugang in der Zeitschrift der IG Medien "Signal" gestellt und angekündigt, daß sich die Ministerpräsidenten damit beschäftigen. Ich habe mitgeholfen, daß der entsprechende Auftrag der Ministerpräsidenten an die Rundfunkkommission gegangen ist. Ihr erster Versuch, hier gewissermaßen zu sagen, die CDU sei ganz vorn und nun kämen alle mit hechelnder Zunge hinterher, ist also nicht nur eine optische, sondern auch eine Sinnestäuschung.

(Ruth Hieronymi [CDU]: Ich habe Beispiele genannt!)

Wir waren schon lange da, als Sie Ihren Antrag noch gar nicht erdacht hatten.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Ministerpräsident!

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ja.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schewick?

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Aber gerne.

(A) Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin die kleineren Vereine, die Amateurvereine erwähnt. In der Vergangenheit haben die öffentlich-rechtlichen Sender ja viel Geld für die kleineren Vereine zur Verfügung gestellt, Herr Kollege Appel. Sie waren nicht nur Konsumenten, sondern sie profitierten auch von den Übertragungen, die hier Gegenstand des Antrags sind. Können Sie sich vorstellen, daß dies in Zukunft auch von den privaten Sendern übernommen wird und daß aus einem dann zur Verfügung stehenden Topf auch die kleineren Vereine letztlich profitieren?

(Reinhold Trinius [SPD]: Schön wär's!)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr van Schewick, ich kann mir gut vorstellen, daß es dazu einmal kommt. Sie müssen nur bedenken:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hatte früher in hohem Maße Überschüsse, die er kulturellen und sportlichen Zwecken zur Verfügung stellte. Aufgrund der Entwicklung im dualen System gibt es diese Überschüsse so nicht mehr, so daß es auch nicht die entsprechenden Hilfen durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr geben kann. Es wäre natürlich gut, wenn sich sowohl öffentlich-rechtliche als auch private Rundfunk- und Fernsehveranstalter als Sponsoren auch gegenüber Amateurvereinen betätigten. Ich rate nur dazu, das nicht so zu machen, daß wir hernach nur noch Leute durch die Stadt laufen sehen, die Werbeflächen anbieten. Dazu darf es auch nicht kommen. Ich habe mich sehr gefreut, als der Wirtschaftsminister und Herr Kollege Kraft vorige Woche gelaufen sind, daß sie mir mit ihren Hemden nicht zumuteten, daß ich bestimmte Ware kaufe, sondern sie sind fröhlich für Nordrhein-Westfalen gelaufen. Das hat Spaß gemacht.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Ich verspreche dem Landtag: Wir werden alles tun, damit Pay TV, wo es denn entsteht, nicht eine Sperre wird für Menschen, die an Sport- und an anderen gesellschaftlichen Ereignissen interessiert sind. Alle sollen Zugang haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Kraft das Wort.

Dr. Hans Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau: Du mußt Borussia Dortmund erwähnen!)

- Borussia Dortmund kann ich erwähnen, klar!

Nach den Medienexperten kurz noch einige Worte aus sportfachlicher Sicht.

Ich habe insbesondere bei dem Beitrag des Kollegen Appel gemerkt, daß bei den medienpolitischen Sprechern zumindest das Einsteigerverständnis für Fußball vorhanden ist: Der Ball ist rund; er wird eingefettet; er wird aufgepumpt. - Das ist nicht alles. Kollege Appel hat ja auch über einige Vereine des Ruhrgebiets gesprochen. Aber das wirklich tiefe Wissen aus dem Herzen des Ruhrgebiets über den Fußball kuuminiert in einem einzigen Satz: An Jesus kommt keiner vorbei - außer Stan Libuda.

Fußball - das ist in diesem Antrag wohl das Thema - ist mehr als 22 Leute 90 Minuten lang in zwei Halbzeiten, für die das jeweils nächste Spiel auch das schwerste Spiel sein wird. Fußball ist ein Riesenergebnis, ist eine Massenbewegung. Der Fußballverband in Nordrhein-Westfalen hat über 1 Million Mitglieder.

Was im Fernsehen gezeigt wird, sind die Gladiatoren, die Plutokraten des Sports, die einlaufen, gut betucht, wenn auch leicht geschürzt - würde der Ministerpräsident wahrscheinlich sagen. Aber die große Masse im Fußball ist der Breitensport, sind die Amateurvereine, die gerade erwähnt worden sind. Das sollten wir mit bedenken, wenn wir über einen solchen Antrag reden. Ich rege an, eine sportfachliche Debatte zu führen über das, was über die Medien als Bild des Sports vermittelt wird.

Was den Fußballsport und andere große Sportarten wirklich ausmacht, da liegen zum Teil Welten dazwischen. Fußball als Breitensport wird bei uns ja von Hunderttausenden von Kindern und Jugendlichen betrieben. Er hat eine gesellschaftliche, eine sozialpolitische Bedeutung: Teamgeist, Fairplay usw.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Integration!)

(Matthiesen [SPD])

- (A) Nun hat Herr Reul angedeutet, dies wäre nur der zweite Schritt; der dritte folgte, wie gesagt, in der nächsten Woche. Sie sind ja bekannt für die Aufbereitung solcher Themen, Herr Reul, auch schon aus der Vergangenheit. Wir werden uns darauf einstellen, daß wir diese Debatte weiter zu führen haben.

Deshalb sage ich zwei Dinge:

Erstens. Ich bin ganz sicher, daß die Staatsanwaltschaft und die Steuerfahndung nach Recht und Gesetz ihre Ermittlungen zügig weiterführen. Für die SPD-Fraktion erkläre ich, daß wir sie dazu ausdrücklich ermutigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und unseren Ministern, der gesamten Öffentlichkeit und Ihnen als Opposition sage ich - zweitens - mit derselben Deutlichkeit, daß unsere drei Minister unser uneingeschränktes Vertrauen und unsere Unterstützung haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

- (B) Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die erste Information über die Durchsuchungen, die bei der WestLB und bei Sparkassen stattgefunden haben, habe ich vom Finanzminister am 3. September morgens um 10.10 Uhr bekommen. Über das Gespräch zwischen Staatssekretär Ritter und dem Chef der Staatskanzlei, Herrn Staatssekretär Frohn, bin ich heute morgen erstmals unterrichtet worden.

(Lachen bei der CDU)

Ich will Ihnen dazu noch etwas sagen: Das ist so in Ordnung. Ich habe in diesem Hause Anfang der 80er Jahre eine Fülle von Verfahren erlebt, in denen jeweils durch Indiskretionen Menschen ins Gerede gebracht wurden, zum Teil, obwohl sich Verdacht nicht erhärtete. Ich will das jetzt nicht genauer beschreiben. Ich habe daraufhin den jeweiligen Chefs der Staatskanzlei und dem Kabinett gesagt, daß ich Wert darauf lege, daß über Ermittlungsverfahren und über Verdacht zu Ermittlungsverfahren und über Verlauf von Ermittlungsverfahren nicht informiert wird, auch ich nicht, weil ich die juristische Haltung, wie Herr Dr. Behrens sie hier in einer noblen Weise dargestellt hat, für völlig richtig halte

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und weil ich nicht möchte, daß Nebel entsteht und daß Geruch verbreitet wird. Es muß ohne Ansehen der Person entschieden werden können, und zwar von denen, die dazu ein Mandat haben.

Und weil es mir darum geht, darum sage ich: Ich habe volles Vertrauen zu allen Mitgliedern der Landesregierung und zu dem, was sie getan haben und tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Appel das Wort.

Roland Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Herr Linssen hier heute morgen zu Beginn der Aktuellen Stunde ans Pult getreten ist, habe ich mich schon gewundert. Ich habe mich zum einen gewundert, daß ein Mitglied des Verwaltungsrates der WestLB als erster das Wort ergreift. Und dann habe ich mich auch gewundert, Herr Linssen, wie dürftig das war, was Sie als Mitglied des Verwaltungsrates hier zur Sache beigetragen haben.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nichts Neues!)

Ich habe mich ferner gewundert, warum Sie das eigentlich tun. Denn eigentlich haben Sie nur gesagt: "Ich war zwar ein bißchen dabei, aber ich habe im Prinzip gar keine Ahnung" - das war der Eindruck der rübergekommen ist -, um gleichzeitig in Ihrer Rede aufzubauen, daß das wohl eine ganz schwerwiegende Angelegenheit wäre, und dann Herrn Reul vorzuschicken, nachdem die Landesregierung mit Datum, mit Person offengelegt hat - insofern ist dem Justizminister, dem Finanzminister und auch dem Ministerpräsidenten zu danken -, was hier gemacht worden ist.

(Unruhe bei der CDU)

- Das ist doch die Öffentlichkeit, die notwendig ist.

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

Daß Sie daraus einen Zusammenhang unterstellen, Herr Reul, das finde ich schon abenteuerlich. Ihnen war der Part überlassen, die Fragen zu stellen, die den Geruch hineinbringen, den Sie gerne hätten.

Ich stelle Ihnen einmal eine Frage: Was wäre denn gewesen, wenn Herr Behrens das, was Sie gestern noch im Plenum gefordert haben und heute im Bonner Generalanzeiger nachzulesen ist, gemacht

(C)

(Schittges [CDU])

- 1) Arbeitsmarkt. Damit ist klar, wie die Verhältnisse liegen.

Wenn ich mir die Finanzberichte und die Steuerschätzung vom Mai 1996 ansehe - Herr Finanzminister, sie sind schließlich für das Volumen, das den Kommunen zuteil wird, verantwortlich -, sehe ich, daß es in erster Linie die Länder sind, die die Zuwächse von über 20 Prozent haben. Der Bund dagegen hat ebenso wie die kommunalen Gebietskörperschaften eine Abnahme des Volumens. Aus diesem Grunde ist es verständlich, Herr Finanzminister, daß die Kommunen Beschlüsse der Bundesregierung und des Bundestages nicht, wie die SPD immer glauben machen möchte, allesamt als drückende Last empfinden, sondern im Gegenteil sie ausdrücklich begrüßen.

Das gilt z. B. für die Beschlüsse zur Begrenzung des Zuwachses der Sozialhilfeleistungen. Die kommunalen Spitzenverbände - das habe ich zumindest mitbekommen - haben den Vorschlag der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt. Das gilt auch für das neue Asylrecht. Der Asylbewerberzug ist nach dessen Inkrafttreten am 1. Juli 1993 um ein Drittel zurückgegangen.

- 3) Notwendig ist aber - bei allen Einsparungen - eine Lösung auf der Einnahmeseite. Da gebe ich Ihnen recht. Nach meinem Verständnis hat die CDU dazu einen besseren Vorschlag gemacht, Herr Trinius. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir die Diskussion um die Veränderung der Finanzierung zugunsten der Kommunen einmal aufgreifen würden. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß Sie, wenn Sie einmal in Ihren Städten nachfragen, in der Diskussion feststellen werden, daß es für diese besser wäre, einen unmittelbaren Zugriff auf die Umsatzsteuer zu haben als Mischfinanzierungsansätze, wie wir sie nach wie vor in Nordrhein-Westfalen vorfinden.

Ich meine, daß den Überlegungen unseres Fraktionsvorsitzenden in Gänze nicht mehr viel hinzuzufügen ist. Herr Finanzminister, ich hoffe schließlich, daß Sie beim Jahressteuergesetz 1997 einen sinnvollen Weg gehen, zu dem die Opposition nach meinem Verständnis ausreichende Vorschläge gemacht hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank! Weitere Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt habe ich nicht. Ich schließe die Beratung. (C)

Wir stimmen ab. Meine Damen und Herren! Von den Antragstellern, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wurde direkte Abstimmung gefordert, so daß wir über den Inhalt dieses Antrages abstimmen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wollen wir mal sehen, wie Herr Reul abstimmt!)

Wer ist für diesen Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 12/1369? - Danke schön. Das sind die Antragsteller.

(Zuruf von der CDU: Clement ist nicht da!)

Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 12/1369 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

(Weitere Zurufe - Unruhe)

- Möchten Sie eine Pause? - Nicht.

Dann rufe ich auf:

5 Dritter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dritter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 12/1336

erste Lesung

Die Einbringung für die Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Dritten Rundfunk-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Änderungsstaatsvertrag vor und bittet Sie, dem Vertragstext, wie der Präsident das gerade schon gesagt hat, gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung zuzustimmen.

Lang und zäh ist gestritten worden. Sie, meine Damen und Herren, haben die Verhandlungen intensiv begleitet. Selbstverständlich haben auch die Rundfunkveranstalter die einzelnen Verhandlungsschritte eingehend analysiert und vielfältig kommentiert.

Die Transparenz, die wir für den Medienmarkt anstreben, war fast schon ein Kennzeichen der Staatsvertragverhandlungen. Das Ergebnis selber wurde recht unterschiedlich aufgenommen: mit Erleichterung, weil sich die Länder im Kompromißwege auf neue Regeln für das Fernsehen in Deutschland verständigt haben, obwohl die Standpunkte häufig unüberbrückbar schienen, aber auch mit Kritik. Einigen gingen die vorgeschlagenen Regelungen zu weit, anderen reichten sie nicht aus. Schließlich wurden Antworten auf wichtige Zukunftsfragen des Rundfunks vermißt.

Ich gebe unumwunden zu: Dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag trägt Kompromißcharakter. Zu weit lagen die unterschiedlichen Positionen auseinander, als daß am Ende jede Regelung jeden hätte zufriedenstellen können. Aber der erzielte Kompromiß ist tragfähig und vernünftig.

(B)

Wenn ich nun zu den Hauptlinien des Vertragswerkes komme, stelle ich Ihnen keinen Unbekannten mehr vor. Zu den Eckpunkten des Vertragswerkes hat es Anträge von allen Fraktionen gegeben. Der Schwerpunkt der Neuregelungen im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks liegt in der Neuordnung des Gebührenfestsetzungsverfahrens.

Wir erfüllen damit die Forderungen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1994. Das Verfassungsgericht hatte damals gerügt, daß das bisherige Gebührenfestsetzungsverfahren zu politisch sei und zu viel Raum für politische Einflußnahme lasse. Durch Gesetz müsse ein gestuftes und kooperatives Verfahren eingeführt werden, das etwa so aussehen könne: Der Bedarfsanmeldung durch ARD und ZDF folge eine fachliche Prüfung durch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, der sogenannten KEF, und schließlich die Gebührenentscheidung durch die Landesregierung und die Landesparlamente.

Diesem Urteil trägt der Vertrag Rechnung, indem er eine gesetzliche Grundlage für das Verfahren der Gebührenfestsetzung und für die Aufgaben, Befugnisse und Zusammensetzung der aus sechzehn unabhängigen Sachverständigen bestehenden KEF einführt, indem er die Pflichten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter im Verfahren beschreibt und indem er schließlich eine Kooperationspflicht zwischen den Akteuren auf den verschiedenen Stufen der Gebührenfestsetzung normiert.

Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag sieht auf der Grundlage des zehnten KEF-Berichtes auch eine Erhöhung der Rundfunkgebühr zum 1. Januar 1997 um 4,45 DM auf 28,25 DM vor. Diese Gebührenerhöhung ist notwendig. Sie ist in ihrer Größenordnung auch angemessen, und sie gibt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine sichere finanzielle Planungsgrundlage für die nächste Gebührenperiode, die am 31. Dezember des Jahres 2000 endet.

Erst kürzlich sind in einem europaweiten Vergleich die Qualität und das sonst nirgends so anzutreffende umfangreiche Angebot unserer öffentlich-rechtlichen Veranstalter bestätigt worden. Ich sage nicht ohne Stolz: Daran hat unser WDR einen maßgeblichen Anteil.

Das Verfahren zur Ermittlung des Finanzbedarfs wird freilich auch trotz des im Staatsvertrag geregelten Verfahrens nicht einfacher werden. In der Praxis wird es darauf ankommen, den kooperativen Zusammenhang der verschiedenen Stufen zu betonen. Natürliche Interessengegensätze zwischen den Rundfunkanstalten, der KEF und den Parlamenten gibt es nicht, aber sehr wohl ein gemeinsames Ziel: einen leistungsfähigen und qualitativ vollen öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Ich kann auch verstehen, daß die öffentlich-rechtlichen Veranstalter gegen die eine oder andere Formulierung im Staatsvertrag Vorbehalte haben. So mögen einige mit der besonderen Betonung der Rationalisierungspotentiale in § 13 des Rundfunkstaatsvertrages die politische Absicht verbunden haben, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kleinzuregulieren. Ich hätte es besser gefunden, wenn man auf diese Formulierung verzichtet hätte.

Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, von denen in der gleichen Vorschrift die Rede ist, umfassen die richtige Forderung, daß in den Anstalten mit den Gebührengeldern der Bürgerinnen und Bürger sparsam umgegangen wird.

(C)

Auf der anderen Seite muß man aber auch sagen: Qualitätsvoller Rundfunk hat seinen Preis. Viele Kostenfaktoren sind durch die Anstalten überhaupt nicht beeinflussbar. Das, was öffentlich-rechtliches Qualitätsfernsehen immer teurer macht, ist doch z. B. nicht zuletzt die Preistreibeerei im Rechtehandel. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk finanziell so ausgestattet wird, daß er seine Aufgabe überzeugend erfüllen kann.

Eine wichtige Neuregelung, meine Damen und Herren, bringt § 19. Dort werden ARD und ZDF ermächtigt, zwei zusätzliche Fernsehspartenprogramme über Satellit zu veranstalten. Ich denke, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Zuschauerinnen und Zuschauer da abholen muß, wo deren Interessen liegen. Verändern sich deren Sehgewohnheiten - und diese Annahme liegt auch der Einführung von "Special interest"-Programmen im privaten Rundfunk zugrunde -, dann müssen auch ARD und ZDF darauf reagieren können. Daran ist jedenfalls für mich die Ernsthaftigkeit des Arguments zu messen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei ein Vielfaltsgarant, dessen Bestand und Entwicklung garantiert werden müsse.

(D)

Die Versuche einiger privater Veranstalter, mit Auftragsgutachten nachzuweisen, daß es der ARD und dem ZDF verfassungsrechtlich verwehrt wäre, Spartenprogramme zu veranstalten, sind nach meiner Überzeugung zum Scheitern verurteilt. Das Bundesverfassungsgericht hat nämlich schon vor Jahren betont, daß solche Programme in der Zukunft sogar zur Grundversorgung gehören könnten. Und darauf ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk bekanntlich noch nicht einmal beschränkt. Haben diejenigen, die jetzt so aufgeregt reagieren, etwa Angst vor publizistischer Konkurrenz? Daß mit der Einführung der Spartenprogramme keine Auszehrung der Hauptprogramme verbunden sein darf, versteht sich von selbst.

Den Europäischen Ereignis- und Dokumentationskanal, der seinen endgültigen Standort in Bonn nehmen will, habe ich stets nachdrücklich unterstützt. Und daß ich selbst auch viel von einem öffentlich-rechtlichen Kinderkanal mit Sitz in Erfurt halte, gerade weil ARD und ZDF in diesem Genre soviel Gutes, nämlich Gewalt- und Werbefreies, zu bieten haben, dürfte auch nicht verwundern. Ich wünsche beiden Projekten ein gutes Gelingen.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Meine Damen und Herren! Anders als viele nach den Thesen der Kollegen Stoiber und Biedenkopf zur Strukturreform im öffentlich-rechtlichen Rundfunk befürchteten, führten die Staatsvertragsverhandlungen nicht dazu, daß die ARD zerschlagen und die Existenz des ZDF bedroht wird. Die Einsicht, daß eine weitgehende Deregulierung beim privaten Rundfunk insbesondere angesichts der Elefantenhochzeiten der letzten Monate nur dann verantwortbar ist, wenn zugleich die Funktionsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als Vielfaltsgaranten gewährleistet ist, hat sich letztlich auch bei den Verfassern dieser 16 Thesen durchgesetzt. Mit einer gesicherten finanziellen Grundlage für die kommende Gebührenperiode und der Gewißheit, auch an neuen programmatischen Entwicklungen teilhaben zu können, können sich die Verhandlungsergebnisse aus nordrhein-westfälischer Sicht durchaus sehen lassen.

Damit komme ich zu dem zweiten großen Regelungsbereich, der Novellierung der für den privaten Rundfunk geltenden Vorschriften. Das bisher geltende Medienkonzentrationsrecht ist von vielen gescholten worden. Die einen beklagten, es sei nicht durchsetzbar, sei zu kompliziert, gehe an den tatsächlichen Verhältnissen vorbei und lasse wirksame Aufsichtsinstrumente vermissen. Andere führten an, es mangle nur an Ernsthaftigkeit, das geltende Recht durchzusetzen.

Woran es auch immer gelegen hat: Die tatsächlichen Erfahrungen belegen, daß das geltende Medienkonzentrationsrecht weder die daran geknüpften Erwartungen erfüllen noch den wirtschaftlichen Entwicklungen auf dem Rundfunkmarkt Rechnung tragen konnte, einem Markt, der - mobil wie kein anderer - gerade von raschen Veränderungen lebt.

Deshalb schlägt der Vertrag einen Systemwechsel vor: weg von einer Begrenzung der Zahl der Programme und Beteiligungen, die ein Unternehmen halten darf, hin zu einer Regelung, die letztlich auf den Einfluß der Programme auf die Zuschauer abstellt.

Damit wird das bisherige Verfahren der Konzentrationskontrolle im privaten Rundfunk auf eine völlig neue rechtliche Grundlage gestellt. Zukünftig soll der Anteil am Zuschauermarkt, den ein Programm erreicht, darüber entscheiden, ob einem Rundfunkunternehmen zur Sicherung der Meinungsvielfalt Maßnahmen auferlegt werden müssen.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Die konkrete Regelung läßt sich kurz so zusammenfassen. - Herr Präsident, ich sehe, meine Redezeit ist zu Ende. Ich glaube, ich muß noch zwei, drei Minuten Ihre Geduld in Anspruch nehmen.

Präsident Ulrich Schmidt: Ja, okay.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Jedenfalls dann, wenn ein Unternehmen mit seinen Beteiligungen an Fernsehveranstaltern einen Zuschaueranteil von 30 % erreicht, wird nach dem Gesetz vermutet, daß eine Störung der Meinungsvielfalt erreicht ist. Eine Störung der Meinungsvielfalt kann aber auch schon früher eintreten, nämlich dann, wenn das Unternehmen auf einem verwandten Markt wie z. B. dem des Rechtehandels eine beherrschende Stellung hat oder seine gesamten Aktivitäten auf diesen Nachbarmärkten insgesamt den Schluß zulassen, daß der dadurch erreichte Meinungseinfluß einem Zuschaueranteil von 30 % entspricht.

(B) Wird diese Grenze erreicht, dann hat das Unternehmen ihm zurechenbare Beteiligungen an Rundfunkunternehmen aufzugeben, seine Marktstellung auf medienrelevanten Märkten zu vermindern oder vielfaltssichernde Maßnahmen zu ergreifen. Das hört sich sehr kompliziert an und ist es wohl auch. Viele Wertungen werden erforderlich sein, und die Ergebnisse der Prüfungen werden kaum auf allseitige Zustimmung hoffen dürfen.

Wir wissen alle, wie schwierig es sein wird, in wirtschaftliche Verhältnisse dieser Größenordnung einzugreifen. Allerdings sollten uns die jüngsten Entwicklungen auf dem Pay-TV-Markt zu denken geben. Wir haben es nur noch mit der Kirch-Gruppe als alleinigem Veranstalter zu tun,

(Lothar Hegemann [CDU]: Gar nicht wahr!)

die zudem fast über ein Monopol bei den wichtigsten Film- und Sportrechten verfügt - vom Einfluß auf die zum Empfang nötige Dekodertechnik ganz zu schweigen.

Wenn auch der Erfolg von Pay-TV von vielen - auch von Unternehmen, die schon eine Menge investiert hatten - skeptisch gesehen wird, kann sich so schon eine Macht zusammenballen, die auf die Meinungsbildung der Menschen großen Einfluß nimmt. Darum ist es wichtig, daß es auch

sofort wirksame Maßnahmen gibt, die kleineren Veranstaltern und Produzenten auf dem weitgehend aufgeteilten Markt des kommerziellen Fernsehens noch eine Chance lassen.

Soiche Regelungen einvernehmlich zu beschließen war nicht leicht. Zu sehr waren sie geeignet, die Geschäftsstrategie der Großen zu beeinflussen. Wir haben unsere guten Erfahrungen mit der Sendezeit für unabhängige Dritte in die Verhandlungen eingebracht. Allerdings wurde über die Frage, wie sie ausgestaltet sein muß, um ein Mindestmaß an Anbieter- und Angebotsvielfalt im privaten Rundfunk zu gewährleisten, bis zuletzt heftig gerungen.

Nordrhein-Westfalen hat sich schließlich mit seinen Vorstellungen, die ja auch schon hier im Landtag eingehend diskutiert worden waren, durchsetzen können. Wir haben erreicht, daß der Dritte Rundfunkänderungsstaatsvertrag nun Regelungen zur Sendezeit für unabhängige Dritte vorsieht, die gute Bedingungen für deren Erfolg schaffen.

Die redaktionelle, programmliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Dritten ist gesichert. Das Fensterprogramm soll einen zusätzlichen Beitrag vor allem in den Bereichen Kultur, Bildung und Information leisten. Dafür steht den Unabhängigen auch zu den Zeiten, zu denen viele zuschauen, eine beachtliche Sendezeit zur Verfügung. Die Letztentscheidung über die Vergabe der Lizenz an den unabhängigen Dritten trifft die zuständige Landesmedienanstalt.

Alles in allem sind das nach meiner Meinung gute Voraussetzungen dafür, daß die Sendezeit für Dritte ein Gewinn für die Vielfalt wird. Ich hoffe, daß sich in kurzer Zeit eine interessante Produktionslandschaft entwickeln wird.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, hat sich Nordrhein-Westfalen bei den Regelungen zur Konzentrationskontrolle immer für möglichst klare und einfache Lösungen eingesetzt. Das hätte aus unserer Sicht am ehesten durch die Einrichtung einer rechtlich selbständigen Kommission zur Ermittlung der Konzentration nach vorne gebracht werden können. Leider war eine solche Regelung unter den Ländern nicht konsensfähig, und es ist uns bei der Neuorganisation der Medienaufsicht deshalb auch nicht gelungen, eine einfachere Lösung durchzusetzen als die, die der Staatsvertrag nun vorsieht.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(C) Den bestehenden Organen der Landesmedienanstalten fügt der Staatsvertrag ein weiteres hinzu, nämlich eine Kommission, die als Organ der jeweiligen zur Entscheidung berufenen Landesmedienanstalt fungiert. Deren Entscheidung kann allerdings durch Beschluß der Konferenz der Direktoren der Landesmedienanstalten mit Dreiviertelmehrheit aufgehoben werden.

Daß dies gerade unter Zuständigkeitsgesichtspunkten keine einfache Lösung ist, gebe ich gern zu. Ihr freilich von vornherein die Praxistauglichkeit abzusprechen geht meines Erachtens zu weit. Vieles wird davon abhängen, daß es den am Verfahren Beteiligten - der KEK und den Landesmedienanstalten - gelingt, Organstreitigkeiten zu vermeiden.

Den Landesmedienanstalten gibt der dritte Staatsvertrag nun auch die wirksamen verfahrensrechtlichen Vorschriften und die effektiven Eingriffsrechte an die Hand, die eine zupackende Aufsicht möglich machen. Wir haben uns dabei am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, an den Verwaltungsverfahrensgesetzen der Länder und schließlich an der bewährten Abgabenordnung orientiert.

(D) Meine Damen und Herren, dieser Staatsvertrag erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch, alle Probleme im Rundfunkbereich zu lösen. Darum führen die Länder derzeit Verhandlungen zu einem Staatsvertrag über neue Mediendienste. Darum haben die Regierungschefs ihrer Rundfunkkommission den Auftrag gegeben, alsbald Regelungsvorschläge für den digitalen Rundfunk zu machen. Darum haben sie gebeten, sich mit der Exklusivvermarktung von Sportrechten im Pay-TV zu beschäftigen.

Der einstimmige Beschluß des Landtags hierzu läßt mich hoffen, daß wir auch in Zukunft zu gemeinsamen Lösungen kommen werden. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, für Ihre Geduld bei einem trockenen, aber wichtigen Thema.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Wir werden diese Zeitüberschreitung natürlich bei den anderen Diskussionsrednern berücksichtigen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das holen wir wieder heraus!)

- Danke für den Hinweis, Herr Hegemann. Wir wollen sehen, wie es läuft. - Als nächstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Eumann das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Staatsverträge zwischen den Ländern werden von den Landesregierungen ausgehandelt und von den Landesparlamenten ratifiziert. Heute steht die erste Lesung des Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrags auf unserer Tagesordnung, im Novemberplenum die zweite. In der Zwischenzeit findet die Beratung im zuständigen Hauptausschuß statt. Die SPD-Fraktion stimmt der vereinbarten Überweisung an den Hauptausschuß nach dieser ersten Lesung zu. Sie wird auch im November dem von Ministerpräsident Johannes Rau, seiner Kollegin und seinen 14 Kollegen unterzeichneten Entwurf zustimmen.

(D) Sie stimmt zum einen zu, weil die Parlamente selbst keine einzige Zeile des Dritten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge ändern können. Wir können im ganzen ablehnen oder im ganzen zustimmen. Das trifft leider auch das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen. Zum anderen stimmen wir zu, weil wir die erzielten Ergebnisse - darauf hat Ministerpräsident Johannes Rau hingewiesen - für insgesamt tragfähig halten, auch wenn das eine oder das andere nur schwer, mitunter ganz schwer erträglich ist.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein Kompromiß. Wir leben in einer Zeit, in der Kompromisse schon als Wunder bezeichnet werden, wie das sogenannte Wunder von Bad Neuenahr, einem der Verhandlungsorte der Ministerpräsidenten.

Wenn alle 16 Länder - wir streben das an, Sie wissen das - sozialdemokratisch regiert wären, wäre das Ergebnis besser ausgefallen.

(Beifall bei der SPD - Klaus Matthiesen [SPD]: Das wäre schön! Absolute Mehrheiten wären auch schön!)

Auch wenn es - da will ich Mißverständnissen vorbeugen - auch dann nicht kinderleicht gewesen wäre, ein Kompromiß eben.

(Hieronymi [CDU])

- (A) Lassen Sie mich abschließen, indem ich Ihnen ein kurzes Zitat vortrage, in dem es heißt:

"Es gibt heute keinen Bonus mehr für medienpolitische Provinzialität."

(Lothar Hegemann [CDU]: Richtig!)

"Rechtsnormen, die in nationalen Erfahrungswelten und Denkstrategien wurzeln, haben heute vor der globalen Marktbewegung weniger denn je Bestand."

(Lothar Hegemann [CDU]: Richtig!)

"Es macht keinen Sinn für die Politik, national zu denken, wenn die Wirtschaft global agiert."

Meine Damen und Herren, das war nicht Ministerpräsident Stoiber, sondern das war der NRW-Wirtschaftsminister Clement gestern vor der Mitgliederversammlung der privaten Fernsehveranstalter VPRT in Düsseldorf. Nehmen Sie also die Worte von Herrn Clement ernst, lehnen Sie den Antrag der SPD ab, stimmen Sie der Entschließung der CDU zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Frau Kollegin Hieronymi. - Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will noch nicht auf den dritten Staatsvertrag eingehen, Frau Kollegin Hieronymi. Das ist der nächste Punkt, mit dem wir uns beschäftigen werden. Ich will jetzt nur sagen:

Ob und wie die Gebühren sachgerecht ausgegeben werden, das muß unsere gemeinsame Sorge sein. Dafür haben wir nämlich die Organe und die Gremien der Anstalten, damit das da geprüft wird. So ist es rechtlich vorgeschrieben. Das ist nicht Sache der Parlamente, sondern nach den gesetzlichen Vorgaben Angelegenheit der Organe der öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie gerade Herrn Kollegen Clement zitiert haben. Ich stimme dem, was er sagt, ausdrücklich zu,

(Lothar Hegemann [CDU]: Dann widersprechen Sie Herrn Appel!)

so wie er ausdrücklich diesem Antrag zustimmt, der heute von den Koalitionsfraktionen vorgebracht wird. Daraus eine Differenz zu konstruieren ist völlig falsch.

Ich will nur noch darauf hinweisen, daß sich natürlich, wenn man für die öffentlich-rechtlichen Systeme die Werbefinanzierung ablehnt, daraus für die Kommission zur Ermittlung des Bedarfs der Rundfunkanstalten Konsequenzen ergeben. Und die KEF hat ja bereits Stellung genommen zu der Frage, wie hoch die Rundfunkgebühr sein müßte, wenn es nicht die Werbeeinnahmen von ARD und ZDF gäbe.

Zu dem hier anstehenden Thema möchte ich sagen, daß auch die Landesregierung die Angriffe gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die in den beiden erwähnten Studien geführt werden, ablehnt. Wir sind der Auffassung, daß öffentlich-rechtlicher Rundfunk auch weiterhin als Kulturgut wichtig ist und daß er seine überragende Bedeutung als Medium und Faktor freier und kritischer Meinungsbildung behalten muß.

Daß alle Länder den Versuch der Enquete-Kommission des Bundestages, auf ihre Rundfunkpolitik Einfluß zu nehmen, entschieden zurückgewiesen haben, ist für mich ein gutes Zeichen. Daß das Europäische Parlament den Überlegungen des Bangemann-Gutachtens eine ebenso rasche wie eindeutige Absage erteilt hat, ermutigt auch mich. Daß die beiden Berichte in Fachkreisen schon wegen ihrer eklatanten handwerklichen Mängel vor allem Kopfschütteln hervorgerufen haben, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die dahinterstehenden politischen Ziele weiter verfolgt werden und daß deshalb Wachsamkeit angesagt ist.

So hat der Bund bei den Verhandlungen mit den Ländern über aufeinander abgestimmte Regelungen im Bereich der neuen Mediendienste immer versucht, den Regelungsbereich der Länder zu beschränken, zu marginalisieren und zum Beispiel alle Abrufdienste in seine Gesetzgebungskompetenz zu ziehen, mögen sie auch noch so eindeutig massenkommunikativen Charakter haben, von erheblicher Meinungsrelevanz sein oder sich gar vom klassischen Rundfunk nur durch die Möglichkeit des Einzelabrufs des Angebots unterscheiden. Trotz der gemeinsamen Überzeugung, daß künftige Investitionen verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, hat er so konkrete Ergebnisse aus Kompetenzgründen lange hinausgezögert. Gestern hat der Bund nun den Referentenentwurf eines Teledienstgesetzes verschickt. Wir werden die Regelungen rasch prüfen.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Gleichzeitig müssen die Länder ihrerseits den Mediendienste-Staatsvertrag abschließend verhandeln und zur Unterzeichnung kommen. Wir müssen uns dringend auch darüber einig werden, welche Regelungen für die digitale Rundfunkwelt wichtig sind; sonst werden wir vor Fakten stehen, die unsere politischen Handlungsspielräume erheblich einschränken und die wir dann kaum noch rückgängig machen können.

Die Monopolisierung der Pay-TV-Rechte ist nur ein wenn auch besonders bedenkliches Beispiel. Der Exklusivvermarktung von Sportrechten haben wir uns bereits in einer gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen angenommen. Die Rundfunkreferenten der Länder beraten auf der Basis einer Vorlage der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein und werden der Rundfunkkommission zu Beginn des nächsten Jahres einen Bericht vorlegen. Der gestrige Beschluß des Europäischen Parlaments, nach dem die Mitgliedstaaten Listen von Ereignissen - vor allem im sportlichen Bereich - vorlegen sollen, die allen Zuschauerinnen und Zuschauern ohne Zusatzkosten zugänglich bleiben müssen, unterstützt zum Glück unsere Forderungen.

Hier zeigt sich, worum es in der Zukunft geht: Die Möglichkeiten, die die technische Entwicklung bietet, müssen allen zugute kommen. Artikel 5 unseres Grundgesetzes muß zu einem Kommunikationsgrundrecht fortentwickelt werden, das allen Teilhabe sichert. Sonst droht eine Spaltung in Informationsbesitzer und Informationshabenichtse. Es wäre doch geradezu paradox, wenn durch die vielbeschworene Entwicklung von Multimedia ein Mehr an Informationen immer weniger Menschen zugänglich würde.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt bei der Gestaltung der künftigen Medienordnung eine tragende Rolle zu. Wer, wenn nicht der öffentlich-rechtliche Rundfunk, könnte auch in Zukunft dafür sorgen, daß die für den gesellschaftlichen Diskurs notwendige Wissensbasis allen gemeinsam zur Verfügung steht? Wer könnte besser als der öffentlich-rechtliche Rundfunk mithelfen, Orientierungswissen zu vermitteln, das einer Spaltung der Gesellschaft in Interessengruppen entgegenwirkt und damit integrativ wirkt?

Daß diese neue alte Aufgabe für die Zukunft neue Strategien und möglicherweise auch neue Strukturen nötig macht, kann nicht überraschen. Nicht anders verstehe ich die Protokollerklärung der Länder zum Rundfunkstaatsvertrag und zum ARD-Staatsvertrag. Wenn es dort heißt, daß die dritten

Programme der ARD-Landesrundfunkanstalten und die Verpflichtung zur Ausstrahlung des ARD-Gemeinschaftsprogramms sowie des ZDF-Hauptprogramms beibehalten werden, ist das eine gesicherte Plattform, von der aus weiterentwickelt werden kann.

Mit Blick auf Ihren Entschließungsantrag, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ist mir folgendes wichtig: Die gleichzeitige Ankündigung, daß eine Novellierung des ARD-Staatsvertrages im Hinblick auf Art und Umfang der Beteiligung der einzelnen Rundfunkanstalten bis spätestens Mitte 1999 in Aussicht genommen wird, darf nicht als Damoklesschwert für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mißbraucht werden. Gute Ergebnisse erzielt man nicht unter Existenzangst, und größere Einheiten sind nicht schon ein Wert an sich.

(Ruth Hieronymi [CDU]: Das Gegenteil auch nicht!)

Auch die weitere Protokollerklärung, die die Mittel-freigabe für die beiden öffentlich-rechtlichen Spartenkanäle an die Vorlage hinreichend konkreter Programmplanungen knüpft, darf keine Zwangsjacke sein. Leider war anders keine Einigung der Länder zu erzielen. Dennoch ist es - abgesehen von den verfassungsrechtlichen Problemen, die das birgt - schon verwunderlich, mit welcher Starrheit manche darauf bestanden, jegliche Finanzmittel für programmliche Investitionen und Innovationen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an fertige Konzepte zu binden. Hier muß ein Stück Entwicklungs-offenheit her, ohne daß ich dabei Angst um die Gebührengelder hätte.

Im Hinblick auf den Entschließungsantrag der CDU möchte ich betonen, daß dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Mittel bereitgestellt werden müssen, die er braucht, um seinen Funktionsauftrag umfassend zu erfüllen. Wer völlige Werbefreiheit fordert, muß sagen, wie er die dann fehlenden Mittel beschaffen will. Immerhin sind das für das ZDF 320 Millionen DM und für die ARD 290 Millionen DM. Einschränkungen der Erfüllung des Programmauftrags darf es jedenfalls nicht geben.

Ich bin dafür, daß die verfassungsrechtliche Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgeschöpft wird. Schon von jeher war das, was Rundfunk ausmacht und die Erfüllung seines Auftrages erfordert, dynamisch und zukunfts offen zu sehen. Das ist keine Eigenheit der Regelung des Rundfunks, sondern das ist allen verfassungsrechtlichen Bestimmungen inhärent.

(C) A) Sie hängen auch von ihrem realen Normenbereich ab. Ihre Bedeutung wandelt sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Das bedeutet für den Rundfunk zum Beispiel, daß neue Rezeptionsformen auch neue Darbietungsformen erfordern. Dafür hat das Bundesverfassungsgericht dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weitere Zukunftsoptionen zugestanden, die immer auch Zielgruppen- und Spartendifferenzierungen sowie Angebote mit individueller Zugriffs- und Abrufmöglichkeit erfassen und umfassen.

Mir scheint der Erschließungsantrag der CDU von einem sehr verkürzten Verständnis der Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auszugehen. Der gesetzliche Funktionsauftrag, den das Bundesverfassungsgericht immer wieder bestätigt hat, umfaßt bekanntlich mehr als die Aufgabe der Grundversorgung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die ganze Breite der Rundfunkversorgung der Bevölkerung auszuschöpfen und ganz allgemein die publizistische Konkurrenz in unserer Rundfunklandschaft auch bei neuen Entwicklungen im Programmbereich aufrechtzuerhalten.

(D) (B) In der Tat wäre es schon unter Vielfaltsgesichtspunkten ein großer Fehler, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk dieses Gebiet zu verschließen. Im Gegenteil: Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann auch in diesen Bereichen mit Beiträgen aufwarten, die von privaten Veranstaltern nicht angeboten werden und die eine sinnvolle Ergänzung zu seinem sonstigen Angebot darstellen. Die Devise "Vernetzen statt versparten" weist in diesem Zusammenhang in eine interessante Richtung.

Die Ergänzung der Markenartikel des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, des Ersten und der dritten Programme, des ZDF, aber auch von 3Sat und Arte, um Angebote in den neuen Medien mit aktuellen oder historischen Hintergrundberichten sowie Vertiefungen zum Hauptprogramm, die über einen Zusatzdienst in Anspruch genommen werden können, ist eine verlockende Perspektive. So wäre auch keine Aushöhlung der Vollprogramme zu befürchten.

Vielmehr könnte es einen bunten Strauß individuell nutzbarer Informationen von hoher Qualität geben. Gemeinsam mit den Ergänzungen der Vollprogramme durch Spartenangebote, wie sie mit Phoenix und dem Kinderkanal verwirklicht werden, wird auch in Zukunft der effektivste Bestandsschutz für

(Ministerpräsident Dr. Rau)

den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus der Qualität seiner Programme kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich habe hier noch eine Wortmeldung des Kollegen Hegemann vorliegen, der im Moment allerdings nicht im Saal ist. Offensichtlich hat er seine Wortmeldung zurückgezogen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir dann nicht mehr vor, so daß ich die Beratung schließen kann.

Über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 12/1479 - soll direkt abgestimmt werden. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag Drucksache 12/1479 der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die antragstellenden Fraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Koalitionsfraktionen angenommen.

Wir stimmen zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1513 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf:

5 Dritter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung
zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 12/1336

Beschlußempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 12/1446

zweite Lesung

(C)

(D)

(Appel (GRÜNE))

dem Fall ist der Ausdruck "Standort" wirklich unpassend. Herr Kirch kann die Bundesliga ja nicht in Indonesien verkaufen. Das klappt dann einfach nicht: Wenn Sie in der Politik nicht machen, was wir Unternehmer wollen, gehen wir eben. Sie können die Bundesliga nicht woanders verkaufen.

(Ruth Hieronymi (CDU): Die gehen nicht, andere kommen, Herr Appel!)

- Sie entstehen, meine liebe Frau Hieronymi. Es handelt sich mehr um eine ideologische Auseinandersetzung. Es gibt keinen Standort Deutschland. Es gibt verantwortliche Wirtschaftsleute und verantwortliche Politiker, die eine bestimmte Politik und Wirtschaftspolitik machen. Das bricht nicht über uns herein. Das wird gezielt getan. Dafür gibt es Verantwortliche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist keine Frage des Standorts, sondern eine Frage der durchgeführten Politik. Davon versuchen Sie mit solchen Vokabeln ein Stückchen abzulenken. Wir möchten, daß auch die Medien dazu beitragen, daß Ihnen solche Ablenkungsmanöver und solche verbalen Attacken der Gegenaufklärung nicht gelingen.

Deswegen stimmen wir heute dem Medienstaatsvertrag zu. Wir haben einen dynamischen Rundfunkbegriff, der übrigens Freiheit läßt, daß sich die Öffentlich-Rechtlichen entwickeln können. Aber wir wollen offensichtlich in eine andere Richtung, als Sie das wollen. Wir sind gar nicht so strukturkonservativ, sondern wir wollen Entwicklung. Wir wollen aber Entwicklung nicht in Ihre, sondern in eine andere Richtung. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Appel. - Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort. Bitte sehr!

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe vor drei Wochen schon gesagt, und die Debatte hat es noch einmal deutlich gemacht: Dieser Staatsvertrag kann nicht den Anspruch erheben, alle Probleme zu lösen, die sich gegenwärtig im Rundfunkbereich stellen. Dennoch bin ich sehr dankbar, daß mein Kollege und Freund Wolfgang Clement und der Chef der Staatskanzlei, Herr Frohn, diesen

Staatsvertrag so ausgearbeitet und mit den anderen Ländern beraten haben. (C)

Es bleibt jetzt noch eine Menge Arbeit zu tun. Wir wollen diese Arbeit gemeinsam mit den anderen Ländern entschlossen anpacken. Dazu brauchen wir keine wohlmeinenden Ratschläge. Deshalb würde ich ganz gern sagen, Frau Kollegin Hieronymi, daß mir in Ihrem Entschließungsantrag einiges durcheinandergeraten zu sein scheint:

Erstens. Es gibt kein Junktim, und es darf kein Junktim geben zwischen der beschlossenen Rundfunkgebührenerhöhung und der von den Ländern zu führenden Diskussion über eine künftige Struktur der ARD. Das wäre verfassungsrechtlich unzulässig, weil die Gebührenerhöhung dann als Büttel zur Durchsetzung politischer Ziele benutzt würde.

Es hülfe im übrigen auch wenig, wenn wir von Nordrhein-Westfalen aus in laute Kampfesrufe ausbrächen und dabei mit dem Finger auf andere zeigten. Die Protokollnotiz sagt ganz eindeutig, daß es Aufgabe der jeweiligen Länder und ihrer Landesrundfunkanstalten ist, in der beginnenden Gebührenperiode zu Lösungen zu kommen, über die wir uns dann gemeinsam im Kreis der Regierungschefs spätestens Mitte 1999 unterhalten wollen.

Zweitens. Mir ist, offen gesagt, die Forderung nach Einrichtung von Aufsichtsgremien für die beiden Spartenkanäle in Ihrem Antrag nicht recht verständlich. Natürlich gilt genau das, was für die ARD und für das ZDF ganz allgemein gilt: Die Verantwortung der Intendanten und der Aufsichtsgremien der einzelnen Landesrundfunkanstalten bleibt bestehen. Insofern sind die Intendanten der Sitzländer, die dortigen Rundfunkgremien und darüber hinaus die jeweiligen Zulieferanstalten nach Maßgabe der Grundsätze für die Zusammenarbeit im ARD-Gemeinschaftsprogramm in der Fassung vom 1. Dezember 1982 verantwortlich. Dieses Verfahren hat sich, wie Sie alle wissen, sehr bewährt. (D)

Drittens. Meine Damen und Herren, eine Novellierung des Landesrundfunkgesetzes steht heute überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Wir werden zu gegebener Zeit ausreichend Gelegenheit haben, uns über die nötigen Änderungen zu unterhalten. Ich jedenfalls bin sehr zufrieden damit, daß wir zu Regelungen gekommen sind, die verlässliche Rahmenbedingungen für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk bieten. Das war schwierig, das war langwierig genug. Ich verstehe auch - und ich bin dankbar für Ihr Verständnis -, daß wir Kompromisse machen mußten, und ich weiß, daß

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) solche Kompromisse schmerzen, mal den einen, mal den anderen.

Wenn nun erste Analysen in der Fachöffentlichkeit gerade zu den Vorschriften über die Sicherung der Meinungsvielfalt eher negative Erwartungen äußern, dann meine ich dennoch, man sollte dem Regelwerk eine faire Chance geben. Viel wird von der Arbeit der Kommission zur Ermittlung der Konzentration abhängen, vor allem davon, ob es ihr gelingt, die Vorschriften so auszulegen und eine Spruchpraxis zu entwickeln, die die jüngsten Konzentrationsentwicklungen auf den verschiedenen Sektoren des Rundfunkmarktes und den für ihn relevanten benachbarten Märkten einbezieht und deren Wechselwirkungen überzeugend wertet. Sie haben soeben darauf hingewiesen, was für eine schwierige Materie und Aufgabe das ist.

Die Ministerpräsidenten werden sich in Kürze über die Berufung der Mitglieder dieser Kommission einigen müssen. Das wird die erste Bewährungsprobe für die Praxis des Staatsvertrages. Es sollte uns gelingen, schon hier die Unabhängigkeit der Kommission zu dokumentieren.

Zu den ersten Entscheidungen, die nach dem neuen Staatsvertrag vollzogen werden müssen, gehören die Auswahlentscheidungen über die unabhängigen Dritten für die Programme, die einen Zuschaueranteil von 10 % überschreiten. Herr Kollege Grätz, Frau Kollegin Hieronymi und Herr Kollege Appel haben soeben davon gesprochen.

(B)

Auch hier ist viel Skepsis laut geworden, ob das im 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag geregelte Auswahlverfahren, das dem betroffenen Veranstalter ein Vorschlagsrecht einräumt, geeignet ist, die Sendezeit für unabhängige Dritte zu einem die Vielfalt belebenden Element zu machen.

Ich denke, auch und gerade die Veranstalter werden ein elementares Interesse daran haben, daß diese Regelung ein Erfolg wird und daß sie tatsächlich einen Beitrag zur Vielfalt im Programm des Hauptprogrammveranstalters, vor allem in den Bereichen Kultur, Bildung und Information, leistet. Alles andere würde sofort die Diskussion darüber eröffnen, wie der zwingende verfassungsrechtliche Auftrag, schon im Vorfeld einer Störung der Meinungsvielfalt die Entwicklung vorherrschender Meinungsmacht zu verhindern, anders erfüllt werden kann.

Von der CDU ist bei grundsätzlicher Billigung des Staatsvertrages im übrigen das Verhältnis dieser Regelung zu unseren nordrhein-westfälischen

Doppellizenzen auf den terrestrischen Frequenzen angesprochen worden. Wir haben dazu eine ausführliche rechtliche Stellungnahme vorgelegt. Danach ist, kurz gesagt, eine Anrechnung der Sendezeiten von DCTP und Kanal 4 in unseren landesweiten Programmen auf die staatsvertragliche Verpflichtung mangels entsprechender Regelung im Staatsvertrag nicht möglich.

Schon nach geltendem Recht kann die Landesanstalt für Rundfunk aber bei der Neuvergabe oder bei einer Verlängerung nordrhein-westfälischer Lizenzen durchaus derartige staatsvertragliche Verpflichtungen bei der Antwort auf die Frage berücksichtigen, inwieweit Interessenten aus dem kulturellen Bereich angemessen beteiligt worden sind.

Unsere Vorschrift im Landesrecht, die eine solche Beteiligung fordert, ist nämlich wie die entsprechende staatsvertragliche Vorschrift offen formuliert. Die Art und Weise der Beteiligung kann verschieden aussehen. Fensterprogramme von Interessenten mit kulturellen Programmbeiträgen auszustrahlen, ist nur eine Möglichkeit ihrer Beteiligung.

Meine Damen und Herren, ich habe es am Anfang gesagt und will es am Schluß wiederholen: Als Kompromiß der Verhandlungen zwischen den Ländern gibt der 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag natürlich nicht auf jede Frage eine erschöpfende Antwort. Erfolg oder Mißerfolg hängt auch davon ab, ob die staatsvertraglichen Bestimmungen entschlossen angewandt und mit Leben erfüllt werden. Vieles kann der Gesetzgeber regeln, aber eine positive und engagierte Rechtsanwendung kann er nicht regeln.

Deshalb würden wir nach meiner Überzeugung ein gutes Zeichen setzen, wenn der Landtag den 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrag mit überzeugender Mehrheit annimmt. Ich fände es schön, wenn auch die CDU meinem Rundfunkstaatsvertrag und einer Gebührenerhöhung zustimmen würde. Das habe ich in den letzten 38 Jahren nämlich noch nicht erlebt, und daher fände ich es schön, wenn wir diesen Rundfunkstaatsvertrag gemeinsam beschließen würden, wie es viele andere Länder tun. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Ich schließe die Beratungen, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

(C)

(A) schnellsten wirksame Ergebnisse erzielt werden können. Um so bedauerlicher ist es, wenn Unternehmensleitungen sich gegen solche Herangehensweisen sperren und glauben, das Kooperationsprinzip eröffne die Möglichkeit, das Problem auszusetzen, auf Zeit zu spielen oder die Behörden hinzuhalten. In all diesen Fällen müssen dann ordnungsrechtliche Maßnahmen greifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und die Ergebnisse geben der Ministerin recht.

(Ruth Hieronymi und Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was?)

Sie hat das Ziel erreicht, durch deutliche Emissionsminderungen Gesundheit und Umwelt zu schützen und dadurch Industriestandorte für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Darüber können Sie hier nicht hinwegtäuschen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zahlreiche Zurufe von der CDU)

Sie haben es hier doch gerade selber angesprochen, auch wenn Sie jetzt die Vereinbarung als windelweich bezeichnen müssen.

(D)

(B) Gerade erst in dieser Woche hat die Umweltministerin auch mit der Firma M.I.M., die die höchsten Werte emittiert und sich jahrelang den behördlichen Aufforderungen nach Umrüstung ihres Betriebes auf den Stand der Technik verweigert und diese auch gerichtlich angefochten hat, eine vertragliche Vereinbarung geschlossen. M.I.M. hat sich auf den Einbau eines Filters verpflichtet, der den Wert von 0,1 ng/cbm Dioxinmission erreichen wird.

Ich will hier nicht den Streit über Techniken lösen; dies hier ist keine Fachdiskussion.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aber ich will deutlich sagen, daß die Aktivkohlefiltertechnik, die Sie einmal als hinterwäldlerisch, dann wiederum als "zu früh" bezeichnen - je nachdem, wie es Ihnen in den Kram paßt -, schon von Umweltminister Matthiesen betrieben und als ein im Hinblick auf Industrieanlagen richtiger Weg benannt worden ist.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Kollegin Nacken, würden Sie eine Frage von Herrn Laurenz Meyer zulassen?

(Nacken [GRÜNE])

Gisela Nacken (GRÜNE): Natürlich!

(C)

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Herr Meyer!

Laurenz Meyer (CDU): Frau Nacken, nach dem, was Sie gerade ausgeführt haben: Was sagen Sie denn zu der Tatsache, daß durch die Maßnahmen der Ministerin die Bevölkerung in Duisburg jetzt ein Jahr länger der hohen Dioxinbelastung ausgesetzt wird und die neue Anlage, die Ende nächsten Jahres in Betrieb geht, über hundert Jahre funktionieren müßte, um das, was in dem einen Jahr zusätzlich auf Duisburg runtergeht, wieder auszugleichen?

(Beifall bei der CDU)

Gisela Nacken (GRÜNE): Diese Rechnung, Herr Laurenz Meyer, geht nicht auf. Sie ist eine Milchbubirechnung.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Die Ministerin wird Ihnen gleich sehr deutlich machen, daß Sie sich hier verrechnet haben.

(D)

Für uns gilt: Umweltministerin Höhn und die Landesregierung haben unsere volle Unterstützung auf diesem Weg, den sie gehen.

(Unruhe)

Er trägt auch bei zu einer Umstrukturierung des Ruhrgebietes und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in dieser Gegend. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Nacken. - Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Antrag der CDU vorgelegt wurde, wußten wir, daß dies

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) eine Stunde der Polemik sein wird; sie ist es geworden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Seit langem, Herr Dr. Linssen, machen Sie deutlich, daß Sie in der Fokussierung von Angriffen ein mögliches Mittel sehen, diese Landesregierung zu verunsichern. Sie machen das immer mit gleichen Methoden,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Klare Fakten, Herr Ministerpräsident!)

und das, Herr Kollege Linssen, was Sie seit vielen, vielen Jahren mit dem gleichen Bild über den Regierungschef sagen, wird Ihnen nicht helfen, denn Sie werden mit solchen Mißtrauensanträgen diese Koalition nicht auseinanderbringen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Herbert Reul [CDU]: Die Hälfte ist gar nicht mehr da!)

Frau Kollegin Höhn hat bereits am 4. Juli in der Sitzung des Umweltausschusses detailliert dargelegt, was gegen die Dioxinmissionen in Duisburg seit 1992 und seit ihrem Amtsantritt geschehen ist. Deshalb können Sie ihr nicht vorwerfen, daß Messungen durchgeführt, daß Ordnungsmaßnahmen gegen die Verursacher eingeleitet, daß Verhandlungen über Abhilfemaßnahmen mit den ermittelten Firmen geführt und zum Abschluß gebracht wurden.

(B)

(Zuruf von der CDU: Zur Sache!)

Das ist ein Erfolg, und Frau Kollegin Höhn hat im einzelnen dargelegt, daß alles - die beiden Sprecher haben es eben bekräftigt - zügig unternommen worden ist, was getan werden konnte und zum Schutze der Bevölkerung erforderlich war.

Das Motiv für Ihren Antrag ist auch nach meiner Meinung nicht die Sorge um das Wohl der Menschen in Duisburg, das ich bei Frau Kollegin Höhn und bei der gesamten Landesregierung in guten Händen weiß.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wollen Sie das einmal begründen? Das ist ja böseartig!)

Ihnen geht es hier darum, eine alte Debatte noch einmal aufzuwärmen. Sie nehmen dabei auch keine Rücksicht auf die besonders schwierige Lage der Stadt Duisburg, die wahrlich keinen Bedarf an solch unnötigen Debatten hat.

(Beifall bei der SPD - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Pfui! - Herbert Reul [CDU]: Halten Sie das für ehrlich und fair?)

Ihnen geht es um taktische Spielerei. Diese wird der objektiven Schwierigkeit der Duisburger Situation und der Notwendigkeit verantwortungsvollen Umgangs mit den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Dies erscheint mir für eine Opposition als zu wenig.

Im übrigen bin ich schon sehr erstaunt darüber, daß Sie Frau Kollegin Höhn wegen ihrer angeblichen Untätigkeit und unzureichenden Informationspolitik kritisieren, nachdem Sie ihr doch bisher immer vorgeworfen haben, sie trage durch ihr engagiertes Verhalten und durch ihre offensive Informationspolitik nur zur Verunsicherung der Bevölkerung bei.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Widerspruch kennzeichnet Ihre gesamte Politik in dieser Frage. Niemand wird im Ernst erwarten, daß wir Ihrem Antrag zustimmen. Wir weisen ihn zurück.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Herbert Reul [CDU]: War das wirklich alles? - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das war der Pflichtverteidiger! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Anhaltende lebhaftes Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

- So, jetzt ist es aber gut.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Wort hat der Abgeordnete Pflug für die SPD-Fraktion. Bitte schön!

(Oliver Wittke [CDU]: Da wird alles aufgeboten, was Rang und Namen hat! - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Johannes Pflug (SPD): Ich hoffe, Sie hören auch zu, Herr Linssen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern endete in meiner Heimatstadt Duisburg ein drei

(C)

(A) Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident, Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht lange aufhalten und nur wenige Bemerkungen machen.

Ich finde es schön, Herr Kollege Appel, daß Sie die Mehrlinge entdeckt haben, für die wir Geld zahlen. Wir haben das nie offiziell bekanntgemacht, sondern es immer in den Haushalt eingestellt.

(Zuruf)

- "Mehrlinge" heißt mehr als Zwillinge. Ich weiß, daß viele solche Eltern in große Not geraten, denn eine solche Kinderzahl wirft viel mehr Probleme auf als drei Einzelkinder, und deren Probleme kenne ich wiederum. Ich bin deshalb froh darüber, daß wir hier helfen können.

Ich glaube auch, daß es falsch wäre, bei den Jubiläumsgeldern zu kürzen. Es gibt immer wieder die Gefahr, das zu tun. Selbst wenn es jemand nicht unbedingt nötig hat - er freut sich, wenn zum 100. Geburtstag oder zu anderen Anlässen ein Gruß der Landesregierung und des Bundespräsidenten kommt. Ich möchte diese Praxis gern beibehalten.

Ich teile Ihre Auffassung zu Fragen der Menschenrechte und habe mich dazu immer geäußert. Auch was die Absage des Besuchs einer Parlamentarierdelegation angeht, habe ich an meiner Haltung nie Zweifel gelassen. Ich hoffe, daß die türkische Seite zu einer vernünftigen Handhabung solcher Bitten kommt. Ich will darüber mit Botschafter und Generalkonsuln noch einmal sprechen.

Ich möchte einen Punkt aufgreifen von dem, was Herr Kollege Grätz gesagt hat.

Es wäre in der Tat schrecklich für den deutschen Föderalismus, wenn Ministerpräsidenten in jahrelanger Arbeit und dann mit dem Willen zum Kompromiß einen Staatsvertrag ausarbeiteten, fünfzehn Parlamente ihm zustimmten und das sechzehnte sagte nein, und zwar nicht aus Gründen, die in diesem Staatsvertrag liegen, sondern aus Gründen, die in der atmosphärischen, klimatischen, politischen Struktur dieses Landes liegen. Das ist die Gefahr bei Sachsen-Anhalt. Der Wider-

stand kam wohl, wenn ich es richtig gehört und gelesen habe, von zwei Seiten. Mein Eindruck ist, daß diese Gefahr gebannt ist. Die Auskünfte, die ich soeben aus Sachsen-Anhalt bekommen habe, lassen die Vermutung wachsen, daß Sachsen-Anhalt morgen dem Rundfunkstaatsvertrag zustimmt, so daß nach der parlamentarischen Entscheidung in Sachsen-Anhalt der Weg frei ist zur Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen System. Ich halte das für einen Erfolg des Föderalismus - wenn es denn gelingt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte allen danken, die dazu beigetragen haben, auch denen, die zur Einsicht kommen oder zur Einsicht gekommen sind in Sachsen-Anhalt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Meine Informationen sind wenige Minuten alt. Ich hoffe, daß sie auf einer richtigen Beurteilung beruhen. Ich fände es gut, wenn wir dieses Kapitel positiv abschließen könnten.

Ich danke Ihnen, daß heute prozentual - angesichts der gegenwärtigen Präsenz - ganz besonders große Zustimmung zu meinem Einzelhaushalt kommen wird. Ich finde, ich kann es auch brauchen. - Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/1602. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Klaus Matthiesen [SPD]: Frau Hieronymi, Arm hoch! - Gegenruf der Ruth Hieronymi [CDU]: Herr Matthiesen, Sie waren doch im Hauptausschuß dabei! Ich stimme genauso ab wie im Ausschuß, Herr Vorsitzender!)

Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen?

(Klaus Matthiesen [SPD]: Da war eine Enthaltung!)

- War das eine Enthaltung? - Nein. Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

(C)

(D)

A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Kollegin Nacken. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verabschiedung eines Landeshaushalts, der Beschluß über den Fahrplan für ein ganzes Jahr, ist eine außerordentlich wichtige Debatte. Ich habe dieser Debatte mit großem Interesse zugehört.

Bitte erlauben Sie mir dennoch eine persönliche Bemerkung. Um 15 Uhr treffen sich die Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler, und die zeitliche Dimension dieser Aussprache war nicht vorherzusehen.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Grüßen Sie den Bundeskanzler!)

- Das will ich gerne tun.

(Laurenz Meyer [CDU]: Das ist immer ein lohnenswerter Termin!)

- Da bin ich nie ganz sicher. Manchmal stehen Länder gegen den Bund, manchmal einigt man sich, manchmal gelingt das nicht. Aber es ist jedenfalls gut, wenn man dabei ist wenn solche Gespräche geführt werden.

B)

Ich bitte um Nachsicht. Es ist schon zwanzig nach eins, und ich würde gerne auch von dem Recht Gebrauch machen, etwas zum Landeshaushalt und zur Rede des Oppositionsführers zu sagen. Ich weiß nur nicht, ob ich an allen Runden, die möglicherweise noch folgen, noch teilnehmen kann. Ich habe das dem Landtagspräsidenten und damit dem Parlament vorher mitgeteilt.

Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Haushalt werbe für diesen Haushalt, werbe für diese Koalition und diese Landesregierung und werbe für unser Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Rede, die Sie, Herr Kollege Linssen, hier gehalten haben, war ja wohl die in der vergangenen Woche angekündigte Abrechnung. Nun gestehe ich: Nicht alle Zitate haben mich gefreut, die Sie genüsslich vorgetragen haben; manches hat mich geärgert. Aber "Abrechnung" kommt von "abrechnen", und "abrechnen" kommt von "rechnen". Wer richtig rechnen will, bei dem müssen

die Zahlen stimmen. Genau daran hapert es nicht nur in Ihrer heutigen Rede gewaltig. Ich will nachher an einigen ganz konkreten Beispielen darauf zurückkommen, zunächst aber zu einigen anderen Punkten Stellung nehmen. (C)

Sie haben von einer Polis-Umfrage aus der Staatskanzlei gesprochen, die auch Herr Kollegen Matthiesen zitiert hat. Ich muß Sie enttäuschen: Die gibt es nicht. Richtig ist, daß der SPD-Landesverband eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat - keine Umfrage, sondern eine nicht repräsentative Untersuchung.

Da haben in kleinen Gesprächsgruppen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus unterschiedlichen Kreisen der Gesellschaft die Forscher über Stärken und Schwächen unseres Landes gesprochen, über Erfolge und Mißerfolge. Was hätte die SPD davon gehabt, wenn ihr die Forscher eine tolle Welt gezeigt hätten? Von schlechten Zensuren für den Wirtschaftsstandort NRW kann aber nun wirklich keine Rede sein.

Sie haben meinen Hinweis kritisiert, daß sich die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen seit Ende der 80er Jahre nicht so schlecht entwickelt hätte wie im Durchschnitt der westlichen Länder. Ich frage Sie: Was stört Sie daran, daß wir uns im Ländervergleich verbessern? (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage das doch nicht, um die Probleme zu verharmlosen. Ich teile die Sorge, die Klaus Matthiesen hier ausgesprochen hat. Wenn wir es nicht zustande bringen, Menschen Berufsperspektiven zu geben, dann werden nicht nur wir abgewählt, dann wird das parlamentarische System auf dem Prüfstand stehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will nicht verharmlosen, wahrlich nicht. Aber ich will nicht und ich will nicht zulassen, daß gegen alle Wirklichkeit so getan wird, als gebe es in Nordrhein-Westfalen eine Sonderentwicklung zum Schlechten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum noch einmal: Ich freue mich darüber, daß der Anteil Nordrhein Westfalens an den Arbeitslosen im Westen der Bundesrepublik von 34 % Ende der 80er Jahre auf inzwischen 29,8 % im November dieses Jahres zurückgegangen ist.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Sie haben, Herr Kollege Linssen, die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung kritisiert. Das ist schwer verständlich.

(Laurenz Meyer [CDU]: Es werden immer weniger Wohnungen gebaut!)

Sie müßten die Zahlen doch auch kennen. Bis Ende Juli wurden in Nordrhein Westfalen über 50 000 Neubauwohnungen genehmigt. Das sind 0,8 % mehr als im Vorjahr.

(Zurufe von der CDU)

Bundesweit gingen die Genehmigungen um 14,5 % zurück.

(Hört, hört! bei der SPD)

Der Wohnungsbau hat sich in Nordrhein-Westfalen besser entwickelt als in anderen Ländern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Übrigens führen die Bausparkassen diesen Erfolg ganz wesentlich auf die neue Eigenheimzulage zurück. Früher stieg die staatliche Wohnungsbauförderung mit dem Einkommen; heute ist sie vom Einkommen unabhängig. Das gibt vielen Familien erst die Möglichkeit zu bauen.

(B) Diese einkommensunabhängige Förderung haben CDU/CSU und F.D.P. über zehn Jahre lang in Bonn blockiert. Die Landesregierung hat schon in den 80er Jahren im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Erst vor zwei Jahren konnten wir der Bundesregierung - Sie haben eben den Zuruf "Töpler" gemacht - diese neue Wohnungsbauförderung abringen.

Das zeigt: Die Bundesregierung war über zehn Jahre lang ein Investitionshindernis für den Wohnungsbau, vor allem für Familien mit mittlerem Einkommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Sie haben sich in den breiten bundespolitischen Passagen Ihrer Rede auch zur Steuerpolitik geäußert. Niedrigere Steuersätze bei breiterer Bemessungsgrundlage - da gibt es keinen Unterschied. Aber die praktische Steuerpolitik der Bundesregierung hat weiter soziale Schlagseite und fördert weder Investitionen noch Beschäftigung.

Das jüngste Beispiel ist die Abschaffung der privaten Vermögensteuer. Meine Damen und Herren, damit entlasten Sie in Nordrhein-Westfalen

etwa 38 000 Vermögensteuerzahler. Gleichzeitig müssen aber vom nächsten Jahr an alle, die ein Haus oder eine Eigentumswohnung kaufen, 1,5 % mehr Grunderwerbsteuer zahlen. 1995 waren das 282 000 Käuferinnen und Käufer. Das ist Ihre praktische Steuerpolitik: Damit 38 000 Frauen und Männer mit großem Vermögen entlastet werden, zahlen Hunderttausende mehr. Anders wäre der Ausgleich für Länder und Gemeinden nicht zustande gekommen. Mir bleibt ungreiflich, daß die Bundesregierung und die CDU nicht bereit waren, die private Vermögensteuer verfassungsgemäß neu zu gestalten. Es ging nur um die Sätze.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben beklagt, daß es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Selbständige gibt. Das stimmt. Sie wissen, daß die Landesregierung viel dafür tut, daß sich das ändert. Es stimmt aber auch, daß sich in dieser Frage schon in den vergangenen Jahren einiges verändert hat. Die Selbständigenquote ist in Nordrhein-Westfalen zwischen 1980 und 1994 um einen Prozentpunkt gestiegen: von 7,8 auf 8,8 %.

Sie haben kritisiert, daß es in der Bundesrepublik Deutschland und auch bei uns noch zu wenige Teilzeitarbeitsplätze gibt. Auch diesen Hinweis hatte ich für berechtigt. Aber auch hier sollte man nicht so tun, als gäbe es keine Veränderungen. 1995 lag die Teilzeitquote in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft bei 11,4 %. Sie ist im Vergleich zu 1980 damit um etwa 60 % gestiegen.

Deutlich anders, und zwar besser, sieht die Situation im öffentlichen Dienst aus. 22,3 % der Beschäftigten im Landesdienst arbeiten Teilzeit. Die Teilzeitquote ist von 1980 bis 1995 fast um die Hälfte gestiegen.

Übrigens, Herr Kollege Linssen: Es ist doch der Bundesinnenminister, der die Einstellungsteilzeit für Beamte blockiert. Die Länder wollen diese Möglichkeit schaffen. Vielleicht sprechen Sie einmal mit dem Bundesinnenminister.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: In Nordrhein-Westfalen sind unternehmerische Unternehmer willkommen. Sie finden hier günstige Voraussetzungen für Investitionen, auch im Bereich der Biotechnik und der Gentechnik. Das Wissenschaftszentrum hat am 9. Dezember eine Veranstaltung zum Thema "Bio- und Gentechnologie" mit 400 Teilnehmern

(C)

(A) aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gemacht. Sie hat außerordentlich große und gute Resonanz gefunden. Dabei hat Professor Dr. Stadler mehrfach die ausgezeichneten Standortbedingungen in Nordrhein Westfalen betont.

(Laurenz Meyer [CDU]: Ist das jetzt Ihre persönliche Meinung oder die der gesamten Landesregierung?)

- Das ist meine Meinung und die von Professor Stadler, den ich eben zitiert habe, den ich aber nicht ---

(Laurenz Meyer [CDU]: Können Sie auch für die gesamte Landesregierung sprechen? - Zurufe von der SPD)

Die Sorge, ob ich für die gesamte Landesregierung spreche, brauchen Sie sich nicht zu machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir brauchen keine Diskussionen mit Schlagworten. Wir brauchen Diskussionen darüber, was wir wollen, was ethisch verantwortbar und was ethisch geboten ist. Auch diese Diskussionen will ich. Ich will nicht, daß nur Christdemokraten und Sozialdemokraten und GRÜNE auf katholischen oder evangelischen Akademietagungen über die ethische Dimension der Wirtschaft sprechen, sondern daß wir das auch hier tun. Das will ich auch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will Ihnen, Herr Dr. Linssen, nicht vorwerfen, daß Sie sich wiederholen. Das ist in der Politik in vielen Fällen sogar nötig. Ernst Bloch hat einmal gesagt: "Ich wiederhole mich so oft, bis man mich versteht." - Da müssen Sie noch lange reden ...

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf Dauer sind nämlich vernünftige Argumente durch nichts zu ersetzen. Und wer sich nicht an die Tatsachen hält, der gewinnt bei den Menschen kein Vertrauen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Genau das ist das Problem der Opposition, und das seit 30 Jahren. Sie haben große Schwierigkeiten, die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen so wahrzunehmen, wie sie ist. Natürlich ist nicht alles falsch gewesen, was Sie gesagt haben. Aber die Schwäche Ihrer Argumentation zeigt

(Ministerpräsident Dr. Rau)

sich darin, daß ein falsches Bild von Nordrhein-Westfalen entsteht. Darum will ich falsche Behauptungen richtigstellen, damit sich keine falschen Eindrücke festsetzen. Im Sommer haben Sie vom "Ritt in den Staatsbankrott" gesprochen. Damit haben Sie nicht den Bundeshaushalt gemeint, sondern den Landeshaushalt.

Im gleichen Atemzug haben Sie der Landesregierung vorgeworfen, im Haushaltsentwurf sei eine Reserve, da sei ein Reptilienfonds versteckt. Das haben Sie heute nicht wiederholt. Das ist ein Fortschritt. Noch besser wäre es gewesen, wenn Sie es nie behauptet hätten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was?)

Denn das war von Anfang an ohne Wirklichkeitsgehalt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Können Sie das einmal belegen?)

Das kann ich Ihnen gern belegen.

Sie fallen von einem Extrem ins andere, von einer Luftbuchung zur anderen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Sommer beschwor die Opposition eine Reserve, die es nicht gab. Jetzt erfinden Sie eine Lücke, die es nicht gibt. Ich kann heute feststellen: Was Sie dem Finanzminister und der Landesregierung vorwerfen, hält keiner Überprüfung stand.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Doch!)

Der Haushaltsentwurf ist keineswegs Makulatur, und es gibt überhaupt keinen Grund, heute über einen anderen Haushaltsentwurf zu diskutieren.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Das Problem ist nicht der Haushaltsentwurf. Das Problem ist die Opposition und ihre Strategie.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie bezeichnen den Haushaltsentwurf als nicht beratungsfähig. In Wirklichkeit sind Sie selber nicht beratungsfähig.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Sie werfen dem Finanzminister vor, er habe die Steuereinnahmen für 1997 erheblich zu hoch angesetzt. Die Erfahrung lehrt, daß Heinz Schlußer seriös und auf solider Basis arbeitet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) 1995 hatten wir bei den Steuereinnahmen eine Punktlandung. Die tatsächlichen Steuereinnahmen lagen um 51 Millionen DM über dem Haushaltsansatz. Das ist eine Abweichung von weniger als 0,1 %.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Und 1996?)

Der Bundesfinanzminister hatte die Steuereinnahmen des Bundes 1995 um fast 17 Milliarden DM zu hoch eingeschätzt. Nach der Steuerschätzung im Mai dieses Jahres haben alle Finanzminister im Bund und in den Ländern die Steuereinnahmen nach unten korrigieren müssen. Der Bund und alle Länder waren gezwungen, in den laufenden Haushalten zu kürzen und zu streichen. Darum hat unser Finanzminister am 24. Mai mit einer Haushaltssperre reagiert.

Der Unterschied zwischen der Finanzpolitik des Landes und der des Bundes zeigt sich auch bei der Entwicklung der Neuverschuldung. 59,9 Milliarden DM Neuverschuldung stellen im Haushaltsplan des Bundes für das Jahr 1996. Schon heute ist klar, daß es am Ende dieses Jahres weit über 70 Milliarden DM sein werden, vielleicht sogar 80 Milliarden DM. Das kommt davon, daß in Bonn nicht seriös gerechnet und nicht solide gewirtschaftet wird.

- (B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für uns in Nordrhein-Westfalen wäre eine solche Erhöhung der Neuverschuldung gegenüber den Haushaltsansätzen um ein Viertel oder gar um ein Drittel außerhalb jeder Vorstellungskraft. Und darum sage ich Ihnen, Herr Dr. Linssen: Sie haben Ihre Vorwürfe im falschen Parlament erhoben und ihren Antrag im falschen Parlament gestellt. Sie verwechseln die Haushaltspolitik des Bundes mit der unseres Landes. Das sollten Sie nicht tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin froh darüber, daß wir in Nordrhein-Westfalen einen soliden und strengen Finanzminister haben, übrigens einen Finanzminister, der über alle Parteigrenzen hinweg in der ganzen Bundesrepublik Deutschland anerkannt ist. Wir überlassen den "Herrn der Löcher" gern dem Bund.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie kritisieren die notwendige Neuverschuldung. Auch mir wäre es viel lieber, wenn wir mit weniger Krediten auskämen. Aber gute Wünsche helfen nicht. Wir müssen uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Und diese Wirklichkeit ist anders, als auch ich sie mir wünsche.

Im Vergleich zur Finanzplanung hat sich die Haushaltssituation für das Jahr 1997 um 3,3 Milliarden DM verschlechtert: geringere Steuereinnahmen auf der einen und zwangsläufige Mehrausgaben auf der anderen Seite. Über die Hälfte dieser verschlechterten Situation haben wir durch Kürzungen und Einsparungen aufgefangen. Die andere Hälfte müssen wir durch zusätzlichen Kredit finanzieren. Das ist, meine Damen und Herren, konjunkturpolitisch und arbeitsmarktpolitisch richtig und vernünftig.

Daß die Landesregierung verantwortungsbewußt mit den Steuergeldern umgeht, zeigt ein Rückblick auf die Jahre seit 1990. Wir haben in jedem Jahr seit 1990 weniger neue Kredite aufgenommen, als im Haushaltsplanentwurf vorgesehen waren. Zusätzliche Steuereinnahmen haben wir nicht verwendet für zusätzliche Ausgaben, sondern dafür, die Kreditaufnahme zu verringern.

Von 1990 bis 1995 betragen die Steuereinnahmen gegenüber dem Soll 4,5 Milliarden DM; weniger Kreditaufnahme gegenüber dem Soll: 5,5 Milliarden DM. Das heißt: Alle zusätzlichen Steuereinnahmen sind zur Verringerung der Neuverschuldung verwendet worden. Darüber hinaus haben wir noch 1 Milliarde DM eingespart.

Sie tun so, als ob Nordrhein-Westfalen stärker verschuldet sei als alle anderen Länder. Das stimmt nicht: Nordrhein-Westfalen liegt mit seiner Verschuldung je Einwohner im Vergleich der westlichen Flächenländer auf dem vierten Platz. Nur drei Länder stehen besser da als wir: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Damit bin ich noch nicht zufrieden; aber diese Zahl zeigt: Von einer negativen Sonderentwicklung Nordrhein-Westfalens kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Wir haben uns seit 1990 um zwei Plätze verbessert. Damals lagen wir auf Platz sechs.

Ich erwarte ja nicht, daß diese Zahlen von der CDU Fraktion ständig verbreitet werden. Das wäre gewiß zuviel verlangt. Aber ich muß doch erwarten, daß Sie die Wirklichkeit nicht immer wieder auf den Kopf zu stellen versuchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie beklagen den Rückgang der Investitionsquote. Es stimmt: Der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stark zurückgegangen. Das gilt für alle Länder. Übrigens: Wenn Sie schon Vergleiche ziehen und uns vorwerfen, bei uns sei die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie in Baden-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (C) 1) Württemberg, warum sagen Sie dann bei der Kritik an der Investitionsquote nicht auch, unsere sei so hoch wie die in Baden-Württemberg? Wir haben die gleiche Investitionsquote wie Baden-Württemberg. Ich rate auch ab - da darf ich Frau Kollegin Nacken mit ihren Bemerkungen aufgreifen von pauschalen Urteilen über die Bedeutung von Investitionen und Ausgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Investitionen in die Köpfe und die Qualifikation der Menschen zählen zu den wichtigsten Investitionen für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist inzwischen über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten. Diese Investitionen in die Köpfe, in Bildung, Ausbildung, in Hochschulen, Forschung und Technologie sind in der Systematik des Landeshaushalts ganz überwiegend keine Investitionen, sondern konsumtive Ausgaben. Das wissen Sie doch auch.

Warum behaupten Sie trotzdem, wir hätten den Gegenwartsverbrauch befriedigt, seien aber den Ansprüchen an die Zukunft nicht gerecht geworden? Was meinen Sie denn damit?

- (E) 3) Ich habe von den Hochschulen, den Schulen, von Forschung und Technologie gesprochen. Dies sind Beispiele, die zeigen, wie weit weg von der Wirklichkeit Ihre Argumentation ist.

Ich will Ihnen aber noch ein anderes Beispiel nennen: Kein Land in der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren mehr für die Förderung von Kindertagesstätten ausgegeben als Nordrhein-Westfalen. Von 1990 bis 1996 waren es über 7 Milliarden DM. Jetzt ist die Investitionsaufgabe zum Glück zum größten Teil erledigt. Bis spätestens Ende 1998 werden wir die Mittel bereitgestellt haben, die nötig sind, damit der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in unserem Land überall erfüllt werden kann. Darum können die Investitionsmittel für Kindertagesstätten im kommenden Jahr von 283 Millionen DM auf 226,5 Millionen DM zurückgehen.

Die Betriebskostenzuschüsse des Landes dagegen steigen um 165 Millionen DM auf insgesamt 1,6 Milliarden DM. Diese Verschiebung zwischen Investitionen und laufenden Kosten trägt natürlich dazu bei, daß die Investitionsquote im Landeshaushalt sinkt.

(C) Angesichts dessen frage ich Sie, Herr Kollegen Linssen: Ist das Gegenwartsverbrauch? - Ich antworte Ihnen: Nein, das ist Zukunftsvorsorge. Das ist Politik für Kinder. Das ist Politik für Mütter und Väter. Das ist Politik für eine gute Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber die Opposition kritisiert ja nicht nur ein Zuwenig an Investitionen, sondern sie fordert darüber hinaus dringend mehr Stellen, und zwar im Finanz-, Justiz- und Schulbereich, um nur drei Beispiele zu nennen. Mehr Investitionen und mehr Personal aber sind schwer miteinander zu vereinbaren. Das sehen Sie doch auch.

Also haben Sie als Ausweg, daß die zusätzlichen Stellen aus der allgemeinen Verwaltung kommen sollen. Auch bei diesem Thema bitte ich Sie darum, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen. In der Finanzverwaltung, in der Justizverwaltung, in den Schulen, den Hochschulen und bei der Polizei gibt es insgesamt 311 000 Stellen. Das sind 90 % des gesamten Stellenbestandes. Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es bei uns jedoch keine Kürzungen im Schulbereich, auch nicht bei Lehre und Forschung. Alle Lehrerinnen und Lehrer, die aus dem Schuldienst ausscheiden, werden ersetzt.

(D) In der Finanzverwaltung und in der Justizverwaltung steigern wir die Effektivität durch neue Organisationsformen und den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken. Insgesamt kommen wir in Zukunft mit weniger Stellen aus. Aber wir setzen auch dabei Schwerpunkte. Darum gibt es mehr Personal als bisher vorgesehen für die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung.

Wir sind in allen Bereichen dabei, die Leistungsfähigkeit zu erhöhen und die Zahl der Stellen zu verringern. Das geht nicht von heute auf morgen, und wir entlassen auch niemanden. Aber ich gebe allen recht, die auf mehr Tempo drängen.

Wer der Einbringungsrede des Finanzministers zugehört hat, der weiß, daß wir zusätzliche Maßnahmen vorbereiten, damit kw Stellen schneller verwirklicht werden können. Auch alle Ministerien werden überprüft, und dort werden Stellen abgebaut. Warum sagen Sie es nicht einmal: Nordrhein-Westfalen hat schon seit langem die niedrigste Bürokratiequote aller Länder, und wir werden diesen Vorsprung noch weiter ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Wir haben die niedrigsten Personalausgaben pro Einwohner. Wir haben die niedrigsten Kosten für die politische Führung. Und der Ländervergleich zeigt auch, daß schon heute von einer Aufblähung in den Ministerien keine Rede sein kann. In Nordrhein-Westfalen entfallen, Herr Kollege Linssen, 1,3 % aller Stellen im Landesdienst auf die Ministerien. Die Bayerische Staatsregierung beansprucht 1,6 %.

Daß die Opposition weit neben der Sache liegt, zeigt sich auch an ihrem Vorwurf, daß unter der Ägide von Finanzminister Schleißer 10 000 neue Stellen geschaffen worden seien. Die Zahl ist richtig, aber sie ist ein Beispiel dafür, wie man sogar mit richtigen Zahlen die Wirklichkeit verzerren kann. Denn Sie, Herr Kollege Linssen, wollten ja den Eindruck erwecken, wir hätten die Bürokratie um 10 000 Stellen aufgebläht. Darum möchte ich Ihnen noch einmal sagen, warum und wo diese Stellen entstanden sind.

Ich kann mich noch gut an das Jahr 1988 erinnern. Damals hatten wir einen sehr moderaten Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Zugunsten einer kürzeren Arbeitszeit wurden geringe Lohnsteigerungen verabredet. Das hatte 1989 und 1990 zur Folge, daß 1 570 zusätzliche Stellen geschaffen werden mußten und daß über 1 000 kw-Vermerke gestrichen wurden.

(B) Ich sage Ihnen auch noch, wo seit 1988 neue Stellen geschaffen worden sind: über 2 000 Stellen mehr für den Unterricht an unseren Schulen; fast 6 000 Stellen mehr an den Hochschulen einschließlich der Medizinischen Einrichtungen; fast 3 000 Stellen bei der Polizei. Das sind doch genau die Bereiche, in denen Sie Jahr für Jahr mehr Personal gefordert haben - übrigens auch in diesem Jahr.

(Beifall bei der SPD)

So kommt viel Ungereimtes zustande, wenn man an der Oberfläche bleibt, wenn man nicht nach der Wirklichkeit hinter den Zahlen fragt.

Nein, meine Damen und Herren, dieser Haushalt gibt die richtigen und die notwendigen Antworten auf die Probleme und Aufgaben in unserem Land. Er wahrt die Chance, daß wir unser selbstgesetztes Konsolidierungsziel erreichen.

Während die Bundesregierung die Arbeitsmarktförderungsmittel zusammenstreicht und damit einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen vor allem in den neuen Ländern provoziert oder

doch in Kauf nimmt, sieht der Landeshaushalt wieder 780 Millionen DM zur Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt vor. Damit setzen wir in den beiden ersten Jahren dieser Legislaturperiode schon mehr als 1,5 Milliarden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Gut zwei Drittel dieser Summe finanziert das Land selbst; der andere Teil kommt aus Beiträgen der Europäischen Union. Für die Verbesserung der Ausbildungschancen geben wir im kommenden Jahr 90 Millionen DM aus; weitere 120 Millionen DM zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Auch für die Wirtschaftsförderung vorwiegend im Mittelstand und beim Handwerk wollen wir noch mehr tun als bereits in diesem Jahr. Einschließlich der EU-Hilfen sieht der Haushalt 1,3 Milliarden DM vor. Wir wollen mehr tun für die Existenzgründung. Dazu kommt die Meistergründungsprämie von wieder 30 Millionen DM. Im Handwerk sind bisher 1 600 Existenzgründungen mit Meistergründungsprämien gefördert worden. Dadurch entstanden fast 5 000 neue Stellen.

Die Zahl der Gründungsberatungen bei den Kammern ist um 80 % gestiegen. Jede zweite Gründungsberatung findet inzwischen in Nordrhein-Westfalen statt. Die Genossenschafts-Zentralbank verzeichnet eine Zunahme der öffentlich geförderten Gründungskredite um 27 %, einen Anstieg des Volumens um 70 % allein bei den Volksbanken. In Nordrhein-Westfalen sind 1996 fast so viele Unternehmen neu gegründet worden - 10 000 wie in Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Wir bündeln die Mittel. Wir konzentrieren uns noch mehr auf Schwerpunkte und Prioritäten für die Durchsetzung nachhaltigen Wirtschaftens in unserem Land. Das geschieht mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt", für das in diesem Haushaltsplan 1997 2,6 Milliarden DM vorgesehen sind. Auch 1997 gibt es wieder Fördermittel für den Bau von 27 000 neuen Wohnungen. Vom nächsten Jahr an ist die Förderung daran geknüpft, daß die Wohnungen dem Niedrigenergiehaus-Standard entsprechen.

Wir setzen unsere Politik zum Wohl des Landes und seiner Menschen fort.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen klare Signale für Investitionen und neue Arbeitsplätze, für Existenzgründer und innovative Unternehmen, für nachhaltiges Wirtschaft-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(C A) ten, für moderne Technik und Forschungstransfer, für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Wenn ich ein Jahr zurückdenke, dann hat sich in der Wahrnehmung unseres Landes viel verändert - offenbar nicht bei der Opposition: Sie bleibt in einer Minderheitenposition. Sie, Herr Kollege Linssen, haben Herrn Dr. Kirchhoff zitiert, den Präsidenten der Arbeitgeberverbände. Ich möchte mich gerne revanchieren und den Hauptgeschäftsführer zitieren: "Bei Antritt der Landesregierung 1995 hatte die Wirtschaft die große Sorge, daß der Standort Nordrhein Westfalen ins Hintertreffen gerät. Diese Sorge hat sich nach einem Jahr als nicht berechtigt herausgestellt, soweit die wirtschaftspolitischen pragmatischen Entscheidungen der Landesregierung hier zu betrachten sind." - So Herr Dr. Döpp im Westdeutschen Rundfunk.

(Beifall bei der SPD)

Ich war froh darüber.

(Beifall bei der SPD)

Und ich fände es gut, wenn Sie wenigstens solche Äußerungen zur Kenntnis nähmen. Sie brauchen sie ja nicht nachzusprechen.

(C B) Sie tun so, als herrschten hier schlechte Bedingungen für Investitionen und Beschäftigung. Sie bemühen immer wieder Wachstumsvergleiche mit anderen Ländern. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Anteil eines starken Landes an der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik dann zurückgeht, wenn die schwächeren Länder aufholen. Genau das ist doch politisch gewollt.

Ich will zum Länderfinanzausgleich aufgreifen, was Klaus Matthiesen angesprochen hat. In 36 Jahren haben wir an andere Länder gezahlt. In der gleichen Zeit, seit es den Länderfinanzausgleich gibt, hat Bayern 38 Jahre lang von anderen Ländern kassiert. Wenn Bayern so stark aufgeholt hat, dann ist das nicht zuletzt auf die Leistungen anderer Länder, vor allem Nordrhein-Westfalens, zurückzuführen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

In diesem Jahr trägt Nordrhein Westfalen allein über 30 % des Länderfinanzausgleichs. Wir führen aus unserem Umsatzsteueraufkommen über 3 Milliarden an andere Länder ab. Das sind Mittel, die uns hier nicht zur Verfügung stehen.

Ich stehe auch in Zukunft zum Länderfinanzausgleich; aber ich sehe gemeinsam mit Klaus Mat-

(C) thiesen und Heinz Schleißer deutlichen Reformbedarf. Es kann und darf nicht sein, daß nach allen Finanzoperationen finanzstarke Länder finanzschwach werden und umgekehrt.

Ihre Rechnung, Herr Kollege Linssen, geht nicht auf. Ich bin froh, daß sie nicht aufgeht. Wenn jemand Probleme mit den Zahlen hat, dann muß das nicht unbedingt an den Zahlen liegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und GRÜNEN)

Sie haben mehrfach auf meine Stimmung und darauf angespielt, ob ich denn nun vorhanden sei oder nicht. Ich habe ein schönes und schweres Amt. Daß ich es habe, das macht mich dankbar und fröhlich und auch ein bißchen stolz - solange ich es habe und danach. - Glück auf!

(Anhaltend lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Linssen. Bitte sehr.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN - Loke Merizka (SPD): Wie schlecht muß es denen gehen!)

(D) Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, Herr Ministerpräsident: Sie müssen nach Bonn und brauchen dafür sicherlich eine Dreiviertelstunde bis zu einer Stunde. Deshalb will ich auf Ihre Rede auch nur ganz kurz eingehen.

Jedes Wort, das Sie hier zu den Zahlen vorgetragen haben, kann man direkt widerlegen. Es fängt an mit den Zahlen zu den Wohnungsbaugenehmigungen, die Sie hier vorgebracht haben. Sie wissen ganz genau, daß es hier um den Haushalt geht, um den sozialen Wohnungsbau und daß Sie die Zahlen um 10 % gekürzt haben. Wenn die Genehmigungen in Nordrhein-Westfalen für den Bau allgemein steigen, ist das aufgrund besonderer Konjunktur, besonderer bundespolitischer Mittel so weit gekommen. Das wissen Sie alles ganz genau, und trotzdem tragen Sie es hier anders vor.

Wenn Sie zur Arbeitslosigkeit sprechen, dann tragen Sie prozentuale Veränderungen vor und sagen: Wenn wir in Nordrhein-Westfalen von 10

(Meyer [CDU])

- [A] könnten, weil wir dann ein Problem von denen lösen und sie uns vielleicht dabei helfen würden, ein Problem, an dem wir näher sind, zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben da meiner Meinung nach eine Riesenverantwortung. Die CDU-Fraktion insgesamt hat bisher nicht erkennen können - es mag aber sein, daß Sie durch Aufklärung im Plenum noch dazu beitragen werden -, wo Sie dieser Verantwortung bisher durch Einsatz und Einflußnahme auf die anderen Kollegen in den Ländern gerecht geworden sind.

Ich komme zu dem, was Kollege Hombach am Schluß seiner Rede gesagt hat. Diese Position ist nahezu deckungsgleich mit der Position der CDU. Wir sollten uns darauf verständigen, konstruktiv an der Lösung der Probleme mitzuwirken, da es wirklich an der Zeit ist, diese beiden Probleme kurzfristig anzugehen. Wir müssen alles tun, um diese beiden Ziele zu befördern. Denn letztlich geht es darum, einen möglichst guten Beitrag für unser Land bei den Verhandlungen zu erreichen. Das darf nicht durch parteitaktische und ideologische Spielchen kaputtgemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

[B]

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Meyer. - Das Wort hat der Ministerpräsident Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit kaum einem Thema habe ich mich in meiner bisherigen Regierungszeit so intensiv beschäftigt wie mit der Frage der Steinkohle als nationaler Energiereserve.

Ich möchte gerne auf ein paar Sachvorhalte hinweisen, die dabei unklar zu werden drohen. Die letzte Absprache, die es zwischen dem Bund, den Kohleländern Saarland und Nordrhein-Westfalen und der IG Bergbau gegeben hat, fand am 11. November 1991 statt. Dies war die schwierigste bis dahin stattfindende Operation, weil der Bund verlangte, daß das Land Nordrhein-Westfalen in zwei Positionen seine in Jahrzehnten akzeptierte Haltung änderte, nämlich bei Revierausgleich und Erschwerniszulage zusätzlich ein Drittel zu übernehmen.

Das haben wir am 11. November 1991 per Handschlag bekräftigt. Das hat Nordrhein-Westfalen

eingehalten. Der Bund ist damals nicht imstande gewesen, das, was der Kanzler zugesagt hatte, einzuhalten, weil man sich innerhalb der Koalition nicht verständigen konnte. Das heißt, Nordrhein-Westfalen hat seinen Beitrag erbracht - nicht nur seit den 60er Jahren, seit Franz Meyers die Zusage der Drittelfinanzierung gegeben hatte, die damals 30 bis 40 Millionen DM pro Jahr betrug, sondern auch bei der neuen Übernahme der Drittlast in diesen zwei Bereichen Erschwerniszulagen und Revierausgleich.

Der Bund hat das nicht halten können. Ich werfe das dem Bund nicht vor. Das war für mich schon damals ein Indiz dafür, daß wir es schwer haben, die Kohleproblematik als nationale Problematik überall deutlich zu machen.

Dann kam das Artikelgesetz. Das Artikelgesetz blieb unter den Absprachen vom 11.11.1991.

Das, was jetzt ansteht, ist nicht etwa eine neue gesetzliche Grundlage, sondern ein Abgehen vom geltenden Artikelgesetz. Lediglich die Zahlen in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes machen uns deutlich: Der Bund kann oder will oder wird diese Verpflichtung, dieses geltende Gesetz nicht umsetzen. Gründe dafür liegen in der Struktur der Parteien, in der Situation aller öffentlichen Haushalte und auch ein Stück weit in Problemen innerhalb der Koalition. Denken Sie doch nur an die ständige Rede von Graf Lambsdorffs zu der Kohlesubvention, denken Sie an die Haltung der Wirtschaftsminister in den letzten Jahren zu diesem Thema, die aber am 11. November 1991 noch zugestimmt haben.

Jetzt gilt es, eine neue Lösung zu finden. Ich gestehe, daß ich zu denen gehöre, die erschrocken waren, als Hans Berger einen so weitreichenden Vorschlag öffentlich machte. Ich dachte mir, daß die IGBE dies nicht durchhalten kann. Das ist nämlich ein tiefer Einschnitt in die Arbeitsmarktsituation und damit in die Strukturpolitik unseres Landes. Es belastet die Menschen in einer solchen Größenordnung, daß nacheinander nach diesen Berechnungen im Verlauf eines Jahrzehnts acht Zechen stillgelegt werden müssen, so daß ich gar nicht weiß, wie wir dies durchhalten sollen.

Hans Berger hat diesen mutigen Vorschlag gemacht und ihn überall vertreten. Seine Gewerkschaft stützt ihn dabei, und ich füge hinzu, meine Damen und Herren, daß dies eine Gewerkschaft ist, die ihren Mitgliedern seit Jahren einen Lohn-erhöhungsverzicht, also praktisch die Reduzierung des Einkommens, zugemutet hat. Ich finde das

[C]

[D]

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) großartig, und ich fühle mich mit den Mitgliedern und den Funktionären dieser Gewerkschaft eng verbunden, weil ich glaube, daß sie eine große Leistung, eine große Vorleistung erbringen.

Nun gilt es, darüber zu verhandeln, und das geschieht offenbar anders, Herr Kollege Hegemann, als es früher geschehen ist. Früher haben der Bundeskanzler, der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister die entsprechenden Kollegen der Länder nach Bonn gebeten, und dann haben wir in vielen Stunden - manchmal auch in Nachtsitzungen - Kompromisse gesucht; das war bei Helmut Schmidt so, und das war auch bei Helmut Kohl so.

Jetzt ist das offenbar alles ganz anders; das mag mit Situationen zusammenhängen, die sich aus der Bonner Atmosphäre ergeben. Heute gibt es Einzelgespräche, es gibt keine Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern, und solange die Gefahr besteht, daß etwas ins Rutschen kommt, was wir nicht mehr aufhalten können, müssen wir auf die Erfüllung des Artikelgesetzes bestehen, denn das ist geltendes Recht.

Wir haben bereits folgendes gesagt, und ich sage es weiterhin: Auf der Basis dessen, was die IGBE angeboten hat, bin ich zu Gesprächen mit dem Bund jederzeit bereit. Auch der Wirtschaftsminister und die Landesregierung sind jederzeit zu solchen Gesprächen bereit. Ich hoffe, daß diese bald zustande kommen, und es bemühen sich viele darum, daß sie zustande kommen. Ich hoffe, daß dann eine Lösung gefunden wird, die den Bergleuten und dem Land zugemutet werden kann und energiepolitisch verantwortbar ist, also einen lebenden dauerhaften Bergbau möglich macht.

Jeder weiß: Man kann eine Zeche nicht mit einer Fahrradfabrik vergleichen. Die Fahrradfabrik kann man schließen und wieder aufmachen; das kann man mit der Zeche nicht machen. - Das hat große strukturpolitische Folgen und Verwerfungen.

Solche Gespräche führen wir, und ich bin froh darüber, daß niemand gesagt hat, daß es ein Junktim mit der Entsorgung gibt. Ich bitte darum, daß wir das nicht tun und auch nicht sagen. Ich glaube nämlich, daß wir sonst in eine Gemengelage kommen, in der manches unklar wird. Es ist nicht ja so, daß hier nur Frau Kollegin Grüber und Herr Busch Zweifel geäußert haben, ob diese Parteigespräche zwischen Bundesregierung und SPD richtig wären. Es gibt solche Zweifel, die öffentlich geäußert werden; Bundeswirtschaftsminister

Rexroth hat seine Zweifel sehr viel schärfer verkündet.

Ich kann mich an folgendes sehr gut erinnern: Als ich 1978 mein Amt übernahm, habe ich einen Brief geschrieben und die Ministerpräsidenten der Länder gebeten, daß wir uns der Entsorgungsfrage zuwenden sollten. Ich habe diese Bitte nach dem Beschluß der SPD 1986 zum Aufstieg erneuert, der übrigens, Herr Kollege Linssen, nicht 1987, sondern 1986 auf dem Nürnberger Parteitag beschlossen wurde - ich war damals Kanzlerkandidat, wie Sie sich erinnern, aber die Stelle ist nicht freigeworden, wie ich mich erinnere.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß man die Entsorgungsfragen lösen muß, und ich bin nach wie vor der Meinung, daß man das tun muß, auch wenn man so schnell wie möglich aus der Kernenergie aussteigen will.

(Beifall bei der SPD)

Darum meine ich: Belasten Sie das nicht durch Gedanken an Junktim, belasten Sie das nicht, indem Sie sagen: Geben Sie doch da ein bißchen nach, dann kriegen Sie da ein bißchen mehr. - Ich glaube nicht, daß wir uns in einer Situation befinden, in der man sagen kann - hier greife ich das Bild von Teppichhändler auf, Herr Meyer -: "Wenn du mir ein paar Birnen gibst, verkaufe ich dir ein paar Möbelstücke."

Ich warne davor: So dringend auch die Entsorgungsfrage gelöst werden muß, so schwierig wird sie auch zu lösen sein. Sie haben gerade selbst gesagt: Wenn die anderen uns da helfen, wollen wir ihnen dort helfen. - Sie müssen auch darauf achten, daß die Länder, die den stärksten Anteil an Kernenergie haben, überhaupt keine Entsorgungseinrichtungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Halten Sie sich bitte auch das Schicksal von Wackersdorf vor Augen, wenn Sie von Entsorgung sprechen. Sehen Sie, was dort an öffentlichen Geldern und auch an Bundesmitteln zum Zwecke der Entsorgung hineingeflossen und was daraus geworden ist. Sehen Sie sich bitte an, wie Bayern und Baden-Württemberg an der Entsorgung beteiligt sind.

Nun sage ich das hier, wohl wissend, daß auch die Entsorgung eine nationale Aufgabe ist. Ich bestreite gar nicht, daß es im Zuge der Entwicklung diesbezüglich parteipolitische Unterschiede innerhalb einer Koalition, ob in Bonn oder hier, geben kann.

(C) (A)

Das Thema ist so alt wie die Entwicklung der Kernenergie. Ich bin inzwischen in einem Alter, in dem man gern von früher erzählt. Als ich im Wahlkampf in Schleswig-Holstein war - der Spitzenkandidat hieß Klaus Matthiesen -, war das Hauptthema, das wir behandelten, Entsorgung. Ich kann mich gut daran erinnern, daß der damalige Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose vorschlug, das Thema "rückholbare Endlagerung" als ein neues Konzept zu entwickeln, weil schon damals Zweifel an Gorleben bestanden, weil schon damals Zweifel bestanden, ob eine solche Endlagerung möglich sei.

Ich selber war mit dem Thema "Entsorgung" schon befaßt, bevor ich Ministerpräsident wurde; denn da hatte mein Vorgänger Heinz Kühn Ahaus als einen Beitrag Nordrhein-Westfalens zugesagt. Das war aber eine Zeit, in der wir noch sowohl den Schnellen Brüter in Kalkar als auch den THTR in Hamm-Uentrop hatten.

Daß wir jetzt in einer anderen Situation sind, aber noch Ahaus haben, werden wir in solche Gespräche natürlich mit einzubringen haben. Nur: Ich rate dazu, so wichtig beides ist, es nicht miteinander zu vermischen. Ich rate dazu, es nüchtern zu betrachten und jetzt zu zeigen: Wir sind in der Frage der Entsorgung nicht auf Verteidigungspositionen, sondern in gemeinsamer nationaler Verantwortung.

Wie immer wir im einzelnen Lösungen zustimmen oder sie ablehnen, wir dürfen uns jetzt nicht in die Lage bringen, als wäre die Entsorgung der Punkt, bei dem wir bei der sachgerechten Finanzierung der Steinkohle die eine oder andere Million mehr bekommen könnten. Ich bitte darum, daß wir das nicht miteinander vermischen.

Ich bin überzeugt davon, daß der Bundeskanzler als Person - das hat er oft gesagt und manchmal gezeigt - ein wirklicher Freund der Steinkohle ist. Ich bin nicht mehr sicher, ob er in der eigenen Partei und in der Koalition genug Freunde hat, die ihn darin stützen und unterstützen.

Ich bin mir darüber im klaren: Je weiter man von Nordrhein-Westfalen wekommt, desto schwieriger wird es, Freunde für die Kohle zu finden. Das geht Ihnen so, das geht uns so, obwohl ich froh darüber bin, daß ein solcher Antrag wie der von Baden-Württemberg und Bayern nie von sozialdemokratisch geführten Ländern gekommen ist.

(Lothar Hegemann [CDU]: Die denken aber genauso!)

Aber auch da habe ich viel Überzeugungsarbeit zu leisten gehabt, Herr Kollege Meyer, habe ich viele Gespräche mit jetzigen und früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführt, um sie in einem Boot zu halten, von dem ich glaube, daß es Kurs halten muß. Darum werde ich mich auch weiterhin bemühen, und darum bin ich froh, daß ich hier einige Bemerkungen machen konnte. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Zum Verfahren: Die Zeitvorgaben für diese Aktuelle Stunde sind bis auf einen Restposten für die SPD abgelaufen. Wir haben jetzt § 58 unserer Geschäftsordnung zu berücksichtigen: Wenn der Ministerpräsident gesprochen hat, kann der Oppositionsführer reden und danach auch die Vorsitzenden der anderen Fraktionen. Da sich Herr Dr. Linssen zu Wort gemeldet hat, erteile ich es ihm jetzt und werde für die weitere Folge der Aktuellen Stunde § 58 Abs. 3 GO anwenden. - Bitte schön, Herr Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich glaube, daß sich die Aktuelle Stunde doch gelohnt hat. Wenn ich einmal von der Einlassung des Herrn Wirtschaftsministers absehe, verstehe ich Ihren Beitrag und auch den des Kollegen Matthiesen sowie den des Kollegen Hombach so, daß Sie genau wie wir Wert darauf legen, daß man nicht von einem Junktim spricht. Das haben wir auch nie getan; deshalb war die Anmahnung im Grunde auch an die verkehrte Adresse gerichtet.

Wir alle sind uns bewußt, daß es gut ist, wenn die Gespräche parallel laufen. So hat es, glaube ich, Kollege Hombach ausgedrückt.

(Bodo Hombach [SPD]: Das meinte er auch so!)

Ob das nun rein zufällig ist, ob das gar nichts miteinander zu tun hat - alle diese Überlegungen sollten wir hintanstellen. Vielmehr sollten wir jetzt alle Energien in dem Bewußtsein anspannen - das ist unsere Bitte gerade an Sie -, daß wir vor dem Hintergrund der schwierigen Lage für uns in Nordrhein-Westfalen und insbesondere bei dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt jede Chance nutzen

(C)

(D)

(B)

(D)

(B)

(Landsberg [GRÜNE])

- (A) entscheidenden Grundlagen, warum es in den Niederlanden in den vergangenen Jahren gelungen ist, eine gemeinsame Politik von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu erreichen.

(Bodo Hombach [SPD]: Das ist völlig richtig! Das ist der Kern!)

Wenn wir das schaffen wollen, heißt das, daß wir in Bonn eine andere Politik brauchen. Dann brauchen wir eine Politik, die nicht den sozialen Konsens kaputtspart, und wir brauchen eine Politik, die Teilzeitarbeit möglich macht. Wir brauchen eine Politik, die nicht den Standort kaputtredet, sondern die in einem gemeinsamen Diskussionsprozeß von allen wichtigen Teilen der Bevölkerung - der Arbeitgeber und Unternehmen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der sozialen Verbände, der Umweltverbände - die Möglichkeit schafft, überhaupt eine zukunftsfähige Politik zu machen. Sie wären verantwortlich dafür, in Bonn die Grundlagen zu legen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsident Dr. Rau.

- (B) Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es freut mich natürlich, Herr Dr. Linssen, daß eine meiner Auslandsreisen besonderes Interesse findet. Ich habe mehrere solcher Reisen gemacht, und ich erzähle gern davon -

(Heiterkeit)

obwohl ich der Auffassung bin, daß eine solche zweitägige Reise in die Niederlande kein Anlaß für eine Regierungserklärung ist.

Das war nicht meine erste Reise in die Niederlande. Es war die zweite offizielle. Ich bin oft dort gewesen. Ich mag dieses Nachbarland, ich mag die Menschen dort, und ich habe für viele Politik- und Lebensbereiche in den Niederlanden viel gelernt. Das hat angefangen bei der Friedens- und Entspannungspolitik, das ist weitergegangen über die Behinderten- und die Jugendpolitik bis hin zum Stiftungswesen. Ich habe bei staatlichen, bei kirchlichen, bei politischen Kontakten da eine Fülle von Erfahrungen gesammelt. Ich bin froh darüber, daß ein Netz von Freundschaften entstanden ist, das auch den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Wim Kok einschließt, auf dessen Einladung ich in den Niederlanden gewesen bin.

Ich war in der Tat neugierig. Aber ich war nicht neugierig in dem Sinne, Herr Kollege Linssen, daß ich mir einen neuen Zettelkasten anschaffen wollte. Sie haben heute morgen einen Zettelkasten benutzt: Da war ein bißchen Horstmann/Behler-Papier, da war ein offenbar apokryphes Papier der Bundestagsfraktion, das ich nicht kenne, da haben Sie das eine oder andere Zitat gebracht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Lassen Sie sich das Papier doch einmal schicken!)

- Ich muß nicht alles lesen, was Sie interessant finden, Herr Linssen.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Ich halte auch gar nichts davon, daß wir jetzt wie in einem Raster die Niederlande und die Bundesrepublik oder die Niederlande und Nordrhein-Westfalen gegeneinander stellen. Dazu ist die Industriestruktur, die Tarifstruktur zu unterschiedlich. Wenn Sie dann mit diesem Mischsystem aus Zitaten und eigenen Vorstellungen, von denen Sie sich dann zum Teil wieder distanzieren, den Eindruck erwecken, es liege an der Steuerpolitik in den Niederlanden, ist dieser Eindruck sicher falsch. Herr Kollege Hombach und Frau Kollegin Landsberg haben Sie darauf hingewiesen: Der Spitzensteuersatz liegt bei 60 %. Übrigens, er ist zwar anders zu definieren als unser Spitzensteuersatz,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: So ist es!)

aber dafür beginnt er bei 83 000 Mark. Die Niederlande haben eine Vermögensteuer von 0,8 %. Die haben wir hier in Deutschland gerade abgeschafft - angeblich, weil das Investitionen fördert. Der Freibetrag bei der Vermögensteuer liegt in den Niederlanden bei 116 000 Mark. Und bei der Erbschaftsteuer haben die Niederlande einen Höchstsatz von 68 %. Das sind alles Zahlen, die bei Ihnen nicht vorgekommen sind. Sie sind aber auch nicht der eigentliche Schlüssel. Nach meiner Überzeugung ist der Schlüssel vielmehr die in Jahren und Jahrzehnten gewachsene Bereitschaft zur Konsensgesellschaft statt der Konfliktgesellschaft.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darüber habe ich mich gefreut. Das entspricht meinem politischen Verständnis, auch meinem politischen Stil. Das hätte ich mir für die großen Herausforderungen dieser Jahre gewünscht. Ich nenne das Stichwort "Bündnis für Arbeit", und ich könnte viele andere solcher Stichworte nennen.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Die Bereitschaft zur Kooperation zwischen den politischen und gesellschaftlichen Gruppen ist stärker gewachsen als bei uns, und sie ist bei uns nach meinem Eindruck im Abnehmen. Deshalb bin ich in die Niederlande gefahren, um zu sehen: Wie geschieht das in verschiedenen Bereichen, und gibt es da Felder der Kooperation?

Darum habe ich Gäste mitgenommen. Darum habe ich Herrn van der Grinten mitgenommen, der Schloß Moyland leitet, das wir im Mai eröffnen werden, weil ich gerne die Zusammenarbeit auch im Bereich der Künste und der Architektur wollte. Darum habe ich Prof. Karl Ganser mitgenommen, weil es in den Niederlanden ein starkes Interesse an der Internationalen Bauausstellung Emscher Park gibt. Und darum habe ich den Oberbürgermeister von Duisburg mitgenommen, weil die Kontakte zwischen Rotterdam und Duisburg zeigen: Wettbewerb und Kooperation schließen sich nicht aus, sondern man kann zusammen einen Mehrwert erzielen, wie es die Hafenstädte tun.

(Beifall bei der SPD)

Darüber bin ich froh, und darum halte ich den reinen Wirtschaftsvergleich Niederlande/Deutschland oder Niederlande/Nordrhein-Westfalen für kurzschlüssig.

Aber daß zur Lösung gesellschaftlich-wirtschaftlicher Probleme Konsenspolitik eingesetzt wird und daß Gesamtverantwortung nachgefragt wird, in der jeder nachgeben muß und in der niemand sagen kann: "Eine gute Maßnahme, aber sie darf nicht mich, sondern sie muß die anderen treffen", das war die entscheidende Erkenntnis bei dieser Reise.

So wie Herr Kollege Hombach, so hat auch Wim Kok in seiner Rede auf das Prinzip des "rheinischen Kapitalismus" hingewiesen, auf konsensorientierte und sozialverpflichtete Wirtschaftspolitik, die wir betreiben müssen. Darum habe ich mich in den Gesprächen über Architektur und Stadtkultur, über Politik für Alte und Behinderte, über Kindergärten, über Gesundheits- und Drogenpolitik zu informieren gesucht.

Manches ist nicht übertragbar, manches ist auch kritisch zu betrachten, zum Beispiel die unterschiedlichen Steuersätze, die es in den Niederlanden gibt. Ob das ein Beispiel für uns sein kann, daran habe ich außerordentliche Zweifel - obwohl Nordrhein-Westfalen davon profitieren würde.

(Bodo Hombach [SPD]: Die EU hat auch Zweifel!)

Aber hier ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung gefragt.

Wir haben ein gemeinsames Interesse mit den Niederländern an der Weiterentwicklung Europas ohne Grenzen. Das ist vor allen Dingen bei dem Hafenbesuch und den dortigen Verhandlungen und Gesprächen deutlich geworden.

Ich finde, ein guter, fairer Wettbewerb mit den Niederlanden ist im Interesse freundschaftlicher Beziehungen.

Ein Schlüssel ist der Begriff der Teilzeitarbeit. Das ist überhaupt keine Frage. Aber, auch wenn man da die Zahlen miteinander vergleicht - wir haben es ja soeben gehört -, muß man natürlich darüber reden, daß Teilzeitarbeit in einem Land mit steuerlich gesicherter Grundversorgung etwas völlig anderes ist als Teilzeitarbeit bei uns in einem Land mit diesen sozialen Sicherungssystemen sein kann, wie wir sie nun einmal haben -

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

einschließlich der Frage nach den sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen, deren Zahl bei uns unbekannt ist, aber immer noch bedrückend hoch. Ich hoffe, daß wenigstens darin Übereinstimmung besteht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im übrigen, die Entwicklung zur Konsensgesellschaft kommt ja aus den 80er Jahren in den Niederlanden. Das hat hat nicht Wim Kok begonnen. Er hat es mitgeprägt, vor allen Dingen in seiner Zeit als Finanzminister, die eine schwere Zeit für ihn gewesen ist, auch innerparteilich. Der Weg vom Gewerkschaftsvorsitzenden über den Finanzminister zum Ministerpräsidenten in den Niederlanden ist ein schwieriger, ein steiniger Weg gewesen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich bin froh darüber, daß Wim Kock(?) diesen Weg mit solchem Erfolg hat gehen können und in solcher Solidarität mit den deutschen Sozialdemokraten, Herr Kollege Linssen. Wir waren am Freitag vergangener Woche miteinander in Hamburg, Wim Kock und ich. Hier die Schweden, die Österreicher und die Niederländer gegen die deutschen Sozialdemokraten auszuspielen, da muß man schon in Issum wohnen, um auf diese Idee zu kommen.

(Heiterkeit - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(A)

Im übrigen heißt Konsensgesellschaft in den Niederlanden nicht konfliktfreie Gesellschaft. Wer sich die Streiktage ansieht, stellt fest: Da haben die Deutschen eine bessere Bilanz als die Niederländer. Wer sich die Einkommensentwicklung ansieht, der muß sagen: Da haben wir Deutschen eine bessere Situation als die Niederländer. Ich gehöre nicht zu denen - Sie haben die "NRZ" zitiert, Herr Kollege Linssen, darüber freue ich mich natürlich immer - Sie sollten auch die heutige NRZ lesen und dann das zitieren, was der niederländische Botschafter über den Erfolg dieses niederländischen Geheimnisses gesagt hat. Er hat unter anderem gemeint, es liege auch am Ministerpräsidenten, daß das so sei.

(Ruth Hieronymi [CDU]: Auch in Nordrhein-Westfalen?)

Herr von Walsum weiß, wovon er spricht.

Wir haben bei uns eine andere sozialpolitische Situation als die Niederländer. Die Lohnstückkosten in den Niederlanden sind seit Mitte der 80er Jahre moderater gestiegen als in Deutschland. Das gilt aber nicht durchgängig; es ist weniger eindeutig jetzt in den 90er Jahren.

Was Teilzeitarbeit angeht, so ist bei uns in Nordrhein-Westfalen die Teilzeitarbeit im Bergbau die wichtigste. Da haben unsere Gewerkschaften eine große Leistung vollbracht. Das ist mit dem zu vergleichen, was bei Volkswagen geschehen ist, nur in einer noch dramatischeren und schwierigeren gesellschaftlichen Situation.

(Beifall bei der SPD)

Die Volkswagen-Regelungen sind die bekanntesten, die beim Bergbau sollten wir nicht verheimlichen.

Die Tarifparteien haben sich auch in vielen anderen Unternehmen entschieden, Entlassungen dadurch zu vermeiden, daß Arbeitszeit anders verteilt, also verkürzt wird. Ich habe dagegen von konservativer Seite immer nur Angriffe gehört. Ich habe immer nur gehört, das sei defensiv und das vernachlässige die Wachstumschancen der Wirtschaft. Das Beispiel Niederlande widerlegt diese Behauptung.

Meine Damen und Herren! Reisen bildet - Sie haben recht. Ich war auch in Brüssel, ich war auch in Luxemburg, alles im gleichen Monat. Da haben Sie keine Regierungserklärung angefordert. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man Regierungserklärungen nach Einzelreisen richten sollte. Aber was zu sagen ist, wird ausgesprochen.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Herr Kollege Linssen, Sie dürfen sicher sein, daß ich nicht nur für das Image für die SPD, sondern auch für das Image des Landes Nordrhein-Westfalen verantwortlich bin. Das ist und bleibt mir bewußt. Ich bin das schon seit über 18 Jahren. Es ist beiden gut bekommen. So soll es bleiben. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Appel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Roland Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung zu der Debatte. Der Ministerpräsident hat eine in vieler Hinsicht sehr bemerkenswerte Rede in den Niederlanden gehalten, die auch vieles enthalten hat.

Herr Linssen, mir ist aufgefallen - darauf wollte ich hier noch einmal hinweisen -, daß Sie natürlich nur auf einen Teil von Gemeinsamkeiten heute in der Debatte abgestellt haben. Was ich von Ihnen nicht gehört habe, ist zum Beispiel etwas zum Vorbildcharakter der niederländischen Drogenpolitik, ist zum Beispiel etwas zum Umgang der Niederländer in den vergangenen Jahren mit den Hausbesetzern, wo deutlich wurde, daß man in den Niederlanden einen ganz anderen Begriff der Sozialpflichtigkeit von Eigentum hat.

Sie haben nichts dazu gesagt, wie die Einigungsmöglichkeiten in den Niederlanden aussehen, daß zum Beispiel Kinder Eingewanderte(?) dort keine Probleme haben, obligatorisch die Staatsbürgerschaft zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben mit keinem Wort erwähnt, daß es in den Niederlanden - Herr Matthiesen, hören Sie genau zu - im Polizeigesetz ein Antidiskriminierungsgebot gibt, was wir für vorbildlich halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All dieses haben Sie nicht erwähnt, Herr Linssen. Ich könnte jetzt noch eine ganze Latte von Beispielen bringen, von den Coffeeshops bis zu den Einwanderungsgesetzen, wo die Niederlande für uns und auch für Nordrhein-Westfalen

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie müssen da einmal hinfahren!)

(Nacken [GRÜNE])

- (A) le als Leiter einer Behörde und als SPD-Abgeordneter zu trennen weiß, der für dieses Land Politik macht und der für sich in Anspruch nimmt, eine politische Meinung vor Ort zu vertreten.

Ich bin sicher, daß auch Ministerin Höhn diese Rollenteilung vornehmen kann,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wie es übrigens auch der Wirtschaftsminister tut.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Sie können doch nicht erwarten, daß man mit der Rolle des Ministers oder der Ministerin eine politische Meinung ablegt. Das trennt man in den verschiedenen Rollen. Davon gehe ich aus, daß man dazu in der Lage ist, wenn man Minister oder Ministerin wird und in dieses Kabinett berufen wird. Da habe ich das vollste Vertrauen. Sie sollten keine Verdächtigungen streuen, auch nicht von seiten des Fraktionsvorsitzenden der SPD. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Nacken. - Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

(B)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben, Herr Dr. Linssen, mich freundlicherweise mit meiner Äußerung gestern in der Fragestunde zitiert. Ich habe etwas mehr gesagt; ich habe gesagt: "unverzüglich", das heißt ohne schuldhaftes Zögern.

Ich sage hier noch einmal: Als wir diese Koalition gebildet haben, waren uns die unterschiedlichen Positionen der Partner zu Garzweiler bekannt. Die haben wir aufgeschrieben; der Dissens ist formuliert. Aber zusätzlich zum Dissens ist formuliert und wird eingehalten ein Verfahren nach Recht und Gesetz, wie es Herr Kollege Clement eben noch einmal geschildert hat. Das gilt für alle Behörden; das gilt für alle, die an diesem Entscheidungsprozeß beteiligt sind.

Wann die wasserrechtliche Genehmigung erteilt werden kann, entscheidet das Landesoberbergamt nach Vorlage aller Unterlagen. Ich möchte, daß die Genehmigung so früh wie möglich erteilt wird, damit der Zusammenhang zwischen Garzweiler I und II erkannt wird, das heißt gar nicht:

im Vorgriff auf Garzweiler II, sondern zur Ermöglichung des Restabbaus bei Garzweiler I. Ob sie erteilt wird, wird von den Prüfungen abhängen, die gegenwärtig stattfinden.

Ich meine, wir sollten auch denen, die im Bergamt und im Landesoberbergamt ihre Tätigkeit nach Recht und Gewissen tun, nicht unterstellen, daß sie sich politischem Druck, gäbe es ihn denn überhaupt, beugen würden.

Ich habe den Eindruck, daß es eine unterschiedliche Einschätzung gibt, ob es richtig war, wie Frau Kollegin Höhn es getan hat, zusätzlich zu den sechs wasserwirtschaftlichen Gutachten eine Stellungnahme von Herrn Professor Stolpe einzuholen. Es ist das gute Recht, der Meinung zu sein, daß das sei nicht nötig. Es ist aber auch das gute Recht, der Meinung zu sein, daß das sinnvoll und richtig ist.

Wenn das bedeutet, daß sowohl die sechs Stellungnahmen der Gemeinden als auch die des Professors hernach allein der Entscheidung und der Bewertung durch das Bergamt in Düren unterliegen, dann ist für mich die Gefahr der Befangenheit bei diesem Thema nicht gegeben. Wenn das Bergamt in Düren und das Landesoberbergamt prüfen und es keine Vorprüfung gibt - keine Behörde läßt sich das aus der Hand nehmen -, halte ich es für berechtigt, der prüfenden Behörde das Material, das man aus der Sicht des Ressorts für richtig hält, zuzuleiten.

Eine ganz andere Frage, die im Dezember entschieden worden ist, war die, ob man die Verfahren miteinander verbindet. Frau Kollegin Höhn hat dafür Argumente genannt. Herr Kollege Clement hat zu diesen Argumenten gesagt, daß er eine solche Verbindung nicht für richtig, hilfreich und ergebnisfördernd hält. Also bleibt es - wie das seit langem bekannt ist - bei den zwei getrennten Verfahren.

Daß Frau Kollegin Höhn Äußerungen über Garzweiler gemacht hat, die mir nicht gefallen, muß ich hier nicht öffentlich bekanntgeben. Denn daß sie mir nicht gefallen würden, hat Frau Kollegin Höhn schon gewußt, als sie dorthin fuhr; das hat sie schon gewußt, als wir eine Koalitionsvereinbarung schlossen.

Daß ich Minister bitte, sich bei den Dingen, für die sie selbst qua Ressort zuständig sind, engagiert zu äußern, aber nicht in eine Situation zu kommen, in der ein böser Schein entstehen kann,

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) gilt für jeden Minister, gilt für jede Regierung, gilt in Düsseldorf, Bonn, München und Kiel.

(Zuruf von der CDU: Nur keiner hält sich dran!)

- Ach, wissen Sie, die Rituale, mit denen Sie hier immer wieder bestimmte Themen aufbringen,

(Laurenz Meyer [CDU]: Das ist doch wahr!)

damit wir an andere Themen gar nicht mehr herankommen, kenne ich. Wie gern hätte ich mit Ihnen über den Landesentwicklungsbericht geredet, wie lange hätten wir gestern miteinander über die Niederlande diskutieren können.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben wir doch getan! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie decken das alles zu, indem Sie Szenarien vorbringen ---

(Zuruf von der CDU: Hier wird doch gar nicht mehr diskutiert! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Hier wird immer diskutiert, hier soll viel diskutiert werden.

Aber wenn ich Ihnen sage, daß nach Recht und Gesetz entschieden wird und Sie vor Manipulationen an diesem Verfahren keine Sorge zu haben brauchen, so wie ich Ihnen das gestern gesagt habe, dann sollten wir jetzt denen, die das Sagen haben, den Gerichten und den Behörden, ihre Arbeit nicht erschweren, sondern ihre Entscheidungen und ihre Urteile abwarten und anschließend die nötigen Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Weitere Wortmeldungen liegen mir zu dieser zusätzlichen Aktuellen Stunde nicht vor, die ich damit abschließen kann.

Ich rufe auf:

2 Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen - Verlässliche Politik in einer Zeit des Umbruchs - Ziele, Perspektiven und Handlungsschwerpunkte in der 12. Legislaturperiode

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Vorlage 12/1156
Drucksache 12/1759

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ende Januar habe ich dem Landtag den neuen Landesentwicklungsbericht der Landesregierung vorgelegt.

(Allgemeine Unruhe - Glocke)

Vor zwei Wochen, am 20. Februar, habe ich ihn in einer Pressekonferenz vorgestellt. Von einer Grippe mitgenommen, habe ich mir damals bestätigen lassen, daß ich lustlos gewesen sei. Jetzt bin ich ganz lustvoll, denn die Grippe ist überwunden.

In diesem Landesentwicklungsbericht stellt die Landesregierung dar, was sie in dieser Wahlperiode auf den Weg gebracht hat, vor allem aber, was sie bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 2000 erreichen will. Wir setzen die politischen Akzente, die nach unserer Überzeugung richtig sind. Das ist der Auftrag, den wir von den Wählerinnen und Wählern bekommen haben. Wir können und wir sollten aber darüber streiten und sprechen, wie wir diesem Auftrag bisher gerecht geworden sind und wie wir ihn in dieser Legislaturperiode weiter füllen wollen.

Darum appelliere ich an die Fraktionen, die die Regierung tragen, und an die Opposition: Lassen Sie uns über die Zukunft unseres Landes nicht wieder eine ritualisierte Diskussion führen, bei der die Rollen im Vordergrund stehen und nicht die Argumente. Darum bitte ich, weder schönzureden noch schwarzzumalen; beides würde weder der Regierung noch der Opposition helfen, und es wäre schon gar nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wir müssen die Dinge so sehen, wie sie tatsächlich sind.

Heute vormittag hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die neuesten Arbeitsmarktzahlen bekanntgegeben. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar bundesweit um knapp 14 000 gestiegen. In fünf der 16 Länder ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen; dazu gehört Nordrhein-Westfalen. Bei uns in Nordrhein-Westfalen gab es im Februar knapp 3 000 Arbeitslose weniger als im Januar.

Da Sie die Zahlen immer wieder nennen - auch gestern ist das wieder geschehen -, würde ich denen, die den Rechenkünsten nahestehen, gerne einen Zusammenhang vortragen: Die Arbeitslosenzahl in Nordrhein-Westfalen betrug im Februar

(C)

(A) 918 620. Das sind 28,2 % der Arbeitslosen in den westlichen Ländern.

Ende der 80er Jahre betrug der Anteil Nordrhein-Westfalens an der Arbeitslosigkeit in den westlichen Ländern noch 34 %. Wir sind jetzt bei 28,2 %. Lügen wir noch bei 34 %, dann hätten wir 190 000 Arbeitslose mehr.

Aber auch die heutigen Zahlen zeigen: Es gibt bei der Arbeitslosigkeit nicht mehr wie in früheren Jahren eine besonders ungünstige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns seit 1995 vom Bundestrend abgekoppelt.

Es ist gewiß kein Trost, wenn es in den anderen Ländern noch schlechter läuft. Aber diese Entwicklung zeigt doch, daß wir die Möglichkeit, die ein Land hat, jedenfalls nicht schlechter nutzen als andere.

Die Menschen erwarten eine Antwort auch der Politik, wie es endlich besser werden kann. Wir wollen uns dieser Frage stellen. Politik kann nicht alles, sie ist aber auch nicht ohnmächtig. Politik schafft nicht unmittelbar Arbeitsplätze. Aber ebenso, wie eine schlechte Politik dazu beitragen kann, Arbeitsplätze zu gefährden oder zu vernichten, kann eine richtige Politik helfen, die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen für mehr und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Darum müssen Vergleiche gestattet sein.

Die Arbeitslosigkeit ist das Hauptübel unserer Zeit. Darum haben wir in unserer Politik einen klaren und eindeutigen Schwerpunkt in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gesetzt. Wir wollen ein Klima im Land schaffen, das innovationsfreundlich und investitionsfreundlich ist. Das ist die Richtung unseres Weges, und auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen.

Das läßt sich belegen. Über 9 500 Unternehmen sind in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr neu entstanden. Tag für Tag sind so im Durchschnitt 26 Unternehmen zusätzlich auf den Markt gekommen. Diese Unternehmen haben über 40 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Unser Arbeitsmarkt ist dynamisch. Es gibt nicht nur Abbau, es gibt auch Aufbau. Zwischen Mitte 1995 und Mitte 1996 haben fast eineinhalb Millionen Frauen und Männer ein neues, sozial abge-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

sichertes Beschäftigungsverhältnis begonnen. Das zeigt: Es gibt Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Aber es gibt noch nicht genug Bewegung.

Wir sind froh darüber, daß der Strukturwandel vorankommt. Noch nie gab es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen so viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich wie 1996: 38 000 mehr als im Vorjahr.

Neue Unternehmen schaffen auch neue Arbeitsplätze; davon brauchen wir mehr. Wir brauchen deshalb noch mehr Selbständige, die das Risiko auf sich nehmen, eine eigene Existenz zu gründen. Auch hier sind wir auf dem richtigen Weg. Während 1980 in Nordrhein-Westfalen noch jeder 13. Erwerbstätige selbständig war, war es 1994 schon jeder 11.

Im Handwerk haben wir bis jetzt über 1 400 Existenzgründungen durch eine Meistergründungsprämie von 20 000 DM gefördert. Dadurch entstehen über 4 000 neue Arbeitsplätze.

Wir verbessern den Zugang junger Unternehmen zu Risikokapital durch Landesbürgschaften. Außerdem wollen wir in diesem Jahr einen speziellen Fonds für Risikokapital einrichten. Die Landesregierung steht zur Zeit darüber in Verhandlungen mit den Banken.

Arbeitsplätze fallen vor allem in der Industrie weg. Das wäre besser zu verkraften, wenn der Zuwachs in anderen Bereichen das ausgleichen könnte. Der Saldo ist aber negativ.

Die Zahl aller Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen - Arbeitnehmer, Selbständige, mithelfende Familienangehörige - lag 1996 bei 7,2 Millionen. Das waren knapp 56 000 weniger als im Jahr zuvor. Das entspricht in Nordrhein-Westfalen einem Rückgang von 0,8 %.

Im Bund lag die Beschäftigung 1996 um etwa 307 000 Personen niedriger als 1995. Das entspricht einem Rückgang von 1,1 %. Das ist eine Zahl, die niemand verschweigen sollte, der über unterschiedliche Wachstumsraten in den Ländern spricht.

Der Wachstumsträger 1996 waren in Nordrhein-Westfalen die wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen. Bei den Dienstleistungen insgesamt gab es einen Zuwachs von 0,8 % bei den Arbeitsplätzen.

Die Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe gingen um 3,4 % zurück. Ende 1996 waren in

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) der nordrhein-westfälischen Industrie knapp 1,6 Millionen Menschen beschäftigt. Das sind etwa 60 000 weniger als vor Jahresfrist.

Auch innerhalb der Industrie ist die Wirklichkeit viel differenzierter, als manche Beiträge zur sogenannten Standortdebatte es ahnen lassen. Insgesamt ist die Industrieproduktion im vergangenen Jahr um 2 % zurückgegangen. Ein Minus haben neben dem Steinkohlenbergbau auch die Metallerzeugung und das Textilgewerbe zu verzeichnen. Ganz anders sieht es bei der chemischen Industrie aus mit einem Produktionswachstum von 5 %, beim Maschinenbau mit plus 3 % oder gar bei der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik mit plus 7 %.

Diese unterschiedlichen Tendenzen zeigen, daß die Investitions- und die Produktionsbedingungen in unserem Land so schlecht nicht sein können. Um so wichtiger ist es, meine Damen und Herren, daß Wachstumsfelder weiter gestärkt werden. Dazu gehört der Medienbereich.

Nordrhein-Westfalen ist der führende Medienstandort in Deutschland. Diesen Vorsprung will die Landesregierung weiter ausbauen. Ich nenne nur einige Stichworte: das Projekt InfoCity NRW, Multimedia Gelsenkirchen, das Europäische Zentrum für Medienkompetenz in Marl, das in diesem Jahr seine Arbeit aufnimmt, die Verknüpfung aller Universitäten und Fachhochschulen des Landes über ein Hochleistungsnetz. Das sind einige Beispiele für das, was die Landesregierung tut, um Menschen neue Arbeit zu schaffen und um bestehende Arbeitsplätze sicherer zu machen.

Nun sage ich ganz deutlich dazu: Das reicht nicht. Das reicht auch dann nicht, wenn wir alle Mittel und Kräfte eines so großen Landes wie Nordrhein-Westfalen einsetzen. Wir können die Wende am Arbeitsmarkt nicht allein in Nordrhein-Westfalen herbeizwingen. Zur Wahrheit gehört aber auch - und deshalb muß es hier ganz deutlich gesagt werden -: Wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik machen würden wie auf Bundesebene, dann wäre die Situation noch viel schlechter.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen in Nordrhein-Westfalen das Spiel nämlich nicht mit, jeden Monat auf ein neues Pferd zu setzen, das der wirtschaftspolitische Renner sein soll. Wir machen das Spiel nicht mit, jeden Monat so zu tun, als habe man den archimedischen Punkt gefunden, an dem mehr Beschäftigung hängt.

Ich glaube, daß es die Menschen satt haben, immer wieder mit neuen Versprechungen und Verheißungen hingehalten zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Einmal soll der liberalisierte Ladenschluß die große Wende bringen, dann ist es die private Arbeitsvermittlung, dann soll der Kündigungsschutz gelockert werden oder die Lohnfortzahlung bei Krankheit entfallen. Ein anderes Mal ist es der angebliche Freizeitpark Deutschland, der das Kernproblem ist, und wieder ein anderes Mal ist es der Spitzensteuersatz, der den Millionären die Lust am Investieren verdirbt.

(Werner Stump [CDU]: Und was schlagen Sie vor?)

Wir haben gestern darüber gesprochen, was wir von den Niederländern lernen können. Eines kann man ganz sicher lernen: Die Niederländer machen nicht den Fehler, einzelne Themen zu Fetischthemen aufzublasen.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen nicht den Fehler zu glauben, allein vom Spitzensteuersatz hänge Wohl und Weh ihrer Wirtschaft ab. Dieser liegt dort - ich habe es bereits gestern gesagt - bei 60 Prozent, und das schon bei einem Einkommen von 83 000 DM. Das allein scheint also den Erfolg der niederländischen Wirtschaftspolitik nicht verhindert zu haben; vielleicht gibt das doch zu denken.

Meine Damen und Herren, die F.D.P. ist wegen ihrer führenden Rolle bei einer Politik, die auf Effekthascherei statt auf Substanz zielt, im Landtag nicht mehr vertreten.

(Zurufe von der SPD: Gott sei Dank! Zum Glück!)

Es ist nämlich eine Politik, die immer unter dem Eindruck des Augenblicks agiert und sich jeden Monat an einem neuen Leitsternchen orientiert. Darum meine ich: Wir sollten uns selber fragen, ob Menschen wirklich Vertrauen fassen, wenn der Bundeskanzler von ihnen weiteren Lohnverzicht fordert, obwohl sie diesen doch schon seit Jahren real leisten.

Es gibt viele Ursachen dafür, daß die Arbeitslosenzahlen einen skandalösen Rekord erreicht haben. Eine davon ist besonders wichtig: Es ist die fehlende Binnennachfrage.

Dies hat auch die Dresdner Bank vor einigen Wochen ganz klar analysiert: "Schwachpunkt ist die

(C)

(A) Binnenkonjunktur, hier fehlen positive Erwartungen", heißt es in Ihrer Mitteilung von Ende Januar. Es lohnt sich, einmal zur Kenntnis zu nehmen, was diese gewiß unverdächtige Zeugin in ihrer Analyse schreibt - ich zitiere -:

"1996 erlebte die Diskussion um den Standort Deutschland einen neuen Höhepunkt. Zahlreiche Indizien, wie zum Beispiel die steigenden Sozialversicherungslasten, das verwirrende Steuerrecht und mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt, dienten als Beweis für Standortnachteile. So berechtigt die Besorgnis über die Probleme ist, im Ganzen entstand mitunter ein Zerrbild unserer wirtschaftlichen Wirklichkeit."

Des weiteren weist die Dresdner Bank darauf hin - ich zitiere -, "daß Deutschland bezogen auf die Lohnstückkosten eine ähnliche Wettbewerbsposition wie zu Beginn der 90er Jahre erlangt hat."

Meine Damen und Herren, wer falsche Diagnosen stellt, kann nicht die richtige Therapie finden. Bei aller Orientierungslosigkeit der Bonner Wirtschaftspolitik folgt sie immer dem gleichen Instinkt: Einseitige Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. - Ich glaube nicht, daß der Arzt gut beraten ist, der den Aderlaß als einziges Allheilmittel für medizinisch indiziert hält.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Patient, also die Wirtschaft, ganz am Boden liegt, weil die Binnennachfrage völlig abgewürgt ist, dann könnte dieser Arzt behaupten, der Aderlaß hätte noch viel größer sein müssen, um zu helfen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das muß Clement einmal hören!)

Wir wollen uns an einer solchen Quacksalberei nicht beteiligen. Wir wollen verlässliche Politik auch in einer Zeit des Umbruchs.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Da spricht der Wirtschaftsminister!)

Ich habe den sicheren Eindruck, daß dieser Kurs stimmt und daß wir an ihm festhalten. Das zeigt die Politik, die wir betreiben und die ich gemeinsam mit Wolfgang Clement betreibe.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Hören Sie sich Herrn Clement einmal draußen an!)

Herr Kollege Linssen, fast 10 000 zusätzliche Unternehmen haben im vergangenen Jahr in

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Nordrhein-Westfalen über 40 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Werner Stump [CDU]: Wieviel sind weggegangen?)

- Das ist eine Nettozahl, Herr Kollege.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: 70 000 netto haben wir verloren!)

Sie sind der praktische Beweis dafür, daß wir in Nordrhein-Westfalen ein investitionsfreundliches Klima haben.

Das Land hat 1996 weniger Schulden gemacht als geplant. Das unterscheidet unseren Finanzminister von dem des Bundes:

(Beifall bei der SPD)

Weniger Schulden trotz größerer Steuerausfälle und trotz unvermeidbarer Mehrausgaben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weniger Schulden?)

Das war nur möglich, weil wir sparsamer wirtschaften als andere.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie machen noch mehr Schulden, Herr Ministerpräsident!)

Das zeigt auch eine längerfristige Entwicklung.

(Zurufe von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist pro Kopf weniger verschuldet als die meisten anderen Länder.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das habe ich ja noch nie gehört!)

Wir liegen auf Platz 4 im Vergleich der westlichen Flächenländer; 1990 lagen wir noch auf Platz 6. Wir sparen nicht am falschen Fleck: Schulen, Bildung, Forschung und Wissenschaft bekommen in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr mehr Mittel. Das unterscheidet uns von anderen; der Bund kürzt in diesem Jahr die Mittel für Bildung und Forschung um fast 6 %.

Wir haben als erste Landesregierung beschlossen, ab 1997 nur noch den Bau von solchen Wohnungen zu fördern, die ein Viertel weniger Energie verbrauchen, als es die Wärmeschutzordnung heute verlangt. Das schafft zusätzliche Arbeit, es nützt der Umwelt, und es erspart Heizkosten.

Kein Land fördert Energie aus Wind, Sonne und Wasser so wie Nordrhein-Westfalen. Wir tun das

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) mit vernünftigen Tarifen, mit finanzieller Förderung und durch Ausbildung und Beratung.

Unser Land war beim Bio-Regio-Wettbewerb erfolgreich. Jetzt schweigen manche, die uns noch vor kurzem Rückständigkeit bei moderner Technik vorgeworfen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Internationale Bauausstellung Emscher Park war der offizielle deutsche Beitrag bei der Architektur-Biennale in Venedig. Die Bundesregierung wußte, warum sie sich für Spitzenqualität aus Nordrhein-Westfalen entschieden hat.

Die Opposition wird sagen - das sagt sie immer -, das alles reiche nicht aus. Sie bestätigt das deutsche Sprichwort: Man kann arbeiten wie ein Ackergaul, für Zuschauer ist man immer zu faul.

(Heiterkeit)

Aber es hat schon seinen Grund, daß die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht der CDU den Beweis abverlangt haben, was in Nordrhein-Westfalen an guter Politik möglich ist, sondern dieser Landesregierung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Dr. Helmut Linsen [CDU]: Er pfeift im dunklen Walde!)

(B)

Wir werden unseren Kurs fortsetzen. Wir werden weiter zeigen, daß die Politik etwas zum Besseren verändern kann und daß es einen dritten, realistischen Weg zwischen Schönreden und Schwarzmalen gibt. - Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Kasperek.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Ich möchte mich zunächst bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, für den Landesentwicklungsbericht und Ihre Rede bedanken und im Namen der SPD-Fraktion dazu Stellung nehmen.

Wir alle wissen: Die Bundesrepublik befindet sich in einer extrem scharfen ökonomischen und sozialen Krisensituation. Das Stichwort Massenarbeitslosigkeit ist in aller Munde. Im Januar waren in Deutschland annähernd 4,7 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Wir alle wissen: Berücksich-

tigt man diejenigen, die sich in Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen befinden, und die Dunkelziffer, also diejenigen, die aus der Arbeitslosenstatistik herausgesteuert worden sind, haben wir mehr als 6 Millionen Arbeitslose. Das entspricht den sprichwörtlichen Weimarer Verhältnissen.

Noch halten die sozialen Sicherungssysteme. Aber auch dort wächst die Instabilität: bei der Rentenversicherung und bei der Krankenversicherung, deren finanzielle Grundlagen wegen Arbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung wegbrechen, und natürlich auch bei der Arbeitslosenversicherung, die dem Ansturm nur um den Preis noch höherer Bundeszuschüsse noch standhält.

Die Politik der CDU in Bonn im Zusammenhang mit Rentnern, Arbeitslosen und Kranken ist nichts anderes, als daß Angst und Schrecken unter ihnen verbreitet wird.

(Beifall des Loke Mernizka [SPD])

Das Jahr 1997 ist ein Schicksalsjahr für die Zukunft unserer Republik. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß, wenn sich diese ökonomische und soziale Krisensituation verschärft, mit den daraus resultierenden sozialen Ängsten nicht nur die soziale Stabilität, sondern auch die politische Stabilität in Deutschland gefährdet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es besteht also großer Handlungsbedarf auf Bundesebene, um den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Obwohl die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft relativ günstig stehen - die D-Mark steht nicht mehr unter Aufwertungsdruck, die Exporte ziehen an -, wird die Arbeitslosigkeit leider nicht abnehmen. Ein Grund dafür liegt auf der Hand: Die Binnennachfrage stagniert. Die Niederlande werden uns als Vorbild vorgehalten. Während hier der private Verbrauch und die gesamte Binnennachfrage durch eine harte Sparpolitik des Bundes und durch immer weiter ansteigende Lohnnebenkosten erstickt wird, ist ja gerade in den Niederlanden die Binnennachfrage die Lokomotive der Konjunktur. Das haben wir auch gestern schon diskutiert.

Die wichtigste Aufgabe, die auf der Bundesebene geleistet werden muß, ist daher die Reduzierung der zu hohen Lohnnebenkosten durch Herausnah-

(C)

(A) gelobt und erfahren soviel Zustimmung, daß die bornierte Haltung der CDU-Fraktion, die damit ziemlich alleine steht, richtig auffällt.

Meine Damen und Herren, die Landesentwicklungsplanung verfolgt seit Jahrzehnten das Ziel, die Siedlungsentwicklung auf Siedlungsschwerpunkte auszurichten und hierbei vor allem das Angebot des ÖPNV zu berücksichtigen. Wir dürfen dabei nicht bei Sonntagsreden stehenbleiben, sondern wir müssen konkret handeln, und dem dient unsere neue Regelung.

Wir werden auch in Zukunft den Einsatz von Fördermitteln im Mietwohnungsbau ermöglichen. Wir sehen in diesem Jahr wieder mehrere Milliarden DM dafür vor, aber wir werden diese Mittel an Standorten konzentrieren, die der Innenentwicklung dienen und die einen sozialen Bedarf befriedigen.

Meine Damen und Herren, es besteht einhellig Konsens darüber, daß der ÖPNV gestärkt werden muß und wir alle der Zersiedelung der freien Landschaft entgegenwirken müssen.

Ich frage Sie einmal, Herr Hardt - ich weiß ja, daß Sie selbst auch Verkehrspolitiker sind -: Wie wollen wir denn die Schienenstrecken gerade im ländlichen Raum wirtschaftlich machen, wenn wir weiterhin diesen Wahnsinn fortsetzen und das Wohnen auf der grünen Wiese mit der Folge fördern, daß die Leute gerade nicht umsteigen, sondern weiterhin mit dem motorisierten Individualverkehr zu ihrem Arbeitsplatz, zum Einkaufen oder in der Freizeit fahren?

(rhythmischer Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen nun die riesigen Baulandpotentiale erschließen, die in der Nähe dieser Strecken liegen.

Ich kann Ihnen Beispiele nennen - in Bielefeld-Quelle, in Neuss-Allerheiligen; das kennt Herr Zell-nig sehr gut -, bei denen wir durch unser Programm, Wohnen wieder in die Nähe der Schiene zu bringen, neue Haltepunkte initiieren und neue Strecken und neue Kunden für diese Strecken finden konnten. So müssen nach meiner Meinung die Verkehrspolitik und die Wohnungsbaupolitik in Übereinstimmung gebracht werden. Ich meine, wir sind auf einem guten Weg, und diesen Weg werden wir fortsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Gerd-Peter Wolf [SPD] - Gerd-Peter Wolf [SPD]: Gut gebrüllt, Löwe!)

(D)

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen abstimmen, wo die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen sollen. Wer dem Vorschlag die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

9 Gesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein - K.d.ö.R. -, dem Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen - K.d.ö.R. - und der Synagogen-Gemeinde Köln - K.d.ö.R. -

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/1799

erste Lesung

Zur Einbringung erteile ich Herrn Ministerpräsident Dr. Rau das Wort. (D)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 1. Dezember 1992 haben wir den Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Jüdischen Kultusgemeinden unterzeichnet. Mit diesem Vertrag haben wir deutlich gemacht, daß wir eine besondere geschichtliche Verantwortung des deutschen Volkes für das jüdische Leben in der Bundesrepublik Deutschland und in unserem Land tragen. Als Ausdruck dessen sieht der Vertrag vor, das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen in seiner ganzen Breite zu fördern.

Neben vielen Fragen der Erwachsenenbildung, der Beteiligung am öffentlichen Rundfunk, des Friedhofswesens und des Feiertagsrechts regelt er aber vor allem auch unsere finanzielle Unterstützung für die Jüdischen Kultusgemeinden. Im Haushaltsjahr 1997 wären nach dem Vertrag vom Land voraussichtlich etwas mehr als 3,5 Millionen DM zu zahlen gewesen. Die vertrag-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

A) lich vorgesehenen Landesleistungen sind aber bei weitem nicht mehr ausreichend.

Seit einigen Jahren, vor allem seit dem Ende der Teilung Europas, haben viele Juden ihre alte Heimat in der ehemaligen Sowjetunion verlassen. Sie haben das getan, weil sie dort keine Perspektiven mehr für sich gesehen haben. Viele von ihnen sind zu uns nach Nordrhein-Westfalen gekommen.

In den vergangenen Jahren sind die kleinen jüdischen Gemeinden bei uns aufgrund dieser Entwicklung erfreulich gewachsen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß wir auf dem Weg der Vertrauensbildung zwischen Juden und nichtjüdischen Deutschen deutlich vorangekommen sind. Inzwischen sind aber mehr Menschen in unser Land gekommen, als wir bei Abschluß des Vertrags gedacht haben. Die Mitgliederzahl der Jüdischen Kultusgemeinden hat sich nahezu verdoppelt. Mit einer weiteren Verdoppelung wird gerechnet.

Diese unerwartet große Zuwanderung stellt die Gemeinden vor große Aufgaben. Die vielen Dazugekommenen aus der früheren Sowjetunion verändern das Leben in den Gemeinden. Sie bringen neue Herausforderungen, sie bringen auch neue finanzielle Sorgen.

B)

Zu den traurigen Erkenntnissen gehört, daß die Zuwanderer in der ehemaligen Sowjetunion von ihren in Jahrhunderten gewachsenen kulturellen und religiösen Wurzeln fast völlig abgeschnitten wurden. Hier bei uns sind sie in ein für sie völlig fremdes gesellschaftliches und kulturelles Umfeld gestellt. Darum brauchen sie neben Unterricht in deutscher Sprache auch soziale und religiöse Betreuung. All das bieten die Gemeinden an, all das kostet selbstverständlich Geld.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Die personellen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten der Jüdischen Kultusgemeinden und unsere im Vertrag von 1992 zugesicherte Unterstützung reichen nicht aus, um heute das zu tun, was nötig ist.

Wir wußten bei den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 1997 bereits, daß die Leistungen nach dem Vertrag angepaßt werden mußten. Darum haben wir schon im Vorgriff auf die Änderung des Vertrags im Haushaltsplan 1997 den Ansatz für die Leistungen erhöht. Dem haben Sie zugestimmt, und dafür danke ich Ihnen.

Der am 18. Februar dieses Jahres unterzeichnete Änderungsvertrag regelt die notwendig gewordene Anpassung des 1992 geschlossenen Vertrags. Dieser Vertrag bedarf entsprechend Artikel 23 Abs. 2 unserer Landesverfassung der Zustimmung durch ein Gesetz.

Wir sind mit dem 1992 abgeschlossenen Vertrag einen Schritt auf dem Weg der Verständigung, der Versöhnung und der Zusammenarbeit gegangen. Auf diesem Weg schreiten wir mit dem Änderungsvertrag fort. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

Eine Debatte zu diesem Punkt ist nicht vorgesehen, so daß wir jetzt nur über die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuß abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuß einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

10 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a GG;

hier: Anmeldung zum 25. Rahmenplan nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Unterrichtung
des Landtags gemäß § 10 Abs. 3 LHO
Vorlage 12/1058

Beschlußempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/1789

Ich verweise erstens auf die obengenannte Beschlußempfehlung, zweitens auf den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/1828 und drittens auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1841.

(C)

(A) Beginn: 13.31 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle zu unserer heutigen, der 52. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode und heiße Sie herzlich willkommen. Ich begrüße in besonderer Weise unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 15 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, die Einberufung unserer heutigen Sondersitzung erfolgte auf Antrag von 77 Abgeordneten der Fraktion der SPD und 22 Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Artikel 38 Abs. 4 unserer Landesverfassung lautet dazu:

"Auf Antrag der Landesregierung oder eines Viertels seiner Mitglieder muß der Landtag unverzüglich einberufen werden."

Wie Sie den Unterschriftenlisten, die der Einladung zur heutigen Sitzung beigelegt sind, entnehmen können, ist diese Voraussetzung nach Artikel 38 Abs. 4 der Landesverfassung für die heutige Sondersitzung erfüllt.

Meine Damen und Herren! Wir treten in die Beratung unserer Tagesordnung ein. Ich rufe den einzigen Punkt auf:

Zukunft für den Steinkohlenbergbau und für die Menschen in den Bergbaurevieren

in Verbindung damit:

Regierungserklärung

Die Auswirkungen der Bonner Finanzkürzungen auf die Zukunft der deutschen Steinkohle

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Drucksache 12/1870 einen Entschließungsantrag vorgelegt, der in die Beratungen einbezogen wird und der Ihnen eigentlich schon vorliegen müßte, jedenfalls in diesen Minuten verteilt wird.

(D)

(B)

Soweit zum Vorspann. - Zur Regierungserklärung erteile ich nun dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort. Bitte sehr. (C)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am vergangenen Donnerstag hat die Bundesregierung zum ersten Male mit zwei konkreten Zahlen ihre Pläne zur Finanzierung der Steinkohle auf den Tisch gelegt: 7 Milliarden Bundeshilfen im Jahre 2000, 3,8 Milliarden im Jahre 2005.

Das hat nicht nur bei den Bergleuten im Ruhrgebiet und an der Saar zu Empörung, Wut und Enttäuschung geführt. Sie fühlten sich getäuscht, weil sie sich offenbar nicht mehr auf geltendes Recht und auf getroffene Vereinbarungen verlassen können.

(Zurufe von der CDU)

Es kann niemanden wundern, daß die Bergleute öffentlich sehr deutlich gemacht haben, was sie von einer solchen Politik halten.

(Lebhafte Beifall bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Ich bin froh darüber, daß sie sich dabei insgesamt so beherrscht und diszipliniert verhalten haben. (D)

(Lebhafte Beifall bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Die Pläne der Bundesregierung hätten den Bergbau und die Bergbaurevieren in eine existentielle Krise gestürzt:

- Sieben Schachtanlagen weniger bis zum Jahr 2000,
- mindestens drei weitere Schachtanlagen weniger bis zum Jahre 2005,
- Massenentlassungen und betriebsbedingte Kündigungen

wären die Folgen gewesen.

Die Landesregierung hat sich am letzten Freitag in einer Sondersitzung mit den Plänen der Bundesregierung befaßt und eine Erklärung dazu abgegeben.

Für den 8. März hatte ich zusammen mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, meinem Kollegen Oskar Lafontaine,

(Lachen und zahlreiche lebhaftes Zurufe von der CDU)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

A) Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, der IG Metall,

(Anhaltende Zurufe von der CDU - Glocke)

der Bergbauunternehmen, der Kirchen,

(Lothar Hegemann [CDU]: Keinen Pfennig auf der Tasche, aber große Backe!)

der Wirtschaft, der Politik, der Städte, der Gemeinden und der Verbände zu einer Konferenz nach Düsseldorf eingeladen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben dort die "Düsseldorfer Erklärung zur Zukunft des Steinkohlenbergbaus" verabschiedet. Der Kernsatz dieser Erklärung lautet:

"Die Teilnehmer der Konferenz fordern daher alle Verantwortlichen dringend auf, den notwendigen, bisher tragenden sozialen Grundkonsens nicht zu verlassen, sondern zu sichern und auf der Grundlage geltender Gesetze und getroffener Vereinbarungen (Artikelgesetz, Hüttenvertrag) zu einer gemeinsamen Kohlepolitik zurückzukehren."

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

B) Heute morgen hat nun der Bund seine unververtretbaren Kürzungspläne ein Stück korrigiert. Ich danke Wolfgang Clement für alles, was er dazu in den letzten Tagen und Nächten beigetragen hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Für den Steinkohlenbergbau sollen jetzt sowohl in den kommenden drei Jahren als auch bis zum Jahre 2005 zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung war zu diesem Schritt nur bereit, wenn es zu zusätzlichen Belastungen für Nordrhein-Westfalen kommt. Die Landesregierung hat sich dazu bereit erklärt. Diese Entscheidung ist uns außerordentlich schwer gefallen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn ich das Ergebnis allein energiepolitisch und finanzpolitisch bewerte, könnte ich es nicht vertreten. Aber hier stand mehr auf dem Spiel. Die Bundesregierung hätte es mit ihren ursprünglichen Kürzungsvorschlägen in Kauf genommen, daß es zu einer arbeitsmarktpolitischen Katastrophe in den Kohleregionen gekommen wäre. In einer Zeit, in der so viele Männer und Frauen ohne Arbeit sind wie noch nie seit Gründung der Bundesre-

publik Deutschland, konnten und wollten wir diesem Katastrophenkurs nicht tatenlos zusehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei den Plänen der Bundesregierung aus der vergangenen Woche hatte es sich um unbegrenzte Zumutungen gehandelt. Jetzt ist es gelungen, die Zumutungen wenigstens zu begrenzen. Aber es bleiben Zumutungen für die Bergleute, für die Bergbauregionen und für das Land Nordrhein-Westfalen, zu dessen Lasten sich der Bund eines Teils seiner finanziellen Verpflichtungen für die Kohlepolitik entledigt.

Das hat nicht in erster Linie mit fehlendem Geld beim Bund zu tun, sondern mit mangelndem politischen Willen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich erinnere daran, daß das Land Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen hatte, den Kohlepfennig durch eine ökologische Stromsteuer zu ersetzen. Sie hätte Finanzierungssicherheit für die deutsche Steinkohle geschaffen und hätte Anreize zum Stromsparen gesetzt. Die Landesregierung hält diesen Weg nach wie vor für richtig. Aber die Bundesregierung war und ist dazu nicht bereit. Sie hat damit selber verhindert, daß dem Bund die Mittel zur Verfügung stehen, die für eine moderne Energiepolitik und eine verlässliche Kohlepolitik notwendig wären.

(Beifall des Loke Mernizka [SPD] und des Reinhold Trinius [SPD])

Die Ruhrkohle AG wird nun bis zur Sommerpause entscheiden müssen, welche Schachanlagen stillgelegt werden. Dann wird in letzter Konsequenz deutlich werden, daß dieser 13. März 1997 ein ganz schwerer Tag für Nordrhein-Westfalen ist.

Dieses Ergebnis, meine Damen und Herren, kann man nur richtig einordnen, wenn man sich noch einmal die wichtigen Stationen der vergangenen Jahre in Erinnerung ruft. Vor fast genau zwei Jahren, am 16. März 1995, hat es bei den Energiekonsensgesprächen in Bonn eine Verständigung darüber gegeben, daß der Bund allein für die Kohleverstromung bis zum Jahre 2000 7 Milliarden DM jährlich zur Verfügung stellt. Auf der einen Seite des Verhandlungstisches saßen damals unter anderem die Ministerpräsidenten des Saarlandes und Niedersachsens und für Nordrhein-Westfalen der damalige Chef der Staatskanzlei und heutige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement.

(C)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Auf der anderen Seite saßen unter anderem die Bundesministerin Dr. Merkel, der Bundeswirtschaftsminister Dr. Rexrodt, der Ministerpräsident des Freistaates Bayern und sein sächsischer Kollege Prof. Dr. Biedenkopf sowie der Vorsitzende der CDU-Fraktion hier im Landtag.

Damals, am 16. März 1995, haben die Verhandlungsführer der Bonner Koalitionsparteien und der SPD vereinbart:

"Beide Seiten sind sich einig, daß im Falle der Nichteinigung"

- gemeint war die Finanzierung der Kohleverstromung bis zum Jahre 2005 -

"die Finanzplafonds des Artikelgesetzes eingehalten werden. In diesem Fall will der Bund noch in diesem Jahr"

- also 1995 -

"Zuwendungsbescheide für 1999 und 2000 entsprechend dem Artikelgesetz erteilen."

Diese Frist ist mit unserem Einverständnis bis zum Frühjahr 1996 verlängert worden. Heute, wiederum ein Jahr später, liegen die verbindlich zugesagten Zuwendungsbescheide immer noch nicht vor.

(D)

(B) Es war kein Beitrag zur Verlässlichkeit politischer Entscheidungen, daß sowohl der Ministerpräsident des Freistaates Bayern als auch sein sächsischer Kollege bereits vor einiger Zeit deutlich gemacht haben, daß sie sich nicht an die damals gefundene Verständigung halten wollen. Ich gestehe, daß ich für dieses Verhalten wenig Verständnis habe.

Ich will mich jetzt einer Bewertung dessen enthalten, was der Oppositionsführer hier im Landtag zu diesem Thema immer wieder vorgetragen hat. Aber ich sage: Wer mit der Bundesregierung behauptet hatte, mit ihrem Angebot stünden 5,5 Milliarden DM für die Kohlefinanzierung zur Verfügung, der hatte klammheimlich die finanzielle Belastung des Landes Nordrhein-Westfalen für Absatzhilfen auf 1,5 Milliarden DM verdoppelt. Das Entscheidende wurde dabei verschwiegen: Der Bund wollte vollständig aus seinen Verpflichtungen für die Koks-kohlenhilfen aussteigen. So kann und so darf niemand handeln, der als politisch Verantwortlicher den Interessen unseres Landes verpflichtet ist.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C) Meine Damen und Herren! Es ist unbestreitbar, daß die deutsche Steinkohle heute weniger Unterstützung hat als noch vor einigen Jahren. Das gilt nicht nur für die Politik, das gilt auch für viele Teile der Öffentlichkeit.

In Diskussionen über die heimische Steinkohle begegne ich immer wieder Vorurteilen, die sachliche Diskussion erschweren und vernünftige Entscheidungen behindern.

Zu den hartnäckigsten Vorurteilen gehört die Vorstellung, der Bergbau in unserem Land habe sich in der Vergangenheit allen Veränderungen entzogen und wolle auch in Zukunft weitermachen wie bisher. Dem will ich ganz entschieden widersprechen.

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, mit mir gemeinsam Fakten gegen Vorurteile zu setzen.

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Arbeitsplätze im Bergbau um über 80 000 zurückgegangen; allein 7 000 waren es im vergangenen Jahr.

Fakten gegen Vorurteile: Das gilt auch mit Blick auf die Vorstellungen für die Zukunft. Der Vorschlag, den der Bergbau und die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im vergangenen Herbst vorgelegt hatten, war ein schmerzlicher Vorschlag, er war das Gegenteil von "weiter so": Er sah tiefe Einschnitte vor, aber er war sozial beherrschbar.

Die Bergleute tragen schon seit vielen Jahren durch Arbeitszeitverkürzung und weniger Lohn dazu bei, daß der Abbau von Arbeitsplätzen für die Bergleute nicht in die Arbeitslosigkeit führt. Ich habe großen Respekt vor dieser ganz praktischen Form von Solidarität.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich frage die politisch Verantwortlichen in Bundesregierung und Bundestag, in den Unternehmen und Verbänden, ich frage auch uns und die deutsche Öffentlichkeit: Kennen Sie eine Gewerkschaft in irgendeinem Land der Welt, die für den eigenen Organisationsbereich jemals so einschneidende Veränderungen vorgeschlagen hat?

Ich frage: Wo in unserem Lande gibt es noch so viel Bereitschaft, die eigenen Interessen ein Stück zurückzustellen? Wie kann vor diesem Hintergrund die Rede davon sein, daß die Bergleute und ihre Gewerkschaft die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätten?

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

A) In der Diskussion über die künftige Kohlefinanzierung spielen auch Feststellungen und Behauptungen eine Rolle, die zunächst plausibel klingen, aber näherer Überprüfung nicht standhalten. Da wird zum Beispiel gesagt, wir könnten es uns nicht länger leisten, jeden Bergmann mit über 100 000 DM im Jahr zu subventionieren. Das klingt dramatisch, aber schon nach kurzem Nachdenken erweist es sich als ein Vorurteil.

Die öffentlichen Hilfen für den Steinkohlenbergbau dienen nicht dazu, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen zu sichern, sondern dazu, deutsche Steinkohle gegenüber Importkohle konkurrenzfähig zu machen.

(Zurufe von der CDU: Das ist doch dasselbe! Was soll denn das? Gegenrufe von den GRÜNEN)

Wer die öffentlichen Hilfen je Bergarbeiter umrechnet, der erweckt den Eindruck, der große Finanzbedarf entstehe durch die geringe Leistungsfähigkeit der Bergleute und des deutschen Bergbaus.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch! - Weitere Zurufe - Gegenrufe)

In Wirklichkeit verhält es sich ganz anders:

B) Es geht auch um die Finanzierung von Stillebungshilfen und Erblasten. Diese Mittel gehen an die Unternehmen und können nicht den Beschäftigten angerechnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem geht es nicht nur um die Arbeitsplätze im Bergbau, sondern auch um die Arbeitsplätze, die eng mit dem Bergbau verbunden sind. Das sind mindestens noch einmal so viele wie im Bergbau. Dieses Beispiel zeigt: Das ist kein ernsthaftes Argument!

Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, daß es in der Energiepolitik unterschiedliche Ansichten und Einsichten gibt, aber auch unterschiedliche Interessen. Interessengeleitete Politik darf aber nie versuchen, grundlegende Sachverhalte außer Kraft zu setzen, auch dann nicht, wenn es um viel Geld geht.

Ich erinnere deshalb an das, was die von der Bundesregierung Ende der achtziger Jahre eingesetzte Kohlekommission unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Paul Mikat zur Finanzverantwortung für die Kohle gesagt hat. In Ziffer vier der "Grundausagen" der Kohlekommission - der übrigens auch

der energiepolitische Sprecher der F.D.P., Herr Friedhoff, angehört hat - heißt es:

"Versorgungssicherheit ist gesamtstaatliche Aufgabe; Kohlepolitik und ihre Finanzierung liegen deshalb ausschließlich in der Verantwortung des Bundes. Dies spricht für eine Aufhebung der finanziellen Drittelbeteiligung durch die Bergbauländer. Die direkte Finanzierung der Kohlehilfen aus dem Bundeshaushalt erhöht die Transparenz und erleichtert die EG-weite und internationale Akzeptanz."

Ich habe es vor diesem Hintergrund als eine Zumutung empfunden, wenn nicht nur von Seiten der Bundesregierung die Erwartung an das Land gerichtet worden ist, noch mehr Geld für den Steinkohlenbergbau zur Verfügung zu stellen.

Wenn für eine Aufgabe, die in der Zuständigkeit des Bundes liegt und an der sich das Land Nordrhein-Westfalen auf freiwilliger Grundlage finanziell beteiligt, die Gesamtausgaben verringert werden, dann entspräche es der Logik, daß die Belastungen bei beiden Financiers zurückgingen.

Bis in die achtziger Jahre hinein hat sich die Bundesregierung in der Europäischen Union und auf den Weltwirtschaftsgipfeln für ihre Kohlepolitik loben lassen. Sie leistete mit ihren Kohlehilfen einen wesentlichen Beitrag dazu, daß unsere Abhängigkeit vom Öl nicht weiter angestiegen ist. Über diese Politik bestand in der Bundesrepublik ein weitgehender Konsens.

Daß bis heute Regionen unseres Landes stark vom Bergbau geprägt sind, ist ebenfalls eine Folge dieser bisher gemeinsamen Politik.

Es gibt keine Region in der früheren Bundesrepublik Deutschland, die mehr Erfahrungen damit hat, wirtschaftliche Strukturveränderungen und ihre Folgen zu organisieren, als das Ruhrgebiet.

In weiten Bereichen, die früher von der Montanindustrie geprägt waren, zeigen sich deutliche Erfolge der ökonomischen und ökologischen Erneuerung.

Gestützt auf eine gut ausgebaute Infrastruktur vom Verkehr bis hin zu Wissenschaft und Forschung sind dort viele neue Unternehmen entstanden, die mit innovativen Produkten und mit Dienstleistungen neue Märkte erschlossen haben. Das haben wir geschafft im breiten Konsens, und dazu haben viele beigetragen.

Wir werden am 21. März in Gelsenkirchen mit den Vertretern der Regionen darüber beraten, was

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) wir jetzt gemeinsam tun können. Damit die kohlepolitischen Beschlüsse des Bundes nicht zu bruchartigen Entwicklungen führen, ist jetzt wieder eine große Kraftanstrengung für neue Arbeit und für mehr Lebensqualität nötig.

Die große Ruhrgebietskonferenz 1979 in Castrop-Rauxel, das Zukunftsinvestitionsprogramm Montanregionen aus dem Jahr 1988 und die eng damit verbundene Regionalisierung der Strukturpolitik des Landes, das alles sind Beispiele dafür, daß es möglich ist, eine durch politische Fehlentscheidungen auf Bundesebene herbeigeführte Krise mit einer neuen Aufbruchstimmung zu konfrontieren. Was damals in Gang gesetzt worden ist, wird zum Teil erst jetzt richtig spürbar. Es gibt Projekte aus dieser Zeit, die erst jetzt neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Zehntausende von Arbeitsplätzen, die in den kommenden Jahren im Bergbau und darüber hinaus wegbrechen, können durch keine noch so kluge Politik im gleichen Zeitraum ersetzt werden. Wir müssen die Weichen für die Fortsetzung des Strukturwandels schnell stellen. Noch wichtiger ist aber, daß wir die Weichen richtig stellen.

Die finanzielle Situation aller öffentlichen Haushalte zwingt dazu, die knappen öffentlichen Mittel noch intelligenter und noch wirkungsvoller einzusetzen als bisher.

(Unruhe bei der CDU)

Wir können es uns weniger denn je leisten, noch so verständlichen Einzelinteressen nachzugeben oder unter Druck schnell, aber falsch zu handeln.

Strukturpolitik lebt von Stetigkeit, von Beharrlichkeit und klugem Handeln. Sie ist um so erfolgreicher, je mehr es gelingt, unterschiedliche fachpolitische Ansätze zusammenzuführen und so mit gleichen oder weniger Mitteln bessere Ergebnisse zu erreichen.

Die Landesregierung wird die betroffenen Regionen in dieser neuen, besonders schwierigen Phase des Strukturwandels nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes unterstützen. Das Land erwartet, daß sich die Ruhrkohle ebenfalls engagiert.

Vor allem aber muß sich der Bund als politischer Verursacher für den Wegfall Zehntausender von Arbeitsplätzen durch Investitionen und durch Fördermittel daran beteiligen, neue Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu schaffen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C) Wir können darauf bauen, daß die Europäische Union mit ihrer Strukturpolitik auch in Zukunft ein wichtiger Partner ist.

Meine Damen und Herren, seit einiger Zeit wird in der politischen Diskussion immer häufiger auf die Niederlande hingewiesen als gelungenes Beispiel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Viele, die darüber reden, vergessen, davon zu sprechen, was der wichtigste Faktor für den Erfolg unserer Nachbarn ist: Die Niederlande setzen bei der Lösung von schwierigen Aufgaben und gesellschaftlichen Konflikten auf Konsens und nicht auf Konfrontation.

(Erneuter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei uns gilt es dagegen inzwischen als modern, wenn man Konsens und Kompromiß als altmodisch und strukturkonservativ abtut.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Aber nicht bei der SPD.)

Häufig sind es die gleichen Stimmen, die einmal unbestreitbar gegensätzliche Interessen in unserer Gesellschaft leugnen und das andere Mal klare und harte Entscheidungen ohne Rücksicht auf Einzelinteressen fordern. Wohin eine solche Politik führt, das haben uns die Aktionen der vergangenen Tage deutlich vor Augen geführt.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Meinen Sie Lafontaine?)

Was soll man über eine Bundesregierung sagen, die sogar da auf Konfrontation setzt, wo eine Gewerkschaft selber weitgehende Einschnitte bei den Arbeitsplätzen vorschlägt?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich wende mich heute an alle Bergleute in unserem Land, aber auch alle anderen Mitbürgerinnen und Mitbürger:

(Lothar Hegemann [CDU]: Sie sollen im Plenum reden!)

Mit dem heutigen Tag ist der Weg, der vor uns liegt, noch ein Stück schwieriger geworden.

(Zuruf von der CDU: Noch schwieriger?)

Wir haben noch eine zusätzliche Last aufgepackt bekommen.

Ich bitte Sie alle: Lassen Sie uns diese Last gemeinsam tragen. Zu den Grunderfahrungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen gehört es, daß sie sich in schwierigen Zeiten aufeinander verlassen können. Sie wissen aus Erfahrung, daß es

(Ministerpräsident Dr. Rau)

A) sich für alle auszahlt, zusammenzustehen, füreinander einzustehen und gemeinsam dafür zu arbeiten, daß es für alle eine Zukunftsperspektive gibt und daß niemand an den Rand gedrängt oder aufgegeben wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden alles dafür tun, was ein Land dafür tun kann. Die Landesregierung steht für eine Politik, die soziale Brüche vermeidet. Wir wollen den Strukturwandel auch in Zukunft so gestalten, daß er sozial beherrschbar bleibt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich die Kraft der Montanregionen im Interesse der Menschen, die dort leben, und im Interesse unseres ganzen Landes in neuer Form entfalten kann. - Glückauf!

(Langanhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau für seine Regierungserklärung, eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort. - Bitte sehr.

(Beifall bei der CDU)

B)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Während wir hier eine Sondersitzung zu den wichtigen Problemen der Kohle und der Arbeitsplätze für Nordrhein-Westfalen haben, finden ab 14.00 Uhr die Betriebsversammlungen auf den einzelnen Zechen statt. Ich bin sicher, daß dort die Verantwortlichen der IGBE ihre Arbeit verantwortungsvoller und mehr konsensorientiert verrichten, als es gerade der Ministerpräsident hier getan hat.

(Beifall bei der CDU - Oh-Rufe bei SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, die CDU-Landtagsfraktion wird sich an diesem vorgezogenen Wahlkampf, den Sie in Ihrer Rede deutlich gemacht haben, nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Sie haben wohl nichts zu bieten!)

Ich habe den Eindruck, daß Sie in Ihren späten Regierungsjahren von Ihrem Motto "Versöhnen

statt spalten" offensichtlich völlig abgekommen sind. (C)

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Für die CDU-Landtagsfraktion begrüße ich die heute morgen getroffene Vereinbarung als einen fairen Kompromiß, bei dem sich alle Beteiligten gerade in den letzten 48 Stunden bewegt haben.

(Regina van Dinther [CDU]: Außer Lafontaine!)

Ich möchte den Beteiligten ausdrücklich danken: dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen, der IG Bergbau und auch

(Gisela Nacken [GRÜNE]: ... mir selber!)

den Bergbaunternehmen. Ich glaube, es ist gut, wenn wir uns die von den einzelnen geleisteten Beiträge hier heute etwas genauer anschauen, damit deutlich wird, daß die SPD offensichtlich, nachdem sie die Menschen auf die Barrikaden gejagt hat, Schwierigkeiten hat, sie jetzt wieder herunterzuholen.

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Das ist ja unverschämt! Wo leben Sie eigentlich?)

Ich habe in dem Herbstgespräch, zu dem der IG Bergbau-Vorsitzende Hans Berger die Fraktionsvorsitzenden nach Bochum in die IGBE-Zentrale eingeladen hatte, den beteiligten Kolleginnen und Kollegen erklärt, daß es wohl schlechterdings nicht möglich ist, daß sich die Politik als die bessere Interessenvertretung der Arbeitnehmer als die IGBE darstellen will. Dies haben seinerzeit die Kollegen Matthiesen, Clement und auch Hombach sehr schnell verstanden. Und sie sind damals in der gemeinsamen Erklärung sehr schnell in verantwortungsvoller Weise von der Forderung, nur die Sieben vor dem Komma der Hilfen im Jahre 2005 - das heißt: also 7 Milliarden DM - würde eine sozialverträgliche Anpassung erlauben, abgegangen. Meines Erachtens wußten die beteiligten Herren, was sie taten. (D)

Anschließend hat es ein massives Presseecho gegeben, das auf die Frage abzielte: "Müßt Ihr Euch denn nicht mehr mit dem Linssen beschäftigen, wenn der nicht 7 Milliarden will?" - Sie sind dann langsam aber sicher auf diesen Kurs eingeschwenkt.

(Lachen bei der SPD)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) nehmigung verstoßen wurde, daß Brandschutzregeln nicht eingehalten wurden und daß notwendige wiederkehrende Prüfungen nicht durchgeführt wurden, sondern im Untersuchungsbericht der Landesregierung wird dem Bauminister ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt: Es wird bemängelt, daß es - ich zitiere - "keine Sonderbauverordnung und keine Sonderbauordnung für Abfertigungsgebäude von Flughäfen gibt und daher grundsätzlich keine wiederkehrende bauaufsichtliche Überprüfungspflicht."

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Die gibt es nirgendwo in der Bundesrepublik, Herr Kollege!)

Bereits im Rahmen der Aktuellen Stunde vom 24. April 1996, also vor einem Jahr, habe ich die Landesregierung darauf hingewiesen, daß die Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen eklatante Lücken bei der Brandvorsorge und der wiederkehrenden Überprüfung von technischen Anlagen aufweist. Flughäfen werden von ihr nicht ausreichend erfaßt. Die technische Prüfverordnung, so stellt auch der Untersuchungsbericht fest, ist hier mehr als lückenhaft.

Herr Minister Vesper, als Sie mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch in der Opposition waren, haben Sie vor der Landtagswahl klar Stellung gegen diese Landesbauordnung bezogen. Ein Grund für die Ablehnung war, daß die Landesbauordnung unausgegoren ist und daß notwendige Überprüfungen fallengelassen wurden. Nachdem Sie Bauminister geworden waren, wollten Sie von einer sachgerechten Neuberatung der Landesbauordnung plötzlich nichts mehr hören. Sie selber unterzeichneten unzulängliche Prüfverordnungen - wie auch die Gutachter feststellen - und tragen damit als oberste Bauaufsichtsbehörde die politische Verantwortung für mangelhafte Amtskontrolle. (B)

(Beifall bei der CDU)

Was die strafrechtliche Verantwortung angeht, so müssen wir zunächst die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abwarten, die - so hoffen wir, Herr Justizminister - schnellstens zum Abschluß kommen sollten.

Am 11. April 1997, ein Jahr nach dem Flughafenbrand, führen Sie, Herr Minister Vesper, im WDR auf die Frage zur politischen Verantwortung aus - ich zitiere -:

"Natürlich beschäftigt mich die Frage, wieso das so lange unentdeckt bleiben konnte, war-

um wiederkehrende Prüfungen diesen Mangel nicht entdeckt haben. Und da müssen wir Konsequenzen ziehen." (C)

Eine konsequente Haltung vermisse ich bei Ihnen und den GRÜNEN schon lange. Wer in der Opposition die Landesbauordnung bemängelt und dann als Minister diese Mängel festschreibt, der hat für mich jede Glaubwürdigkeit verloren.

(Beifall bei der CDU)

Das Tragische daran ist, daß auch aufgrund mangelhafter rechtlicher Bestimmungen und Verordnungen der Verlust von Menschenleben zu beklagen ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den 11. April 1996 wird sicher keiner von uns vergessen: die schrecklichen Bilder vom Brand des Flughafengebäudes, die Angst, das Entsetzen und die Trauer der Angehörigen der Opfer, die Bilder der Verletzten und die Aussagen der Augenzeugen vor der Kamera, die Bilder erschöpfter Retter, die unter Einsatz des eigenen Lebens alles daran gesetzt haben, andere Menschen zu retten. (D)

Ich habe in der Regierungserklärung am 24. April des vergangenen Jahres gesagt, daß uns der Brand in dramatischer Weise gezeigt hat, daß wir auch in unserer hochtechnisierten Welt keine absolute Sicherheit schaffen können. Wir alle haben uns gefragt, wie der Brand zunächst so un bemerkt bleiben und sich dann so unglaublich schnell ausbreiten konnte. Die vielen Opfer verpflichten uns dazu, alles nur Menschenmögliche zu tun, damit sich eine solche Katastrophe nicht wiederholen kann.

Darum hat die Landesregierung kurz nach dem Ereignis beschlossen, daß eine unabhängige Sachverständigenkommission auf der Grundlage der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungsergebnisse und anderer Erkenntnisse prüfen soll, ob und welche Änderungen bauordnungsrechtlicher Vorschriften oder der einschlägigen technischen Regelwerke erforderlich sind und ob darüber hinaus Maßnahmen für die Wiederherstellung des Düsseldorfer Flughafens und eventuell Nachrüstungsansätze für die Flughäfen Köln/Bonn,

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Münster/Osnabrück, Paderborn/Lippstadt, Dortmund und Mönchengladbach oder für vergleichbare Gebäude empfohlen werden können, in denen sich regelmäßig viele Menschen aufhalten.

Der Auftrag der Kommission ist ein anderer als der der Staatsanwaltschaft. Sie soll die Geschehensabläufe, die schließlich zum Brand in seinem schrecklichen Ausmaß geführt haben, nicht auf individuelles Fehlverhalten einzelner Personen hin untersuchen. Sie soll vielmehr in die Zukunft weisende Vorschläge machen, wie die Sicherheit gegen Brandgefahren bei Gebäuden, in denen sich regelmäßig viele Menschen aufhalten, verbessert werden kann.

Für die Mitarbeit in der Kommission haben wir namhafte Experten gewinnen können:

- als Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. Ing. Paul-Michael Weinspach, den Inhaber des Lehrstuhls für Thermische Verfahrenstechnik an der Universität Dortmund und Leiter des Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik e.V. in Oberhausen

- zu Fragen des technischen Brandschutzes Herrn Prof. Dr.-Ing. Ulrich Schneider; Herr Prof. Dr. Schneider ist Vorstand des Instituts für Baustofflehre, Bauphysik und Brandschutz der Technischen Universität Wien

(B) - zu Fragen des Brandverhaltens von Baustoffen Herrn Regierungsdirektor Dipl.-Ing. Hans-Georg Klingelhöfer vom Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen, Außenstelle Erwitte

- zu Fragen der Bauaufsicht und des Bauordnungsrechts

(Zuruf von der CDU: Zur Sache!)

Herrn Ministerialrat Dipl.-Ing. Jürgen Gundlach vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

- zum vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz Herrn Leitenden Branddirektor Dipl.-Ing. Reinhard Ries; Herr Ries ist Leiter der Berufsfeuerwehr Frankfurt

- zu Fragen der Betriebsabläufe auf Flughäfen Herrn Prof. Dipl.-Ing. Klaus Nitschke, früherer Technischer Direktor des Flughafens München, unter anderem verantwortlich für dessen Neubau.

Die Kommission ist alsbald nach Vorlage erster Zwischenberichte der von der Staatsanwaltschaft eingesetzten Gutachter am 22. Juli vergangenen

Jahres zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Sie hat ihre Beratungen am 14. April 1997 abgeschlossen, was den Flughafen Düsseldorf angeht, und mir neun Monate nach Aufnahme ihrer Arbeit und nach zehn zu meist mehrtägigen Plenarberatungen am 17. April den ersten Teil ihres Berichts mit der Analyse des Brandes am 11. April 1996 und den Bewertungen und Empfehlungen für den Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf vorgelegt.

Die Kommission ist zuversichtlich, daß sie noch im Sommer ihre Arbeit mit der Vorlage des zweiten Teils ihres Berichts

(Zuruf von der CDU: Zum Inhalt!)

beenden kann. Dieser Teil soll dann die Analysen und die Empfehlungen für die fünf anderen größeren Flugplätze in Nordrhein-Westfalen und für vergleichbare Gebäude enthalten, in denen sich regelmäßig viele Menschen aufhalten.

Ich habe den Teil I des Berichts der Kommission noch am 17. April dem Herrn Landtagspräsidenten und den Vorsitzenden bzw. den Sprechern der Landtagsfraktionen übersandt.

Außerdem habe ich den Bericht noch am Nachmittag desselben Tages den Mitgliedern der Landesregierung und den Regierungschefs der Länder übersandt.

Inzwischen hat der Landtagspräsident auch zur Information aller Mitglieder des Landtags die erforderliche Zahl von Berichtsexemplaren erhalten.

Herr Kollege Linssen, Sie haben Ihre Aktuelle Stunde beantragt, als ich den Bericht noch nicht in Händen hatte. Ich will das hier nicht im einzelnen darstellen, will Sie aber darauf hinweisen, daß ich mir in einem um 13.00 Uhr beginnenden Gespräch den Bericht habe erläutern lassen, daß ich zwischen 13.20 Uhr und 13.40 Uhr jeweils ein Exemplar an Sie geschickt habe und die öffentliche Übergabe des Berichts anschließend erfolgte. Dann hat die Kommission ihren Bericht vorgestellt. Nicht ich habe den Bericht vorgestellt.

Es handelt sich nicht um einen Untersuchungsbericht, sondern um einen Bericht, der zwar Analysen zur Vorgeschichte und zum Ablauf des Brandes, vor allem aber Empfehlungen für künftige Änderungen von Rechtsvorschriften, Regelwerken und ähnlichem enthält.

Sie stellen in der Begründung Ihres Antrags Zusammenhänge zu den von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebenen Gutachten her. Ich habe

(C) A) bereits dargestellt, wo die Zusammenhänge liegen, vor allem aber auch, wie die Abgrenzungen zu verstehen sind. Die Staatsanwaltschaft hat dem Justizminister über den aktuellen Stand ihrer Ermittlungen am 7. April berichtet. Sie wird ihre Ermittlungen auf der Grundlage der ihr vorliegenden Gutachten forciert fortsetzen. Über Einzelheiten wird der Justizminister den Rechtsausschuß in der Sitzung am 30. April unterrichten.

Zur Frage der CDU-Fraktion habe ich am 17. April mittags Stellung genommen. Ich will das am Ende meines Redebeitrags gern noch einmal tun.

Die Kommission hatte keine leichte Aufgabe. Es galt zunächst einmal festzustellen, wie der Brand entstehen und sich dann so rasch ausbreiten konnte. Dazu war die Kommission auf die Erkenntnisse der von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf beauftragten Sachverständigen und auf eigene Feststellungen angewiesen. Auf der Grundlage dieser Feststellungen konnte sie sich dann dem Kern ihrer Aufgabe zuwenden, der Prüfung, ob und ggf. welche Änderungen bauordnungsrechtlicher Vorschriften oder technischer Regelwerke erforderlich sind und ob möglicherweise Maßnahmen für die Wiederherstellung des Flughafens Düsseldorf empfohlen werden können.

(D) B) Der Bericht, den wir nun seit einer Woche haben, hat einen Umfang von fast 350 Seiten. Er enthält im wesentlichen die folgenden Kapitel: Die Feststellungen der Kommission zu den Ursachen und dem Verlauf des Brandes. Danach waren entscheidend für den Tod von 17 Menschen und für die großen Sachschäden unsachgemäß ausgeführte Schweißarbeiten, die brennbaren Baustoffe und Installationen in den Deckenhohlräumen, vor allem Polystyrol, die starke Rauchentwicklung, die unbemerkte Rauchausbreitung im Deckenhohlraum, das Fehlen einer frühzeitig gezielten Brandbekämpfung, die schnelle Verrauchung der Ankunftshalle, die Fahrt von Aufzügen aus dem Parkhaus in die verrauchten Gebäude und die Verrauchung von Treppenträumen und Rettungswegen.

Die Hauptteile des Berichts machen Analysen, Bewertungen und Empfehlungen zu folgenden Bereichen aus:

- Organisation und Maßnahmen zur Gefahrenabwehr (Kapitel 3)

- Rechtsgrundlagen des vorbeugenden Brandschutzes (Kapitel 4)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- Baulicher Brandschutz am Flughafen Düsseldorf (Kapitel 5) (C)

Die Kommission hat in Kapitel 6 auf der Grundlage ihrer Erkenntnisse und Bewertungen 124 Empfehlungen formuliert, die alle zuvor genannten Bereiche betreffen. Viele Empfehlungen machen deutlich, daß die notwendigen Verknüpfungen der genannten Bereiche bisher nicht immer mit der erforderlichen Klarheit gesehen worden sind und ein entsprechendes Handeln ausgelöst haben.

Wenn man sich die aus der Systematik des Aufbaus des Berichts der Sachverständigenkommission ergebenden Doppelungen bei den Empfehlungen ausschließt, bleiben nach einer ersten Auswertung durch die Staatskanzlei im Kern etwa 100 Empfehlungen übrig. Mehr als die Hälfte der Empfehlungen richten sich an die Flughafen Düsseldorf GmbH.

Für die behördliche Kontrolle sind Dienststellen der Stadt oder des Landes zuständig. Diese Empfehlungen betreffen den organisatorischen Brandschutz im Flughafen, Notrufeinrichtungen, die Schulung und Vorbereitung des am Flughafen tätigen Personals auf Notfälle; die technische und personelle Ausrüstung der Werksfeuerwehr, die Koordinierung der Feuerwehreinätze, die Notfallplanung und Notfallübung, bauliche Anforderungen an das Flughafengebäude, das Brandschutzkonzept, den bau- und anlagentechnischen Brandschutz und die technische Dokumentation. (D)

Etwa 20 Empfehlungen richten sich vorrangig an das Land. Sie betreffen im wesentlichen die Abstimmung von Sicherheitsanforderungen aus unterschiedlichen Bereichen, die Ausstattung und Überprüfung der Feuerwehren, die Ergänzung von Anforderungen an Sonderbauten in der Landesbauordnung, die Gestaltung der wiederkehrenden Prüfungen durch die Bauaufsicht, die Verwendung brennbarer Baustoffe und die Bewertung ihres Rauchverhaltens sowie Änderungen bautechnischer Anforderungen technischer und anderer Regelwerke.

(Werner Stump [CDU]: Um was geht es eigentlich?)

- Es handelt sich um eine polemikfreie Darstellung angesichts eines Themas, das Menschenleben gekostet hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Fünfzehn weitere Empfehlungen richten sich an die Stadt Düsseldorf. Im wesentlichen geht es dabei um Verbesserungen der Durchführung der Brandschau und der wiederkehrenden bauaufsichtlichen Prüfung.

Nach dem Eindruck der Kommission und auch nach meinem Eindruck beschränken sich viele ihrer Feststellungen nicht allein auf das Abfertigungsgebäude des Flughafens Düsseldorf. Sie sind auf viele anderen Gebäude übertragbar. Ich erwarte, daß die Kommission das in ihrem Abschlußbericht deutlich machen wird.

In der Pressekonferenz zur Vorstellung des Kommissionsberichtes am 17. April hat Herr Professor Weinspach unter anderem auf folgende Punkte hingewiesen, die auch ich bei einer Bewertung des Brandes vom 11. April 1996 für sehr bedenkenswert halte:

Niemand - auch die Mitglieder der Kommission nicht - habe vor dem 11. April 1996 damit gerechnet, daß ein Flughafengebäude brennen könnte. Die Brandkatastrophe habe der Kommission deutlich gemacht - und sie sollte uns allen deutlich machen -, daß wir mit dem Ausbruch eines Feuers in Gebäuden praktisch immer und überall rechnen müssen. Den Belangen des Brandschutzes in großen Gebäuden muß deshalb künftig insgesamt mehr Beachtung geschenkt werden - von den für den Brandschutz Verantwortlichen, aber auch von jedem einzelnen Besucher und Benutzer des Gebäudes.

Außerdem muß den vom Rauch ausgehenden Gefahren mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als bisher. Schließlich sind alle Opfer an Rauchvergiftungen gestorben.

Die Kommission hat aber auch dazu geraten, daß die Öffentlichkeit und wir alle bei der Bewertung dieses Ereignisses oder in der Situation eines Gebäudebrandes nicht in Panik verfallen dürfen. Panik sei gerade dann der größte Gegner.

Schließlich hat die Kommission uns allen geraten, bei der Bewertung der Brandkatastrophe und ihrer Ursachen nicht in Extrempositionen zu verfallen. Wie häufig liege auch hier die Wahrheit in der Mitte.

Ich bin nach all dem, was mir der Vorsitzende und die Mitglieder der Kommission in der vergangenen Woche berichtet haben, sehr zuversichtlich, daß sie mit ihrem Arbeitsergebnis die fachliche und öffentliche Diskussion anregen und daß sie dazu beitragen wird, politische Entscheidungen zu

möglichen Konsequenzen aus dem Brand vorzubereiten. Wie Sie wissen, hatte die Landesregierung zur Unterstützung der Kommissionsarbeit ebenfalls im Juni 1996 eine Interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Empfehlungen der Kommission werden jetzt unverzüglich von den Ressorts der Landesregierung ausgewertet. Die Arbeitsgruppe wird morgen zusammentreffen, um das weitere Vorgehen der Landesregierung zu Teil I des Berichtes zu erörtern und zu strukturieren.

Ich erwarte und hoffe, daß die Ressorts in der Interministeriellen Arbeitsgruppe bis zur oder kurz nach der Sommerpause, d. h. nach Vorlage von Teil II des Berichtes, erste Ergebnisse ihrer Auswertungen vorlegen werden.

Die Landesregierung wird dann den Landtag und die Öffentlichkeit unverzüglich über das unterrichten, was sie an Konsequenzen aus den Empfehlungen der unabhängigen Sachverständigenkommission ziehen will.

Wie in bezug auf die Beratungen der Kommission erwarte ich auch für die weiteren Beratungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe, daß sofort wirksam werdende Maßnahmen ergriffen werden, wenn das nach den Feststellungen der Ressorts unabweisbar sein sollte, um konkrete Gefahrenlagen zu beseitigen.

Ich habe, Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herrn Professor Weinspach und den Mitgliedern der Sachverständigenkommission in der vergangenen Woche meinen herzlichen Dank für ihre Arbeit ausgesprochen.

(Zuruf von der CDU: Jawoll!!)

Sie hat sich mit großem Engagement ihrer gewiß nicht immer leichten Aufgabe gestellt, und sie hat nach dem Vorliegen der Gutachten, die die Staatsanwaltschaft angefordert hatte, nach nur neun Monaten, die Ergebnisse ihrer Arbeit zum Düsseldorfer Flughafen vorgestellt.

Für die Angehörigen der 17 Todesopfer, für diejenigen, die am 11. April 1996 verletzt worden sind, und für viele andere Menschen bleibt dieses Ereignis ein Einschnitt in ihr Leben, der schrecklich ist. Ich habe schon in der vergangenen Woche gesagt, daß wir diesen Schrecken nach meiner Überzeugung nicht verlieren dürfen, wenn wir jetzt an die Arbeit gehen. Wir sollten uns jedoch auch vor der Versuchung hüten, ganz schnelle Änderungen im Verhalten der für die Belange des Brandschutzes Verantwortlichen oder im Verhal-

(C) 1) ten der Menschen allgemein zu erwarten. Der Bericht macht deutlich, daß mehrere Ursachenbündel dazu beigetragen haben, daß die Katastrophe dieses Ausmaß erreichen konnte. Er macht aber auch deutlich, daß in vielen Bereichen Veränderungen, Verbesserungen, Umdenken notwendig sind, die miteinander abgestimmt werden müssen. Das wollen wir in der Landesregierung - und ich hoffe, mit dem Landtag - nun gemeinsam angehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Wolf für die Fraktion der SPD.

Gerd-Peter Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Linssen, 17 Tote beim größten Brandfall in Deutschland sind Mahnung und Auftrag - Mahnung und Auftrag, nicht eine einseitig verengte Werkstoffdebatte zu führen oder parteitaktisch bedingte Spielchen anzuzetteln, sondern Mahnung und Auftrag, alles Menschenmögliche zu tun, um zu verhindern, daß sich ähnliche Unglücke wiederholen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Bericht macht deutlich - das ist bei Ihnen ganz untergegangen -: Es gibt nicht die eine Ursache, es hat Fehler, Fehleinschätzungen, Versäumnisse und Mängel gegeben; jede für sich betrachtet hätte diese Folgen nicht gehabt. Aber die unglückliche Verkettung hat zu diesem Unglück geführt, das keiner von uns vorher für möglich gehalten hätte. Machen wir uns doch nichts vor! Wir sind alle auf dem Flughafen gewesen. Die sichtbaren Baustoffe sind Beton, Stein, Stahl, Glas - wir haben uns doch alle sicher gefühlt! Und auch die Gutachter, die Brandschutzexperten par excellence sind, haben in diesem Bericht zugegeben, daß sie vor diesem Datum auch nicht von einem solchen Brandfall ausgegangen sind.

Wir müssen alle umdenken, Herr Kollege Linssen. Das gilt nicht nur für das Land NRW, das gilt für alle Bauordnungsbehörden, für alle Flughafenbetreiber in der Bundesrepublik.

Denn die Baukonzeption - das kann man aus diesem Bericht deutlich herauslesen - der Flughäfen in diesem Lande und auch anderswo geht ja von zwei ganz anderen Überschriften aus, nämlich: Wir müssen uns besonders um die Gefahren küm-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

mern, die von Flugzeugen ausgehen, die mit Tonnen Kerosin beladen sind, und zum zweiten um die Sicherheit des Luftverkehrs, den Schutz vor Anschlägen, insbesondere terroristischen Anschlägen. - Das waren doch die großen Überschriften, nach denen bis heute die Flughäfen gebaut worden sind. Auch der Flughafen Düsseldorf in seiner Grundkonzeption für die Teile A und B mit Bauanträgen von 1968 und 1974 - Herr Kollege Linssen, da hat noch niemand an die Bauordnung NW 1995 gedacht - geht von diesen Annahmen aus.

Wir müssen umdenken. Die Gutachter schreiben uns ins Stammbuch, daß Ganzheitlichkeit gefragt ist, daß Safety und Security - also das, was den Luftverkehr angeht, und das, was den Schutz der Menschen betrifft, die sich als Passagiere in dem Gebäude aufhalten - zusammenkommen müssen, daß wir ganzheitliche Konzeptionen brauchen.

Sie machen uns auch deutlich, was wir vielleicht gar nicht so bewußt mitbekommen haben: daß sich die Aufgaben der Flughäfen geändert haben. Es waren vor dreißig, vierzig Jahren reine Abfertigungsgebäude. Es sind heute multifunktionale Sonderbauten mit vielfältigen Dienstleistungsangeboten. Ständig neue Anforderungen aus dem Betrieb machen aus diesem Gebäude, was einmal genehmigt worden ist, ein lebendiges Gebäude, in dem sich vieles gegenseitig beeinflusst. Wir müssen begreifen, daß etwas, was für sich gesehen genehmigungsfähig ist - und das ist ja dort auch passiert -, im Gesamtzusammenhang gesehen eine völlige Neubewertung erfordern kann.

Vieles hat hier - Herr Kollege Linssen - bundesweit nicht mitgehalten. Den daraus gezogenen Schluß, unserem Bauminister ein denkbar schlechtes Zeugnis auszustellen, kann ich nicht nachvollziehen. Die Gutachter selber schreiben ja, daß die §§ 61 und 87 der Bauordnung des Landes durchaus die Möglichkeit bieten, solche Anlagen neuem Recht, neuen Herausforderungen anzupassen.

Deshalb wartet ja auch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Flughäfen auf diesen Bericht, um den Leitfaden für Brandschutzkonzepte für Abfertigungsgebäude in Flughäfen endlich neu zu fassen und ihn auf die Anforderungen, die sich aus dem Brand ergeben haben, umzustellen. Deshalb müssen auch Unfallverhütungsvorschriften verändert werden. Wir sehen ja immer stärker, daß Schweißen, Schneiden und verwandte Verfahren zu solchen Unfällen führen, so daß auch Unfallverhütungsvorschriften, die nicht Landesrecht, sondern

(C)

(D)

(Kuschke [SPD])

- (A) Hertzen der größte Wackelpudding gewesen, den wir überhaupt haben erleben können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Wenn es Ihnen um die Forensik und um die Sache geht und wenn Sie die Entscheidung kritisieren, die der Minister getroffen hat, dann gehen Sie jetzt zum Podium und stellen den Antrag, daß der Standort Hertzen wieder in die Diskussion kommt. Das wäre doch nur konsequent. Davor aber scheuen Sie sich. Die Botschaft, die die Menschen im Lande mitbekommen müssen, lautet: Es geht Ihnen gar nicht um den Maßregelvollzug, den Schutz von Menschen, die Frage der sicheren Verwahrung von Sexualstraftätern, sondern es geht Ihnen um politische Meinungsmache und billige Polemik, die Sie hier veranstalten. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lebhafter Widerspruch des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Herr Dr. Linssen, machen Sie sich keine Gedanken darüber, wer hier Minister ist oder am Rednerpult steht. Wir haben nur eine einzige Sorge, dabei Gott sei Dank aber die Menschen in Nordrhein-Westfalen auf unserer Seite: daß wir nämlich niemals eine Rücktrittsforderung an Sie werden richten müssen, wenn Sie in der Regierung sind. Denn diese Situation wird gar nicht erst eintreten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Herr Horstmann hat mein volles Vertrauen!)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege, Linssen hat den Wunsch geäußert, daß Minister Horstmann ihm und der CDU noch lange erhalten bleibe. Ich stimme Ihnen in diesem Wunsch nicht nur zu, sondern sage sogar: Die gesamte Landesregierung soll Ihnen möglichst lange erhalten bleiben.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie ist durch den Wählerwillen zustande gekommen. Und wenn der Wähler heute zu entscheiden hätte, weiß ich nicht, in welcher Weise er die

Gewichte anders verteilte. Ich bin mir aber sicher, Herr Kollege Linssen, daß Sie dann keine größere Chance hätten, als Sie sie 1995 gehabt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Thema, das Sie unter dem Stichwort "forensische Medizin" in die Debatte gebracht haben, ist eines der schwierigsten. Die Entscheidungen und Abwägungsprozesse, die zu treffen waren, sind außerordentlich kompliziert und sensibel, vor allen Dingen weil wir es mit einer Akzeptanzkrise der forensischen Medizin überall zu tun haben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das hat der Minister doch gemacht!)

- Nein, das hat er nicht gemacht. Sehen Sie sich die Berichte aus anderen Ländern an. Sehen Sie sich die Berichte von anderen Standorten an, aus Westfalen und dem Rheinland.

Ich bin der Überzeugung, daß wir mit der jetzigen Entscheidung auf einen guten und besseren Weg gekommen sind.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Eine Katastrophe!)

Deshalb trage ich diese Entscheidung mit, auch damit eine schnellere Entlastung von Eickelborn möglich wird

(Vereinzelter Beifall bei SPD)

als für den Fall, daß wir zunächst viele gerichtliche Schritte gehen müßten, um andere Fragen vorher zu klären. Ich trage diese Entscheidung mit und kann nur alle in allen Fraktionen bitten, dann, wenn diese Entscheidung umgesetzt werden muß, mitzuhelfen, damit die Akzeptanzkrise nicht größer, sondern kleiner wird.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wie schwer das ist, ist mir durchaus bewußt.

Sie haben sich im Augenblick auf den Kollegen Horstmann eingeschossen. Wir haben es im Verlaufe der Jahre häufiger erlebt, daß ein Mitglied der Landesregierung ---

(Herbert Reul [CDU]: Die Grundlage dafür hat Ihr Minister absolut versiebt!)

- Herr Kollege Reul, ich habe Ihre Beurteilungen immer mit großem Interesse, aber nur selten mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Im Augenblick haben Sie sich darauf eingeschossen. Keiner weiß, wer vor drei Monaten der Gegenstand Ihrer Erörterungen war. Keiner weiß, wer es in drei Monaten sein wird.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Er hat es verdient!)

- Herr Kollege Linssen, ich bin mir klar darüber, daß manche Dinge bei Ihnen auch spontan passieren. Das ist mir durchaus bewußt. Das führt dann auch zu den Fehleinschätzungen, die Sie hier vorgetragen haben.

Wir werden unseren Weg mit ruhiger Kraft weitergehen

(Oh-Rufe bei der CDU)

und uns dabei nicht stören lassen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, und schließe hiermit die Beratung.

Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt, so daß wir über den Inhalt des Antrags Drucksache 12/2005 abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf:

4 PVC nicht verteufeln - Arbeitsplätze in der chemischen Industrie erhalten!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2011

Ich weise erstens auf den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/2045 und zweitens darauf hin, daß die drei Fraktionen vereinbart haben, über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/2011 heute direkt abzustimmen und von einer Ausschußüberweisung entgegen der Ausweisung in der Tagesordnung abzusehen.

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Kollorz für die Fraktion der CDU das Wort.

Fritz Kollorz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag heißt: "PVC nicht verteufeln - Arbeitsplätze in der chemischen Industrie erhalten!" - Es geht darum, die Bedeutung der chemischen Industrie als Wirtschaftsfaktor in Nordrhein-Westfalen herauszustellen. Immerhin sind 40 % des gesamten Chemieumsatzes in Deutschland in Nordrhein-Westfalen produziert. Im letzten Jahr wuchs der Umsatz der nordrhein-westfälischen Chemieunternehmen um knapp 5 %. Dies ist im Branchenvergleich der höchste Umsatzzuwachs. Zirka 160 000 Beschäftigte sind in der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen tätig, mehr als 26 000 davon im PVC-Bereich.

Nun hat es nach dem bedauerlichen Brand im Düsseldorfer Flughafen eine Kampagne, eine Anti-PVC-Diskussion gegeben. Sie ist insbesondere vom amtierenden Bauminister Herrn Vesper eingeleitet worden. Diese Anti-PVC-Kampagne endete im sogenannten PVC-Erlaß. In diesem Erlaß wird PVC als Werkstoff mit einem erhöhten Risiko dargestellt.

Wie ist die tatsächliche Situation?

Die Kampagne gegen PVC ist gescheitert. Der Versuch, aus dem Brand im Düsseldorfer Flughafen quasi ein Tschernobyl gegen PVC zu machen, ist gescheitert, weil alle, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, festgestellt haben, daß es sich bei diesem Werkstoff um einen sehr verträglichen Werkstoff handelt. Das haben sowohl die Gutachter, die von der Landesregierung im Rahmen der Untersuchungen über die Ursachen des Brandes beauftragt worden sind, als auch diejenigen herausgearbeitet, die in der sogenannten Enquete-Kommission für Umwelt vertreten waren.

In dieser Sachverständigenkommission ist erstens herausgekommen, daß PVC kein gefährlicher Stoff ist, und zweitens ist herausgekommen, daß PVC - das wußten viele, die sich mit dem Thema schon beschäftigt hatten - auch ein wirtschaftlicher Stoff ist.

Insoweit, meine Damen und Herren, ist es schon ein bißchen verwunderlich, daß in dem Entschließungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort PVC an keiner einzigen Stelle erscheint. Es ist geradezu ein Wunder von Semantik, wie man sich mit einem Thema, das im Antrag der CDU sehr konkret gefaßt ist, beschäftigen, es aber im Grunde genommen verschweigen kann.

Es geht, meine Damen und Herren, um die Zukunft des PVC. Und es geht darum, wie die Mehr-

(C)

(D)

(Hegemann [CDU])

sich dem fairen Wettbewerb stellen, und da, wo jemand schwach ist, muß der Staat helfen, für Dinge, die wir gemeinsam wollen, auch die Grundlagen zu schaffen.

Ich glaube, daß dieser Antrag den Ausschuß nicht in der vorliegenden Form verläßt - wir werden einer Überweisung zustimmen -, denn so kann man ihm nicht zustimmen. Ich halte ihn für einen taktischen Antrag, der die Probleme, die auf uns zukommen, nicht löst, und sage abschließend, daß letztlich der Zuschauer entscheiden muß, was er sehen will. Letztlich soll er auch entscheiden, was er kaufen will, und Ihr Antrag enthält mir zuviel Reglementismus. Er erinnert an Anträge von Grätz und Büsow aus den letzten 20 Jahren. Herr Eumann, Sie hätten anders starten sollen.

(Marc Jan Eumann [SPD]::Och!)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Hegemann. - Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin natürlich stolz darauf, daß sich Herr Kollege Hegemann auf meine Rede freut. Dem stimmen Sie doch sicher zu, Herr Hegemann?

(Lothar Hegemann [CDU]: Die Koalitionspartner haben mir am Ohr geknabbert.)

- Das hat mich gerade auch geärgert. - Ich hatte gesagt, ich sei stolz, daß Sie sich auf meine Rede freuen.

(Erneuter Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Ich hoffe, das hilft Ihnen über den Schmerz hinweg, daß der Wirtschaftsminister nicht da ist. Aber das, was ich sage, gibt die Haltung der Landesregierung wieder. Natürlich haben wir abgestimmt, was hier zu sagen ist. Ich möchte nur eben darauf hinweisen: QVC ist aufgrund der vom Landtag beschlossenen Medienversuchsordnung im Netz. Das ist so in Ordnung. Kein Mensch behauptet, daß das Rundfunk im Sinne dessen ist, was hier zu erörtern ist. Aber diese Medienversuchsordnung hat dazu geführt, daß wir diesen interessanten Anbieter nach Nordrhein-Westfalen holen konnten. Darüber sind wir froh.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Antrag der Koalitionsfraktionen, der, wie ich glaube, ei-

nem bewährten Prinzip folgt, nach dem sich die Landesregierung auch immer gerichtet hat. Dieser Antrag fragt: Was ist für die Medienordnung der Zukunft nötig? Er wirft nicht die Medienordnung der Gegenwart kurzschlüssig über Bord. (C)

Im September des vergangenen Jahres hat sich der Landtag des Themas der exklusiven Senderechte in einem gemeinsam gefaßten Beschluß angenommen. Der Aufforderung des Landtags, sicherzustellen, daß alle Fernsehzuschauer die Fußballweltmeisterschaften und andere bedeutende Großereignisse ohne Zuzahlung verfolgen können, sind viele andere Landtage mit entsprechenden Beschlüssen gefolgt. Daraufhin hat die Rundfunkkommission der Länder der Ministerpräsidentenkonferenz einen ausführlichen Bericht vorgelegt, der allerdings deutlich machte, daß nicht alle Länder dieser Linie folgen wollten oder glaubten, folgen zu können.

Das hat sich dann auch in den Beratungen der Ministerpräsidenten zu dem Vorschlag der Niederländischen EU-Ratspräsidentschaft zur Ergänzung der Fernsehrichtlinie gezeigt. Der Vorschlag gibt - kurz zusammengefaßt - den Mitgliedstaaten die Befugnis, nationale Listen mit Ereignissen aufzustellen, die nicht allein im Bezahlfernsehen gezeigt werden dürfen. Die Listen der anderen Mitgliedstaaten müssen gegen Umgehungsversuche geschützt werden. (D)

Gegen eine Regelung auf europäischer Ebene sind aus dem Bereich der Ministerpräsidenten kompetenzielle Bedenken geltend gemacht worden, die dann auch zu einem ablehnenden Votum des deutschen Vertreters im Vermittlungsverfahren zur Fernsehrichtlinie geführt haben. Allerdings ist Deutschland mit seinem Vorbringen politisch und rechtlich vollständig isoliert. Die deutsche Haltung hat Erstaunen und Unverständnis hervorgerufen.

Ich meine, wenn die Länder sich nicht ins Abseits begeben wollen, dann müssen sie die Ablehnung der europäischen Regelung aufgeben, die sie am Ende ohnehin nicht verhindern können. Daher begrüße ich die Initiative meines Kollegen Kurt Beck, der zu einer Änderung der deutschen Haltung aufruft. Er weist zu Recht darauf hin, daß die derzeitige Position gravierende Auswirkungen auf die Rolle haben wird, die die Länder im Rundfunkbereich in Zukunft in Europa einnehmen wollen. Eine aktive und gestaltende Funktion wird uns angesichts einer solchen Verweigerungshaltung kaum abgenommen werden.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Wir dürfen es allerdings nicht dabei belassen, nur die Regelungen der anderen Länder zu akzeptieren. Für mich ist es keine Frage, daß wir selbst eine nationale Liste mit besonders wichtigen Ereignissen aufstellen müssen, die auch im frei zugänglichen Fernsehen auszustrahlen sind.

(Beifall des Marc Jan Eumann [SPD] und des Reinhard Grätz [SPD])

Andernfalls hätten wir den ersten Schritt in eine Fernseh Zukunft getan, die eine Teilung hervorbrächte zwischen Informationsinhabern und Informationshabern.

Das zweite Thema des Antrags hat uns in der Vergangenheit mit einem anderen Akzent mehrfach beschäftigt: Bisher war die Kabelbelegung vorrangig ein Thema der Mangelverwaltung und der Auswahlentscheidungen der Landesmedienanstalten für eine Kabelkapazität, die Platz für wenig mehr als dreißig Programme ließ. Wir haben es schon gehört: Das soll nun anders werden. 50, 100, ja sogar 150 Programme sollen um die Aufmerksamkeit der Zuschauerinnen und Zuschauer werben. Ein großer Teil dieser Programme soll auch tatsächlich über digitalisierte Kanäle des Kabelnetzes empfangbar sein.

- (B) Unsere geltenden Vorschriften für eine solche Entwicklung passen nicht mehr. Die Anträge der Koalitionsfraktionen zeigen eine neue, zukunftsweisende Richtung auf, der die Landesregierung nur zustimmen kann.

Wir müssen also im Landesrecht umsetzen und gewährleisten, daß sich die konkrete Belegung des Kabels an gesetzlichen Kriterien messen lassen muß, die die Vielfalt der Rundfunkordnung betonen. Das gilt ausdrücklich auch für die Aussagen zu Einspeisungsverpflichtungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Schon immer hatte die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dynamischen Charakter. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann seinen Auftrag im dualen System nur dann erfüllen, wenn er nicht nur in seinem gegenwärtigen Bestand, sondern auch in seiner zukünftigen Entwicklung programmlich, finanziell und technisch gesichert ist. Das haben die Ministerpräsidenten immer wieder betont.

Die Pläne, die die öffentlich-rechtlichen Veranstalter für Programme in digitaler Übertragungstechnik entwickelt haben, zeigen, wie wichtig es ist, deren Präsenz zu sichern. Ihre Vernetzungsstrategie, die nicht auf bloße Programmvermehrung, sondern auf eine Nutzungsmöglichkeit aus ist, die

das gesamte Angebot - analog oder digital - für eine individuelle Nutzung nach den besonderen Interessen des einzelnen aufbereiten kann, ist nach meiner Überzeugung ein zukunftsweisendes Konzept, das Orientierung vermittelt, nicht aber Überflutung bewirkt.

Ich hoffe, daß die Gespräche zur künftigen Ordnung im Kabelnetz, die derzeit auf vielen Ebenen geführt werden, uns ein Stück voranbringen werden - im übrigen auch in der Frage der Kapazitätserweiterung im analogen Bereich. Die Grundprinzipien für einen künftigen Ordnungsrahmen, die der Antrag der Koalitionsfraktionen aufführt, sind nach meiner Überzeugung eine zuverlässige Grundlage für zukünftige Verhandlungen.

Ich danke diesem vertrauten und vertraulichen Kreis für seine außerordentliche Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 5 liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir stimmen ab über die empfohlene Überweisung des Antrags an den Hauptausschuß. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine. Wir haben einstimmig so beschlossen.

Aufgerufen ist Tagesordnungspunkt

6 Gesetz zum Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienste-Staatsvertrag)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/1954

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich auch hier Herrn Ministerpräsident Dr. Rau das

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen den Entwurf des Gesetzes zum Staatsvertrag über Mediendienste vor.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Artikel 1 des Gesetzentwurfs enthält die Zustimmung zu dem zwischen den Ländern der Bundesrepublik geschlossenen Mediendienste-Staatsvertrag, um die die Landesregierung Sie bittet. Sein Inkrafttreten ist parallel zum ebenfalls im Gesetzgebungsgang befindlichen Teledienstgesetz des Bundes zum 1. August dieses Jahres vorgesehen.

Entschuldigung, ich kürze ein wenig, weil ich Sie nicht überbeanspruchen will.

In beiden Entwürfen findet eine Reglementierung mit Augenmaß statt. Ich verweise darauf, daß die Mediendienste zulassungs- und anmeldungsfrei sind. Das bedeutet freilich nicht, daß sie völlig frei von gesetzlichen Grenzziehungen sind. Auch andere Bereiche der Wirtschaft haben sich an Spielregeln zu halten, durch die die Schwächeren in der Gesellschaft geschützt werden. Für Multimedia gilt nichts anderes.

Der Mediendienste-Staatsvertrag zieht deshalb insbesondere mit dem Blick auf den Jugendschutz Grenzen. Das ist, wie wir aus den in der jüngsten Zeit geführten Diskussionen wissen, auch dringend nötig. Gleichwohl setzen wir auch auf Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle. Sie können, wenn sie ihre Aufgabe ernst nehmen, mithelfen, Rechtsverstöße zu vermeiden. Sie können aber den Gesetzgeber nicht aus seiner Verantwortung entlassen, und sie ersetzen erst recht nicht eine notfalls zupackende Aufsicht. Beide Instrumente ergänzen sich vielmehr.

Ich vermag, meine Damen und Herren, auch keine Überreglementierung darin zu erkennen, daß der Mediendienste-Staatsvertrag Regelungen zum Verbraucherschutz und zum Datenschutz enthält. Wir können und dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß die neuen Dienste nicht nur Vorteile, sondern gerade auf diesen Gebieten auch Risiken bergen. Die Verbraucher- und Datenschutzregeln müssen deshalb den neuen Gegebenheiten von Multimedia angepaßt werden.

Meine Damen und Herren! Wir betreten mit dem Ihnen vorliegenden Staatsvertragsentwurf Neuland. Deshalb erhebt der Entwurf nicht den Anspruch, alle Probleme zu lösen, die sich im Bereich von Multimedia stellen. In der Protokollklärung aller Länder heißt es dazu, daß Bund und Länder die Entwicklung der neuen Dienste und die Anwendung der beiderseitigen gesetzlichen Regelungen fortlaufend beobachten und darüber im Gespräch bleiben werden. Das läßt mich hoffen, daß es uns auch in Zukunft gelingen wird, für Multimedia verantwortungsbewußte, aber auch

praxisgerechte Lösungen zu finden. - Herzlichen Dank. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Grätz.

Reinhard Grätz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Mediendienste-Staatsvertrag regelt Zuständigkeiten und Tatbestände, die, so meine ich, in der nächsten Generation unser aller Leben mit beherrschen werden. Da sage keiner: Landtage hätten nicht noch Wichtiges zu regeln. Sie tun es mit diesem Vertrag, Herr Ministerpräsident.

Neben der grundsätzlichen Bedeutung dieser Regelungen im neuen Staatsvertrag - im erstmaligen Staatsvertrag zu diesem Thema, wenn man von dem Sonderfall Btx absieht, der ja hiermit auch ausläuft - möchte ich vor allen Dingen drei Aspekte hervorheben.

Zum ersten: Der Staatsvertrag ist ein Meilenstein für die sinnhafte Erhaltung des Föderalismus. Die Länder sind einigungs- und somit auch sprachfähig gegenüber dem Bund, und man hätte sich dies tatsächlich - mehrere Redner haben dies vorhin angesprochen - auch in der Frage der Regelung exklusiver Senderechte von Großveranstaltungen im Fernsehen bei der Novelle der EU-Fernsehrichtlinie gewünscht. (D)

(Zustimmung des Roland Appel [GRÜNE])

Zum zweiten: Die Länder haben das vor zwei Jahren von ihren eigenen Rundfunkreferenten formulierte Prinzip der abgestuften Regelungsdichte im Bereich des Rundfunks und der rundfunkähnlichen Mediendienste vorbildlich und - so meine ich - unbürokratisch auf die staatsvertragliche Regelungsebene übertragen. Föderale Lösungen sind also nicht per se umständlich oder kompliziert.

Und zum dritten: Die Länder haben in diesem Vertrag klargestellt, wo der Regelungsbereich nach Art. 5 des Grundgesetzes unter Einbeziehung der Art. 30 und 70 zu ziehen ist. Mediendienste unterliegen - anders als z. B. die Individualkommunikation etwa mittels Telefon - dem Art. 5 des Grundgesetzes, wenn sie Inhalte vermitteln und sich an eine beliebige Allgemeinheit zur Nutzung richten.

(Reul [CDU])

- (A) Polizeipräsidenten in Münster. Regierungspräsidenten werden verramscht! Wo sind wir eigentlich hingekommen? Was ist eigentlich aus Ihren Grundsätzen geworden?

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zurück zum Tatbestand! Herr Clement hat hier fast mit Tränen in den Augen vorgetragen, wie unangenehm es wäre, daß es zu einer solchen öffentlichen Debatte über eine Person komme. - Wer hat denn - das ist eine spannende Frage! - eigentlich dieses Gutachten erstellt? - Die Staatskanzlei!

Wer hat eigentlich dieses Gutachten in die Öffentlichkeit gespielt und warum? Das ist eine spannende Frage. Wir haben doch nicht vorgetragen, der Mann sei nicht geeignet. Mitarbeiter der Staatskanzlei haben ein Papier gemacht. Ich lese das nicht vor. Das kennen ja mittlerweile alle, insbesondere die Journalisten. Da steht drin: Der Mann ist nicht geeignet. Schlicht und einfach!

Trotzdem haben Sie ihn gewählt. Warum haben Sie ihn gewählt? Herr Clement, Sie müssen doch dafür sein, das ist doch logisch. Herr Hombach, wir wissen doch, was in den letzten Wochen und Tagen hier passiert. Sie brauchen doch die Unterstützung von dem Mann.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Da wird der Mitarbeiter von Herrn Hombach befördert, weil Herr Hombach gute Pressearbeit für Herrn Clement in den letzten Wochen macht. Das ist die Wahrheit, schlicht und einfach.

(Beifall bei der CDU)

So, und jetzt zur Sache selber. Herr Rau, Sie können dann gerne dazu etwas sagen, weil mich der eine Teil schon sehr entsetzt hat. Daß aus Ihrer Staatskanzlei - das hätte ich bis zu dem Zeitpunkt nicht erwartet - eine Stellungnahme der Öffentlichkeit zugespielt wird, ich sage Ihnen mal, das riecht nach Pfeiffer, was da passiert, damit das klar ist.

Da wird zu einem bestimmten Zeitpunkt, wo SPD-interne Konflikte stattfinden, ob Herr Clement sie nun mehr oder weniger drängt oder nicht drängt, der Öffentlichkeit ein Papier zugespielt, und zwar aus Ihrem Hause, das einen der Kontrahenten in diesem Spielchen doch ein Stück belasten soll, wenn ich das richtig sehe. Warum spielen Sie das denn in die Öffentlichkeit? Warum spielt die Staatskanzlei in die Öffentlichkeit, daß Herr Lange nicht geeignet ist?

(Beifall bei der CDU)

Diese Frage interessiert mich - neben der Frage, die Lothar Hegemann angesprochen hat, daß der Mann nach Ihrer Beurteilung eigentlich gar nicht gewählt werden durfte und daß auch keine Notwendigkeit bestand. Sie spielen das in die Öffentlichkeit.

(C)

Ich möchte gerne eine Antwort auf die Frage: Warum hat die Staatskanzlei zu dem Zeitpunkt, als es in der SPD eine Debatte gibt: Clement oder Rau? -, warum soll dann versucht werden, einen der Protagonisten von Herrn Clement in der Öffentlichkeit zu schädigen? Warum wird der Mitarbeiter von Herrn Hombach von der Staatskanzlei in der Öffentlichkeit schlecht gemacht? Doch wahrscheinlich, um den Eindruck zu erwecken, daß da irgendwelche Schiebereien im Gange sind.

(Beifall bei der CDU)

Damit sollte Herr Hombach getroffen werden, damit das einmal klar ist. Dafür ist Lange viel zu unwichtig. Herr Hombach und damit möglicherweise auch Herr Clement! Ich kann das nach den Ereignissen der letzten Tage, insbesondere nach dem Interview in der "Woche" sehr gut verstehen, was da passiert ist, aber ich kann es nicht akzeptieren, überhaupt nicht akzeptieren. Das ist ein Stil, der in Nordrhein-Westfalen eingerissen und an diesem Beispiel deutlich wird - ich wiederhole es -, der riecht nach Pfeiffer. Ich finde, es ist dringend Aufklärung notwendig, um zu klären: Warum hat wer den Auftrag gegeben, überhaupt ein Gutachten zu machen? Warum hat wer das der Öffentlichkeit zugespielt? Herr Rau, Sie sind gefordert, hier klare Aussagen zu treffen.

(D)

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

(Uh-Rufe bei der CDU - Zuruf von der CDU: Antworten - Weitere Zurufe von der CDU)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Es riecht nicht nach Pfeiffer, es roch nach Reul.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Nicht so leicht machen! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Versuch, auf Kosten eines Bewerbers, der vom Aufsichtsrat gewählt worden ist - -

(Michael Thomas Breuer [CDU]: Antworten!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- Moment, nun lassen Sie mich doch einmal reden.

(Zuruf von der SPD: Hört doch mal zu!)

Wenn sich ein Aufsichtsrat nach Prüfung, nach Vorstellung, nach Diskussion über diese Prüfung für einen Bewerber entscheidet, dann habe ich das nicht zu reklamieren und nicht zu kritisieren. So!

(Michael Thomas Breuer [CDU]: Wo ist das Gutachten?)

- Es gibt kein Gutachten. Es gibt ein Schreiben der Staatskanzlei. Das ist Monate alt. Dieses Schreiben der Staatskanzlei ist durch eine Indiskretion, die ich bedaure und mißbillige, nach draußen gespielt worden. Der Vorwurf, das habe die Staatskanzlei getan, - - -

(Herbert Reul [CDU]: Jemand aus der Staatskanzlei! - Nein wieso! Der Aufsichtsrat hat es doch nie bekommen!)

- Herr Reul, es konnten ja die Empfänger gewesen sein.

(Herbert Reul [CDU]: Wer war das denn?)

- Das weiß ich nicht. Ich bin doch nicht der Bürodirektor.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- Herr Reul, mit solchen Fisimatenten gebe ich mich nicht ab.

(Unruhe bei der CDU)

Die Tatsache, daß Sie etwas durch Indiskretion bekannt Gewordenes durch die Art Ihrer Reden noch publizistisch aufzublasen versuchen, habe ich erkannt.

(Herbert Reul [CDU]: Ja, und?)

Daß jemand in der Staatskanzlei in einem internen Vorgang jemanden bewertet, kann ich ihm nicht übelnehmen. Wenn ein solcher Vorgang öffentlich wird, ist das immer zu bedauern, weil solche Vorgänge ihrem Charakter nach nicht öffentlich werden dürfen. Wer so etwas indiskretioniert, macht einen schweren Fehler.

(Zuruf von der CDU: Sie sind doch der Chef!)

- Ja, aber wenn ich doch nicht weiß, wer indiskretioniert, dann bin ich doch nicht der Chef. So!

(Widerspruch und Unruhe bei der CDU - Zurufe von der CDU)

- Ach, regen Sie sich doch einmal ab.

(Glocke)

Auf was für ein Niveau sind Sie mit Ihrer Oppositionspolitik gekommen!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Herbert Reul [CDU]: Niveau! Das müssen Sie dem mal sagen! [Auf Minister Clement zeigend:] Wer hat denn hier kein Niveau? - Loke Mernizka [SPD]: Das war doch unter aller Kanone! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Reul - - -

(Weitere anhaltende Zurufe von der CDU - Unruhe)

Präsident Ulrich Schmidt: Darf ich Sie um Aufmerksamkeit bitten. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Reul, - - -

(Zuruf von der CDU: Zum Filz!)

- Zum Filz will ich Ihnen gern etwas sagen. Wenn Herr Kollege Reul vermischt Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, Entscheidungen des Aufsichtsrates, - - -

(Herbert Reul [CDU]: Die können Sie von mir aus weglassen!)

- Nein, das lasse ich jetzt nicht weg, sondern ich sage: Dann hören Sie bitte auf, Ansprüche auf Regierungspräsidenten und auf Polizeipräsidenten zu erheben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- Das können wir auch anders handhaben.

(Gelächter und Unruhe bei der CDU - Herbert Reul [CDU]: Frau Nacken, Frau Nacken! - Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU)

Bisher haben wir uns in diesem Bereich darum bemüht, alle politischen Kräfte des Landes zu berücksichtigen.

(Lachen bei der CDU)

Wenn Sie jetzt die Tatsache, daß das auch für die GRÜNEN gilt, reklamieren, dann empfinde ich das als ein Selbsttor, Herr Kollege Reul.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Herbert Reul [CDU]: Nicht vom Thema ablenken!)

(C)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Nun versuchen Sie, aus einer in der Tat nicht glücklich gelaufenen Personalentscheidung eine öffentliche Diskussion und eine überhöhte Verschwörungstheorie zu entwickeln. Sie bringen das dann alles zusammen mit meinem Jubiläum als Parteivorsitzender.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jawohl!)

Das müssen Sie nicht tun. Freuen Sie sich doch, daß Sie mich schon 20 Jahre lang haben.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Freuen Sie sich doch, daß die SPD sich gerade in die Form bringt, mit der sie im Jahre 2000 hier wieder die Mehrheit zu erreichen versuchen wird.

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]: Die reicht nicht mehr!)

Sie werden - - -

(Herbert Reul [CDU] [ein Papier hochhaltend]: Das ist von der Staatskanzlei!)

- Ach, Herr Kollege Reul, ich kenne doch die Rollenverteilung in Ihrer Fraktion und in Ihrer Partei. Wir bekommen das doch mit. Daß Sie Wadenbeißer vom Dienst brauchen, ist doch in Ordnung. Warum wollen Sie diese Rolle nicht wahrnehmen? Tun Sie es doch!

(B)

Nur sage ich Ihnen: Aus diesem Vorgang einer Personalentscheidung beim Flughafen eine Verschwörungstheorie zu machen, in der Sie zwischen Wolfgang Clement und mich auch nur ein Blatt Papier kriegen, das werden Sie nicht hinbekommen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Herbert Reul [CDU]: Kein Blatt Papier, aber die "Woche"! - Weiterer Zuruf von der CDU: Da paßt der Brockhaus dazwischen!)

- Ich kann den Zusammenhang, die Sie zwischen der "Woche" und der Personalentscheidung des Flughafens herstellen, nicht verstehen.

(Zahlreiche Zurufe von der CDU)

- Herr Präsident, ich habe den Eindruck, daß hier ein hoher Dialogbedarf besteht.

(Glocke)

aber nicht das Bedürfnis, zuzuhören, was ich zum Flughafen zu sagen habe.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben keine Weisung gehabt, wie sie abzustimmen haben. Sie haben nach ihrer Einschätzung nach der Vorstellung des Kandidaten abgestimmt. Ich habe das nicht zu rügen, ich habe das auch nicht zu kom-

mentieren, weil ich hierin eine Politisierung des Vorgangs sähe, die ich für unberechtigt halte.

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]: Beifall des Herrn Hombach! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat der Kollege Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich will Ihr Rollenverständnis, das Sie offensichtlich von der Opposition haben, jetzt ein bißchen durcheinanderbringen. Denn nach Ihrer Vorstellung hier ist es, glaube ich, dringend an der Zeit, daß wir ein bißchen mehr nachbohren. Das wird ja deutlicher denn je.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Als der Kollege Reul das Wort "Pfeiffer" in den Mund nahm, habe ich gedacht: Na, der ist heute morgen aber gut aufgelegt! - Nach Ihrem Beitrag kann ich nicht mehr ausschließen, daß er wirklich den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir können bei dem, was sich hier in den letzten Wochen abspielt, Verschwörungen dieser Art, wie wir sie hier vorgetragen haben, überhaupt nicht mehr ausschließen. Die Journalisten können sie auch nicht mehr ausschließen.

(Beifall bei der CDU)

Alle Beobachter der Szene haben offensichtlich den Eindruck, daß da etwas dran sein muß, wenn die Landesregierung per Information am 10. Dezember zu dieser Lange-Flughafengeschichte mitteilt:

"Die Vertreter des Landes haben deutlich gemacht, daß anstehende Personalentscheidungen in der Geschäftsführung bis zur Klärung einer zukunftsorientierten Gesellschafterstruktur nicht getroffen werden sollten."

Das ist klare Meinung der Landesregierung gewesen. Dann wird dieser Tagesordnungspunkt bei zwei Sitzungen heruntergenommen. Und in der dritten Sitzung - was Wunder - gilt auf einmal nicht mehr, daß der Mann nicht qualifiziert ist, sondern da singen Sie das Hohe Lied der Gewerkschaftstreue - das haben Sie ja gerade auch wieder gesungen - und versuchen, uns klarzumachen, daß das jetzt auf einmal ein ganz normales Spielchen sei.

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

Das glaubt Ihnen doch hier kein Mensch mehr,
(Beifall bei der CDU)

sondern das ist eine ganz abgekartete Geschichte.

Die Sache wird ja noch dadurch bestätigt, daß dieser Mann nicht einen ganz normalen Vertrag, sondern einen Drei-Jahres-Vertrag bekommen hat, wobei ihm nach zwei Jahren erzählt werden soll, ob der Vertrag eventuell auf fünf Jahre verlängert wird. Das muß man sich einmal vorstellen. Warum machen Sie denn eine so komische Geschichte, abweichend von allen Normalitäten?

(Widerspruch des Ministerpräsidenten
Dr. Johannes Rau)

Weil Sie genau wissen: Sie haben vorher ein Gutachten über die Nicht-Qualifikation gemacht, und jetzt müssen Sie dem entsprechen. Das ist geschoben von vorne bis hinten, und das lassen wir uns nicht gefallen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

(Zuruf von der CDU: Ah, Herr Clement darf nicht!)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Linssen, eine solche Konditionierung, wie Sie sie gerade dargestellt haben, halten Sie für ungewöhnlich. Das ist falsch. Ich habe vor ganz kurzer Zeit in einem Aufsichtsrat eine solche Entscheidung mitgetragen - drei und Verlängerungsmöglichkeit -, und zwar bei jemandem, der schon unter Vertrag war. Das ist also durchaus normal, entspricht den aktienrechtlichen Bestimmungen und den handelsrechtlichen Möglichkeiten.

Ich habe mich aber zu Wort gemeldet, um etwas anderes zu sagen. Herr Kollege Reul, ich möchte Sie bitten, den Vergleich und das Stichwort "Pfeifer".

(Herbert Reul [CDU]: Nein!)

das Herr Kollege Linssen damit kommentiert hat, daß Sie besonders gut aufgelegt seien, doch einmal außerhalb des Parlaments zu sagen, weil nur dann die strafrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden können, die wir brauchen, um mit dieser Sache fertig zu werden.

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]: Da

kommen Sie nicht mehr heraus! - Zahlreiche
lebhaftige Zurufe von der CDU) (C)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat Herr Kollege Hegemann.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich schon ein bißchen: Herr Matthiesen hat sich während meiner ersten Rede gemeldet, Herr Clement hat sich gemeldet. Sie mußten alle zurückziehen. Na ja, sei's drum.

Herr Ministerpräsident, auch Herr Engholm hat einmal gedroht. Das hat er nicht lange aufrecht erhalten. Ich weiß nicht, was das soll, daß Sie drohen: Das sagen Sie einmal außerhalb des Parlaments, dann komme ich mit dem Staatsanwalt! - Das macht Ihre Aussage nicht sinnvoller.

Warum haben Sie eigentlich auf die Fragen, die man Ihnen gestellt hat, nicht geantwortet?

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch gefragt worden: Wer in Ihrem Haus hat auf wessen Veranlassung ein Gutachten erstellt und an wen geschickt? Das Gutachten ist doch nicht an die Presseabteilung gegangen; es hat doch bestimmt Adressaten gehabt. (D)

Ich gehe einmal davon aus, daß die Mitglieder des Aufsichtsrats aus Ihrem Hause - Herr Habermann aus der Staatskanzlei, Herr Westermann und Herr Bickenbach aus dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium - von Ihnen Entscheidungshilfen bekommen haben, wie sie sich zu verhalten haben. Sie können ja einmal nachfragen und sich eine dienstliche Erklärung geben lassen, ob auch alle dichtgehalten haben.

Wenn dann vor einigen Monaten im Landtag auf einen alten kaufmännischen Grundsatz hingewiesen und gesagt wird: Wenn ich etwas veräußern will, dann treffe ich nicht vorher eine ganze Reihe von Dispositionen und greife in die Entscheidungskompetenzen des künftigen Erwerbes ein. Das ist ein alter kaufmännischer Grundsatz, den man beherzigt. Das hat nicht Herr Lange gesagt, sondern Herr Trinius. Nun sagen Sie, daß wir das hier nicht öffentlich diskutieren dürfen. Sind Sie der Oberzensor, Herr Verkehrsminister?

(Beifall bei der CDU)

Sie problematisieren eine Entscheidung; Sie schlagen Herrn Walsken vor, bringen ihn ins Gespräch.

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

- (A) 3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 50 000 DM und darüber im 1. Quartal des Haushaltsjahres 1997

Antrag
des Finanzministers
gemäß Artikel 85 Absatz 2 LV
i. V. m. § 37 Abs. 4 LHO

Vorlage 12/1434

Beschlußempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/2348

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich komme zur **Abstimmung**. Wer die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2348** annehmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung stelle ich fest, daß die übrigen Mitglieder des Hauses, soweit anwesend, die **Beschlußempfehlung angenommen** haben.

Ich komme zu:

- (B) 4 Unser Land braucht die **Gemeinsamkeit der Demokraten**:
Die Steuerreform darf nicht länger blockiert werden!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2342

Ich weise hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/2372**.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner von der CDU das Wort —

(Regina van Dinther [CDU]: Verschwunden!)

- Dann darf ich in der Reihenfolge der Redner vorgehen; anders läßt es sich wohl zur Zeit nicht machen.

Als nächste Rednerin folgt Frau Kollegin Meyer-Schiffer, bitte schön.

(Gisela Meyer-Schiffer [SPD]: Das macht keinen Sinn! - Regina van Dinther [CDU]: Unterbrechen! - Weitere Zurufe)

Herr Ministerpräsident, wollen Sie sprechen? - Dann erteile ich Ihnen das Wort. Bitte schön. (C)

(Beifall)

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU soll den Eindruck erwecken, die Deutsche Bundesbank habe im Streit um die große Steuerreform Partei ergriffen; sie habe sich auf die Seite der Bundesregierung geschlagen. Dieser Eindruck ist irreführend und falsch. In ihrem Monatsbericht vom August 1997 fordert die Bundesbank ausdrücklich eine umfassende große Steuerreform, die niedrigere Steuersätze mit einem umfassenden Abbau steuerlicher Ausnahmetatbestände und steuerlicher Sondervergünstigungen verbindet. Für eine solche Reform tritt auch die Landesregierung ein.

Wir halten unverändert an der Forderung fest, eine Steuer- und Abgabenreform bereits zum 1. Januar 1998 zu verwirklichen. Sie muß aber wirtschaftspolitisch vernünftig und solide finanziert sein. Der Spielraum für die Senkung der Steuersätze muß durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage geschaffen werden. Wir wollen keine Steuersenkung um jeden Preis. Wir wollen eine gerechte und effiziente Lastenverteilung. (D)

Die mit dem Steuerreformgesetz der Bundesregierung verbundenen Steuerausfälle sind weder für den Bund noch für die Länder noch für die Gemeinden zu verkraften. Bereits nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 1997 müssen die öffentlichen Haushalte 1997 Steuerausfälle von 18 Milliarden DM verkraften. Ab 1998 werden es über 30 Milliarden DM sein.

Das Konzept der Bundesregierung zur Steuerreform bedeutet ein zusätzliches Defizit von über 45 Milliarden DM jährlich. Die Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte belaufen sich damit ab 1999 auf rund 80 Milliarden DM.

Steuerausfälle in dieser Größenordnung können weder durch Ausgabeneinschränkungen noch durch eine höhere Neuverschuldung aufgefangen werden. Sie sind auch mit Blick auf die Maastricht-Kriterien nicht zu verantworten. Eine glaubwürdige und seriöse Steuerpolitik muß die aktuelle finanzpolitische Lage berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalition in Bonn hat zur Refinanzierung ganz allgemein eine Umschichtung von direkten zu

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) indirekten Steuern angekündigt. Konkrete Vorschläge liegen bis zum heutigen Tage nicht vor. Wir wollen eine solide finanzierte Steuerreform. Das heißt leider auch: Für umfangreiche Nettoentlastungen fehlt einfach das Geld. Das weiß auch die Bundesregierung, und das merkt man manchmal auch daran, wie sie handelt oder wie sie nicht handelt.

Dafür ein Beispiel: Sie hat zwar beschlossen, den Solidaritätszuschlag um zwei Prozentpunkte zu senken; sie ist aber bis heute nicht in der Lage zu sagen, wie sie die entstehenden Steuerausfälle von 7,5 Milliarden DM refinanzieren will. Wie sie dann im Rahmen einer großen Steuerreform eine vielfach höhere Nettoentlastung finanzieren will, bleibt das Geheimnis der Bundesregierung.

Das Konzept der Bundesregierung würde allein in unsere Landeskasse ein Loch von mindestens 4 bis 5 Milliarden DM reißen. Mir ist unbegreiflich, wie die CDU hier im Landtag der Landesregierung ausgerechnet dieses Reformvorhaben als Mittel empfehlen kann, um die Steuereinnahmen zu stabilisieren.

(Beifall bei der SPD)

(B) Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung sind auch nicht geeignet, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Tatsache ist doch: Die Unternehmen in der Bundesrepublik sind über Jahre hinweg durch diverse Standortsicherungs- und Jahressteuergesetze steuerlich entlastet worden. Die steuerliche Belastung der Unternehmen liegt heute auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch ist im Inland bisher keine verstärkte Investitionstätigkeit zu verzeichnen. Das spricht eine deutliche Sprache.

Festzuhalten bleibt: Deutschland ist kein Hochsteuerland. Die Steuerquote lag 1996 bei 23 %. Das ist der niedrigste Wert seit den 60er Jahren.

Die einfache Philosophie der Bonner Regierungskoalition scheint zu sein: Man muß vor allem die Unternehmen kräftig steuerlich entlasten; dann steigen die Investitionen, und Arbeitsplätze entstehen wie von selbst. Es wäre schön, wenn es so einfach wäre. Das ist es aber nicht, wie die Vergangenheit zeigt.

Wer die viel zu hohe Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen will, der muß rasch die Lohnnebenkosten senken. Die zu hohen Abgaben sind das eigentliche Problem. Ein Prozentpunkt weniger bei

den Sozialabgaben entlastet Unternehmen und Arbeitnehmer um knapp 35 Milliarden DM.

(Lothar Hegemann [CDU]: Auf geht's!)

Das ist mehr, als jede gegenwärtig finanzierbare Steuerreform Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte entlasten kann.

Diese Maßnahmen hätten zum 1. Juli in Kraft treten können. Die Koalition in Bonn verweigert sich aber, weil sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer brauchen wird, um die Löcher zu stopfen, die sie durch ihr Steuerreformkonzept unnötig aufreißt.

Wir wollen eine grundlegende Steuerreform, die zum 1. Januar 1998 in Kraft tritt. Wir sind auch kompromißbereit. Wir haben eben aber nicht die Hand für eine Politik, die neue Probleme schafft, statt bestehende Probleme zu lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genau das tut aber die Steuerpolitik der Koalition. Sie ist unbezahlbar, weil sie Geld zurückgeben will, das der Staat schon heute nicht hat. Sie tut nichts zur Stärkung der privaten Nachfrage und damit der Binnenkonjunktur. Aber genau an diesem Punkt lahmert der wirtschaftliche Aufschwung. Sie verstärkt die soziale Schieflage, anstatt die Lasten endlich wieder etwas gerechter zu verteilen. Sie begünstigt die Konzentration von Einkommen und Vermögen und gefährdet damit den Wettbewerb und das marktwirtschaftliche System.

Die Verständigung bei der Gewerbesteuer zeigt: Kompromisse sind möglich, wenn die Bonner Koalition Argumente aufgreift und sich bewegt. Wenn sich die Koalition bewegt, kann es auch bei den anderen Fragen eine Verständigung geben: bei der Senkung der Lohnnebenkosten, bei einem angemessenen steuerfreien Existenzminimum, bei einem niedrigeren Eingangssteuersatz. Seriös kann man darüber aber nur reden, wenn gleichzeitig die Steuerschlupflöcher geschlossen werden, die in Wahrheit ja keine Schlupflöcher mehr sind, sondern einladend geöffnete Scheunentore.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn darüber Einigkeit besteht, dann kann man auch über einen niedrigeren Spitzensteuersatz sprechen.

Ich hoffe, daß sich die Koalitionsparteien in Bonn in dieser Sache bewegen. Freilich ist ein Bundes-

(C)

(A) finanzminister auf Abruf kein besonders geeigneter Verhandlungspartner, wenn es um finanzpolitisch, wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch so wichtige Fragen geht. Wir stehen zum Gespräch über eine solche Steuerreform jederzeit bereit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst, Herr Ministerpräsident, bedanke ich mich, daß Sie in die Lücke gesprungen sind, die ich hinterlassen hatte.

(Zurufe von CDU und SPD)

Sie würden, ständen Sie jetzt hier, wahrscheinlich darüber philosophieren, ob Sie sie ausgefüllt hätten oder nicht. Ich bedaure es. Das kommt davon, wenn man eine Kollegin trifft, die einem sagt, Herr Groth würde noch zum GFG sprechen und anschließend bekäme noch der Innenminister das Wort. Daraufhin habe ich mich bei einer Besuchergruppe länger aufgehalten. Ich bitte dafür um Entschuldigung.

Der Ministerpräsident hat gerade gesagt, es würde Zeit, daß sich die Koalition bewege. - Ich glaube, dieses Thema bewegt alle in Deutschland. Es ist das beherrschende Thema. Und deshalb müssen sich alle bewegen. Wir sollten in dieser Debatte nicht versuchen, es so darzustellen, als müßte sich nur einer bewegen. Mir würde dazu sehr vieles einfallen, was an Tiraden in den letzten Wochen und Monaten durchs Land gegangen ist. Es hat relativ wenig Zweck, so etwas hier zu wiederholen.

Entscheidend ist: Gelingt uns eine Reform der Steuergesetzgebung in Deutschland, die tatsächlich unsere Wettbewerbsfähigkeit stärkt, weil die wiederum entscheidend ist für Arbeitsplätze? Wir müssen alles tun, was die Zahl der Arbeitsplätze bei uns nach vorne bringt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Gebot der Stunde. Daran werden uns Wählerinnen und Wähler messen.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(C) Die Wirtschaftsinstitute, die Deutsche Bundesbank - um nur einige zu nennen - sind alle der Meinung: Wir brauchen dringend diese Steuerreform. Und Sie haben, Herr Ministerpräsident, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ebenfalls gesagt: Wir wollen eine grundlegende Steuerreform. Sie wollen also vielleicht nicht nur die Lohnnebenkostensenkung, Sie wollen vielleicht nicht nur den Abbau von Steuerschlupflöchern, sondern Sie wollen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann auch eine Tarifkorrektur. Darum wird es sicherlich in den Gesprächen gehen.

Wir wollen alle ein Steuersystem, was einfacher ist, was gerechter ist. Das wird von allen Parteien hier vorgetragen. Wenn ich mir das Papier - ich empfehle es den lieben Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen dringend zur Lektüre - von Herrn Schleißer aus dem Sommer des Jahres 1996 unter der Überschrift "Anforderungen an eine Steuerreform" noch einmal anschauen, dann sehe ich - und das werden auch Sie feststellen -, daß er sich auch für eine Erweiterung der Bemessungsgrundlagen ausgesprochen und gleichzeitig eine Tarifkorrektur gefordert hat, die sich bei 20 bis 40 % einpendeln muß.

Das ist Originalton Schleißer. Man sollte sich in dem Schlachtengetümmel, das wir jetzt vorfinden, schon ein bißchen daran erinnern, was man eigentlich ursprünglich einmal gemeint hat.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt: Deutschland ist kein Hochsteuerland. Statistiken werden nun einmal so hingebogen, wie man sie gerne hätte.

(Reinhold Trinius [SPD]: OECD!)

- Herr Trinius, Sie wissen es doch auch besser. Schauen Sie sich doch einmal die Einkommensteuerstatistik an, und vergleichen Sie die Einkommensteuerbeträge bevor und nachdem die Arbeitnehmer über die Einkommensteuererklärung ihre Rückerstattung bekommen haben. Die Rückerstattungen an Arbeitnehmer, die vorher Lohnsteuer bezahlt haben, sind der Hauptteil der Einkommensteuer.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie im Bundesbankbericht nachlesen, den ich Ihnen gleich noch überreichen kann. Dann sehen Sie, welche Ausmaße das mittlerweile angenommen hat.

Aber wir sollten nicht die Schlachten von gestern schlagen. Nun, Herr Ministerpräsident, Sie haben

(D)

(D)

) Beginn: 10.05 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen, meine Damen und Herren. Ich heiße Sie zu unserer heutigen, der 67. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 27 Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

1 Fragestunde

Drucksachen 12/2410, 12/2432 und 12/2433

Mit Drucksache 12/2410 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 143 bis 149 vor. Außerdem haben Sie zwei Dringliche Anfragen erhalten, und zwar mit Drucksache 12/2432 die Mündliche Anfrage 150 des Kollegen Hegemann von der Fraktion der CDU sowie mit Drucksache 12/2433 die Mündliche Anfrage 151 des Herrn Abgeordneten Remmel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Nach Nr. 2 der Richtlinien für die Fragestunde werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen. Ich rufe deshalb zunächst auf:

Dringliche Anfrage 150

des Herrn Abgeordneten Lothar Hegemann von der Fraktion der CDU:

Verbilligte LTU-Flugreisen des Ministerpräsidenten

In der SPIEGEL-Ausgabe Nr. 40 vom 29. September 1997 wird unter der Überschrift "50 % Rabatt" berichtet, die WestLB-Tochter LTU habe für "wichtige Freunde und Gönner" der WestLB verbilligte Flugtickets bereitgestellt. In diesem Zusammenhang heißt es in dem Artikel auch, Ministerpräsident Johannes Rau habe bei der Fluggesellschaft "über sein Sekretariat für sich selbst, seine Frau, seine Schwiegermutter, seine Kinder und seinen Bruder nebst Ehegattin" verbilligte Flüge geor-

dert. Der SPIEGEL weiter: "In der Regel erhielt der Regierungschef 50 % Rabatt auf den Bruttopreis. Einen Flug für seine Frau nach Korfu im Oktober 1994 beglichen die Raus erst vor wenigen Wochen, nachdem mehrere Presseanfragen eingegangen waren." (C)

Wann und in welchem Umfang sind derartige Vergünstigungen vom Ministerpräsidenten und/oder Familienangehörigen angenommen worden?

Ich darf dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort erteilen.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Hegemann zitiert aus dem Artikel, den der "Spiegel" in der Ausgabe vom 29. September 1997 veröffentlicht hat. Darin geht es um die Auseinandersetzungen zwischen dem ehemaligen Geschäftsführer der LTU, Herrn Hans-Joachim Driessen, und der WestLB um Art und Höhe der Abfindung des ehemaligen Geschäftsführers der LTU. In diese Auseinandersetzungen werden jetzt durch die "Spiegel"-Veröffentlichung auch meine Familie und ich hineingezogen.

Ich möchte zu der Frage folgendes sagen: Am 18. August 1997 bekam ich eine Anfrage der Wirtschaftsredaktion der "Welt am Sonntag". Sie bezog sich auf das, worüber der "Spiegel" jetzt berichtet. Mit Brief vom gleichen Tage habe ich mich an den jetzigen Geschäftsführer der LTU, Herrn Dr. Heinz Westen, gewandt und ihn gebeten, die Vorgänge sofort zu prüfen, die mir durch die Anfrage der "Welt am Sonntag" erstmals bekannt geworden sind. (D)

Am 21. August 1997 hat mir Herr Dr. Westen das Ergebnis der Prüfung durch die Revision seines Unternehmens schriftlich mitgeteilt. Die LTU-interne Prüfung hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Weder von meinem Büro noch von mir selber wurden in der Vergangenheit an die LTU Rabattanforderungen gestellt oder entsprechende Erwartungen geäußert. Die Rechnungen für die privaten Flüge von Mitgliedern meiner Familie - insgesamt drei in fünf Jahren - enthielten weder Hinweise auf Rabatte noch waren die Flugpreise innerhalb der allgemein bekannten Preisspanne auffällig niedrig. Für eine Flugreise im Oktober 1996 war keine Rechnung eingegangen. Erst durch die von mir erbetene Prüfung ist der LTU

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) dieses Versäumnis aufgefallen. Diese Rechnung, die zwischenzeitlich übermittelt wurde, habe ich sofort bezahlt.

Das Ergebnis der LTU-internen Prüfung habe ich der Wirtschaftsredaktion der "Welt am Sonntag" zur Verfügung gestellt, die daraufhin von einem Bericht Abstand genommen hat. Dann kam eine Anfrage des "Stern", die am 28. August 1997 bei mir einging. Ich habe die gleichen Informationen dem "Stern" zur Verfügung gestellt.

Im Unterschied zur "Welt am Sonntag" und zum "Stern" hat der "Spiegel" nun eine Geschichte geschrieben. Das ist nicht zu kritisieren, zumal die Geschichte deutlich macht, um was es eigentlich geht. Wenn aber in einer Auseinandersetzung zwischen dem ehemaligen Geschäftsführer der LTU und der WestLB die Aufmerksamkeit der Medien auf mich gelenkt wird, dann hätte ich gehofft, daß, was meine Frau und mich anbetrifft, nicht nur Vermutungen geäußert und Tatsachen weggelassen würden. Ich bin darüber sehr betroffen, aber ich habe ein gutes Gewissen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Zu einer ersten Zusatzfrage erteile ich dem Abgeordneten Hegemann das Wort.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Ministerpräsident, Ihr Pressesprecher hat erklärt, Sie hätten diese Reisen in jedem Reisebüro billiger buchen können. Warum buchen Sie denn die teuren Reisen über die Staatskanzlei oder LTU?

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich weiß nicht, ob er das so erklärt hat. Mir ist ein solches Zitat nicht bekannt.

Daß ich, wenn eine Reise ansteht, meine Sekretärin bitte, sie für mich zu buchen, halte ich für zulässig.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Daß meine Sekretärin bei der LTU anruft, die wir im übrigen ja gut kennen, bei der Lufthansa oder

bei der Air France, halte ich auch für richtig. Ich habe die Preise überprüft und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß ich nicht günstiger geflogen bin als zu marktüblichen Bedingungen. Die Preise lagen in einem Reisebüro etwa auf gleicher Höhe, in einigen Reisebüros etwas niedriger - soweit ich das in diesen Tagen habe feststellen können. Ich habe mich aber in diesen Tagen nicht ausschließlich mit Flugreisepreisen der Jahre 1992 bis 1997 befaßt.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Herr Ministerpräsident. - Eine zweite Frage des Kollegen Hegemann.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Glocke)

Lothar Hegemann (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie haben ausweislich dieses Presseartikels auf Vermittlung der WestLB auch an einer Reise nach London teilgenommen und dort für die Veranstaltung "Last Night of the Proms" Schwarzmarktkarten im Wert von 750 Pfund erhalten. Wann haben Sie denn erfahren, daß diese Reise stattfindet? Und wann haben Sie erfahren, daß die Karten auf dem Schwarzmarkt besorgt werden mußten?

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Das habe ich überhaupt nicht erfahren. Der Sachverhalt ist ganz anders. Ich habe ihn nicht angesprochen, weil er in Ihrer Dringlichen Anfrage nicht vorkommt. Aber ich bin für diese Zusatzfrage sehr dankbar, weil ich Ihnen gern berichten möchte.

Wir sind eingeladen worden zu der Veranstaltung "Last Night of the Proms". Meine Frau konnte teilnehmen, bei mir war das terminlich offen; deshalb habe ich nicht zugesagt. Als sich dann ergab, daß ich an jenem Wochenende frei haben konnte, bin ich mit meiner Frau nach London geflogen - nicht mit der LTU und auf eigene Rechnung. Wir haben in dem Haus gewohnt, in dem wir vor nunmehr 15 Jahren geheiratet haben. Ich habe nicht in irgendeinem Hotel gewohnt. Ich habe diese Reise auch nicht auf Kosten der WestLB oder irgendeines anderen gemacht. Wir waren in "Last Night of the Proms". Mir hat es

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(C) 1) gut gefallen. Wir haben anschließend zusammengesessen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Die Karten!)

- Moment! - Und ich habe die Gäste, mit denen wir anschließend zusammengesessen haben, mit meiner Frau gemeinsam am nächsten Tag zu einem Brunch in unsere Wohnung eingeladen. Auch das war sehr schön.

Ich habe weder den Gastgeber noch irgendeinen anderen gefragt, an welcher Vorverkaufsstelle und zu welchen Bedingungen er die Karten für mich und meine Frau besorgt hat. Ich habe eine Einladung bekommen, sie gern angenommen und hatte dabei kein ungutes Gefühl.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lebhaftes Zurufe von der SPD zur CDU: Rohrkrepiere! - Peinlich! - Schmutzwerfer!)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

(Anhaltende Zurufe von der SPD - Glocke)

- Ich darf um Ruhe bitten, meine Kolleginnen und Kollegen.

(D) 2) Eine weitere Zusatzfrage von Kollegen Breuer. - Bitte.

Michael Thomas Breuer (CDU): Herr Ministerpräsident, Ihr Regierungssprecher stellt fest, daß Sie als Aufsichtsratsmitglied der Lufthansa viel billiger fliegen könnten. Warum fliegen Sie als Ministerpräsident dann eigentlich mit der LTU?

(Lebhafte Zurufe von der SPD: Ist das denn die Möglichkeit! Kasperletheater! - Glocke)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Frage beantworten wollen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD zur CDU: Das kann doch nicht mehr wahr sein! Herr Linssen, sorgen Sie für ein bißchen Ordnung in Ihrem Laden! Lächerlich, was Sie da anstellen! - Glocke)

- Zwischenrufe sind sicher das Salz in der Suppe. Aber wir haben gerade eine Fragestunde. - Herr Ministerpräsident, bitte.

(C) Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Abgeordneter, wenn Sie den Artikel und die Dringliche Anfrage des Kollegen Hegemann genau lesen, werden Sie feststellen, daß ich gar nicht mit der LTU geflogen bin. Sondern: Es handelt sich einmal um eine Reise, die meine Kinder mit meiner Frau und meiner Schwiegermutter gemacht haben. Diese Reise wird im "Spiegel" zitiert. Bei der zweiten Reise handelt es sich um eine Reise, die zwar gebucht worden, aber storniert worden ist. Das war eine Reise für meinen Bruder und seine Frau. Mein Bruder wurde 60, und ich wollte ihm etwas schenken. Die dritte Reise, die nicht bezahlt worden war, weil die Rechnung nicht vorlag, jetzt aber nachbezahlt worden ist, war eine Reise, die meine Frau während einer Herbstferienwoche unternommen hat. Alle Reisen sind legal berechnet, korrekt bezahlt.

Ich bin auch schon einmal mit LTU geflogen, bei anderen Gelegenheiten, die jedoch nicht erwähnt worden sind. Ich bin bereit, auch darüber zu reden. Ich richte meine Reisen und Reiseziele übrigens nicht danach aus, ob ich mit Lufthansa oder LTU fliege, ob ich dort günstig hinkomme, sondern ich versuche darauf zu achten, daß das, was mir in vier Jahrzehnten an Korrektheit und Integrität zugewachsen ist, nicht durch Nebenbemerkungen in ein Zwielicht gerät. Ich möchte nämlich nicht die Gespräche auf dem Schulhof meiner Kinder mithören, die nach solchen Fragen wie dieser hier geführt werden.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Eine letzte Zusatzfrage des Kollegen Hegemann. Bitte.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Herr Hegemann, entschuldigen Sie sich bei ihm - Lothar Hegemann [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen. Das kann ja gleich bei der nächsten Dringlichen Anfrage des Kollegen Rimmel gemacht werden.)

Lothar Hegemann (CDU): Herr Ministerpräsident, wann haben Sie denn diese 96er Reise bezahlt? Nachdem die Zeitungen bei Ihnen angerufen haben? Nachdem eine Revision bei der LTU stattgefunden hat - oder vorher?

(Bodo Champignon [SPD]: Das hat er doch gerade erklärt.)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Hegemann. Es gab keine 96er Reise!

(Lothar Hegemann [CDU]: Oktober 1996, haben Sie gesagt!)

- Ich muß nachsehen, wann diese Reise gewesen ist.

Also: Am gleichen Tage, an dem ich die Anfrage von der "Welt am Sonntag" bekam, habe ich die LTU angeschrieben und gebeten, ihre Revision möge den Sachverhalt überprüfen und mir, weil die "Welt am Sonntag" auch einen Redaktionsschluß hat, bis Donnerstag eine Auskunft erteilen. Diese Auskunft habe ich dann am Donnerstag bekommen. Darin stand, daß eine Reise meiner Frau stattgefunden habe, für die irrtümlich eine Rechnung nicht gestellt worden sei; man entschuldige sich für dieses Versehen.

Daraufhin habe ich angerufen und darum gebeten, mir diese Rechnung am gleichen Tage zu schicken. Das ist geschehen: Ich habe diese Rechnung noch am gleichen Tage beglichen. Wenn ich mich recht erinnere, ist das fünf Jahre her. Ich müßte nachsehen, wann genau diese Reise gewesen ist. Ich gestehe: Mir ist nicht aufgefallen, daß keine Rechnung gekommen ist. Also habe ich den Hinweis und die Entschuldigung zum Anlaß genommen, die Rechnung zu erbitten, und habe sie bezahlt, und zwar am gleichen Tage, wie sich das gehört.

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen oder Zusatzfragen liegen mir nicht vor.

(Zurufe von der SPD: Hegemann! Hegemann!)

Damit ist die Dringliche Anfrage 150 erledigt.
Ich rufe auf die

Dringliche Anfrage 151

des Herrn Abgeordneten Johannes Rimmel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konzentrationsprozesse im Tourismusgeschäft - Rolle der WestLB

In einem heute (29. September 1997) bekanntgewordenen Schreiben an die Mitglieder

des Bundestagsausschusses für Tourismus für die Sitzung am 1. Oktober 1997 hat der Präsident des Bundeskartellamtes in einem Vermerk (s. Anlage) erhebliche wettbewerbsrechtliche Bedenken gegen das Engagement der WestLB im Tourismusgeschäft geäußert. Unter der Führung der WestLB soll offensichtlich unter Zuhilfenahme der Preussag eine wettbewerbsrechtlich bedenkliche, marktbeherrschende Stellung durch eine Verbindung von TUI, LTU und Hapag Lloyd geschaffen werden.

Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Bundeskartellamtes die Aktivitäten der WestLB im Tourismusgeschäft aus wettbewerbsrechtlicher, tourismuspolitischer und wirtschaftspolitischer Sicht?

Zur Beantwortung bitte ich den Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herrn Clement.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Herr Kollege Rimmel! In der Touristikbranche vollzieht sich zur Zeit offensichtlich ein Konzentrationsprozeß. Obwohl dieser Bereich zu den Wachstumsbranchen zählt, ist er durch einen hohen Margendruck gekennzeichnet. Die beteiligten Unternehmen sehen ganz offensichtlich die Notwendigkeit, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Ausnutzung von Kooperationsmöglichkeiten sicherzustellen. Für den Standort Nordrhein-Westfalen - in diesem Bereich gilt dies ausdrücklich auch für Düsseldorf - bilden die Touristikunternehmen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Zur Information: Die WestLB ist an der LTU mit 34 % beteiligt. Über die hundertprozentige Banktochter TCT Touristikbeteiligungs-GmbH und Co KG ist die WestLB an Thomas Cook mit 100 %, an der TUI mit 30 % und an der First-Gruppe mit 20 % beteiligt. Davon zu trennen ist die 1969 erworbene Beteiligung an der Preussag AG, die sich zusammensetzt aus einer Beteiligung von 29,5 % über die Gesellschaft für Energie- und Versorgungswerte und einer mittelbaren Beteiligung von 3,47 % über die 33,33%ige Beteiligung an der Niedersachsen Holding. Gemeinsame Mitgesellschafter daran sind die Dresdner Bank und die NordLB.

(C)

(A) mütigen Bemühen, Kompromisse zu schließen, freie Fernsehübertragungen insbesondere für Fußballrechte zu sichern, gleichzeitig aber im globalen Wettbewerb mithalten zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile nun dem Ministerpräsidenten des Landes das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar für den Antrag, weil er das unterstützt, was wir in der Ministerpräsidentenkonferenz hoffen zustandebringen zu können.

Frau Kollegin Hieronymi, ich will Sie darauf hinweisen: Der Kollege Kurt Beck ist Vorsitzender der Rundfunkkommission. Es ist eine Tradition, daß der rheinland-pfälzische Ministerpräsident das ist. Sie ist völlig unabhängig davon, wer in dem Land regiert. Das war früher Bernhard Vogel, vorher war es Helmut Kohl, dazwischen war es Rudolf Scharping. Hoffentlich bleibt es Kurt Beck jetzt lange.

(D)

(B) Kurt Beck hat gemeinsam mit allen Staatskanzleien ein Anhörungsgespräch geführt. Dieses Anhörungsgespräch, in dem keine Beschlüsse gefaßt werden, hat er anschließend bewertet. Daraus zu schließen, der Antrag der Koalitionsfraktionen richte sich gewissermaßen gegen Kurt Beck oder gegen das, was er verhandelt hat, ist völlig falsch, hat nichts zu tun mit den Mechanismen, in denen wir in der Ministerpräsidentenkonferenz und auch auf anderen Ebenen Politik betreiben.

Der Sachverhalt, mit dem wir es zu tun haben, hat öffentlich ein Echo gefunden, das außerordentlich ist und das in keinem Zusammenhang mit der Zeit steht, die wir Ministerpräsidenten bei unserer Sitzung in der letzten Woche diesem Thema zugewendet haben. Denn wir sind als Ministerpräsidenten einig. Wir sind darin einig, daß wir möglichst viele nationale und internationale sportliche und andere Ereignisse im sogenannten freien Fernsehen gesichert wissen möchten, also in dem Fernsehen, das nicht eigens bezahlt werden muß.

Da haben wir es nun mit dem Sachverhalt zu tun, daß Kirch, Bertelsmann und Telekom eine Verbindung eingegangen sind, daß es Verträge gibt

(C) - Verträge, die wir gar nicht kennen - und daß sich aus diesen Verträgen nach Meinung von Bertelsmann und Kirch Rechte ergeben, die mit dem Wunsch der Menschen kollidieren, im freien Fernsehen möglichst viele dieser Sportereignisse zu sehen zu bekommen.

Weil es diesen Konflikt gibt, darum gibt es Gespräche und Verhandlungen. Und wenn es Gespräche und Verhandlungen gibt, denen die 16 Ministerpräsidenten im Wege einer Vereinbarung zustimmen können, werden wir diese Vereinbarung treffen. Wenn es diese Ergebnisse nicht geben sollte, weil die eine Seite nicht bereit ist zu geben, was wir für dringend nötig halten, oder weil sich nicht alle Ministerpräsidenten darauf einigen können, dann wird es Staatsvertragsüberlegungen geben.

Jetzt festzulegen, wie dieser Staatsvertrag im einzelnen auszusehen hat, ist deshalb schwierig, weil ihn 16 Länder abzuschließen haben und weil es in dem Bereich durchaus eine differenzierte Sicht der Dinge gibt.

Einig waren die Ministerpräsidenten darin, daß Fußball und andere sportliche Ereignisse - ich denke an Leichtathletik, an die Olympiade - nicht ins Bezahlfernsehen abgegeben werden dürfen, so daß die Mehrheit der Menschen sie nicht mehr oder nur gegen für viele unzumutbar hohe Gebühren sehen können. Darin sind wir völlig einig.

(E) Aber wir müssen uns nicht nur mit der Rolle von Bertelsmann und Kirch beschäftigen, sondern - und das ist ja auch geschehen - auch mit dem, was die Verbände als Vertragspartner mit den Firmen verabredet haben. Und ich bin sehr dankbar dafür - da setze ich einen etwas anderen Akzent als Kollege Appel, dem ich im übrigen in vielen seiner Ausführungen zustimme -, daß der Präsident des Fußballbundes, Egidius Braun, in den letzten Tagen außerordentlich bemerkenswerte und verständnisvolle Äußerungen getan hat, die mich hoffen lassen, daß sich beim Deutschen Fußballbund eine Veränderung der Sicht der Dinge ergeben hat und daß nicht nur die Finanzdirektoren sie persönlich entscheiden, sondern die gewählten Gremien. Ich habe da ziemlich viel Zuversicht, zumal ich Egidius Braun gut kenne und für einen außerordentlich seriösen Gesprächspartner halte.

Wir stehen also jetzt in der Situation, daß wir als Länderchefs - unabhängig davon, ob wir Fußball für ein "Grundnahrungsmittel" halten oder nicht;

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

A) gestern abend war eher Fastenzeit, wenn ich das mal aus nordrhein-westfälischer Sicht sagen darf - das bisherige Angebot für ergänzungsbedürftig halten.

Weil das so ist, darum sollen und werden jetzt Gespräche stattfinden, die, so hoffen wir, zu einer Veränderung, zu einer Verbesserung des Angebots führen. Ich vermag nicht zu sagen, Kollege Grätz, ob wir in dieser Woche schon ein Stück weiterkommen. Ich schließe das nicht aus, aber wir haben uns die Frist gesetzt, und bis zur nächsten Konferenz am 18. Dezember soll eine Beschlusvorlage vorliegen.

Es gibt Varianten unter den Meinungen der Ministerpräsidenten. Manche halten eine vertragliche Vereinbarung für besser als einen Staatsvertrag. Ich gehöre zu denen, die auch einem Staatsvertrag das Wort reden würden, wenn die vertragliche Vereinbarung nicht in der Substanz zufriedenstellend ist.

(Beifall des Marc Jan Eumann [SPD] und des Reinhard Grätz [SPD])

Daß sich aus dieser Differenzierung, was die Position einzelner Länder angeht, ein Konflikt ergibt, werden Sie nachvollziehen können; denn wenn man sich bei der vertraglichen Vereinbarung nicht materiell verständigen kann, ist es natürlich noch schwerer, einen Staatsvertrag zustande zu bringen, der ja auch nicht mit Gegenstimmen ausgestattet sein darf.

3)

Ich glaube, wir haben als Nordrhein-Westfalen hier eine besondere Verantwortung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die Hälfte aller Bundesligavereine. Wir sind das Sportland der Bundesrepublik. Und darum werden wir alles tun, damit die sportinteressierte Bevölkerung möglichst viel an nationalen und überregionalen Ereignissen sehen kann.

Diese Verhandlungen waren erst jetzt möglich, weil wir erst jetzt, Frau Kollegin Hieronymi, die EU-Fernsehrichtlinie haben, die wir vorher nicht hatten. Deshalb konnten die Diskussionen darüber nicht früher geführt werden, ob wir eine Liste einreichen oder nicht. Übrigens: Diese Fernsehrichtlinie enthält ja nicht den Begriff "Livesendung". Wir müssen bei diesen internationalen Ereignissen auch noch überlegen, wann sie denn gesendet werden und ob denn die Liveausstrahlung wirklich ein Gewinn ist oder ob es wie früher bei einigen Boxwettkämpfen eben dazugehör-

te, daß man die Nacht zum Tage machte, um sie sehen zu können. Das wird eine ganze Nation nicht tun, selbst nicht bei Leichtathletik.

Also: Wir haben es hier mit einem differenzierten und diffizilen Problem zu tun. Der Kollege Beck hat die Verhandlungen und die Anhörung vor allen Dingen souverän und mit großem Erfolg geleitet. Aber das Ergebnis reicht noch nicht. Und darum wird jetzt nachverhandelt. Ich hoffe, Ihnen vor Jahresende ein positives Ergebnis vortragen zu können.

Daß im übrigen die Entwicklung des digitalen Rundfunks die nächsten Jahre stark bestimmen wird, ist gar keine Frage. Ob das nur im Bezahlfernsehen geschieht oder ob das auch im freien Fernsehen geschehen kann, das ist die eigentlich rundfunkpolitische Frage, mit der wir uns auseinandersetzen haben. Deshalb warne ich davor, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus den Entwicklungschancen, die auch digitaler Rundfunk und digitales Fernsehen bieten, herauszunehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn van Schewick das Wort.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Sitzung des Sportausschusses am vergangenen Montag hat die CDU erklärt, daß in der Vergangenheit die Anträge zu diesem Thema nur gemeinsam beraten worden sind und eine gemeinsame Basis aufgrund einer gemeinsamen Grundeinstellung zur Abstimmung vorgelegt worden ist.

Heute stellt die CDU-Fraktion einen eigenen Antrag, und zwar deswegen, weil die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den gemeinsamen Weg verlassen haben und ihr Antrag Punkte enthält, denen wir nicht zustimmen können.

Ich möchte eine grundsätzliche Vorbemerkung machen. Zur Zeit gibt es deutliche Vorwürfe gegen die Politiker und Politikerinnen, daß uns nur populistische Motive veranlassen, uns dieses aktuellen Themas anzunehmen. Jetzt erst würden die Politiker ihr Herz für den Fußball entdecken. Kollege Antonius Rösenberg weist in dem Zusammenhang besonders darauf hin, daß die Fußball-

(C)

(A) Rohstoffe und die Emissionen radikal um 70 bis 90 % bis ins Jahr 2050 zu senken."

Das schreibe ich auch gern meiner Koalitionspartnerin ins Stammbuch und hoffe auf ein Handeln in diesem Sinne.

Weil es sich praktischerweise so ergibt, noch einen weiteren Satz als Zitat:

"Die Erneuerung der Industriegesellschaft kann nicht von oben diktiert, sondern muß von der Bevölkerung ausgehen oder zumindest mitgetragen werden. Persönliches Engagement, Bürgerinitiativen und ökologische Erneuerung gehören zusammen."

Jetzt verrate ich Ihnen was: Weil wir das auf Landesebene wollen, fördern wir die professionelle Arbeit der Promotorinnen, die als Kristallisationspunkte gelten und die hier alle Kräfte aufwenden, um solche Prozesse in Gang zu bringen, zu begleiten und zu vervielfältigen. Weil wir das wollen, gehört es sich auch, auf Regierungsebene Personalressourcen einzusetzen. Mir wäre es neu, daß die Umsetzung von Veränderungen einfach so vom Himmel fiele. Da braucht es doch ein ganzes Stück an Woman- und Manpower, um Innovation Realität werden zu lassen.

(D)

(B) Meine Damen und Herren, wir haben hier einen Antrag vorliegen, der sich gegen die aktuelle Promotorinnenpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen wendet und indirekt - das hat Frau Keller noch einmal gesagt - auch gegen die 50 Pfennig, die im GFG dafür bereitstehen, daß auf lokaler Ebene die lokale Agenda 21 umgesetzt wird. Ihnen dürfte doch bekannt sein, daß der Prozeß von Rio gerade diese Frage an die Industrienationen gerichtet hat. Die Umsetzung der lokalen Agenda 21 ist eine Zukunftsaufgabe, der wir uns stellen müssen. Dafür stellen wir hier im Land Geld bereit, dafür kämpfen wir auch.

Ich verrate Ihnen noch etwas: Die Leute, die auf lokaler Ebene interessiert sind, sagen, sie bräuchten diese Gelder und seien bereit, sich einzusetzen, weil sie die Notwendigkeit erkennen würden, in internationaler Solidarität zu arbeiten. Dafür bräuchten sie aber auch den Anschlag von oben. Das Land müsse Rahmenbedingungen setzen. Das Land müsse bereit sein, diese Schritte zu tun.

Wir sind in der Bundesrepublik in dieser Richtung wirklich vorbildhaft. Ich unterstütze das ausdrücklich. Ich fände es sehr schade, wenn die CDU auch in Zukunft eine Sperrminorität einneh-

(Ute Koczy [GRÜNE])

men würde. Die CDU tritt meiner Meinung nach vor Ort auch sehr differenziert auf. Von der CDU wird, wenn ihre Vertreter den Gruppen gegenüber sitzen, wenn sie in Kirchengemeinden dabei sind, wenn sie mit Vertretern und Organisationen aus den Eine-Welt-Initiativen zusammensitzen, sehr häufig auch etwas anderes gesagt. Deswegen habe ich Probleme zu begreifen, wie dieser Antrag hier im Landtag auf die Tagesordnung kommen konnte, weil ich einzelne Vertreterinnen und Vertreter Ihrer Partei auch in anderen Zusammenhängen kennengelernt habe. Das tut mir sehr leid. Ich würde mir wünschen, daß wir in Zukunft auch von seiten der CDU-Opposition zu einer anderen Politik kommen würden.

Meine Damen und Herren, es gibt sicherlich noch sehr viel mehr zu sagen, aber ich bin am Ende meiner Redezeit und werde für die weitere Diskussion gern den Ausschuß nutzen, in dem dieser Antrag aber sicherlich keine Mehrheit finden wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Ministerpräsident Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Eindruck ist, daß die Eine-Welt-Politik Nordrhein-Westfalens von vielen anderen Ländern der Bundesrepublik beneidet wird, um ihre Schlüssigkeit und um ihre Ausgewogenheit - auch was die inländischen und die ausländischen Aktivitäten angeht.

Ich sehe einen Unterschied in dem Antrag und in der Rede von Frau Kollegin Keller. Ich habe die Rede sehr viel besser verstehen können als den Antrag, auch wenn ich nicht alle Ihre Überlegungen teile.

Als ich einen Nord-Süd-Beauftragten berufen habe, brauchte ich lange Zeit, bis ich den Richtigen gefunden habe, der dazu auch bereit war. Ich habe damals 1992 vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Linssen einen Brief bekommen, in dem er schreibt, für diesen Nord-Süd-Beauftragten gebe es viel zu wenig Personalmittel. Der Mann habe gar keine Wirkungsmöglichkeit. In diesem Brief stand zum Beispiel die Formulierung, dem Vernehmen nach solle es sich um einen pensionier-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) ten Oberkirchenrat handeln, und der solle das nebenamtlich machen. Dieser Brief ist mir gut in Erinnerung. Darin hat sich nämlich Herr Dr. Lins- sen für mehr Personal eingesetzt. Deshalb wun- dere ich mich, daß fünf Jahre später jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung das Gegenteil an- gemutet wird.

Ich glaube, wir brauchen Aktivitäten in den Län- dern des Südens und der Dritten Welt. Damit es aber dort Aktivitäten geben kann, brauchen wir ein Umdenken bei uns. Das ist das, was in Rio gesagt worden ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer hier Bewußtsein verändern will, der muß dazu Menschen haben. Darum haben wir Promo- toren und Promotorinnen, deren Arbeit ich so beurteile, wie es Frau Kollegin Jung hier eben ausgeführt hat. Die werden nicht, alle gut sein. Wir werden mit ihnen Erfahrungen sammeln müs- sen. Aber daß es diese jetzt gibt und daß ihre Tätigkeit eine Wirkung in die Gruppen hinein hat und zu neuen Gruppenbildungen führt, das haben wir auf vielfache Weise festgestellt. Und darüber bin ich sehr froh.

(B) Hinsichtlich der 50 Pfennig habe ich noch ein paar hämische Kommentare in Erinnerung, als das damals zum ersten Mal ausgeschüttet wurde. Aber ich könnte Ihnen auch von denjenigen er- zählen, die mir berichtet haben, was mit dieser Arbeit geschieht und mit diesem Geld vor Ort verändert wird. Darum finde ich es gut, daß wir lokal handeln und global denken und umgekehrt.

Wir haben es hier mit einem Politikbereich zu tun, der es nicht leicht hat, aber dem wir es leichter machen müssen. Deshalb bin ich froh darüber, daß Oberkirchenrat Schroer in den fünf Jahren eine so hohe Reputation auch im Landtag gefun- den hat, und deshalb bin ich froh darüber, daß ich jetzt einen hauptamtlichen Nord-Süd-Beauf- tragten in Dr. Lefringhausen habe, der mit einem großen Erfahrungsschatz gekommen ist und der all die Voraussetzungen mitbringt, die in dem Brief von Dr. Lins- sen aus dem Jahre 1992 rekla- miert wurden.

Freilich führt das zu höheren Personalkosten; das haben wir dem Ausschuß berichtet. Ich würde es aber für ganz fatal halten, wenn wir eine solche Entwicklung zum öffentlichen Gegenstand mach- ten, anstatt das gemeinsame Ziel zu verfolgen, Entwicklungspolitik - "Entwicklungshilfe" würde ich nicht mehr sagen - zu einer Sache des ganzen

Landes zu machen. Ich möchte diesen Ansatz gern behalten. Es ist gut auch für uns, auch für die Menschen, die hier leben, wenn wir mithelfen,

(Beifall bei der SPD)

daß andernorts besser gelebt werden kann und nicht nur überlebt wird. Das muß man lernen. Das besteht gar nicht darin, wieviel Geld wir ge- ben, sondern die Hauptfrage ist, wieviel wir den anderen nehmen und ob wir nicht weniger neh- men sollten, als wir denen nehmen, die weniger haben als wir. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Da- men und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, so daß ich die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt schließen kann.

Wir haben abzustimmen über die Überweisung des Antrags an den Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik. Dort wird die abschließende Beratung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

9 Zwölftes Gesetz zur Änderung des Abgeord- netengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2482

erste Lesung

in Verbindung damit:

Bericht des Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen nach § 23 des Abgeord- netengesetzes

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 12/2186

Ich verweise auf den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksa- che 12/2513. Dieser Entschließungsantrag wird in die heutige Beratung einbezogen, jedoch nach

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) Sie meinen, er wäre für 2 Millionen DM zu kau- fen. Das finde ich ein absurdes Beispiel.

(Heinz Paus [CDU]: Ist der etwa billiger?)

Das entspringt vielleicht Ihrer Phantasie und Ihren Assoziationen. Ich erinnere mich an das letzte Mal, als in der politischen Geschichte Stimmen gekauft wurden. Das war beim Mißtrauensvotum gegen Willy Brand 1972. Da hat man so manches gesehen. Das war wie übrigens auch die Land- schaftspflege von Schmiergeldern von Flick in Bonn einer der Gründe dafür, daß die Menschen mit ihrer Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gezeigt haben und immer wieder zeigen, daß sie eine unbestechliche und nicht käufliche politische Alternative wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmüt Lins- sen [CDU] und Heinz Paus [CDU]: Tātā, Tātā, Tātā!)

Herr Lins- sen, um zu Ihrem Chaos zu kommen und es am Ende auch richtig einordnen zu können, mache ich mir schon die Mühe, an folgendes zu erinnern: Vor zwei Jahren haben Sie an dieser Stelle Haushaltsanträge ohne jede Deckung vorge- legt. Im letzten Jahr haben Sie erst die Haus- haltsdebatte boykottiert, dann haben Sie in der dritten Lesung Anträge nachgereicht und geglaubt, daß Sie hier eine historische Rede halten würden, und sind ganz kläglich eingebrochen.

Schade eigentlich, Herr Lins- sen. Ich finde, die CDU-Wählerinnen und -Wähler hätten eine besse- re Opposition für ihre Stimme verdient. Ich finde, Ihre Fraktion sollte das tun, was Sie nach Ihrer Wahl öffentlich angekündigt hat: Sie sollte Sie entlasten. - Vielen Dank, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeord- neten der SPD - Heinz Paus [CDU]: Daß wir das noch erleben durften!)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Appel. - Ich erteile das Wort dem Ministerpräsi- denten Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Prä- sident! Meine Damen und Herren! Heinz Kühn nannte den Haushaltsplan das Schicksalsbuch des Landes. So ist es angemessen, daß wir uns anlässlich der dritten Lesung des Landeshaushal-

tes mit unserem Land beschäftigen, mit dem, was die Menschen bewegt, mit dem, was die politischen Diskussionen ergeben haben.

Es sind in den dreieinhalb Stunden der Diskussion bereits viele Stichworte genannt worden. Auf einige will ich einzugehen versuchen.

Der Oppositionsführer hat an mehreren Stellen den Versuch gemacht, zwischen politischen Sachverhalten und mir als Person und meiner Lebensplanung Verbindungen herzustellen:

(Heinz Paus [CDU]: Das ist sehr interes- sant!)

beim Länderfinanzausgleich, bei der Steuerre- form, bei Garzweiler II. Sie müssen es nicht glau- ben, Herr Lins- sen, aber Sie müssen es anhören: Ich tue nichts und ich unterlasse nichts, weil ich etwas werden will oder weil ich etwas bleiben will, sondern ich tue meine Arbeit, weil ich die- sem Land gern diene. Ich tue das ohne den Blick auf mögliches Kommendes, ohne den Blick auf Gewesenes. Ich tue es gern.

(Zuruf von der CDU: Zukünftiges!)

- Zukünftiges!

Daß man an der Seite seines Parteivorsitzenden steht wie ich bei Lafontaine in der Frage der Steu- erreform, das ist so wenig vorwerfbar wie der Verdacht, daß Sie in der Nähe von Helmut Kohl zu suchen sind.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜ- NEN)

Ich will meine Arbeit tun; ich will sie richtig tun. Ich tue sie mit einem Kabinett, das das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses hat, mit unterschied- lichen Akzenten, die sich aus dem Wahlergebnis von 1995 ergeben, das Sie kennen, das Sie bis heute erleiden. Aber das haben die Bürger so ge- wollt, und wir tun unsere Arbeit in der Verant- wortung vor dem Bürger.

Wir haben allerdings seit diesem Wahlergebnis wichtige Veränderungen. Die allerwichtigste Ver- änderung, meine Damen und Herren, ist die, daß das einzige Mal in der Geschichte unseres Landes in zweieinhalb Jahren, in der Hälfte einer Wahl- periode, fünfmal Steuerschätzungen vorgelegt wurden, die jeweils unter der vorhergehenden lagen.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) Daß sich die Staatsfinanzen im freien Fall befinden, und zwar bei Bund, Ländern und Gemeinden, das ist der Sachverhalt. Angesichts dieses Sachverhaltes haben wir es mit schwierigen Verhandlungen zwischen den Ländern, zwischen Bund und Ländern zu tun. Dabei spielt der Länderfinanzausgleich, auf den ich später noch zurückkomme, eine wichtige Rolle.

Nun haben Sie berichtet, ich hätte mich vor meiner Fraktion für die Rücktrittsandrohung entschuldigt. Das haben Sie gelesen.

(Zurufe von der CDU: So steht es in der Zeitung!)

- Ja, sicher steht es in der Zeitung. Ich würde es Ihnen gern im Wortlaut vorlesen: "Es tut mir leid, daß ich dieser Fraktion Mühe und Arbeit gemacht habe dadurch, daß ein freundschaftliches Gespräch mit Hans Vorpeil und mir über den WDR gelaufen ist." Das habe ich gesagt. Das stimmt auch, daß mir das leid tut. Es stimmt auch, daß ich zwei Sätze des Unmuts angesichts einer Diskussion über eine Haushaltsposition gesagt habe, die das Kabinett einstimmig beschlossen hatte und die ich zu vertreten und zu verteidigen habe. Mehr ist nicht geschehen.

(B) Wer daraus eine Rücktrittsdrohung macht, der überhöht einen Sachverhalt. Das sollte er nicht tun. Überhaupt meine ich, Herr Dr. Linssen, wir sollten mit der Sprache etwas vorsichtiger umgehen, als wir das manchmal tun.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer angesichts eines in der Tat streitigen Sachverhalts - wir haben ja eben darüber auch eine fröhliche Diskussion zwischen Klaus und Roland gehört -

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

von dem ich ja nicht bestreite, daß er manche irritiert haben mag und daß man das wieder in Ordnung bringen muß, damit die Irritationen wegkommen, aber wer angesichts eines solchen Sachverhalts den Begriff "Silberlinge" benutzt, Herr Kollege Linssen, der sollte in den Spiegel schauen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Linssen: Wer die Bibel nicht als Quelle benutzt, sondern als Waffe, der betreibt Mißbrauch mit ihr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben freundlicherweise, Herr Kollege Linssen, meine Dienstzeit als Abgeordneter in eine Relation zu Ihrer gestellt: fast 40 Jahre zu 17 Jahren. Sie können verstehen, daß ich dabei einen gewissen Stolz empfinde, obwohl Verweildauer noch kein Verdienst ist. Sie haben zu Recht gesagt, Sie seien seit 17 Jahren im Landtag. Ich füge hinzu: Sie sind auch seit 17 Jahren in der Opposition.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Haben Sie sich vielleicht einmal gefragt, ob das damit zusammenhängen könnte, wie Sie zum Landeshaushalt und bei anderen Gelegenheiten reden?

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie sind ja sonst nie hier! Sie wissen das doch gar nicht! - Widerspruch bei der SPD)

- Ach, Herr Kollege Uhlenberg! Lassen Sie mich das eben auch noch sagen: Ich habe im Fernsehen gesehen, wie Herr Meyer hier gesagt hat, ich sei wieder nicht da; es schein mich ja nicht zu interessieren.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das hat er nicht so gesagt! Das stimmt nicht!)

- Ich habe es gesehen. Ich hatte mich vorher wegen Grippe entschuldigt. Das gibt's doch mal! Und daß man die Leistung eines Politikers nach seiner körperlichen Anwesenheit bemißt, halte ich nicht für zulässig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Laurenz Meyer [CDU]: Ich habe gesagt, daß Sie sich für diese Frage, die wir im Landtag diskutieren, nicht so interessieren wie für manches andere draußen! - Beifall bei der CDU)

- Entschuldigung! Dann habe ich das mißverstanden und nehme es zurück. Denn wenn man etwas mißverstanden hat, soll man es zurücknehmen.

(Zurufe von der CDU)

(C)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) - Ich habe mich gerade bei Herrn Kollegen Meyer entschuldigt, weil ich ihn offenbar falsch zitiert oder falsch verstanden habe. Das müssen wir doch noch dürfen!

Also, Herr Kollege Linssen! Ich entdecke in den Reden, die Sie hier halten, keine klare inhaltliche Linie, keine Alternative, keinen schwarzen Faden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe mich heute nicht zum erstenmal gefragt: Was würde diese Opposition eigentlich machen, wenn es Garzweiler II nicht gäbe?

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Womit würden Sie sich warmreden, womit würden Sie sich künstlich in Rage bringen?

Sie machen bei Garzweiler II der Landesregierung und mir persönlich schwere Vorwürfe. Dafür bringen Sie keinen einzigen Beleg und keinen einzigen Beweis. Das hat einen einfachen Grund: Es gibt keine Belege und keine Beweise für Unzuverlässigkeit und Wortbruch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie setzen an die Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung persönliche Herabsetzung. Ich werde mich daran auch in Zukunft nicht beteiligen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer das, was ich in den zwei Sätzen gesagt habe, die Sie dankenswerterweise aktuell verbreitet haben, für eine dramatische Rücktrittsdrohung hält oder gar für einmalig, kennt wenig vom politischen Geschäft, weder in den Ländern noch im Bund.

Es geht übrigens auch nicht darum, Herr Kollege Linssen, diese Koalition nur bis zur Bundestagswahl zu retten.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Erst einmal!)

- Erst einmal, sicher. - Aber unser Ziel, das wir miteinander vereinbart und unterschrieben haben, ist gemeinsame Regierung bis zum Jahre 2000. Das wollen wir,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und das wollen wir mit Erfolg - mit einem Erfolg, der nach der letzten Wählerentscheidung begon-

nen hat. Sie sollten die Entscheidung, die der Wähler über Sie getroffen hat, nicht vergessen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will einige Bemerkungen zu Themen, die Sie angesprochen haben, machen. - Sie haben darauf hingewiesen, daß die Investitionsquote bei uns in den vergangenen Jahren stark gesunken ist. Ich finde es immer interessant, welche Vergleiche Sie dann bringen. An anderer Stelle haben Sie uns Baden-Württemberg vorgeworfen. Hier haben Sie Baden-Württemberg nicht genannt; denn unsere Investitionsquote ist genauso hoch wie die Baden-Württembergs. Sie haben die des Bundes genannt, aber den Hinweis vergessen, daß der Bund 13 % Personalausgaben hat, wir über 40 %.

Sie haben dann darauf hingewiesen, daß wir es uns zu leicht machten und den Gegenwartskonsum zu Lasten der Zukunft förderten. Da werden Sie, Herr Kollege Linssen, Opfer der haushaltswirtschaftlichen Abgrenzung. Denn wir alle sprechen doch davon - Sie heute auch -, daß die Investitionen in die Köpfe, die Ausgaben für Wissenschaft, Bildung und Forschung, die wichtigsten Zukunftsinvestitionen sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das sind aber nach der Haushaltssystematik konsumtive Ausgaben. Ich halte mich da lieber an die Wirklichkeit als an die Statistik.

Sie haben davon gesprochen, daß die Menschen Angst vor Gewalt und Verbrechen hätten. Das stimmt. Viele Menschen haben Angst vor Gewalt und Verbrechen, und ich nehme diese Ängste und Sorgen sehr ernst. Wir müssen die Ängste ernst nehmen, aber wir dürfen sie auch nicht schüren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum sage ich: Man muß den Menschen aufs Maul schauen, aber man darf ihnen nicht nach dem Munde reden. Das ist der Unterschied zwischen Volksnähe und Populismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dazu gehört, daß wir die Situation so darstellen, wie sie ist.

(C)

(D)

(B)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

- (A) Es gibt in der Bundesrepublik 43 Städte mit über 200 000 Einwohnern. In diesen Städten ist die Kriminalität deutlich höher als in ländlichen Bereichen. Weit überdurchschnittlich viele dieser Großstädte liegen in Nordrhein-Westfalen. Die Kriminalitätsstatistik 1996 zeigt uns: Von den zehn größten deutschen Städten mit der geringsten Kriminalität liegen neun in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Anders ausgedrückt: Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen leben in den sichersten Großstädten.

Unter den zehn deutschen Großstädten mit der höchsten Kriminalitätsbelastung gibt es keine aus Nordrhein-Westfalen. Deutschlands sicherste Großstadt ist Wuppertal.

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Danach folgen Oberhausen, Bielefeld, Hagen, Gelsenkirchen, Krefeld, Mönchengladbach, Bonn und Duisburg. Anders ausgedrückt: Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen leben in den sichersten Großstädten.

- (B) Sie haben beklagt, daß es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Selbständige gibt. Das stimmt. Wir müssen bei der Selbständigkeit und bei den Neugründungen noch ein ganzes Stück zulegen. Unser Land ist lange Zeit durch die Großindustrie geprägt gewesen. Darum ist die Selbständigenquote im Ruhrgebiet besonders niedrig. Sie liegt bei 7,2 %. In den anderen Landesteilen liegt die Selbständigenquote nur um 0,5 % unter der in den westdeutschen Ländern.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wer regiert denn da?)

Entscheidend ist aber nicht der Status quo, entscheidend ist, daß sich in diesem Bereich etwas tut! Wir sind auf dem richtigen Wege. Wenn 1980 in Nordrhein-Westfalen jeder 13. Erwerbstätige selbständig war, war es 1996 fast jeder 11. Der Beschäftigungszuwachs hat in den letzten zehn Jahren bei den Selbständigen fast doppelt so hoch gelegen wie bei den Erwerbstätigen insgesamt: 13,9 % Zuwachs bei den Selbständigen, 7,5 % bei den Erwerbstätigen insgesamt.

Es zeigt sich: Nordrhein-Westfalen hatte im ersten Halbjahr nicht nur die mit Abstand meisten Neugründungen, sondern auch die dritthöchste

Neugründungsquote auf 100 bestehende Unternehmen, gerechnet auf alle westdeutschen Flächenländer. Wir lagen klar vor Bayern und Baden-Württemberg. Vor uns lagen Schleswig-Holstein und Hessen.

Sie haben, Herr Kollege, den Länderfinanzausgleich angesprochen und mich gefragt, ob ich bei den bayerisch/baden-württembergischen Versuchen, ihn zu ändern, mitmache. Ich mache das mit, aber ich mache es mit Augenmaß mit. Denn auch da müssen wir uns ein paar Sachverhalte in Erinnerung bringen, die nicht allen bewußt sind.

Wenn Sie sich den Länderfinanzausgleich von 1950 bis 1994 ansehen, werden Sie feststellen, daß in diesen 44 Jahren Bayern kassiert hat und Nordrhein-Westfalen gezahlt. Bayern hat bis heute insgesamt 38 Jahre lang kassiert. Das sagt auch etwas über Erfolgsaussichten einer Klage. Nordrhein-Westfalen hat 34 Jahre lang gezahlt. Bayern hat 7 Milliarden DM bekommen, wir haben 11,4 Milliarden DM gezahlt.

Seit 1995 haben wir es nun mit anderen Dimensionen zu tun, weil sich da der Länderfinanzausgleich vor allem zugunsten der neuen Länder verändert. Hier nehme ich auf, was Klaus Matthiesen gesagt hat: Auch wenn ich eine Lösung möchte, bei der das zahlende Land am Schluß der Rechnung je Bürger nicht weniger hat als das nehmende Land, muß es beim Grundsatz der Solidarität zwischen den Ländern bleiben, auch zwischen armen und reichen Ländern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, alle sind widerlegt, die uns in Nordrhein-Westfalen eine negative Sonderentwicklung der Wirtschaft einreden wollen. Es gibt viele Beispiele dafür, daß das Gegenteil der Fall ist. Aber unser größtes Problem bleibt, daß bisher selbst günstige wirtschaftliche Entwicklungen keine oder nicht genügend neue Arbeitsplätze schaffen und daß die Steuereinnahmen nicht mitwachsen. Das gilt vor allem für die industrielle Produktion.

Das Urteil bei den Industrieunternehmen über die aktuelle Geschäftslage hat sich sehr stark zum Positiven verändert. Im Herbst des vergangenen Jahres haben 23 % der Unternehmen die Geschäftslage als gut bezeichnet; ein Jahr später waren es 41 %. Die Zahl der negativen Urteile ist von 25 % auf 12 % zurückgegangen. Das hat

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

- (A) etwas mit der tatsächlichen Lage in der Industrie unseres Landes zu tun.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres ist die Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen um 4,8 % gestiegen; in Westdeutschland waren es 3,2 %. Wir haben außerordentlich starke Zuwächse bei der Herstellung und der Verarbeitung von Metallprodukten; das sind plus 13,4 %, in den westdeutschen Ländern 8,8 %. In der chemischen Industrie haben wir einen Zuwachs von 8,8 %, die westlichen Länder von 6 %.

Die hohen Zahlen beim Wachstum ändern aber nichts am Abbau der Beschäftigung. Im Metallbereich ist die Zahl der Beschäftigten von August 1996 bis zu diesem August um 3,2 % zurückgegangen, und in der chemischen Industrie lag der Rückgang bei 3,8 %. Das zeigt: Hier gehen Arbeitsplätze nicht deshalb verloren, weil die Produktion in andere Länder verlagert würde, sondern weil effektiver gearbeitet und produziert wird.

In der Bauwirtschaft zeigt sich ein anderes Bild. Da sind die wirtschaftliche Leistung und die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen. Aber auch da gibt es Lichtblicke. Das Auftragsvolumen beim öffentlichen Hochbau ist um 19,1 % gestiegen, im öffentlichen Tiefbau um 11,9 %.

Neue Arbeitsplätze bleiben die wichtigste gesellschaftliche und politische Aufgabe. Wir sind - wie überall in allen anderen Ländern - diesem Ziel nicht nahe genug gekommen. Noch fallen mehr Arbeitsplätze weg, als neue entstehen. Aber der Verlust ist nicht überall gleich hoch. In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weniger stark zurückgegangen als in allen westdeutschen Ländern mit Ausnahme von Baden-Württemberg.

Dazu paßt, daß es bei der bedrückend hohen Arbeitslosigkeit keine negative Sonderentwicklung mehr gibt. Inzwischen liegt die Arbeitslosenquote in 15 der 33 Arbeitsamtbezirke unseres Landes unter dem Durchschnitt oder im Durchschnitt der westlichen Länder. Vor zehn Jahren war das nur in zwei Arbeitsamtbezirken der Fall. Ich will Ihnen die Einzelzahlen hier jetzt ersparen.

Aber ich will doch darauf hinweisen - und ich fände es gut, wenn der Oppositionsführer das gelegentlich ebenfalls täte -, daß wir öffentlich

sagen: Nordrhein-Westfalen bietet Unternehmen und Selbständigen gute Bedingungen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dafür gibt es viele unterschiedliche Belege. Wie attraktiv Nordrhein-Westfalen als Investitionsstandort ist, das zeigen Unternehmen, die sich anders orientiert hatten und die jetzt zurückkommen. Ich würde Ihnen gern ein paar Beispiele nennen.

Die Firma Vaillant, die in Remscheid produziert, hat die Verlegung ihrer Produktion nach Tschechien gestoppt. Siemens-Nixdorf produziert wieder stärker in Paderborn. Die Telefongeräte von Nokia werden jetzt in Bochum hergestellt. Zwei Unternehmen, die Autoteile herstellen, haben ihre Produktion aus den Vereinigten Staaten nach Nordrhein-Westfalen verlegt.

Es gibt noch viele andere Beispiele dafür, daß es sich lohnt, hier zu investieren und zu produzieren. Sonst hätte Siemens nicht in Wegberg-Wildenrath 110 Millionen DM in das weltweit modernste Prüfzentrum für Schienenfahrzeuge investiert, sonst würden DSM aus den Niederlanden und die VEBA nicht eine Milliarde DM in die chemische Produktion in Gelsenkirchen stecken, sonst hätte Ford sich nicht entschieden, in Köln ein neues Motorenwerk zu bauen und in Aachen ein neues Forschungszentrum, sonst hätten nicht zwei Weltunternehmen wie Shell und Pilkington entschieden, in Gelsenkirchen die weltweit modernste und Europas größte Solarfabrik zu bauen, sonst würden in den nächsten Jahren in Köln-Ossendorf nicht Investitionen in Film- und Fernsehstudios stattfinden, die bundesweit einmalig sind, sonst hätte Siemens in Kamp-Lintfort die Zahl der Mitarbeiter für die Handy-Produktion nicht innerhalb eines Jahres von 900 auf 1 700 fast verdoppelt.

Das alles zeigt, meine Damen und Herren: Unternehmende Unternehmer sind in Nordrhein-Westfalen willkommen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und sie wissen das auch und nutzen ihre Chancen. Darum tun wir so viel für Existenzgründungen.

Es gibt viele Belege. Nach den Zahlen der Deutschen Bundesbank hat das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen von 1992 bis 1995 um 30 % zugenommen,

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) viel stärker als im Bundesdurchschnitt. Im gleichen Zeitraum ist der Kapitalexport aus Nordrhein-Westfalen um 20 % gestiegen. 28,2 % aller ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik entfallen auf Nordrhein-Westfalen.

Die Bundesbank stellt dazu fest, daß Nordrhein-Westfalen seine Stellung als führendes Sitzland für ausländische Unternehmen in Deutschland weiter ausgebaut hat.

Sie müssen das weiter erzählen, meine Damen und Herren, denn wir müssen unser Land gemeinsam nach vorn bringen, und darum sollten wir es nicht verschweigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch in den Vorstandsetagen deutscher Unternehmen spricht sich mehr und mehr herum, daß der Strukturwandel im Ruhrgebiet vorankommt. Wer hätte denn vor einigen Jahren gedacht, daß, wie ich gerade in einer Umfrage in "Capital" gelesen habe, das Ruhrgebiet als Standort für neue Investitionen vor Hamburg, vor Berlin und vor Frankfurt rangieren würde?

Kein anderer Ballungsraum in Deutschland hat im Verlaufe der vergangenen zehn Jahre im Urteil der Manager so gewonnen wie das Ruhrgebiet. Auch dazu will ich Ihnen die einzelnen Zahlen nicht nennen, weil es inzwischen 14.00 Uhr ist.

(Heiterkeit)

Aber gerne würde ich Ihnen sagen: Man sollte über solche Botschaften sprechen.

Wir sollten auch darüber sprechen, daß wir bei den Genehmigungsverfahren vorangekommen sind. Die Dauer von Genehmigungsverfahren steht seit vielen Jahren im Zentrum der Kritik. Manchmal habe ich den Eindruck, die Kritiker nehmen die Wirklichkeit nicht wahr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Genehmigung für die Zulassung industrieller Anlagen haben im ersten Halbjahr bei der Bezirksregierung Düsseldorf in 50 % der Fälle weniger als drei Monate gedauert, bei 15 % waren es weniger als sechs Monate. Der Durchschnitt der Dauer aller Genehmigungsverfahren lag bei fünf Monaten. Kein Verfahren dauerte länger als ein Jahr. Nun loben Sie einmal diese Regierung, damit sich das herumspricht!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben gute Arbeit geleistet und jetzt die Chance, mit einem neuen Haushalt diese Arbeit fortzusetzen. Wir tun das in Kooperation und gelegentlich in Konfrontation mit dem Bund. Das fällt je nach Sachgebiet sehr unterschiedlich aus. Aber die Selbstlähmung der Bonner Koalition immer als Blockade durch die SPD zu diffamieren, ist Unrecht gegenüber der Bonner Koalition.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Bundestag hat seit 1949 etwa fünfzehntausend Gesetze beschlossen. Ganze 50 dieser fünfzehntausend Gesetze sind im Bundesrat gescheitert; und die Hälfte dieser 50 Gesetze an der CDU/CSU-Mehrheit in den 70er Jahren.

Zur Rolle des Bundesrates möchte ich ein Zitat bringen:

"Wer im gegenwärtigen System der Bundesstaatlichkeit nur Reibungsverluste sehen kann, verkennt den machthemmenden Effekt der Bundesstaatlichkeit oder will ihn gar vereiteln. Aber gerade dieser machthemmende Effekt erscheint mir bei der allzu ausgeprägten Liebe zur Perfektion; die uns Deutsche auszeichnet, von ganz besonderer Wichtigkeit."

Diesen Sätzen des damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl stimme ich ausdrücklich zu. Wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen - in diesem Punkte stimme ich dem Oppositionsführer zu - über die Mischfinanzierung sprechen. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Herr Kollege Appel hat das auch angesprochen. In manchen Gesprächen haben wir dieses Thema erörtert: Es geht nicht an, daß das BAföG inzwischen zur Sparkasse des Bundes geworden ist und nur noch jeder achte Student gefördert wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gesamte System gehört auf den Prüfstand. Das gilt für den Wohnungsbau, den Städtebau, den Hochschulbau und die Bildungsfinanzierung. Der Bund stellt in diesem Jahr zwei Milliarden DM zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung. 1994 waren es noch 3,4 Milliarden DM. Im kommenden Jahr sollen es nur noch 1,3 Milliarden DM sein. Das entspricht einer Kürzung um fast zwei Drittel.

(C)

(A) Damit gibt Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr für die Förderung des Wohnungsbaus mehr als doppelt so viel wie der Bund für alle 16 Länder insgesamt aus. Bei der Städtebauförderung sieht das Bild noch schlimmer aus: Der Bund steigt schrittweise aus.

Herr Dr. Linssen, zwar haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, daß die Kosten pro Studienplatz - bezogen auf Personal- und Materialkosten - in Nordrhein-Westfalen besonders gering sind - bei über 500 000 Studenten. Sie hätten dann aber auch darauf hinweisen müssen, daß die Bildungshaushalte in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr doppelt so stark steigen wie der Gesamthaushalt. Im Bund werden die Haushalte eingefroren und sogar gekürzt. 1982, als der erste CDU-Bildungsminister kam, betrug der Anteil des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung 4,7 %. Jetzt sind es noch 3,4 %. Dadurch hat sich natürlich der Anteil der Länder an der Hochschulbaufinanzierung ständig erhöht: 1970 lag der Anteil des Bundes bei 14,36 % der Ausgaben für die Hochschulen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

1995 waren es noch 5,2 %. Der Anteil der Länder ist von 85,5 % auf 94,8 % gestiegen. Das steht im umgekehrten Verhältnis zur Lautstärke von Herrn Rüttgers.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Er hat nichts dazugetan. In unserem Haushalt steigen die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um 2,3 %.

Für all diese eben erwähnten Bereiche gilt: Der Bund zahlt immer weniger, will aber immer mehr mitreden. Er macht in diesem Zusammenhang Auflagen, die wir abarbeiten haben. Ich bin der Meinung, man muß die Mischfinanzierung in all diesen Punkten auf den Prüfstand stellen.

(Vereinzelter Beifall bei Abgeordneten der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluß kommen. Das wird die Opposition freuen.

(Zuruf von der CDU: Nein, wir könnten Ihnen stundenlang zuhören. - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

- Na ja, aber ich will Sie ja auch nicht verwöhnen. (C)

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Wir erleben in Bonn eine merkwürdige Mischung aus Lähmung und Hektik, die wie Blei auf unserem Land lastet. In neun Monaten haben die Bürger die Möglichkeit, sich von dieser Last zu befreien.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Das machen wir auch!)

Das ist nötig, damit wir endlich vorankommen, auch mit einer Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient. Eine Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient, muß Normalverdiener entlasten, Familien besserstellen, ökologische Akzente setzen und dem Mittelstand Erleichterung verschaffen. So sieht eine wirkliche Steuerreform aus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie darf nicht einseitig zu Lasten der Länder und Gemeinden gehen. Die letzte Steuerreform, die vorgeschlagen wurde, hätte Länder und Gemeinden ausbluten lassen.

Wir müssen vorankommen mit einem Hochschulrahmengesetz, das endlich der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre wieder den Stellenwert gibt, der ihnen zukommt. Wir müssen vorankommen mit einer Ausbildungsförderung für Studenten, damit nicht abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern, ob sie eine Chance haben oder nicht. Wir müssen auch vorankommen bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. So gibt es viele Punkte auf vielen Feldern: bei der Förderung von Teilzeit, beim Risikokapital für Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen.

Wir sind bereit, auch auf der Bundesebene an einer solchen Politik praktischer Reformen mitzuwirken. Wir wollen das, weil wir glauben, daß eine solche Politik auf der Bundesebene auch Voraussetzung dafür ist, daß wir im eigenen Land vorankommen. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, meine Damen und Herren, dann können wir uns auf die eigene Kraft verlassen. Dann können wir die Zukunft unseres Landes selbstbewußt gestalten. So tun wir das bisher. So werden wir

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) das in Zukunft tun, mit ruhiger und sicherer Hand. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen habe ich nicht vorliegen. Wird tatsächlich nicht mehr das Wort gewünscht? - Dann **schließen** Sie die **Beratung**.

Wir haben **abzustimmen** erstens über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1998** entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/2682**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung und einer Änderung zu Artikel 1 § 20 - Stichwort Kurorthilfe - anzunehmen. Ich frage Sie, wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung erteilen möchte, und bitte Sie um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der **Gesetzentwurf** in dritter Lesung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **verabschiedet**.

(B) Wir kommen zweitens zur **Abstimmung** über das **Haushaltsgesetz 1998**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung **Drucksache 12/2680**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den vom Ausschuß beschlossenen weiteren Änderungen anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich auch hier um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Gesetzentwurf** in dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Wir haben drittens **abzustimmen** über die **Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1997 bis 2001** entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/2681**. Ich bitte Sie um Ihre **Kenntnisnahme**. Ich stelle fest, daß dies geschehen ist.

Ich rufe die Ergänzung der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

Thema: Die Zukunft unserer Hochschulen-Chance und Verpflichtung für alle

Das Wort zur Regierungserklärung hat Frau Brunn, die Ministerin für Wissenschaft und Forschung.

(Viele Abgeordnete verlassen nach der Abstimmung den Saal. - Unruhe - Glocke)

Man sieht, wie groß das Interesse an Wissenschaft und Forschung ist.

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist gut, daß wir heute doch noch über Hochschulen sprechen können, denn morgen kommen die Regierungschefs von Bund und Ländern in Bonn zusammen, um - wie schon seit langem geplant - über die Reform der Studienförderung zu beraten. Diese Reform ist überfällig. Wir brauchen nämlich ein grundlegend neues BAföG, damit wieder mehr junge Menschen aus Familien mit unterem und mittlerem Einkommen besser und zügiger studieren können.

Immer mehr Studierende sehen die materiellen Voraussetzungen für ihr Studium in Frage gestellt. Zwei von drei Studierenden müssen jobben und können ihr Studium nur noch in "Teilzeit" bestreiten.

(Unruhe - Glocke)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Ministerin, ich muß Sie einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, hier ist wirklich jetzt Rücksichtnahme angebracht. Ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen.

(Beifall des Roland Appel [GRÜNE])

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Meine Damen und Herren, das BAföG erreicht heute nur noch eine schwindende Minderheit der Studierenden. Gerade noch 15 % erhalten eine Studienfinanzierung, und kaum einer erhält die volle Fördersumme. Die Studierenden

(Gisela Nacken [GRÜNE])

(C) (A) im Rahmen eines alternativen Investitionsprogramms einzusetzen. Damit könnten zwischen 7 000 und 9 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Herr Breuer, hören Sie jetzt zu: In der Region, von der Sie sagen, Sie seien betroffen, könnten damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das bedeutet: Der Verzicht auf Garzweiler II würde im Saldo deutlich mehr Arbeitsplätze bringen, als er kostet.

Diese Diskussion, in welchen Bereichen der Energiewirtschaft in zehn Jahren in nennenswerter Zahl neue Arbeitsplätze entstehen können, kann nicht aufgeschoben werden. Diese Diskussion muß heute geführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Linssen, dazu gebe ich Ihnen noch einen Tip: Beantragen Sie doch eine Enquête-Kommission zur Zukunft der Energie. Die SPD und wir von den GRÜNEN haben unser Deputat an Enquête-Kommissionen verbraten. Beantragen Sie sie. Damit lägen Sie goldrichtig und würden hier Ihrer Oppositionsrolle endlich gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Meine Partei hat im Gegensatz zu Ihren Parteikollegen in Bonn die Wichtigkeit einer Energiewende für unsere Zukunft begriffen. Partei- wie auch Fraktionsspitze unserer Bundespolitiker werden die Energiepolitik zu einem zentralen Wahlkampfthema machen. Eine Energiewende für Bonn, nicht aber das Verteilen von Flugblättern zum Erhalt virtueller Arbeitsplätze in fossilen Kraftwerkstechniken ist gefragt, Herr Linssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Fazit: Eine Energiewende ist für uns alle von größter Wichtigkeit, gerade auch wenn wir uns die Frage stellen, wo noch neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen können.

Garzweiler II wird diese Arbeitsplätze nicht schaffen. Ganz im Gegenteil: Garzweiler II verhindert den notwendigen Strukturwandel, der zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze dringend erforderlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum haben wir uns entschieden, alle Hebel zu nutzen, die uns parlamentarisch und außerparlamentarisch zur Verfügung stehen - nicht aus ideologischen Gründen und auch nicht, weil wir an Sesseln kleben. Das mögen Sie gern behaupten; das ist das gute Recht der Opposition. Wir

(C) haben es vielmehr getan aus vernünftigen industriepolitischen Erwägungen.

Energiepolitik und Garzweiler II sind aber nicht gleichzusetzen mit der Landespolitik; das will ich hier auch ganz deutlich sagen. Daher kann ich Ihnen, Herr Linssen, versichern: Das Thema wird uns zwar weiter beschäftigen, aber wir werden in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt die anderen wichtigen Landesthemen nach vorn bringen und zeigen, daß wir sehr wohl in der Lage sind, in dieser Koalition die drängenden Probleme dieses Landes zu lösen.

Dabei treten wir sehr gern in einen Wettstreit mit Ihnen ein. Aber bitte vermeiden Sie künftig Patzer wie den mit den 50 000 Arbeitsplätzen, zu dem aktuell das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsförderung gesagt hat: methodisch falscher Zauber. - Lassen Sie sich das vom RWI sagen, wenn Sie es uns nicht glauben. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun der Ministerpräsident des Landes, Herr Dr. Rau.

(D) **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Verhandlungen zur Bildung dieser Koalition im Sommer 1995 waren ausführlich, anstrengend, schwierig und erfolgsorientiert. Kein Thema hat uns in diesen Verhandlungen so beschäftigt wie das, das heute im Mittelpunkt der Debatte steht.

Aus den Reden von Herrn Kollegen Matthiesen und von Frau Kollegin Nacken ist deutlich geworden, was jedermann bewußt war und was im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist: Wir haben es im Blick auf Garzweiler II mit zwei nicht nur unterschiedlichen, sondern auch gegenläufigen, gegensätzlichen Positionen beider Koalitionspartner zu tun. Das haben wir gewußt.

Ich will nun keinen Vergleich mit anderen Koalitionen ziehen. Da ist Herr Kollege Linssen ja über alle fünf Erdteile gegangen, als er sagte: keine Koalition der Welt. - Das haben Sie mit Issum verwechselt.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) Sie sagten, keine Koalition der Welt sei so - ich weiß nicht, wie Sie uns bezeichnet haben.

Ich höre in diesen Tagen merkwürdige Töne. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, der Bundeskanzler werfe uns vor, wir säßen hier nur um des Machterhaltes willen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Der Mann hat recht!)

Da kann man doch nur mit Goethe - ich glaube, der war es - sagen: "Wenn das geschieht am düren Holz, was soll am grünen werden?"

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn einer etwas von Machterhalt versteht und wenn einer den Eindruck erweckt, daß es ihm zuerst um Machterhalt geht, dann ist es nicht der Regierungschef in Düsseldorf, sondern der in Bonn.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das hat er in der Auseinandersetzung mit der F.D.P. in vielen, vielen Jahren bewiesen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Er hat aber wesentlich mehr auf die Reihe gekriegt als Sie!)

(B)

Ob ihm das noch einmal gelingt, werden wir sehen.

Was mich angeht, so gebe ich zu - vielleicht ist es untaktisch, wenn ich das sage -, Herr Kollege Linssen: Ich reagiere nicht nüchtern, nicht trocken, wenn mir unterstellt wird, ich hätte unehrenhafte Motive.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ist "Bellevue" unehrenhaft?)

- "Bellevue" ist nicht unehrenhaft, aber jemandem vorzuwerfen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Er wolle dahin!)

er habe eine bestimmte politische Linie, und für die lasse er Freunde im Regen stehen, das ist eine böse Unterstellung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Am 22. Dezember hat das Bergamt in Düren den Rahmenbetriebsplan genehmigt. Am 23. Dezember, einen Tag später, habe ich einen Brief geschrieben, in dem es heißt: "Für meine Bewer-

tung ist entscheidend, daß das Verfahren nach Recht und Gesetz stattgefunden hat."

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dafür hat Frau Höhn 2 Millionen DM gekriegt!)

Als ich zum ersten Mal von den angeblichen Vorwürfen des Rechtsbruchs, der Rechtsbeugung usw. gehört habe

(Laurenz Meyer [CDU]: Wieso "angeblich"?)

- Moment! -, habe ich öffentlich widersprochen und habe ich im Kabinett widersprochen, am gleichen Tag, am 6. Januar. Erkundigen Sie sich bitte!

Die These "Sie machen das beim Länderfinanzausgleich, Sie machen das bei Garzweiler, Sie machen das bei der Energiepolitik", die Unterstellung, ich hätte bei dem, was ich sage und tue, keine lauterer Motive, weise ich zurück.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im übrigen: Sie haben darauf hingewiesen, wie lange der Streit um Garzweiler schon geht,

(Lothar Hegemann [CDU]: Solange Sie im Amt sind!)

über zehn Jahre. Sie haben darauf hingewiesen, daß Garzweiler gesellschaftliche Konflikte in der Region und innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Kräfte auslöst. Das ist richtig.

Die SPD ist für Garzweiler II. Das ist auch heute wieder deutlich geworden, das habe auch ich immer gesagt. Sie sagen: Wer gegen Garzweiler ist, der versündigt sich gegen die Interessen des Landes, der betreibt Sabotagepolitik.

(Lothar Hegemann [CDU]: Richtig!)

Gilt das auch für die Ihrer Kollegen aus Bundestag und Landtag, die mit anderen Kollegen aus anderen Parteien einen Aufruf "Stoppt Garzweiler II" unterschrieben haben?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir handeln gemeinsam in eine Richtung! Das ist der Unterschied!)

- Wir handeln gemeinsam in eine Richtung. - Gilt das auch für diejenigen, die vorige Woche in Bad Neuenahr bei der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland Kritisches, Nachdenkliches und sogar Ablehnendes zu Garzweiler gesagt haben?

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(C) (A) (Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie waren ja gar nicht da!)

- Nein, ich konnte nicht da sein, sonst wären es 13 Gegenstimmen gewesen und nicht 12, Herr Kollege Linssen. Sie können mir aber glauben, daß ich darüber auch Gespräche geführt habe, und daß ich an meiner Überzeugung keinen Zweifel gelassen habe, habe ich überall und auch vor diesem Landtag immer wieder gesagt.

Nein, ich glaube nicht, daß es Ihnen um die Sache geht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: In die Region gehen wir, nicht Sie!)

Ich glaube, daß Sie unter taktischen Gesichtspunkten handeln, und das wird den Hoffnungen und Sorgen derer nicht gerecht, die auf die Braunkohle setzen und von ihr leben. Das wird aber auch den Sorgen und Hoffnungen derer nicht gerecht, die ihre Heimat erhalten wollen oder aus anderen Gründen gegen die langfristige Nutzung der Braunkohle eintreten.

Noch gestern haben wir in einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, daß nach Meinung der Sozialdemokraten die neue Energiepolitik drei Elemente hat, und eines dieser Elemente ist für die Grundlast, die Braunkohle und die Steinkohle.

(Beifall bei der SPD)

Da sind wir anderer Meinung als die GRÜNEN, aber wir vertreten diese Meinung, und wir halten für den zweiten Ansatz - diesmal wieder gemeinsamen mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - die erneuerbaren Energien unter besonderer Berücksichtigung der Solarenergie. Ich fände es schon gut, wenn Sie sich vortragen ließen, was wir in Nordrhein-Westfalen inzwischen zur Förderung der Solarenergie getan haben und tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es lohnt sich nämlich auch, dem einmal nachzugehen und sich das in Gelsenkirchen und an anderer Stelle anzusehen.

(Laurenz Meyer [CDU]: Geschah das nicht gemeinsam mit der CDU?)

- Nein, nein, ich rede jetzt von den Landesinitiativen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bonn gibt dazu das meiste Geld! - Laurenz Meyer [CDU]: So genau kennen Sie sich gar nicht aus!)

- Ich kenne mich ganz gut aus.

(Zurufe von der CDU - Gegenruf des Bodo Hombach [SPD]: Labern und labern! - Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren,

(Anhaltende Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke)

die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen: Der Braunkohlenplan ist durch die Landesplanungsbehörde genehmigt worden. Der Verfassungsgerichtshof hat in zwei Verfahren entschieden, daß keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen. Der Rahmenbetriebsplan wurde vor vier Wochen genehmigt, und diese Zulassung war eine rechtliche und keine politische Entscheidung.

Wir müssen aber feststellen: Die gesellschaftliche Diskussion ist nicht zu Ende, und wenn es in einer wichtigen Frage keinen gesellschaftlichen Konsens gibt, dann ist es klar, daß auch die politische Auseinandersetzung weitergeht. Es gibt in allen Parteien Stimmen gegen Garzweiler. Übrigens hatte die FDP noch 1995 einen Parteitagbeschuß gegen Garzweiler, und jetzt spricht sie Gedichte von Eichen. Auch in der SPD gibt es viele, die das Projekt sehr kritisch sehen oder gar ablehnen, aber die SPD in Nordrhein-Westfalen hat auf ihrem Parteitag beschlossen, daß sie für diesen neuen Tagebau eintritt, und sie hat das auch auf meinen Vorschlag hin getan.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist nach länger und sorgfältiger Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß das Projekt energiewirtschaftlich nötig ist und daß die unbestrittenen gravierenden ökologischen Auswirkungen so begrenzt werden können, daß sie vertretbar sind.

Ich habe an diesen Diskussionen jahrelang teilgenommen. Wir haben es uns nicht leicht gemacht und sind nach sorgfältiger Abwägung zu einem anderen Ergebnis gelangt als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir haben immer wieder gesagt, daß wir für einen Energiemix in der Energie- und Stromversorgung sind; Sie kennen die Eckpunkte. Wir unternehmen große Anstrengungen, daß erneuerbare Energien verstärkt eingesetzt werden können. Wir fördern systematisch die Möglichkeit des Energiesparens, aber wir lehnen die Kernenergie ab, weil sie mit zu großen Risiken verbunden ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) In diesen drei Punkten sind BÜNDNIS 90 und SPD im Ziel einig.

Wir wollen die nötigen fossilen Energieträger so umweltfreundlich wie möglich einsetzen, und auch im Blick auf den Einsatz der heimischen Kohle besteht zwischen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einigkeit; das hatten wir bei der Auseinandersetzung zur Steinkohle im vergangenen Jahr auch hier gezeigt.

Beide Koalitionspartner haben vor zwei Jahren festgestellt, daß auch die heimische Braunkohle bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten wird. Wir haben unterschiedliche Auffassungen im Blick auf den Umfang, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den Aufschluß von Garzweiler II für nicht erforderlich und nicht verantwortbar; Frau Kollegin Nacken hat das soeben noch einmal dargestellt.

Die SPD hält die Fortsetzung eines dritten Tagebaus für erforderlich. Wir alle wissen, daß die CDU als Befürworterin eines anderen Energiemixes mit der Kernenergie etwas anderes will,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wegen der CO₂-Problematik Herr Ministerpräsident!)

(B) aber auch bei ihr gibt es Stimmen gegen Garzweiler.

Darum appelliere ich an alle, die Verantwortung tragen: Lassen Sie uns so rational und so nahe wie möglich an der Sache diskutieren. Lassen Sie uns auf persönliche Angriffe, auf Herabsetzungen und Verdächtigungen verzichten, und haben wir Respekt auch vor denen, die Auffassungen vertreten, die wir nicht teilen. Ich bin überzeugt davon: Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger nicht nur von den Frauen und Männern, die sie in den Landtag gewählt haben. Und darum sage ich Ihnen:

(Lothar Hegemann [CDU]: Sei wachsam!)

Der Schlüsselsatz heißt: Nach Recht und Gesetz, sorgfältig und zügig. - Und dabei bleibt es.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was ist mit den fünf Punkten!)

- Sie nennen das, Herr Kollege Linssen, die Soße.

Ich sage: Wir sind mit diesem Verfahren nach Recht und Gesetz, sorgfältig und ohne Zögern, in

den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Landespolitik gut gefahren.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn Sie, Herr Kollege Linssen, am 30. März 1995 gesagt haben, die CDU werde ihr Wächteramt im Blick auf die Rückholbarkeit ganz energisch wahrnehmen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jawohl!)

und wenn Sie hinzugefügt haben, das betreffe auch die Genehmigung von Teilbetriebsplänen für den Tagebau, weil wir uns bei jeder Genehmigung im klaren sein müssen, ob die wasserwirtschaftlichen Probleme, die CO₂-Probleme oder die Probleme vor dem Hintergrund der gesamten Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland insgesamt zu bewältigen sind,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja, richtig!)

dann meine ich, das sei eine gute Linie, zu der Sie uns seinerzeit gemahnt haben. Es war schon damals überflüssig, aber zusätzliche Mahnungen kann man immer brauchen. Sie sollten nur heute nicht verschweigen oder verdrängen, was Sie damals gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist: Auch in einem Rechtsstaat können politische Überzeugungen Verwaltungsverfahren nicht ersetzen, die nach Recht und Gesetz stattfinden. Und nach der Entscheidung des Bergamtes Düren stehen jetzt noch weitere wichtige Schritte an: verschiedene wasserrechtliche Erlaubnisverfahren. Auch diese Verfahren müssen und werden nach Recht und Gesetz stattfinden. Das bedeutet ganz einfach: Wenn die nötigen Voraussetzungen für eine Genehmigung gegeben sind, dann muß und dann wird genehmigt werden. Wenn die notwendigen Voraussetzungen für eine Genehmigung nicht gegeben sind, dann darf und dann wird nicht genehmigt werden. Davon gehe ich aber - so hat es auch Kollege Clement am 23. Dezember gesagt - nach dem heutigen Kenntnisstand nicht aus.

Recht und Gesetz sind die einzigen Maßstäbe, nach denen die zuständigen Behörden Anträge prüfen und Genehmigungen erteilen oder versagen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wenn sie arbeiten, ja!)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(C) (A) Das sind keine abstrakten Prinzipien; sie sind in einem Rechtsstaat Schutzvorschriften und Spielregeln, auf die sich eine demokratische Gesellschaft im Interesse aller verständigt hat. Das Recht ist keine Krücke, sondern ist eine Brücke, über die widerstreitende Auffassungen und unterschiedliche Interessen so zusammengeführt werden, daß Entscheidungen möglich sind, die von allen akzeptiert werden können.

Das Recht setzt nicht nur dem politischen Handeln, sondern auch dem Verwaltungshandeln Grenzen. Und darum unterliegt das Verwaltungshandeln, das Tun und Lassen der Verwaltung, der rechtlichen Kontrolle. Und weil das so ist, darum gibt es keinen Zweifel, keinen Grund, Zweifel zu wecken, daß auch die noch ausstehenden Verfahren des Wasserrechts genau nach den dafür vorgesehenen Regeln stattfinden werden. Darauf kann sich der Bergbautreibende, darauf können sich die Beschäftigten genauso verlassen wie die Bürgerinitiativen gegen das Projekt. Die fachlich zuständigen Behörden werden von dem, was getan werden muß, nicht abweichen - weder zu Lasten noch zu Gunsten des Antragstellers.

Das ist der einzige rechtlich zulässige und der einzige politisch richtige Weg, erst recht bei einem Projekt von so außerordentlicher Bedeutung und Tragweite. Das Beispiel Mülheim-Kärlich zeigt: Es nützt einem Antragsteller auf Dauer nichts, wenn Genehmigungen zwar in seinem Sinne, aber ohne ausreichende rechtliche und sachliche Grundlage erteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb kann sich jeder darauf verlassen, daß die entstehenden Genehmigungsverfahren nicht nur so zügig, sondern auch so sorgfältig durchgeführt werden, wie es geboten ist.

Es ist verständlich, daß Garzweiler II im Jahr der Bundestagswahl besondere Aufmerksamkeit genießt. Das ändert aber nichts daran, daß Wahlkämpfe keinen Einfluß auf Genehmigungsverfahren haben dürfen und haben werden. Ich bitte darum, das bei allem notwendigen politischen Streit zu beachten und nicht zu verdrängen.

Meine Damen und Herren, ich führe diese Regierung mit gutem Gewissen. Ich wünsche mir, ich könnte mehr von dem deutlich machen, was wir

in den letzten zweieinhalb Jahren gemeinsam vorangebracht haben.

(Zurufe von der CDU: Gar nichts!)

- Es wird noch Gelegenheit geben, das alles darzustellen, Herr Kollege Dr. Linssen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Nennen Sie doch mal ein oder zwei Beispiele!)

Sie haben nun immer, immer wieder alle fünf Jahre erfahren, was der Wähler von der CDU in Nordrhein-Westfalen hält.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe es 1978 gehört, ich habe es 1983 gehört, daß es sich ändere, 1988 und dann wieder 1993. Ich habe es vorher schon 12 Jahre gehört, als Heinz Kühn regierte. Herr Kollege Linssen, man muß näher bei den Menschen sein, als Sie es sind, wenn man in diesem Land Wahlen gewinnen will.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lothar Hegemann [CDU]: Warum sind Sie dann 1987 nicht Kanzler geworden?)

- Die Stelle ist nicht frei geworden, Herr Hegemann - nicht nur zu meinem Schaden. Aber ab und zu einmal kandidieren und nicht gewinnen, das kann man ertragen. Nur das darf natürlich keine Dauerexistenz werden. Das ist nicht gut.

(Beifall bei der SPD)

Verzichten Sie auf Herabsetzung, verzichten Sie auf Verdächtigungen, gehen Sie harte Kante an der Sache; dann werden Sie feststellen: Nordrhein-Westfalen hat eine handlungsfähige Regierung, Nordrhein-Westfalen hat eine Regierung, die Perspektiven hat.

(Zurufe und Lachen bei der CDU - Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen hat eine Regierung, die ihre inneren Konflikte nicht vertuscht.

(Zurufe von der CDU)

Das wird am Beispiel Garzweiler deutlich. Ich wünsche mir, daß mit mehr Ehrlichkeit auch Konflikte öffentlich ausgetragen würden, als das gegenwärtig der Fall zu sein scheint.

(Anhaltender, lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) *Gesetzentwurf der Landesregierung, in das Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ein Diskriminierungsverbot aufzunehmen. Deshalb ist davon auszugehen, daß der Sprecher der Regierungsfraktion diesen Vorschlag nicht ohne Abstimmung mit dem Innenminister gemacht hat.*

Beabsichtigt die Landesregierung, entsprechend dem Vorschlag des Sprechers der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei künftigen Demonstrationen am Standort des Atommüll-Zwischenlagers in Ahaus "Polizei-beobachter" einzusetzen?

Ich bitte Herrn Innenminister Kniola um Beantwortung.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Ihre Frage zielt ja nicht auf Polizeibeobachter ganz allgemein, sondern Polizeibeobachter bei einem ganz speziellen Anlaß. Sie wissen, daß der polizeiliche Anlaß - falls es zum Castor-Transport kommt und ein polizeilicher Einsatz dort erforderlich ist - in besonderem Maße im Blickpunkt der Medien stehen wird. Es ist insofern ein großes öffentliches Interesse und ferner gewährleistet, daß es dabei auch viele Beobachtende geben wird. Besonderer Polizeibeobachter bedarf es nicht. Die Landesregierung denkt auch nicht daran, solche einzusetzen.

Der zuständige Polizeipräsident hat mir allerdings mitgeteilt, daß es von Abgeordneten aus unterschiedlichen Parlamenten - so etwa dem Deutschen Bundestag und dem Landtag Nordrhein-Westfalen - und verschiedenen Fraktionen den Wunsch gibt, an dem Geschehen beobachtend teilzunehmen. Eine solche Beobachtungsmöglichkeit wird durch den Polizeipräsidenten vorbereitet und eingeräumt.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank für die Beantwortung, Herr Innenminister. - Es gibt eine Zusatzfrage des Kollegen Paus. Bitte.

Heinz Paus (CDU): Ich möchte nur nachfragen, ob der Herr Innenminister die Bewertung, die der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN in seiner Initiative zum Ausdruck bringt, teilt, daß es - so verstehe ich ihn - erforderlich ist, der Polizei aus

Anlaß einer solchen Demonstration auf die Finger zu gucken. Teilen Sie diese Bewertung - ja oder nein? (C)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Innenminister.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Es ist nicht die Aufgabe der Landesregierung, Äußerungen von Fraktionen zu bewerten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Eine zweite Frage stellt der Kollege Paus. Bitte.

Heinz Paus (CDU): Dann möchte ich den Minister persönlich fragen, ob er der Auffassung ist, daß es bei Demonstrationen erforderlich ist, der Polizei besonders auf die Finger zu gucken.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Innenminister.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Herr Abgeordneter, schon in meiner ersten Antwort habe ich klar und deutlich gesagt, daß die Landesregierung nicht die Absicht hat, Polizeibeobachter einzusetzen. (D)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Weitere Zusatzfragen stelle ich nicht fest. Damit ist die Mündliche Anfrage 161 erledigt.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 164

des Herrn Abgeordneten Dr. Helmut Linssen von der Fraktion der CDU auf:

5-Punkte-Programm von Ministerin Höhn zur Verhinderung des Braunkohlentagebaus Garzweiler II

Am 5. Januar 1998 hat Ministerin Höhn ihr 5-Punkte-Programm zur Verhinderung des Braunkohlentagebaus Garzweiler II der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel des Programms ist es, die nach Recht und Gesetz erteilte Zulassung des Rahmenbetriebsplans zu konterkarieren und den Braunkohlentagebau Garzweiler II

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) *totzuprüfen. Dabei soll das formal eigenständige Verfahren zur Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis Mittel zum Zweck sein. Darüber hinaus will die Ministerin noch einmal die energiewirtschaftlichen und sozialen Grundannahmen, auf denen der Braunkohlenplan beruht, überprüfen.*

Der Ministerpräsident hat es trotz Aufforderung vermieden, in der Debatte vom 20. Januar 1998 zum 5-Punkte-Programm Stellung zu nehmen. Er hat allerdings in einer ersten Reaktion auf die Pressekonferenz von Ministerin Höhn am 5. Januar 1998 das 5-Punkte-Programm als sachlichen Diskussionsbeitrag gelobt. Dieser Einschätzung haben in der Debatte vom 20. Januar 1998 alle Redner der SPD und der CDU-Fraktion sowie der Wirtschaftsminister deutlich widersprochen.

Hält der Ministerpräsident die einzelnen Punkte des 5-Punkte-Programms der Umweltministerin für mit der Rechtslage vereinbar?

Ich bitte Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau um Beantwortung.

(B) **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen werden Genehmigungsverfahren weder "durchgewinkt" noch "totgeprüft", sondern sie finden sorgfältig und zügig nach Recht und Gesetz statt. Das gilt in besonderem Maße für die Genehmigungsverfahren zu Garzweiler II, wie das der Landtag am 16. Mai 1997 festgestellt hat.

Was Sorgfalt und Zeitaufwand angeht, verdienen unsere Genehmigungsbehörden gute Noten. Wie effizient sie arbeiten, macht eine aktuelle Erhebung der Bezirksregierungen deutlich: In allen Regierungsbezirken konnten über 50 % - in der Mehrzahl der Regierungsbezirke sogar zwischen 70 % und 95 % - der Verfahren in weniger als sechs Monaten beendet werden. Im Vergleich der Jahre 1996 und 1997 ist die Zahl der Verfahren, die in weniger als drei Monaten abgeschlossen wurden, sogar nochmals gestiegen und liegt teilweise schon bei mehr als 50 % aller Verfahren.

Bei einem Genehmigungsverfahren der Dimension und Tragweite des Braunkohlentagebaus Garzweiler II verbietet sich freilich ein Vergleich mit normalen Genehmigungsverfahren. Die Erhebung zeigt dennoch klar, welche Bedeutung die Landesregierung gerade bei den für die Standortssicherung bedeutsamen industriellen Anlagenzulas-

ungsverfahren einem erfolgsorientierten Verfahrensmanagement beimißt.

Was hat Frau Ministerin Höhn in diesem Papier gesagt? - Sie geht zunächst auf das Verhältnis zwischen dem Rahmenbetriebsplanverfahren und dem wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren ein und stellt fest, daß zwei voneinander unabhängige Verwaltungsverfahren vorliegen. Daß diese Verfahren nicht bei Null anfangen, ist selbstverständlich und gar keine Frage. - Ferner stellt sie fest, daß durch die Rahmenbetriebsplanzulassung eine ergebnisoffene Durchführung der wasserrechtlichen Verfahren nicht behindert werde.

Sodann beschreibt sie, welche Prüfungen durchzuführen sind, um die von der Landesregierung gegebene Bestandsgarantie für die Feuchtgebiete im Schwalm-Nette-Gebiet einzulösen. Herr Kollege Linssen, das entspricht genau dem, was Sie selber gefordert haben.

Unter Punkt 2 weist Frau Ministerin Höhn darauf hin, daß sie ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, das näheren Aufschluß darüber geben solle, ob im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muß. Die kürzlich ergangene Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum vorläufigen Stopp der Planung für die A 20 unterstreicht die Notwendigkeit dieses Punktes. Herr Dr. Linssen, auch Sie müssen doch - wie das bergbautreibende Unternehmen und seine Beschäftigten - ein Interesse daran haben, daß die Genehmigungen möglichst rechtssicher sind.

Unter Punkt 3 nimmt Frau Kollegin Höhn zur Problematik der Kippenversauerung Stellung. Sie erläutert, daß nach Auffassung der Obersten Wasserbehörde auch wegen der Kippe eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich ist. Dabei bezieht sie sich auf die von Frau Ministerin Merkel am 18. März 1997 erlassene Grundwasserordnung. - Wer kann im Hinblick auf die Rechtssicherheit ein Interesse daran haben, diese Frage ungeprüft zu lassen?

In Punkt 4 geht Frau Ministerin Höhn auf das im Landesplanungsgesetz geregelte Verfahren zur Überprüfung der Grundannahmen ein und legt dar, weshalb sie es für erforderlich hält, eine Überprüfung der Grundannahmen einzuleiten.

Frau Ministerin Höhn hat in der Landtagsdebatte am 20. Januar 1998 ausgeführt:

"Es geht keineswegs - da bin ich auch mit Herrn Clement einig - darum, daß die Umwelt-

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) ministerin jetzt schon eine wesentliche Änderung der energiepolitischen Voraussetzungen feststellt. Es ist Aufgabe zu überprüfen, ob es so ist oder nicht. Erst in einem solchen Vorstadium befinden wir uns."

§ 35 Landesplanungsgesetz bestimmt, daß der Braunkohlenplan überprüft und erforderlichenfalls geändert werden muß, wenn sich die Grundannahmen für den Braunkohlenplan wesentlich ändern. Weiter heißt es dort, daß die Änderung in dem Verfahren erfolgt, das für seine Aufstellung gilt. Dazu sagte Herr Kollege Clement in der gleichen Debatte:

"Bei der Frage des Ja oder Nein zur Veränderung der energiewirtschaftlichen Grundannahmen ist klar, daß das dann in der Kompetenz des Wirtschaftsministeriums, das die energiewirtschaftlichen Kompetenz innerhalb dieser Landesregierung hat, liegt."

Hier greifen also Zuständigkeiten für Energiepolitik und Landesplanung sowie die Kompetenz des Braunkohlenausschusses ineinander.

In Punkt 5 teilt Frau Ministerin Höhn mit, sie wolle veranlassen, daß die aktuellen Umsiedlungsplanungen auf die Einhaltung der Sozialverträglichkeitskriterien und die Einhaltung der sozialen Grundannahme des Braunkohlenplans untersucht werden.

Im Ergebnis ist all das nichts anderes als eine Beschreibung von Arbeitsfeldern, denen sich die Fachbehörden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt in Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten in den nächsten Monaten intensiv zuwenden werden. Daß es bei einem so hochkomplexen Verfahren und bei Entscheidungen von so großer Tragweite wie bei Garzweiler II an der einen oder anderen Stelle zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen über die Auslegung der anzuwendenden Rechtsvorschriften kommt, ist im übrigen doch nichts Ungewöhnliches. Sie selber wissen, daß es dem Vorhaben Garzweiler II dient, wenn die Politik die sachgerechte Abwägung der Argumente nicht behindert.

Ich bleibe bei dem, was ich am 5. Januar gesagt habe: Es gibt keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß die zuständigen Fachbehörden ihre Arbeit den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gewissenhaft tun werden. Ich habe nicht die Absicht, aus dem Plenarsaal des Landtages kommentierend in die Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen einzugreifen. Jeder Versuch, darauf

politisch Einfluß zu nehmen, macht die Verfahren angreifbar und schadet dem ganzen Vorhaben.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Eine Zusatzfrage stellt der Kollege Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Ministerpräsident, ich möchte hier nicht alles wiederholen, was in der Sondersitzung des Landtages an Kontroverse zwischen den Ministern Clement und Höhn offenkundig geworden ist. Sie haben versucht, das jetzt zu kaschieren. Wir hatten von Ihnen in diesem Bereich eigentlich kaum etwas anderes erwartet. Trotzdem frage ich Sie: Sind Sie bereit, bei den offenkundig unterschiedlichen Einschätzungen zu den drei wasserrechtlichen Fragen, zu der energiewirtschaftlichen Frage und zu der Umsiedlungsfrage - das sind die fünf Punkte von Frau Höhn -, von Ihrer Richtlinienkompetenz, die Ihnen nach Artikel 55 der Landesverfassung zusteht, Gebrauch zu machen und die Braunkohle, wie das der Bundeskanzler bei der Steinkohle gemacht hat, zur Chefsache zu machen?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich glaube nicht, daß man mit Richtlinienkompetenz in Genehmigungsverfahren eingreifen kann. Dann würden solche Verfahren wohl ganz besonders gefährdet.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Dr. Linssen, bitte.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Ministerpräsident, ich hatte nicht danach gefragt, ob in Verfahren eingegriffen werden sollte. Ich bin genauso wie Sie und wir von der CDU-Fraktion daran interessiert, daß das nach Recht und Gesetz zügig und ohne politische Einflußnahme - wir können das schon beten - hier erfolgt. Trotzdem sind die Widersprüche zwischen den Ministern offenkundig. Das heißt, Herr Clement erklärt, daß die drei ersten Fragen - Probleme, die Frau Höhn auf-

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

(A) geworfen hat - geklärt sind und die beiden anderen Fragen nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen. Wie entscheiden Sie diese Frage?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Politische Auffassungen, so habe ich gesagt, und Verwaltungsverfahren sind zwei sehr unterschiedliche Vorgänge. Die Verwaltungsverfahren werden - ich sage Ihnen den Text noch einmal - nach Recht und Gesetz sorgfältig und zügig ohne politische Einflußnahme erledigt. Was innerhalb der Landesregierung zu koordinieren ist, das wird innerhalb der Landesregierung koordiniert und nicht plenar erörtert.

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Kollege Linssen stellt eine dritte Zusatzfrage.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Ministerpräsident, es geht ja bei diesem Problem um die generelle Frage, ob die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen des Vorhabens grundsätzlich beherrschbar seien und ob das im Prüfungsverfahren nach § 55 Berggesetz geprüft worden ist. Sowohl Minister Clement als auch der Fraktionsvorsitzende Matthiesen haben in diesem Plenum erklärt, daß grundsätzlich die Beherrschbarkeit und auch eine Vereinbarkeit mit § 6 Wasserhaushaltsgesetz gegeben sei. Teilen Sie diese Auffassung?

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Das ist im Rahmenbetriebsplan in der Genehmigung festgeschrieben. Dort sind auch die unterschiedlichen Auffassungen, die es dazu innerhalb der Landesregierung gibt, erwähnt. Aber der Rahmenbetriebsplan gilt.

Präsident Ulrich Schmidt: Ich habe auf dem Tableau den Kollegen Dr. Klose stehen, den ich aber nicht im Saal sehe. Dann hat der Kollege Stump das Wort.

Werner Stump (CDU): Herr Ministerpräsident, im Vorfeld der Genehmigung des Rahmenbetriebsplanes haben sich die Minister Ihres Kabinetts, Frau Höhn und Herr Clement, ausgetauscht. In diesem Zusammenhang stellte Frau Höhn fest, daß der Rahmenbetriebsplan so, wie er zur Entscheidung gelangen soll, rechtlich unzulässig sei. Teilen Sie die Auffassung Ihrer Umweltministerin, daß der Rahmenbetriebsplan, wie er nun verabschiedet worden ist, rechtlich unzulässig ist?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Dazu habe ich bereits am Tage der Genehmigung des Rahmenbetriebsplanes in einer öffentlichen Erklärung Stellung genommen. Ich kann hier nur wiederholen: Nach meiner Überzeugung ist der Rahmenbetriebsplan rechtlich wirksam, er entfaltet alle seine Wirkungen. Daß es unterschiedliche Auffassungen in der Landesregierung zu einigen Punkten gibt, hebt das nicht auf.

(Zuruf des Werner Stump [CDU]: Ist er rechtlich zulässig?)

Präsident Ulrich Schmidt: Eine weitere Zusatzfrage stellt jetzt der Kollege Breuer.

Michael Thomas Breuer (CDU): Herr Ministerpräsident, Ministerin Höhn hat mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie eine Verträglichkeitsprüfung nach der Flora, Fauna, Habitat-Richtlinie der Europäischen Union vornehmen möchte. Herr Matthiesen hält diese Verträglichkeitsprüfung erstens für entbehrlich und stellt dann sogar fest, daß diese mit der Rechtslage nicht vereinbar sei. Herr Clement hat seinerseits mehrfach zu erkennen gegeben, daß er die Auffassung des Kollegen Matthiesen teilt, daß die Landesregierung, wenn sie eine Verträglichkeitsprüfung nach der FFH-Richtlinie durchführen würde, nicht mit der Rechtslage vereinbar handelte. - Wie gedenken Sie, Herr Ministerpräsident, eine eventuelle Kollision mit der Rechtslage innerhalb der Landesregierung zu verhindern?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

(C)

(A) Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Darüber wird entschieden, wenn das ansteht. Ob das anstehen wird, weiß ich nicht. Aber Sie brauchen sich keine Sorge zu machen. Ich werde Kollisionen innerhalb der Landesregierung zu verhindern versuchen. Das ist mein Auftrag.

(Beifall von Abgeordneten der SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Eine weitere Zusatzfrage stellt der Kollege Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer (CDU): Zu der letzten Aussage kann man nur sagen, daß Sie das bisher mit Bravour machen, solche Kollisionen zu verhindern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber, Herr Ministerpräsident, ich habe folgende Frage: Ministerin Höhn hat ja nach dem, was Sie eben auch festgestellt haben, die Fachaufsicht über das jetzt anstehende wasserrechtliche Genehmigungsverfahren. Sie haben gesagt, daß das ohne politische Beeinflussung stattfinden soll.

Gleichzeitig erklärt diese Ministerin, die die Fachaufsicht hat, im Vorfeld und auf dem Landesparteitag der Grünen, daß sie ausschließlich mit dem Ziel Ministerin im Umweltbereich bleiben will, Garzweiler II über die wasserrechtliche Genehmigung zu verhindern.

Halten Sie es wirklich mit Ihrer Amtspflicht für vereinbar, daß Sie Frau Ministerin Höhn wegen Befangenheit an der Stelle nicht von dieser Aufgabe suspendieren?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Die Entscheidung fällt beim Landesoberbergamt. Ich bin überzeugt, daß wir eine sachgerechte und objektive Prüfung auch zu den wasserrechtlichen Fragen haben werden.

Präsident Ulrich Schmidt: Eine Frage des Kollegen Zylajew, bitte.

Willi Zylajew (CDU): Herr Ministerpräsident! Sie gehen nach eigenem Bekunden davon aus, daß

der Tagebau kommt. Sie wissen vermutlich auch über Ihre Parteifreunde, daß derzeit eine nach meiner Einschätzung ungeordnete Umsiedlung beginnt.

Mich würde es interessieren, ob Sie, ohne Einfluß auf das Verfahren zu nehmen, bereit sind, Frau Höhn anzuhalten, einen Umsiedlungsbeauftragten zu benennen. Denn das ist etwas, was in der Region intensiv gefordert wird - selbst von den Initiativen, die sich bislang noch gegen diesen Tagebau ausgesprochen haben.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Wir werden das tun. Ich kann Ihnen nur den genauen Zeitpunkt noch nicht sagen, weil wir ein Anforderungsprofil entwickelt haben. Wir sind im Gespräch zwischen den zuständigen Ressorts und der Staatskanzlei. Ich denke, daß das in aller Kürze geschieht.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin Höhn hatte sich gemeldet, bitte sehr.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich möchte zu den Ausführungen von Herrn Meyer etwas sagen. Herr Meyer, es gibt kein Zitat von mir, das das belegt, was Sie eben behauptet haben. Ich weise das zurück.

Ich habe keineswegs im Vorfeld der Landesdelegiertenkonferenz oder sonst irgendwo behauptet, daß ich durch das Genehmigungsverfahren Garzweiler II verhindern oder totprüfen will.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Doch! - Zurufe von der CDU - Unruhe)

Ich weise diese Behauptung zurück.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Eine weitere Zusatzfrage hat Kollege Reul, bitte.

Herbert Reul (CDU): Herr Ministerpräsident! Es ist eben vom Kollegen Stump schon angesprochen worden, daß Frau Ministerin Höhn erklärt hat, die Zulassung des Rahmenbetriebsplans halte sie für

(C)

(D)

(Herbert Reul [CDU])

- (A) rechtlich unzulässig. Sie haben eben erklärt, daß Sie anderer Auffassung seien, es wäre rechtlich zulässig. Sie haben also eine Klarstellung getroffen.

Ich frage Sie:

Erstens. Halten Sie es für normal, daß eine Ministerin Ihres Kabinetts erklärt, ein Vorgang, der rechtlich zulässig ist, sei rechtlich unzulässig?

Zweitens. Was haben Sie unternommen, um Frau Höhn darauf hinzuweisen, daß sie so mit der Frage nicht umgehen kann?

Drittens. Was beabsichtigen Sie zu tun, wenn eine Ministerin Ihres Kabinetts versucht, eine solche Einflußnahme hier stattfinden zu lassen?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident!

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Das ist eine hypothetische Frage, denn es hat diese Einflußnahme nicht gegeben. Der Rahmenbetriebsplan ist erlassen worden. Er entfaltet alle seine Wirkungen.

(Herbert Reul [CDU]: Das habe ich nicht gefragt!)

- (B) Daß es unterschiedliche Rechtsauffassungen innerhalb von Landesregierungen gibt, gilt nicht nur für die Landesebene, die gibt es auch auf Bundesebene. Ich könnte Ihnen jede Menge Zitate dafür liefern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Eine Frage des Kollegen Stump, bitte.

Werner Stump (CDU): Herr Ministerpräsident! Die Umweltministerin hat erklärt, daß sie prüfen will, ob eine gemeinsame Umsiedlung gesichert ist. Ich stelle meine Frage vor dem Hintergrund, daß im Rahmenbetriebsplan die Umsiedlung für gesichert erklärt wird und der Vorsitzende der SPD-Fraktion keinen Zweifel daran läßt, daß es eine sozialverträgliche Umsiedlung geben wird, und nun durch die Verzögerungstaktik, den Tagebau zu prüfen - wir sagen: kaputtzuprüfen -, der Anlaß für Ihre Ministerin gefunden werden wird zu sagen: "Die Leute ziehen ja schon weg. Jetzt wird keine geschlossene Umsiedlung mehr mög-

lich sein. Deshalb ist der Tagebau an dieser Stelle gefährdet."

Halten Sie eine solche Vorgehensweise für vertretbar?

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich halte den Tagebau nicht für gefährdet. Ich habe Ihnen im ersten Satz meine Antwort gegeben: Hier werden Prüfungsverfahren weder "durchgewinkt" noch "totgeprüft". Dabei bleibt's.

Präsident Ulrich Schmidt: Ja, danke, Herr Ministerpräsident. - Eine Zusatzfrage stellt Kollege Hegemann, bitte.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Ministerpräsident! Der Wirtschaftsminister hat am 23. Dezember Frau Ministerin Höhn einen Brief geschrieben, in dem er noch einmal darauf hinweist, daß es richtig sei, daß beide Verfahren - das wasserrechtliche und das bergrechtliche - bei getrennter Zuständigkeit hätten parallel behandelt werden müssen. Er schreibt dann: Leider war da kein Einverständnis möglich.

Nun haben Sie gerade Kollegen Meyer erklärt, daß Sie natürlich immer, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt, diese behandeln. Wie haben Sie denn diese unterschiedliche Meinung behandelt?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Wir haben hier eigens eine Sondersitzung gehabt, in der deutlich wurde, wie Kollegin Höhn und Kollege Clement unterschiedliche Akzente setzen. Das ist vor aller Augen geschehen. Die unterschiedlichen Meinungen der Koalitionspartner zu Garzweiler II sind seit mindestens zweieinhalb Jahren, fast drei Jahren bekannt. Warum wir das hier immer wieder nachbeten, das verstehe ich nicht.

Ich sage Ihnen: Es wird nach Recht und Gesetz, zügig und sorgfältig, ohne politische Einflußnahme geprüft und entschieden.

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Eine zweite Zusatzfrage des Kollegen Reul, bitte.

- (A) Herbert Reul (CDU): Herr Ministerpräsident! Frau Ministerin Höhn hat Herrn Clement am 22. Dezember einen Brief geschrieben.

(Zuruf des Heinz Hunger [SPD])

In diesem Brief - ich zitiere - hat sie formuliert:

"Über die bergrechtliche Zulassung von Betriebsplänen entscheidet das zuständige Bergamt. Für die Entscheidung über die wasserrechtlichen Fragen ist ausschließlich die zuständige Wasserbehörde unter der Aufsicht des Umweltministeriums zuständig."

Weiter:

"Das Umweltministerium trägt rechtlich die volle und alleinige Verantwortung für diese Entscheidung, so daß eine Präjudizierung der wesentlichen wasserrechtlichen Fragen durch den Betriebsplan rechtlich unzulässig ist."

Herr Fraktionsvorsitzender Matthiesen, der Vorgänger von Frau Höhn, hat in der Sondersitzung des Parlamentes erklärt - auch das will ich zitieren -:

"Da das Bergamt den Rahmenbetriebsplan zugelassen hat, ist auch entschieden, daß eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes nicht vorliegt. Diese Behördenentscheidung ist maßgeblich für das Landesoberbergamt bei der Entscheidung über den Antrag auf die wasserrechtliche Erlaubnis. Was geprüft ist, ist geprüft."

Das in der Zulassung des Rahmenbetriebsplans festgestellte Prüfungsergebnis muß den nachfolgenden Behördenentscheidungen zugrunde gelegt werden.

Dies, meine Damen und Herren, ist die klare rechtliche Ausgangslage für die vor uns liegenden wasserrechtlichen Entscheidungen. Und weil das so ist, ist in diesem Verfahren kein Raum für politische Illusionen."

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie, welche der Auffassungen gilt, die Ihres Ministers oder die des Fraktionsvorsitzenden der SPD? Das sind offensichtlich gegensätzliche Auffassungen.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich sage noch einmal: Wir haben das alles hier in einer Sondersitzung erörtert.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wir wollen Ihre Meinung hören! - Zuruf von der CDU: Nicht herumlabern! - Weitere Zurufe von der CDU)

Alle Positionen sind deutlich. Ich nehme hier nicht zu einzelnen Zitaten Stellung, gleichgültig von wem sie sind. Da muß man sich die ganzen Akten ansehen, alle Reden durchprüfen.

Ich sage Ihnen: Sie brauchen sich keine Sorge um die sorgfältige und zügige Entscheidung zu machen; sie wird getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Herbert Reul [CDU]: Vorbeigemoget! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich habe bei vielen Gelegenheiten - von Hagen bis Dortmund - zu Garzweiler Stellung genommen und dabei völlig klar gesprochen, Herr Kollege Reul.

(Widerspruch bei der CDU)

- Aber selbstverständlich! - Das können Sie alles nachlesen. Ich stelle Ihnen das einmal in einer kleinen Broschüre zusammen.

(Herbert Reul [CDU]: Soll ich Ihnen einmal Ihre Plenarrede vorlesen?)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Kollege Hegemann. Bitte.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie haben eben erklärt, es sei offenkundig, daß es verschiedene Meinungen gebe. Ich darf Sie aber daran erinnern, daß Sie nicht auf der Zuschauertribüne sitzen, sondern daß Sie Chef dieses Kabinetts sind.

(Beifall bei der CDU)

Die Umweltministerin hat von Prognos am 1. Dezember Prognosedaten für den Energieverbrauch bekommen. Ist es Aufgabe der Umweltministerin, ihrem Prüfungsverfahren auch Energieprognosedaten zugrunde zu legen, oder ist dies Aufgabe des Wirtschaftsministers? Wie ist das geregelt?

(Laurenz Meyer [CDU])

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Dazu habe ich in meiner Antwort - ich müßte das eben herausuchen - Stellung genommen.

(Zuruf von der CDU: Einfach so sagen!)

- Ich habe gesagt, daß hier die Zuständigkeiten für Energiepolitik und Landesplanung und die Kompetenzen des Braunkohlenausschusses ineinandergreifen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was?
- Herbert Reul [CDU]: Auch keine Antwort!)

Präsident Ulrich Schmidt: Eine Zusatzfrage vom Kollegen Kruse, bitte.

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU): Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin Höhn sagt, daß im wasserrechtlichen Verfahren die Fragen der Kippenversauerung für das Grundwasser und das Trinkwasser nicht dem Recht entsprechend abschließend geprüft worden sind. Herr Minister Clement wie auch Herr Matthiesen behaupten, daß es eine abschließende rechtliche Prüfung gegeben habe. Wie beurteilen Sie diese Frage?

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident Dr. Rau.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Über Zuständigkeiten kann ich hinlänglich in der Fragestunde Auskunft geben. In der Zulassung zum Rahmenbetriebsplan heißt es:

"Soweit der Rahmenbetriebsplan Aussagen insbesondere zu wasserwirtschaftlichen Sachverhalten enthält, die nach den unter Hinweis I 1.10 dargestellten Grundsätzen nicht Prüfungs- und Regelungsgegenstand dieser Zulassung sind, entfaltet diese keine Feststellungs- und Bindungswirkung."

Präsident Ulrich Schmidt: Eine Zusatzfrage des Kollegen Zylajew, bitte.

Willi Zylajew (CDU): Herr Ministerpräsident, Ministerin Höhn sagt, die vom Umweltministerium vorgebrachten Bedenken seien in dem Entwurf des Rahmenbetriebsplans fachlich nicht adäquat abgearbeitet worden. Das ist ihre Position. Dazu sagt der Wirtschaftsminister in der SPD-Fraktion, die wasserwirtschaftliche Beherrschbarkeit der Sumpfungsmäßnahme und der Kippenversauerung sowie die Grundwassermodelle seien behandelt und bearbeitet worden. Die Position sei letztlich klar und in jeder Form ausreichend behandelt worden. Die Bergbehörde - so sagt er dann weiter - werde alle vom MURL in die Diskussion gebrachten Punkte bei der Entscheidung über die Zulassung des Rahmenbetriebsplans berücksichtigen.

Meine Frage lautet: Was ist denn nun richtig, die Position Ihrer Umweltministerin, die sagt, die Punkte seien nicht abgearbeitet worden, oder die Position Ihres Wirtschaftsministers richtig, der sagt, das sei alles beraten und behandelt worden? - Das ist ja keine Verfahrensentscheidung mehr. Deshalb müssen wir einfach wissen, wem Sie in dieser Sache vertrauen, Frau Höhn oder Herrn Clement.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dies wäre für die Mitarbeiter in der Region von erheblichem Interesse.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Zu der Frage äußert sich der Rahmenbetriebsplan selber auf Seite 6. Ich will das jetzt nicht im einzelnen vorlesen. Die unterschiedlichen Auffassungen haben wir hier in einer Sondersitzung bereits erörtert. Ich weiß nicht, warum wir das immer nachbeten. Ich sage Ihnen nur: Der Rahmenbetriebsplan gilt, und er entfaltet seine Wirkungen.

Präsident Ulrich Schmidt: Eine zweite Frage des Kollegen Laurenz Meyer, bitte.

Laurenz Meyer (CDU): Herr Ministerpräsident, nachdem jetzt an den verschiedensten Punkten deutlich wird - das ist ja die Grundlage -, daß es

(C)

(A) starke Meinungsverschiedenheiten innerhalb Ihrer Landesregierung gibt

(Heinz Hunger [SPD]: Das hatten wir doch schon einmal!)

- nicht zum weiteren Vorgehen, das ich einmal ausklammere, weil Sie sich immer darauf stützen, sondern zu dem, was existiert, was bisher passiert ist und was Rechtslage ist -, zitiere ich einmal aus Artikel 55 unserer Landesverfassung:

"Bei Meinungsverschiedenheiten über Fragen, die den Geschäftsbereich mehrerer Mitglieder der Landesregierung berühren, entscheidet die Landesregierung."

Wann haben Sie, Herr Ministerpräsident, vor, wenigstens Klarheit über das, was innerhalb Ihrer Landesregierung existiert, herbeizuführen?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident, bitte.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Also: Die Landesregierung entscheidet dann, wenn Entscheidungsbedarf konkret besteht.

(Lachen bei der CDU)

Sie hat dies zum Beispiel mit dem Rahmenbetriebsplan getan, und sobald weitere Entscheidungen anstehen, werden auch diese getroffen, aber nicht in der Fragestunde des Landtages.

(Laurenz Meyer [CDU]: Hat die Landesregierung den Rahmenbetriebsplan entschieden?)

- Nein, aber ich habe dazu eine Erklärung der Landesregierung abgegeben; diese können Sie nachlesen. Ich habe Ihnen schon einmal geraten, meine Erklärung vom 22. Dezember 1997 nachzulesen.

Präsident Ulrich Schmidt: Eine zweite Zusatzfrage des Kollegen Kruse.

Heinrich Kruse (Bocholt) (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie hatten vorhin auf meine Frage bezüglich des wasserrechtlichen Verfahrens und der

unterschiedlichen Beurteilung durch Ministerin Höhn, Herrn Matthiesen und Herrn Minister Clement eine sehr ergebnisoffene Antwort gegeben, wie wir es von Ihnen eigentlich gewohnt sind.

Ich hätte es aber gerne genauer gewußt: Ich vermute, daß sich das Kabinett mit dieser Frage beschäftigt hat. Zu welchem Ergebnis ist das Kabinett gekommen? Sind diese Fragen vom Bergamt abschließend geprüft worden - ja oder nein?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Das Kabinett hat sich mit dieser Frage nicht befaßt, und es wird sich damit auch nicht befassen. Wir greifen als Landesregierung nicht in die Genehmigungsverfahren ein.

(Oliver Wittke [CDU]: Das ist doch keine Antwort! - Heinrich Kruse [CDU]: Es geht nicht um das Genehmigungsverfahren, es geht um die rechtliche Beurteilung durch das Kabinett!)

- Die gibt es nicht, und die braucht es auch nicht zu geben.

Präsident Ulrich Schmidt: Eine zweite Zusatzfrage des Kollegen Breuer, bitte schön.

Michael Thomas Breuer (CDU): Herr Ministerpräsident, ich habe mit Überraschung zur Kenntnis genommen, daß sich das Kabinett damit gar nicht beschäftigt.

Nun frage ich Sie ganz persönlich: Sind Sie als Ministerpräsident dieses Landes und dieser Landesregierung der Auffassung, daß mit dem Rahmenbetriebsplan alle wasserrechtlichen Genehmigungen abgearbeitet wurden - ja oder nein?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Nein. Ich bin der Meinung des Rahmenbetriebsplanes,

(Lachen bei der CDU)

in dem es heißt, daß sich eine Bindungswirkung für die anderen Verfahren aus dem Ergebnis die-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) ser Prüfung nicht ergibt; dies steht auf Seite 6 in Zeile 8.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Weisbrich, bitte.

Christian Michael Weisbrich (CDU): Herr Ministerpräsident, mit der Entscheidung über den Braunkohlenplan im März 1995 hat Ihre Regierung - erstens - festgestellt, daß Garzweiler aus Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist.

Zweitens. Mit der Zulassung des Rahmenbetriebsplanes hat Ihre Regierung dem Bergbaubetriebenden bestätigt, daß durch den Tagebau für kein Umweltmedium, also auch nicht für das Wasser, eine Beeinträchtigung oder eine gemeinschädliche Auswirkung zu erwarten ist.

Drittens. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz ist eine Genehmigung selbst bei einer erheblichen Beeinträchtigung des Grundwassers dann zu erteilen, wenn dies aus Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist.

(B) Vor diesem Sachverhalt frage ich mich, welchen Handlungsspielraum Frau Höhn überhaupt noch hat. Sie hat den Anschein erweckt, als könne man mit Mitteln des Wasserrechtes hier noch etwas verhindern. Die Menschen im Land glauben zum Teil daran. Ich frage Sie: Können Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren, diesen Glaubenshorizont im Land weiter aufrechtzuerhalten, obwohl am Ende, wie Sie das Verfahren bisher aufgebaut haben, steht, daß selbst bei einer Beeinträchtigung aus Gründen des Gemeinwohls die Genehmigung erteilt werden muß?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich kann das mit meinem Gewissen gut vereinbaren. Das Landesoberbergamt trifft die Entscheidung, und ich glaube, daß es sachkundig und sachlich ist. Deshalb sehe ich dem mit Gelassenheit entgegen.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Ich erteile Herrn Arentz von der Fraktion der CDU das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Minister Clement, Sie erinnern sich sicher noch an die zweite Frage des Kollegen Reul, in der er die völlig unvereinbare rechtliche Bewertung der wasserrechtlichen Fragen durch Frau Höhn und Herrn Matthiesen deutlich gemacht hat.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ich bin nicht Mitglied des Kabinetts, Sir!)

Der Ministerpräsident hat sich - das hat jeder hier im Saal gehört -

(Klaus Matthiesen [SPD]: Der tut immer so, als wäre ich Mitglied der Landesregierung!)

leider vor einer klaren Antwort auf die Frage gedrückt.

So wie wir Sie bisher kennengelernt haben, Herr Clement, ist das Ihre Art nicht. Deshalb möchte ich Sie fragen, wie Sie die unterschiedlichen Rechtsauffassungen von Frau Höhn, daß nämlich die wesentlichen wasserrechtlichen Fragen nicht durch den Rahmenbetriebsplan präjudiziert werden können, und ihrem Amtsvorgänger, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, beurteilen, der sagt, daß durch den Rahmenbetriebsplan die wesentlichen wasserrechtlichen Fragen präjudiziert seien und daß es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie gehe.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister Clement.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Ihre Frage, Herr Kollege Arentz, gibt mir Gelegenheit zu bemerken, daß ich es außerordentlich eindrucksvoll finde, wie Sie die letzte Debatte hier im Landtag nachzuarbeiten versuchen. Sie haben offensichtlich bei der letzten Gelegenheit Ihre Möglichkeiten nicht genutzt. Ich finde auch die Fragestellungen nicht sonderlich beeindruckend.

Sie kennen doch die Rechtslage, so vermute ich. Ich verstehe selbst Ansätze der Diskussion gar nicht, die Sie hier darbringen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das kann nur an Ihnen liegen!)

(Minister Wolfgang Clement)

A) Der Rahmenbetriebsplan ist genehmigt. Ich habe mehrfach etwas von Verzögerungen gehört. Ich darf darauf hinweisen, daß die Zulassung des Rahmenbetriebsplanes nicht nur nicht verzögert, sondern außerordentlich frühzeitig durch das zuständige Bergamt erfolgt ist.

Dieser Rahmenbetriebsplan enthält alle Auskünfte auf sämtliche Fragen, die Sie hier gestellt haben. Dieser Rahmenbetriebsplan ist nur noch durch Klage und von Gerichten wegen zu stoppen. Ansonsten ist er zugelassen, und alle übrigen Fragen, die Sie daran knüpfen, müßten Sie an Juristen stellen.

Im Rahmenbetriebsplan ist sehr deutlich Auskunft darüber gegeben worden, wie das Verhältnis von Bergrecht und Wasserrecht bezüglich der von Ihnen gestellten Fragen aussieht. Es ist ein Aufguß von Fragestellungen, die nun wirklich über Monate hin und her gekaut worden sind, den Sie hier veranstalten.

(Herbert Reul [CDU]: Sie sind genauso wie Herr Matthiesen!)

- Wie bitte?

(Herbert Reul [CDU]: Sie antworten auch nicht mehr!)

- Ich antworte auf Sachfragen, Herr Kollege. Sie haben wenig Verständnis für Sachfragen, aber ich muß Sie noch einmal darauf hinweisen, daß hier die Zulassung eines Rahmenbetriebsplanes bereits erfolgt ist. Soweit Sie diesbezüglich Verständnisschwierigkeiten haben, bin ich Ihnen gerne behilflich. Ansonsten: Die Zulassung des Rahmenbetriebsplanes ist, wie gesagt, von Gerichten wegen anfechtbar.

(Laurenz Meyer [CDU]: Sie müssen uns nicht behilflich sein, Sie müssen - -)

- Doch, ich muß Ihnen behilflich sein, denn manche Fragen reizen einen geradezu dazu, etwas Hilfeleistung zu leisten. Das erübrigt sich aber sicherlich im Rahmen einer solchen Fragestunde.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Keine Antwort!)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Schemmer, bitte schön.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Ministerpräsident, gerade ist angesprochen worden, daß die vorangegangene Debatte ein bißchen unbefriedigend gewesen sei. Was ich insbesondere für unbefriedigend gehalten habe, war Ihre Beteiligung an der Debatte; denn die Debatte hat durch andere Leute stattgefunden. Der Ministerpräsident war relativ wenig zu sehen.

Ich frage nochmals: Kann nicht klar geäußert werden, ob eine wasserrechtliche Entscheidung gefallen ist oder ob das noch völlig offen ist und ob das, was noch offen ist, bis zum Juni 1998 entschieden wird?

Präsident Ulrich Schmidt: Zur Beantwortung Herr Ministerpräsident, bitte.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich kann Ihnen nur raten, Herr Kollege, den Rahmenbetriebsplan einmal sorgfältig und Wort für Wort zu lesen. Dann ergibt sich, daß Ihre Frage nicht sinnvoll ist, daß man hier nicht mit Ja oder Nein antworten kann, weil der Rahmenbetriebsplan dazu auf der Basis der Genehmigung von März 1995 differenziert Auskunft gibt.

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön! - Eine weitere Frage des Kollegen Wittke.

Oliver Wittke (CDU): Herr Ministerpräsident, wird das wasserrechtliche Verfahren, wie von Ihrem Wirtschaftsminister angekündigt, im Sommer dieses Jahres abgeschlossen sein?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich kann über den Zeitpunkt gegenwärtig nichts sagen, weil ich den Stand nicht kenne. Wir werden aber alles tun, damit es nicht zu einer Unterbrechung des Tagesbaus kommt.

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön! - Eine zweite Frage des Kollegen Weisbrich!

(A) **Christian Michael Weisbrich (CDU):** Herr Ministerpräsident! Herr Minister Clement hat eben festgestellt, daß hier nur noch durch Klage und vor Gericht im negativen Sinne eine Entscheidung herbeigeführt werden könnte.

In Ihrem Kabinett gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen über die wasserrechtliche Problematik. Ich habe vorhin gesagt, daß eine wasserrechtliche Genehmigung selbst dann erteilt werden müßte, wenn erhebliche Bedenken bei Frau Höhn bestehen, weil Gründe des Allgemeinwohls das erfordern.

Frau Höhn hat nun in der Diskussion in Jüchen zu erkennen gegeben, daß sie durchaus daran denkt, die Klageprozedur dem Bergbautreibenden zu überlassen. Werden Sie es zulassen, daß Ihre Ministerin Höhn, gedeckt von den unterschiedlichen Rechtsauffassungen, die in Ihrem Kabinett bestehen, den Rechtsstreit auf dem Rücken des Bergbautreibenden austragen läßt? Werden Sie zulassen, daß das bergbautreibende Unternehmen gegen eine Versagung von Frau Höhn klagen muß?

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident!

(B) **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Das, was Sie als erstes angesprochen haben, daß es nur die Möglichkeit der Klage gibt, bezieht sich auf den Rahmenbetriebsplan. Im übrigen können und dürfen Sie nicht unterstellen, daß ein Mitglied der Landesregierung etwas Rechtswidriges tut oder tun will.

(Christian Michael Weisbrich [CDU]: Ist das eine Antwort?)

Präsident Ulrich Schmidt: Eine zweite Frage des Kollegen Wittke, bitte.

Oliver Wittke (CDU): Nachdem der Herr Ministerpräsident über den Stand des Verfahren nicht informiert ist, frage ich die Frau Umweltministerin: Frau Umweltministerin, können Sie die Aussage Ihres Kollegen Wirtschaftsminister bestätigen, daß das wasserrechtliche Verfahren bis zum Sommer dieses Jahres abgeschlossen sein wird?

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Höhn!

Bärbel Höhn, Ministerin für Umweltschutz, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich glaube, es ist sinnvoller, wenn man die Aussagen des Kollegen Wirtschaftsminister einmal nachliest. Er hat auf seiner Pressekonferenz, die er vor Weihnachten abgehalten hat, etwas anderes gesagt. Insofern sollten hier nicht irgendwelche Zitate, die herbeigekramt werden und gar nicht stimmen, immer wieder den Mitgliedern der Landesregierung um die Ohren gehauen werden.

Im übrigen möchte ich einmal folgendes sagen - das ist hier mehrfach festgestellt worden -: Wir befinden uns in einem Verfahren nach Recht und Gesetz. In einem Verfahren nach Recht und Gesetz wird entschieden, wenn die Probleme, die auf dem Tisch liegen, abgearbeitet sind. Es wird nicht danach geurteilt, was man politisch will beziehungsweise was Abgeordnete der CDU politisch wollen.

Wir befinden uns, um das noch einmal deutlich zu machen, in einem Genehmigungsverfahren und nicht in einem politisch zu beeinflussenden Verfahren. Insofern entscheidet über den Zeitpunkt nicht Ihre Auffassung, sondern die Genehmigungsbehörde dann, wenn die Probleme abgearbeitet sind. Dann wird auch entschieden, wie der Ausgang dieses Genehmigungsverfahrens ist. So läuft das Verfahren: nach Recht und Gesetz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön. - Mir liegt noch eine Wortmeldung von Frau Dr. Düttmann vor. Bitte!

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU): Herr Ministerpräsident, nachdem das offenbar alles so klar ist, wie Sie es hier darstellen, frage ich mich allerdings: Wofür benötigen wir dann noch die zugesagten 2 Millionen DM Steuergelder, die nach meiner Wahrnehmung jetzt doch völlig unnötig in den Sand gesetzt werden? Aber vielleicht erklären Sie es mir einmal!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident.

(C) (A) **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Daß Gelder für zusätzliche Gutachten zur Beschleunigung der wasserrechtlichen Genehmigung

(Lachen bei der CDU)

vom Landtag bewilligt worden sind, finde ich gut, obwohl ich bei dieser Entscheidung des Kabinetts gar nicht anwesend war. Da ist das begründet, abgewogen und so entschieden worden. Der Landtag hat dem zugestimmt. Ich finde das richtig.

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön! - Es gibt noch eine Frage des Kollegen Arentz.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Frau Ministerin Höhn, Sie haben in dem schon einmal zitierten Schreiben vom 22. Dezember 1997 an Herrn Clement geschrieben, "daß die Verfügung eines Zulassungsbescheides für den Rahmenbetriebsplan Garzweiler I/II in der zuletzt von Ihnen mündlich dargestellten Form aus rechtlichen und fachlichen Gründen unzulässig ist". Wir haben eben vom Herrn Ministerpräsidenten gehört, daß er den Rahmenbetriebsplan für rechtlich zulässig hält und daß er sich gegen jede Unterstellung gegenüber irgendeinem Kabinettsmitglied wehrt, daß etwas Unzulässiges geschehen sei.

Ich frage Sie deshalb, ob Sie den Rahmenbetriebsplan so, wie er uns vorliegt, in allen Teilen zur Grundlage der Prüfungen machen werden.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin Höhn!

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Der Rahmenbetriebsplan ist genehmigt. Insofern wird auf dieser Grundlage eines genehmigten Rahmenbetriebsplans das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren laufen.

Unabhängig davon hat nicht mein Kollege Clement den Rahmenbetriebsplan genehmigt, sondern das Bergamt Düren. Ich habe den Eindruck, diese Debatte leidet darunter, daß die CDU aus ihrer Oppositionsrolle heraus nicht weiß, wie Verfahren nach Recht und Gesetz abzulaufen haben,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

und daß hier unzulässige Fragen oder Fragen, die aus wenig Rechtskenntnis bei einem Genehmigungsverfahren herrühren, gestellt werden, (C)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was ist denn jetzt zulässig oder unzulässig?)

die man in der Tat nicht anders beantworten kann, als das die Mitglieder der Landesregierung getan haben. Es ist eben nicht so, wie Sie sich das vorstellen, daß sich Minister oder gar der Ministerpräsident in einzelne Akten von Genehmigungsverfahren vertiefen. Sie versuchen, eine politische Einflußnahme herbeizureden - und die wird es nicht geben!

(Herbert Reul [CDU]: Das erzählen Sie?)

Präsident Ulrich Schmidt: Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Blömer vor. Bitte schön!

Richard Blömer (CDU): Herr Ministerpräsident, wie erklären Sie es dann, wenn die Verfahren nach Recht und Gesetz stattgefunden haben, daß Herr Priggen und Frau Steffens an den abschließenden Gesprächen über den Rahmenbetriebsplan teilgenommen haben, obwohl sie nicht Mitglied der Landesregierung sind? (D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: keine Genehmigungsbehörde, nicht wahr, Frau Höhn! - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident!

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Das ist falsch! Es hat Gespräche gegeben, an denen war auch ich beteiligt, über die politische Bewertung und Gewichtung,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Aha!)

bei denen wir weder den Rahmenbetriebsplan noch Teile dieses Rahmenbetriebsplans gehabt haben.

(Dr. Helmut Linszen [CDU]: Die ganzen Formulierungen habt ihr gehabt!)

- Wir haben auch über Formulierungen diskutiert,

(Dr. Helmut Linszen [CDU]: Na bitte! - Herbert Reul [CDU]: Erforderliche Formulierungen! - Weitere Zurufe von der CDU)

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) aber wir haben nie einen Text des Rahmenbetriebsplans gehabt. Wir haben politische Gespräche geführt, wie sie im Kanzleramt Woche für Woche manchmal drei- oder fünfmal stattfinden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bei Genehmigungsverfahren?)

- Wir haben nicht im Genehmigungsverfahren Gespräche geführt; wir haben politische Gespräche auf der Basis des Koalitionsvertrages geführt.

(Zurufe von der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Die zweite Frage der Frau Kollegin Dr. Düttmann-Braun. Bitte!

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie haben eben ausgeführt, daß Sie die 2 Millionen DM durchaus für begründet halten. Ich frage mich allerdings, ob Sie sie auch für notwendig halten, vor allen Dingen, wenn man sich vor Augen führt, daß man sich für diese 2 Millionen DM in diesem Lande auch durchaus alternative Verwendungsarten vorstellen kann.

(B) Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident!

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Ich habe Ihnen eben gesagt: Ich habe an Beratungen und Beschlußfassungen über diesen Punkt nicht teilgenommen, weil ich in dieser Woche krank war. Ich habe mir die Diskussion auch nicht im einzelnen berichten lassen. Ich halte die Entscheidung des Kabinetts und des Landtags für richtig und habe das auch zum Ausdruck gebracht. Ich bestreite nicht, daß Ihre Frage, ob man mit den 2 Millionen DM nicht auch etwas beliebig anderes machen könnte, für jeden Betrag gilt, über den wir reden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Kollege Hardt, gilt Ihre Wortmeldung noch? - Nein. - Danke schön.

Ich stelle keine weiteren Wortmeldungen fest. Die Mündliche Anfrage 164 ist erledigt.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 165

der Frau Abgeordneten Opladen von der Fraktion der CDU auf:

Tauziehen um die Besetzung der obersten Richterstelle am Landgericht Krefeld

Der Präsidialrat NRW kämpft über den einseitigen Rechtsschutz gegen die Entscheidung des Justizministers, der einen Kandidaten seiner Wahl aus seinem Haus zum Landgerichtspräsidenten Krefeld ernennen will. Ein zweites Ausschreibungsverfahren hat es schon gegeben. Das allein ist bereits einmalig in NRW. Weder im ersten noch im zweiten Anlauf findet der Wunschkandidat die Zustimmung des Präsidialrates, mehr noch, das Richter-Kollegium macht eine Verletzung seiner Beteiligungsrechte geltend, und, ganz offensichtlich, es hält den auserwählten Bewerber nicht für geeignet. Der Justizminister sagt, er wolle die Justiz "neu möblieren", und der Wunschkandidat sei mit modernem Personalmanagement vertraut, so der Pressesprecher. Der Präsidialrat sei in dieser Hinsicht eher "traditionell orientiert". Auch dieser Vorwurf gegenüber dem Präsidialrat verblüfft, denn bislang war die Justiz laut Minister auf einem guten Weg zu einer modernen Justiz. Im übrigen hilft die Kenntnis, in personellem Management nicht viel, wenn man das Amt des Richters im wesentlichen bisher nur aus der Ferne kennengelernt hat.

Warum versucht der Justizminister, mit allen Mitteln seinen Kandidaten durchzusetzen?

Ich bitte den Herrn Justizminister Dr. Behrens um Beantwortung.

Dr. Fritz Behrens, Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der frühere Präsident des Landgerichts Krefeld ist im Juni 1997 zum Präsidenten des Landgerichts Duisburg ernannt worden. Die danach freie und sofort wiederbesetzbare Präsidentenstelle beim Landgericht Krefeld ist im Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen vom 15. Juni 1997 ausgeschrieben worden. Darauf hatte sich nur ein Richter beworben, der eine Planstelle beim Oberlandesgericht Köln innehatte, seit November 1995 an das Justizministerium Nordrhein-Westfalen

(A) Beginn: 10.04 Uhr

(C) Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 87. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode und heiße Sie alle, die zahlreich vertretenen Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien herzlich willkommen.

Für die heutige Sitzung hat sich ein Abgeordneter entschuldigt; sein Name wird in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe die heutige Tagesordnung auf:

1 Erklärung des Ministerpräsidenten

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 6. Juli 1995 hat mich der Landtag nach den Landtagswahlen vom 14. Mai zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt. Heute möchte ich dieses Amt zurückgeben.

(B) Als ich am 20. September 1978 zum Nachfolger von Heinz Kühn gewählt worden war, habe ich mir nicht vorstellen können, daß ich diese Funktion so lange innehaben würde. Ich konnte damals nicht wissen, daß ich einmal vor Ihnen als dienstältester Ministerpräsident und als dienstältester Abgeordneter dieses Landtags sprechen würde.

In all den Jahren war es mir immer besonders wichtig, daß ich das Vertrauen rechtfertige und erwidere, das die Menschen in Nordrhein-Westfalen und das die Mehrheit im Landtag in mich gesetzt haben. Ich habe mich immer darum bemüht, jenseits tagespolitischen Streits und grundsätzlicher Unterschiede in den politischen Auffassungen auch die Gesprächsfäden zu Kolleginnen und Kollegen in anderen Fraktionen nicht abreißen zu lassen. Das habe ich am Schwanenspiegel so gehalten, und daran hat sich auch hier in diesem lichten Gebäude am Rhein nichts geändert.

Ich war und ich bleibe geprägt von den ganz unterschiedlichen Erfahrungen, die ich habe machen dürfen

- als Abgeordneter in der Opposition,
- als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion,

(C) - als Mitglied und Chef einer Koalitionsregierung,

- als Ministerpräsident mit eigener parlamentarischer Mehrheit

- und dann wieder in einer Koalition.

Noch wichtiger als die Gesprächsfäden auch in andere Fraktionen des Parlaments war es mir, daß ich mir in allen Ämtern und in allen Funktionen ein möglichst ungefiltertes Bild machen konnte von dem, was die Menschen in unserem Land bewegt. Dazu haben neben vielen Gesprächen auch ungezählte Briefe beigetragen, die mir geschrieben wurden.

Diese Briefe zu lesen war mir wichtiger als manches andere. Ich verdanke ihnen neben manchen Einsichten und der Möglichkeit, praktisch zu helfen, vor allem das sichere Gefühl, daß ich Bodenhaftung behalten habe. Es hat meinem Amtsverständnis entsprochen, daß Menschen, die dem Ministerpräsidenten schreiben, auch eine Antwort bekommen, und zwar so schnell wie möglich und - wenn es irgend ging - von mir selber.

(D) In der Politik kommt es wie in kaum einem anderen Bereich auf das geschriebene und auf das gesprochene Wort an. Darum ist es so wichtig, die Möglichkeiten und die Grenzen des Wortes zu kennen und zu beachten.

Hans Jonas, den wir in der kommenden Woche ehren und von dem zu wenige wissen, daß er ein Sohn unseres Landes war, aus Mönchengladbach stammte, hat das so formuliert:

Er hatte die Sorge der "Vergeblichkeit des Wortes", das - so sagte er - dann ohnmächtig werden kann für die Gegenwart, "wenn es zu sehr in die Zukunft greift oder wenn es zu stark in Widerspruch gerät mit den Zwängen, den Nöten, den Interessen oder den Mächten der Zeit."

Ich habe mich in allen Ämtern darum bemüht, ich selber zu bleiben - im Reden und im Handeln und vor allem darin, daß beides übereinstimmt.

Wer sich darum bemüht, kann es nicht jedem recht machen. Das wollte ich auch nicht. Ich habe getan, was ich für richtig hielt, und unterlassen, was ich für falsch hielt. Dabei waren die Interessen unseres Landes Nordrhein-Westfalen und das Wohl aller Menschen, die hier leben, mein Orientierungspunkt.

Ich bin dankbar dafür, daß ich mich bei meiner Arbeit immer auf eine solide und zuverlässige

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

- (A) Mehrheit im Parlament stützen konnte. Ich bin aber auch den Kolleginnen und Kollegen dankbar, deren Vertrauen in mich nicht ganz gereicht hat, um mich in meiner politischen Arbeit zu unterstützen.

Das bedeutete ja nicht, daß der Gedankenaustausch, die politische Auseinandersetzung und - wo nötig - auch der heftige Streit immer fruchtlos bleiben mußten. Meine Erfahrung sagt mir, daß konstruktive Kritik auch dann als Ansporn dienen kann, wenn man sie selber nicht für ganz berechtigt hält oder wenn man sie nur teilweise verstehen kann.

Am fruchtbarsten habe ich immer jene parlamentarischen Debatten empfunden, in denen quer durch die Fraktionen spürbar wurde, daß sich die Welt nicht auf schwarz oder weiß reduzieren läßt - selbst dann nicht, wenn klare und eindeutige Entscheidungen nötig sind.

Weil ich bei der Abwägung des Für und Wider in den meisten Fällen nicht hundert Prozent auf der einen oder auf der anderen Seite buchen konnte, habe ich mich manches Mal mit Entscheidungen schwergetan. Wer das als Schwäche ansieht, dem will ich das gern nachsehen.

- (B) Ich lasse mich leiten von einer Einsicht, die André Gide so formuliert hat: "Vertraut denen, die die Wahrheit suchen. Mißtraut denen, die sie gefunden haben."

Meine Damen und Herren, wer die Zukunft gestalten will, muß wissen, woher er kommt. Nordrhein-Westfalen ist ein junges Land, aber ein Land mit traditionsreichen Städten und Regionen. So vielschichtig wie seine Vergangenheit, so vielfältig wie seine Landschaften, so kontrastreich sind auch die Eigenarten der Menschen, die in Nordrhein-Westfalen leben: die hintergründig-verhaltenen Westfalen, die temperamentvollen und lebensfrohen Rheinländer und die Lipper, die für ihre Sparsamkeit ebenso bekannt sind wie für ihren Selbstbehauptungswillen.

All das kann nur verstehen, wer die vielfältigen geistigen und religiösen Traditionen kennt, die unser Land prägen. Da gibt es den Ravensberger ebenso wie den Wuppertaler Pietismus, den Paderborner Katholizismus wie den des Münsterlandes, die Freiheitsliebe der Rheinländer und den Freisinn der Lipper. Aus dieser Vielfalt gewinnt Nordrhein-Westfalen seine Stärke.

Bei aller Vielfalt und bei allen Gegensätzen haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen inzwischen

ein Bewußtsein für unser Land und von unserem Land entwickelt, ein Landesbewußtsein, das nicht auf Ausgrenzung setzt, sondern das zu gemeinsamem Handeln einlädt. (C)

Wie kaum eine andere Region in der Bundesrepublik Deutschland ist unser Land seit über einem Jahrhundert davon geprägt, daß Menschen als Fremde zu uns kommen und hier eine neue Heimat finden: Arbeiter aus Schlesien und aus Masurern schon vor über hundert Jahren, Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Osten nach 1945, Männer und Frauen aus der Türkei, aus Italien, aus Griechenland und vielen anderen Ländern; die vor allem große Unternehmen in den sechziger Jahren als Gastarbeiter gerufen haben, seit Mitte der achtziger Jahre viele Deutschstämmige, vor allem aus Polen, Rumänien und aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion, und Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung und Vertreibung, vor Elend und Bürgerkrieg zu uns gekommen sind.

Diese lange Tradition hat dazu beigetragen, daß die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht danach fragen, woher einer kommt, sondern was er tut und was er beiträgt, gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Wie schwer das ist, wie viele Probleme das bringt, das wissen wir alle und das erfahren wir jeden Tag. (D)

Darum muß das friedliche Zusammenleben und das gute Miteinander zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten politisch gefördert werden; wir dürfen es nicht zerreden oder gar zerstören. Das muß auch in Zukunft die gemeinsame Aufgabe aller Demokraten sein - ohne Wenn und Aber.

Solidarität und die Bereitschaft, auch in schwierigen Zeiten zusammenzustehen, das zeichnet unser Land Nordrhein-Westfalen aus. Solidarität hat bei uns Tradition; sie wird tagtäglich gelebt. Das hat den Menschen in unserem Land Sicherheit gegeben, unaufgeregt und mit ruhiger Kraft immer wieder auch große Herausforderungen zu meistern. In kaum einem Land haben die Menschen schon seit Jahrzehnten stärker als bei uns erfahren, daß Veränderung die einzige Konstante ist.

In den vergangenen Jahren hat sich Nordrhein-Westfalen gewaltig verändert - weit mehr, als die meisten von uns vor zwanzig Jahren gedacht haben.

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau)

(A) So wenig die alten Zeiten immer gut waren, so wenig hat sich alles zum Besseren verändern können. Aber daß es auch durch vorausschauende Politik gelungen ist, dafür zu sorgen, daß aus wirtschaftlicher Dynamik nicht soziales Dynamit entsteht: Das ist eine Gemeinschaftsleistung, auf die wir in Nordrhein-Westfalen stolz sein können.

In den nächsten zwanzig Jahren wird sich wieder vieles verändern. Manches erkennen wir schon, anderes sehen wir erst in Umrissen. Unser Land wird sich - das jedenfalls ist gewiß - auch in den kommenden zwanzig Jahren so stark verändern, daß es in vielem nicht wiederzuerkennen sein wird.

Unser gemeinsames Ziel aber sollte es sein, daß Nordrhein-Westfalen ein starkes Land bleibt, in dem zu leben und zu arbeiten sich lohnt. Ich bin sicher, daß mein Nachfolger, dem ich Glück und Segen wünsche, seine ganze Kraft für dieses Ziel einsetzen wird.

Ich wünsche mir unser Land auch in Zukunft auf der Höhe der Zeit: leistungsfähig und selbstbewußt, heimatverbunden und weltoffen, freiheitlich und sozial, umweltbewußt und kulturell reich, tolerant und menschenfreundlich.

(B) Ich wünsche mir ein Land, das seine Stärke bezieht aus dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen, aus dem Dialog verschiedener Kulturen und aus der Bereitschaft der Menschen, nicht nur an sich selber zu denken, sondern gemeinsam mit anderen die Dinge zum Besseren zu verändern.

Ich wünsche mir ein Land, das sich stark macht für einen lebendigen Föderalismus in Deutschland und für ein zusammenwachsendes Europa, das seine Kraft aus der Vielfalt seiner Regionen bezieht.

Wenn das gelingt, dann ist mir nicht bange um die Zukunft unseres Landes. Dazu kann jeder einen Beitrag leisten. Ich werde das tun als Abgeordneter, der ich bleibe, und jenseits des Amtes des Ministerpräsidenten, das ich heute dankbar abgebe.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fehler machen alle. Auch ich habe Fehler gemacht. Ich entschuldige mich bei denen, die ich verletzt oder gekränkt habe. Ich habe das nicht gewollt.

Ich überreiche Ihnen, Herr Präsident, jetzt den Brief, mit dem ich gemäß Artikel 62 Abs. 1 unse-

rer Landesverfassung vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktrete.

Glück auf und Gottes Segen für unser Land!

(Lang anhaltender, allgemeiner starker Beifall - Die Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie alle Mitglieder der Landesregierung erheben sich von ihren Sitzen.)

Präsident Ulrich Schmidt: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun bin ich zwar nicht so bibelfest wie Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. Trotzdem will ich in Anlehnung an einen bekannten Bibelvers sagen: Es gibt eine Zeit des Vorausschauens, es gibt eine Zeit des Erinnerens, und es gibt eine Zeit des Bedenkens. Wir lesen das bei Prediger 3, Vers 1.

Heute ist für mich vor allem ein Tag des Einhaltens, ein Tag, an dem ich zusammen mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, für einen Moment innehalten und auch kurz zurückblicken möchte auf die vergangenen zwanzig Jahre. Der heutige Tag ist schon ein denkwürdiger Tag, weil er das Ende einer Etappe markiert. Er wird als Meilenstein auf einer langen Wegstrecke festgehalten werden, nicht aber als ein Tag des endgültigen Abschieds in unsere Geschichtsbücher eingehen.

Mit dem heutigen Tag haben Sie ein Amt niedergelegt, das Sie zwei Jahrzehnte ausgefüllt haben: Zwanzig Jahre lang haben Sie als Ministerpräsident die Politik unseres Landes gestaltet. Dafür spreche ich Ihnen Respekt, Dank und Anerkennung im Namen des nordrhein-westfälischen Landtages aus.

Erinnern Sie sich:

"Ich werde wohl kein Landesvater, weil mir dazu bestimmte Strukturen fehlen."

Erinnern Sie sich noch an dieses Zitat, Herr Ministerpräsident? Es stammt aus Ihrer Abschiedsrede vor dem Rat der Stadt Wuppertal, Ihrer Heimatstadt - deren jüngster Oberbürgermeister Sie ja auch einmal gewesen sind -, wenige Tage nach Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten. Aus heutiger Sicht stelle ich fest: Hier hat sich ein großer Politiker gründlich geirrt!

(C)

(D)

Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff
(A) den, wir betrieben eine forcierte Kernenergiepolitik. Dies ist nicht der Fall. Aber ich habe ihm geantwortet: Wir betreiben eine forcierte Entsorgungspolitik. Dies halte ich auch für dringend erforderlich und notwendig.

Deswegen befinden wir uns in intensiven Beratungen mit der Landesregierung von Niedersachsen. Sie wissen, daß wir im September gemeinsam den ersten konkreten Schritt, nämlich den Beginn der Flachbohrungen Anfang 1979, festgelegt haben. Voraussetzung für die Einhaltung dieses Termins ist insbesondere noch eine Einigung über die Finanzierungsforderungen von Niedersachsen.

Beim zweiten Schwerpunkt unserer Entsorgungsanstrengungen, dem **Zwischenlager Ahaus**, läuft das Genehmigungsverfahren planmäßig. Nachdem nunmehr auch die Stadt Ahaus der Aufnahme des Zwischenlagers grundsätzlich zugestimmt hat, nicht zuletzt auf Grund des Engagements der Landesregierung in Düsseldorf, bin ich zuversichtlich, daß der Terminplan für Ahaus eingehalten wird.

Auch beim Kernkraftwerksbau sind wir in der Zwischenzeit ein Stück vorangekommen. Auf Philippsburg II und Esenshamm habe ich bereits hingewiesen. Auch sonst geht die Fertigstellung von Kernkraftwerken — die drei bekannten gestoppten Vorhaben ausgenommen — gut voran.

(B) Wir sind deswegen, meine Damen und Herren, auf dem Wege, uns die **Option für die friedliche Nutzung der Kernenergie** offenzuhalten. Hierzu gehört aber auch, daß wir uns über die Nutzung des seit längerem eingeführten Leichtwasserreaktors hinaus die Optionen für die in ihrer Entwicklung bereits weit fortgeschrittenen neuen Reaktortechnologien offenhalten. Das heißt im Augenblick ganz konkret, daß wir neben dem Hochtemperaturreaktor in Schmehausen auch den Prototyp Schneller Brüter in Kalkar weiterbauen.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Bemerkungen, die, wie ich weiß, eine Aufzählung von Tatsachen sind und deswegen nicht sehr spannend sein können, zeigen, daß es ebenso zweckmäßig wie notwendig ist, bei jedem Einzelproblem den energiepolitischen Gesamtzusammenhang herzustellen. Das war der Sinn meines heutigen Vorbringens. Wenn das in der nachfolgenden Diskussion geschieht, so müßte eigentlich deutlich werden, daß die energiepolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Koalition und Opposition sehr viel größer als die Gegensätze.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Präsident Carstens: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bundes- und Landesregierung „zögern“, so heißt es im Antrag der CDU/CSU-Fraktion, obwohl die neue Technologie „beherrschbar“ und „vertretbar“ ist; und weil Bundes- und Landesregierung zögern, darum soll die Bundesregierung eine Anweisung nach Düsseldorf geben.

Ist das die Lage? Beschreibt dieser Antrag und beschreibt der Begriff „eindeutige Rechtslage“ zutreffend und umfassend das, was ist?

Ich will hier keine Föderalismusdiskussion beginnen, so reizvoll sie wäre.

(Zuruf von der CDU/CSU: Warum eigentlich nicht?)

Aber ich will Sie fragen, ob man das Problem so beschreiben darf oder ob man seine Dimensionen mit dieser Beschreibung verkürzt und seine Motive offenbart.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Mut zur Entscheidung hat Herr Abgeordneter Waigel gefordert, weil es doch um Beherrschbares und Vertretbares gehe. Ich meine, die Begriffe beschreiben weder die Fragestellungen, mit denen wir es zu tun haben, noch die Antworten, die wir geben müssen. Das Beherrschbare und das Vertretbare muß ja auch glaubwürdig gemacht werden im Blick darauf, ob es zweckmäßig, sinnvoll und verantwortbar ist.

Wie und um welchen Preis beherrschen wir das Beherrschbare? Wie und mit welchem Anspruch auf Glaubwürdigkeit vertreten wir das Vertretbare? Der scheinbar schnelle Weg von der eindeutigen Rechtslage zur Anweisung ist in Wirklichkeit bloß ein bequemer Weg. Er wäre es vielleicht auch für die Anzuweisenden, aber er wäre ein Weg am Bürger vorbei.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

(C) Wir in Nordrhein-Westfalen wollen diesen Weg nicht, und wir bedürfen dieses Schrittes, der Anweisung, nicht.

(Beifall bei der SPD)

Denn schon die Reihenfolge unserer Entscheidungen sagt etwas über unsere Haltung. Am 28. November hat die Landesregierung das **Zwischenlager für Brennelemente in Ahaus** beschlossen. Davon ist hier wenig die Rede gewesen, das ist hier selten zitiert worden.

(Dr. Steger [SPD]: Hör! Hör!)

Da ist nicht deutlich geworden, daß Nordrhein-Westfalen auch wegen Gorleben und für Gorleben, auch wegen Brokdorf und für Brokdorf etwas tut und daß bei uns die Bürger fragen: Wann handelt eigentlich Niedersachsen?

(Beifall bei der SPD und der FDP — Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Nehmen Sie erst einmal Ihre Chaoten an die Leine!)

— Ich habe Ihren Zuruf nicht verstanden.

(Haase [Kassel] [CDU/CSU]: Sie sollen erst einmal Ihre Chaoten an die Leine legen, ehe Sie sich um Niedersachsen kümmern!)

— Wenn Sie meinen, ich sollte meine Chaoten an die Leine legen, Herr Abgeordneter, dann kann ich nur sagen: Ich rede hier vor dem Bundestag und nicht in der Redaktionskonferenz des „Bayernkurier“.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Hartmann [CDU/CSU]: Das ist der Abgeordnete Haase von der CDU! — Katzer [CDU/CSU]: